Landtag Rheinland-Pfalz 14. Wahlperiode

Plenarprotokoli 14/64

64. Sitzung

Donnerstag, den 22. Januar 2004

Mainz, Deutschhaus

Landeshaushaltsgesetz 2004 (LHG 2004)
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2520 –
Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 14/2820 -

Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 14/2821 -

Änderungsanträge der Fraktion der CDU

- Drucksachen 14/2823/2858 -

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 14/2827 -

Entschließungsanträge der Fraktion der CDU

- Drucksachen 14/2822 und 14/2824 bis 14/2826 -

Entschließungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksachen 14/2828 bis 14/2846, 14/2851 bis 14/2857, 14/2859 bis 14/2860 -

Entschließungsanträge der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksachen 14/2847/2861 -

Entschließungsanträge der Fraktionen der SPD und FDP

Drucksachen 14/2848 bis 14/2850 –

Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2003 bis 2007 Unterrichtung durch die Landesregierung

– Drucksache 14/2521; Vorlage 14/2625 –	4233
---	------

Fortsetzung der Beratungen vom 21. Januar 2004

Es wurden beraten:

Einzelplan 14 – Ministerium für Umwelt und Forsten	233

Einzelplan 09 – Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend.......4255

Einzelplan 15 – Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur	4279
Einzelplan 01 – Landtag	4302
dazu:tes Landesgesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes Rheinland-Pfalz Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/2803 –	
Erste Beratung	4302
tes Landesgesetz zur Änderung des Fraktionsgesetzes Rheinland-Pfalz Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/2805 –	
Erste Beratung	4302
Die Beratung über die Drucksachen 14/2803/2805 wird bis zur 65. Plenarsitzung am 23. Januar 2004 unterbrochen.	
Einzelplan 10 – Rechnungshof	4307
Einzelplan 06 – Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit	4307
Einzelplan 05 – Ministerium der Justiz	4323
Finzalnlan 03 – Ministorium des Innern und für Sport	1336

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Hans-Artur Bauckhage, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Herbert Mertin, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner, Walter Zuber; Staatssekretär Stadelmaier.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Ernst-Günter Brinkmann, Erhard Lelle, Reinhold Hohn, Dr. Gerhard Schmidt, Christine Schneider, Anne Spurzem.

Rednerverzeichnis:

Abg. Baldauf, CDU:			4323	4331
Abg. Creutzmann, FDP:4240,				
Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	4241	4244	4253	4306
Abg. Dr. Geisen, FDP:				
Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:			4322	4341
Abg. Dr. Schmitz, FDP:				
Abg. Dröscher, SPD:				
Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:				
Abg. Frau Ebli, SPD:				4317
Abg. Frau Elsner, SPD:				
Abg. Frau Grosse, SPD:				
Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:				
Abg. Frau Huth-Haage, CDU:				
Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:				4254
Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:				
Abg. Frau Meurer, CDU:				
Abg. Frau Morsblech, FDP:				
Abg. Frau Reich, SPD:				
Abg. Frau Schäfer, CDU:				
Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:				4280
Abg. Frau Thelen, CDU:				4307
Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:				
Abg. Frisch, CDU:				
Abg. Fuhr, SPD:				
Abg. Geis, SPD:				
Abg. Hartloff, SPD:				
Abg. Hörter, CDU:				
Abg. Jullien, CDU:				
Abg. Keller, CDU:				
Abg. Kuhn, FDP:				
Abg. Licht, CDU:				
Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	1200,	12 10,	1210,	4312
Abg. Pörksen, SPD:	4338	4339	4340	4342
Abg. Schreiner, CDU:	.000,	.000,	4268	4312
Abg. Stretz, SPD:				
Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:				
Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:				
Frau Conrad, Ministerin für Umwelt und Forsten:		, ,	, .,	4245
Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:				4318
Mertin, Minister der Justiz:				
Präsident Grimm:	4245	4249	4250	4251
4253, 4254, 4255,				
Prof. Dr. Zöllner, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur:				

Vizepräsident Creutzmann:	4312, 4315, 4317, 4318, 4322, 4323, 4324, 4332, 4334, 4336
	4338, 4339, 4340, 4341, 4342
Vizepräsidentin Frau Grützmacher:	4260, 4263, 4267, 4268, 4269, 4270, 4271, 4273, 4274, 4275
	4276, 4277, 4278, 4279, 4280, 4282, 4285, 4286, 4344, 4346
	4347, 4350
Vizepräsidentin Frau Hammer:	4287, 4288, 4289, 4292, 4294, 4296, 4298, 4301, 4302, 4303
	4304, 4305, 4306, 4307, 4309
Zuber, Minister des Innern und für Sport:	4347

64. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 22. Januar 2004

Die Sitzung wird um 9:01 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 64. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich Dieter Klöckner und Simone Huth-Haage. Letztere führt die Rednerliste.

Entschuldigt sind für heute die Abgeordneten Ernst-Günter Brinkmann, Dr. Gerhard Schmidt, Anne Spurzem, Erhard Lelle, Christine Schneider und Reinhold Hohn.

Wir fahren in der gestern beschlossenen Tagesordnung fort und setzen die Beratungen des Landeshaushaltsgesetzes 2004 fort.

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Landeshaushaltsgesetz 2004 (LHG 2004) Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/2520 –
 Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Haushaltsund Finanzausschusses

Drucksache 14/2820 –

Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 14/2821 -

Änderungsanträge der Fraktion der CDU

- Drucksachen 14/2823/2858 -

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 14/2827 -

Entschließungsanträge der Fraktion der CDU

- Drucksachen 14/2822 und 14/2824 bis 14/2826 -

Entschließungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksachen 14/2828 bis 14/2846, 14/2851
 bis 14/2857, 14/2859 bis 14/2860 –

Entschließungsanträge der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksachen 14/2847/2861 -

Entschließungsanträge der Fraktionen der SPD und FDP

- Drucksachen 14/2848 bis 14/2850 -

Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2003 bis 2007 Unterrichtung durch die Landesregierung

Drucksache 14/2521; Vorlage 14/2625 –

Dazu rufe ich den

Einzelplan 14 – Ministerium für Umwelt und Forsten –

auf.

Die Fraktionen haben eine Redezeit von 20 Minuten vereinbart.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Licht das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Nach einer gestern sehr breit geführten Finanzdebatte kann und muss man auch heute feststellen, dass die Überschrift, die die Union gewählt hat – die Luft ist raus – auch für diesen Haushalt gilt, meine Damen, meine Herren.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Stretz, SPD: Im Westen nichts Neues!)

Es ist in der Tat eine richtige Beschreibung. Es trifft für vieles zu, für den Zustand dieser Landesregierung, und es trifft für die reinen Zahlen zu, meine Damen und Herren

Schon immer war gültig, dass man natürlich eine Einzelplanberatung ohne eine Gesamtbetrachtung nicht machen kann, sie substanziell wertlos ist, wenn man sie nicht in einen Gesamtkontext einbindet.

Ein an die Wand gefahrener Gesamthaushalt ist auch nicht die Folge eines Jahres. 23,7 Milliarden Euro Schulden sind auch nicht die Entwicklung eines Einzelplans, meine Damen und Herren.

Wenn über Jahre die Ausgaben stärker wachsen als die Einnahmen, wenn ich erkenne, wenn ich sehe, wie ich immer mehr in der Kasse verbuche, aber gleichzeitig das Wachsen der Ausgaben nicht in eine vernünftige Korrespondez gebracht wird, dann führt dieses Handeln dazu, dass ein Gesamthaushalt an die Wand gefahren wird, meine Damen und Herren.

(Schmitt, CDU: So ist das!)

Dann entfernt sich die Landesregierung von der wichtigen Gestaltungsfreiheit, um auf die Fragen der Zukunft – Bildung, Sicherheit und Arbeit – adäquate Antworten zu geben. Dann entzieht sich diese Regierung auch dem notwendigen finanziellen Rahmen, um im Umweltbereich echte neue künftige Akzente zu setzen.

Meine Damen und Herren, Akzente, die bei einem Sparhaushalt auch noch möglich wären. Frau Conrad, nein, viel schlimmer. Ich habe den Eindruck, dass Sie sich – es ist Ihr erster Haushalt; den letzten haben wir zwar

schon mit Ihnen debattiert und diskutiert, aber eingebracht war er noch von Ihrer Vorgängerin – auf das Verwalten konzentrieren.

Meine Damen und Herren, es ist das Wort des Fraktionsvorsitzenden Mertes, das ich an dieser Stelle noch einmal zitieren will, weil es Symbolcharakter für so vieles hat, auch für Dinge, die sich in diesem Haushalt widerspiegeln.

Wie haben Sie einmal gesagt? Für die SPD bedeutet Sparen, das Geld nur mit einer Hand aus dem Fenster herauszuwerfen.

(Mertes, SPD: Wenn Sie zitieren, zitieren Sie richtig! Sie haben falsch zitiert! – Dr. Weiland, CDU: Wenn Sie das doch so gesagt haben!)

Dies über Jahrzehnte praktiziert, lässt nunmehr selbst für SPD und FDP durchaus den einen oder anderen Einschnitt zwingend notwendig machen. Diese Regierung wird auf diese Weise zum Handeln gezwungen und ist fast logisch in Teilen nicht mehr Herr der Lage. Die Folge – das ist nicht von mir, sondern es wird draußen schon so debattiert –: SPD wird immer mehr zum Synonym für "Sie plündern dich".

(Beifall der CDU – Zurufe von SPD und FDP: Oh! – Ministerpräsident Beck: Jetzt reicht es aber! Ersparen Sie uns doch diese geistige Tieffliegerei!)

– Herr Ministerpräsident, keine Erfindung der CDU, sondern das sind Dinge, die draußen diskutiert werden. Das kommt von Gemeinden, das sagen Umweltverbände, das sagt der Forst, und nicht nur die Beamten können beispielsweise ein Lied davon singen.

(Mertes, SPD: Das ist jetzt schon eine Spardiskussion!)

- Ich zitiere in dem Punkt.

Seit Jahren hat die CDU mit ihren Anträgen beispielsweise gefordert: Stärkung der Umweltverbände, aber bei knappen Mitteln nur zulasten des Regierungsapparates, insofern d'accord zu dem, was Sie immer wieder sagen, Herr Mertes.

(Frau Fink, SPD: Sie sind im falschen Film!)

Ich behaupte, 100 % Sparvorschlag, davon 50 % beispielsweise in Verbänden oder effektiv eingesetzt, dann würde aus einem Weniger ein Mehr werden, meine Damen und Herren.

(Mertes, SPD: Das träumen Sie!)

Nein, der Regierungsapparat wächst noch immer. Sich einer eigenen kritischen Aufgabenüberprüfung zu stellen, dazu sind Sie offensichtlich nicht bereit, Frau Ministerin.

Ich empfehle Ihnen einen Blick in den Haushalt. 2002 im Ministerium 152,5 Stellen im Ist von A8 bis B 9, also von Hauptsekretär bis Staatssekretär. Im Jahr 2003/2004 waren es 163 Stellen und im Plan 2004 171 Stellen.

Frau Ministerin, zwei Stellen durch die Entwicklung Mülheim-Kärlich begründet –die lasse ich außen vor –, dann sind es immerhin noch 16,5 Stellen in diesem Bereich im Plus.

(Dr. Schiffmann, SPD: Amen!)

Im Zusammenhang mit der Forstreform werden neue zusätzliche A-16-Stellen im Ministerium geschaffen. Von drei oder vier ist die Rede. Immer mehr Häuptlinge produzieren immer mehr Papier, meine Damen und Herren. Arbeit, die eigentlich im Wald bleiben müsste.

Da sollen neue A-16-Stellen die Windkraft nach vorn bringen, neue A-16-Stellen im Besonderen diese Energieart neu beflügeln. Diesbezüglich tritt man in Konkurrenz mit dem Wirtschaftsministerium. Das wird künftig zwei Abteilungen geben, in dem einen Ministerium und in dem anderen Ministerium. So sehe ich das, meine Damen und Herren. Das ist effizientes Handeln. So beschreibt es die Regierung.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen noch zum Stichwort "Wind" – alles kann man heute nicht ansprechen –: Lassen Sie die Finger von der Windkraft im Wald.

(Beifall der CDU)

16 % Nutzungsgrad, meine Damen und Herren. Die Verfügbarkeit dieser Energieart, wenn sie nicht gebraucht wird, das ständige Anwachsen, Verteuerung der Grundlastenergien und die wachsende Verschandelung unserer Landschaft sollten Gründe genug sein, um die Finger davon zu lassen.

Lassen Sie die Finger davon!

Ein vernünftig entwickeltes Energieeinsparprogramm könnte neue Impulse zugunsten der Umwelt geben. Herr Dr. Braun, Sie haben gestern darüber gesprochen. Die Wiederentdeckung alter Ortskerne zugunsten der vielen Handwerksbetriebe könnte als Belebung auf dem Æbeitsmarkt wirken. Dies wären beispielsweise neue Akzente. Wir haben in der Vergangenheit häufig darüber gesprochen. Auch davon ist nichts zu sehen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen eine Begründung zu einer neuen A-16-Stelle nicht vorenthalten. Herr Mertes, ich empfehle Ihnen, sich diese Begründung einmal genau anzuhören, da Sie immer ein besonderes Gefühl für solche Interpretationen haben.

(Mertes, SPD: Aber nur, wenn sie klug sind!)

Ja, ich erwarte nun Ihre Klugheit.

Im Ministerium heißt es: "Das Aufgabenfeld einer neuen Funktion" – einer A-16-Stelle – "besteht in der Verbesserung der Leistungsfähigkeit (Effektivität) der Organisa-

tion von Landesforsten und der Qualität des Arbeitslebens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der Grundlage der Prinzipien und Methodik von Organisationsentwicklung sowie der Erhaltung, Erhöhung und Erweiterung der Qualifikation der in Landesforsten arbeitenden Gruppen durch eine systematische Personalentwicklung." – Was haben die denn bisher gemacht?

(Mertes, SPD: Es wird einfach alles noch besser! Was denken Sie denn?)

Überlegen Sie doch einmal, wie effizient man Mittel einsetzen könnte.

Meine Damen und Herren, die Stiftung "Natur und Umwelt" wurde einmal von 0,5 Stellen geführt, heute sind deren vier erforderlich. Wenn ich knappe Kassen habe, muss ich Aufgabenkritik betreiben und mir überlegen, was ich in der Zukunft noch leisten kann, meine Damen und Herren.

Ich erinnere an die Streitigkeiten. Es gehört dazu, dass Anspruch und Wirklichkeit bei dieser Landesregierung immer weiter auseinander klaffen. Ich erinnere an die Ausweisung von FFH-Flächen sowie an die Debatten über die jetzigen Windvorranggebiete. Meine Damen und Herren, wir haben eine Forstreform nach Parteibuch erlebt. Sachverstand war nicht gefragt.

(Zurufe von der SPD)

Ja, doch! Bei den Standortentscheidungen war Sachverstand nicht gefragt!

(Beifall der CDU)

Ich sage nicht, dass wir uns nicht mit vielen Einzeldingen durchaus einverstanden erklärt haben. Ich habe für meinen Bereich auch so gehandelt. Aber es gibt eine Reihe von Entscheidungen, die nur nach Parteibuch getroffen wurden.

Meine Damen und Herren, ich erinnere daran, dass den Kommunen durch Gerichtsentscheidung festgestellte Zahlungsverpflichtungen aus der Beförsterung vorenthalten werden. Dort, wo die Zahlung nicht verhindert werden konnte, weist man darauf hin, dass man durch Gesetzesänderung, die man derzeit vorbereitet, das Geld, das man auszahlen musste oder noch auszahlen müsste, wieder zurückfordern werde. Meine Damen und Herren, das Ganze wird ganz versteckt unter dem Stichwort "Standardanpassung" eingebracht.

Meine Damen und Herren, ich erinnere an wiederholte Versprechungen einer schnellen Schadensregulierung nach jeder Umweltkatastrophe. Wir haben darüber diskutiert und könnten uns auch nach wie vor auf einen Konsens einigen, was man in diesem Bereich machen sollte und machen kann. Aus den Erfahrungen, die wir aus einer jahrzehntelangen Diskussion gewonnen haben, sind wir zu der Auffassung gelangt, einen Hochwasserfonds zu bilden, der, als Schröder rief, ohne Probleme eingerichtet wurde. Plötzlich war das, was wir zuvor kritisch beleuchtet haben, überhaupt kein Thema mehr. Also, es geht.

Meine Damen und Herren, Sie versteifen sich nach wie vor auf die Versicherungsmöglichkeit. Seit August 2002 wird sich bemüht. Im Dezember 2003 schreibt der Chef der Staatskanzlei zu diesem Thema:

"Zusammenfassend ist also festzustellen, dass die Einführung einer Elementarschadenspflichtversicherung mit nicht zu vernachlässigenden Fragestellungen verbunden ist, deren Bearbeitung naturgemäß eine gewisse Zeitdauer beansprucht, zumal neben dem Bund und den Ländern auch der Gesamtverband der Versicherungswirtschaft in die Gespräche eingebunden ist." Meine Damen und Herren, eine tolle Erkenntnis! Zu der sind wir vor Jahren schon gekommen!

(Ministerpräsident Beck: Warum haben Sie es dann gefragt, wenn Sie es nicht wissen wollten? – Dr. Weiland, CDU: Energisches Zupacken! – Ministerpräsident Beck: Überzeugen Sie einmal die CDU-Länder, dass sie mitmachen! Das ist vernünftiger!)

Nächster Besprechungstermin ist der 17. Juni 2004. Fantastisch! Das ist schnelles Regierungshandeln, meine Damen und Herren! Fantastisch! Sie sind vor Elan gar nicht mehr zu bremsen.

Meine Damen und Herren, dieser Punkt steht sprichwörtlich symbolisch für so vieles, was Regierungshandeln anbelangt. Die Deckungsfähigkeit, was die Haushaltstitel angeht, hat mittlerweile ein Stadium erreicht, dass fast alles mit allem für deckungsfähig erklärt wird.

Lassen Sie mich zum Schluss noch zur allgemeinen bzw. zur zu erwartenden Diskussion um die Abwasserabgabe kommen. Ich will Ihnen ganz sachlich drei Punkte nennen:

- 1. 30 Millionen Euro Haushaltsreste standen zum Zeitpunkt der Ausschussdiskussion noch zur Verfügung.
- 2. Die Regierung erwartet bei einem Bruttoaufkommen von 42,4 Millionen Euro 23 Millionen Euro Einnahmen.
- 3. Im Ist lagen die Einnahmen in den vergangenen fünf Jahren immer zwischen 8 und 13 Millionen Euro im Planansatz darüber. Das Landesgesetz beschreibt einige Aufgaben, wie sie zu verwenden sind. Das Bundesgesetz hat einen viel breiteren Rahmen, meine Damen und Herren.

Wenn Sie die CDU-Anträge mit "geht rechtlich nicht" kommentieren, so halte ich mich an den Ministerpräsidenten. Herr Ministerpräsident, in diesem Fall tue ich dies. Sie haben gestern von politisch gebundenen Mitteln gesprochen. Meine Damen und Herren, die soeben genannten Punkte zeigen, dass es durchaus Möglichkeiten zum Handeln gibt. Die CDU hat sie Ihnen aufgezeigt. Handeln Sie danach!

Vielen Dank!

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße zunächst Gäste im Landtag von Rheinland-Pfalz, und zwar Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses Sozialkunde des Rhein-Wied-Gymnasiums Neuwied. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause – Abg. Stretz begibt sich zum Rednerpult)

Sie stehen schon da, also sprechen Sie! Bitte schön!

Abg. Stretz, SPD:

Das ist sehr nett von Ihnen!

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich vor einer halben Stunde hier herüber gekommen bin, sind mir zwei Sprichworte eingefallen: "Morgenstund hat Gold im Mund", und das andere in Abwandlung lautet: "Morgenstund ist aller Laster Anfang". Sie haben die Reihenfolge schön beschrieben, Herr Kollege Licht.

(Heiterkeit bei SPD und FDP – Licht, CDU: Sie sind jetzt die Fortsetzung! – Beifall der SPD)

Wir alle hatten doch die Möglichkeit, teilweise heute Nacht, teilweise heute Morgen die Presse zu lesen. Wir alle waren gestern stundenlang Zeuge der Plenardebatte. Ich frage mich: Haben Sie gestern überhaupt nichts gelernt?

(Pörksen, SPD: Nein! – Beifall der SPD)

Haben Sie aus dem katastrophalen Bild, das Sie gestern in diesem Landtag abgegeben haben, aus den nicht gemachten Vorschlägen und den Schuldzuweisungen, die Sie geäußert haben, nichts gelernt? War Ihnen nicht klar, dass man vielleicht in eine Sachdiskussion eintreten könnte und dabei deutlich machen sollte, dass man auch als Opposition in unserem Land Rheinland-Pfalz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern eine Verantwortung hat?

(Frau Schmidt, CDU: Das haben Sie auch noch nicht gelernt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe den Eindruck, die CDU-Opposition im rheinland-pfälzischen Landtag hat wieder einmal bewiesen, sie ist belehrungsresistent und lernunfähig. Frau Bildungsministerin, ich habe die Befürchtung, dass auch die beste Bildungsreform daran überhaupt nichts verändern wird.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Vorwort zum Einzelplan 14, um den es heute Morgen geht, heißt es unter anderem: "Naturschutz ist ein zentraler Baustein für die Verwirklichung nachhaltiger Entwicklung in Rheinland-Pfalz." An anderer Stelle heißt es: "In der

Abfallwirtschaft geht es heute vorrangig darum, das Entstehen von Abfällen zu vermeiden."

Weiterhin wird der Schutz des Bodens als große Herausforderung der Umweltpolitik dargestellt.

Die Aufgabe der Wasserwirtschaftsverwaltung wird als Bewahrung und Entwicklung des vorsorgenden Schutzes der Gewässer umschrieben. Es wird darauf hingewiesen, dass die Gewerbeaufsicht den weit reichenden Schutz der Menschen und der Umwelt verfolgt. Die vielfältigen Aufgaben des Veterinärwesens sind aufgezeichnet. Letztlich wird darauf hingewiesen, dass die Querschnittsaufgaben, die im Einzelplan 14 aufgelistet sind, quasi als Klammer zu den einzelnen Fachdisziplinen gelten.

Auch wird darauf hingewiesen, dass der Rückbau des Kernkraftwerks Mülheim-Kärlich eine große Herausforderung in den nächsten Jahren für die atomrechtliche Genehmigung und auch deren Aufsicht darstellen wird.

Durch diese nur auszugsweise Aufzählung wird die Vielfältigkeit der Aufgabenstellung des Ministeriums für Umwelt und Forsten deutlich, was sich natürlich auch im Haushalt niederschlägt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch einmal auf die Einsparungen im Nachtragshaushalt 2003 hinweisen dürfen. Damals wurden immerhin 10 Millionen Euro bei der Wasserwirtschaft eingespart, 5 Millionen Euro bei den Zuführungen an Landesforsten, 1 Million Euro bei der Landespflege und weitere 400.000 Euro in anderen Bereichen des Einzelplans. Diese 16,4 Millionen Euro müssen natürlich auch im Jahr 2004 erbracht werden.

Wir sind uns nur darüber sicher alle einig, es gibt auch für uns in Rheinland-Pfalz keine Insellösungen. Wir wollen uns auch in keiner Weise der Gesamtverantwortung entziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz dieser Einsparungen wird als ein zentraler Punkt deutlich, dass wir in Rheinland-Pfalz den Hochwasserschutz auf hohem Niveau weiterführen werden. Ich möchte betonen, wir möchten dies auch unbedingt so machen. Dass wir hierbei bei der Förderung von Abwasserbeseitigungsanlagen eingeschnitten haben, halten wir für vertretbar. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir mittlerweile in Rheinland-Pfalz einen Anschlussgrad an Kläranlagen von 98 % bis 99 % erreicht haben. In diesem Bereich scheint es uns vertretbar, Gelder wegzunehmen, um sie in anderen Bereichen dazupacken zu können.

(Beifall bei SPD und FDP)

Herr Kollege Licht, Sie haben vorhin einiges zu der Frage des Hochwasserschutzes und wie wir damit umgehen gesagt. Herr Ministerpräsident Beck hat gestern schon einmal darauf hingewiesen. Es ist immer eine fatale Situation, wenn Ruhe im Land ist, wird über nichts geredet, wenn irgendwo die Flüsse steigen und die Keller stehen unter Wasser, dann kommt wieder das große Geschrei. Die Landesregierung und die sie tragenden

Fraktionen haben aber klar gemacht, wir wollen im Bereich des Hochwasserschutzes alles machen, damit wir eine weitere Verbesserung erreichen werden. Das haben wir durch die Mitteleinstellung auch nachdrücklich dargestellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Naturschutz durch Nutzung soll einen neuen Aspekt in der Landespflege setzen. Deshalb ist es auch folgerichtig, dass der Flächenerwerb zurückgefahren wurde und künftig auch zurückgefahren werden wird.

Zusätzliche Mittel sind ausgewiesen, um von der EU kofinanzierte Projekte durchführen zu können. Auch darüber haben wir in den Beratungen im Ausschuss gesprochen. Erlauben Sie mir, dazu noch einen Hinweis zu geben. Herr Kollege Dr. Böhr, Sie haben gestern unter anderem auch Ausführungen darüber gemacht, man müsse nicht jede Kofinanzierung annehmen. Ich halte diese Aussage schon für sehr gewagt. Wir alle, die in den Fachausschüssen sitzen, wissen, wie häufig Sie von der CDU immer wieder bemängeln, wenn Mittel angeblich nicht abfließen oder, was noch schlimmer ist, wenn sie vielleicht gar nicht an Land gezogen worden sind.

Ich meine, es ist ganz wichtig, dass wir diese Mittel, die von der EU zur Verfügung gestellt werden, dadurch aufstocken und dadurch auch für uns nutzbar machen können, dass wir unseren Anteil darstellen. Wir wissen alle, dass es eine ganze Reihe von Maßnahmen gäbe, die wir dann nicht bewerkstelligen könnten, wenn es diese Kofinanzierung in den verschiedenen Bereichen nicht gäbe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich sind die Mittel für die Naturschutzgroßprojekte in unserem Land eingestellt. Die institutionelle Förderung der Einrichtungen der naturwissenschaftlichen Landeskunde und der Naturparkträger bleiben ungekürzt. Die Ausgaben für Pflegemaßnahmen des Landes oder Dritter sind im Einzelplan 14 fortgeschrieben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, 180.000 Betriebe in Rheinland-Pfalz mit etwa 1,4 Millionen Arbeitnehmern werden von der Gewerbeaufsicht betreut und überwacht. Ich meine, dies ist eine beachtliche Zahl. Wir bedanken uns ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Gewerbeaufsicht für ihre kompetente und verantwortungsbewusste Arbeit.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies gilt gleichermaßen für die Lebensmittelüberwachung. Tierschutzrelevante Projekte werden weiterhin gefördert. Die Arbeit des Tierschutzbeirats ist finanziell im Haushalt entsprechend abgesichert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was die wirklich große Aufgabe der Bekämpfung der Tierseuche BSE betrifft, meinen wir, dass man sehr positiv herausheben muss, dass hierfür die erforderlichen Personalstellen aus dem Stamm dargestellt wurden. Das ist nicht immer so, auch nicht in anderen Bereichen. Ich meine, das war eine hervorragende Leistung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade beim Thema "BSE" muss man sagen, es bringt den Verbraucherinnen und Verbrauchern nichts, bringt auch der Glaubwürdigkeit nichts, wenn man meint, aus Meldungen Katastrophenmeldungen machen zu müssen, wie das in den vergangenen Wochen wieder einmal der Fall war

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gefordert ist ein ruhiges und besonnenes Vorgehen, um deutlich zu machen, es handelt sich um Einzelfälle, die man in keiner Weise hochspielen sollte. Sie müssen aufgearbeitet werden. Es muss darüber berichtet werden, und wir müssen dann sehen, wie wir solche Fälle ausmerzen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, derzeit wird landauf und landab die Diskussion über ein freiwilliges soziales Jahr geführt. Ich nehme das freiwillige ökologische Jahr ausdrücklich mit hinzu. Ich will überhaupt nicht über die Frage spekulieren, ob das ein Pflichtjahr sein soll oder ob man die Freiheit in den Vordergrund stellen sollte. Ich möchte nur festhalten, es ist auch in diesem neuen Haushalt wieder gelungen, für 80 junge Menschen in Rheinland-Pfalz ein solches freiwilliges ökologisches Jahr darzustellen und die finanzielle Absicherung dafür bereitzustellen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hatten in der letzten Plenarsitzung die Möglichkeit, über die Agenda 21 zu reden. Für die Fortführung des Agenda-Prozesses sind die erforderlichen Mittel im Haushalt dargestellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem Einzelplan 14 ist ein handlungsfähiger Haushalt vorgelegt, so meinen wir, der die Leitsätze "Naturschutz in das 21. Jahrhundert bringen", "Klimaschutz und klimaverträgliche zukunftsfähige Energiepolitik" und letztlich "Gesunde Umwelt und gesunde Menschen" in den erforderlichen finanziellen Rahmen stellt.

Ich bedanke mich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Braun das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Umwelthaushalt ist schon traditionell das Beutegut der CDU. Die CDU behauptet, die Luft sei raus. Hinterher behauptet sie dann, der Umwelthaushalt sei aufgeblasen. Meine Damen und Herren, Sie müssen sich schon entscheiden, welches Motto Sie an den Anfang stellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Es klang so, als wollten Sie ein Motto durchhalten. Dann müssen Sie sich aber für ein Motto entscheiden. Das können Sie dann für die nächsten zwei Jahre immer wieder wiederholen.

Ich bin der Meinung, dass im Umwelthaushalt viele Aufgaben in der Zukunft anstehen und dieser deswegen nicht so, wie es die CDU vorschlägt, mit einer globalen Minderausgabe von 13 Millionen Euro belastet werden kann, sondern dass der Umwelthaushalt zwar in den einzelnen Teilen etwas umstrukturiert werden müsste, aber in seinem Umfang durchaus erhalten werden muss, da gerade in diesem Bereich große Aufgaben für die Zukunft anstehen.

Herr Stretz, Sie haben es gesagt, das sind nicht nur die Lebensmittelkontrolle und der Verbraucherschutz, sondern auch die Erhaltung der Umwelt und europäische Aufgaben, die auf uns zukommen. Ich bin immer wieder dankbar, dass die Europäische Union, die oft für ihre Bürokratie gerügt wird, erkannt hat, dass es im Umweltbereich einen europaweiten Fortschritt geben muss. Es muss einen europaweiten Gewässerschutz geben, nicht nur in einem Land, weil wir die Gewässer nicht in einem Land schützen können, da sich die Gewässer nicht an Grenzen halten. Es muss europaweit und grenzüberschreitend Naturschutz geben, weil sich Naturschutzgebiete und Lebensräume für Tiere und Pflanzen nicht an Grenzen halten.

In diesem Bereich haben wir Aufgaben, die europäische Aufgaben sind und die wir in Rheinland-Pfalz umsetzen müssen. Wir müssen sie in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt umsetzen. Die Umsetzung kostet zum Teil Geld, nicht, weil die Natur nicht von allein wächst oder der Wald nicht von allein wächst, wie das oft gern gesagt wird, sondern weil diese Lebensräume bedroht sind und man diese Lebensräume vor der Bedrohung schützen muss.

Bedroht sind diese Lebensräume durch eine überbordende Verkehrsentwicklung einerseits – das sehen wir beim Wald bei den Abgasen aus dem Verkehr -, bedroht sind diese Lebensräume andererseits aber durch den Flächenfraß, den es in der Bundesrepublik und in der gesamten Europäischen Union immer noch gibt. Der Flächenfraß ist eine der Problematiken, die uns in der Bundesrepublik in den nächsten zehn Jahren meines Erachtens noch viel mehr beschäftigen werden. Wir haben die Situation, dass täglich Flächen von der Größe mehrerer Fußballfelder in Siedlungsland umgewandelt werden. Das müssen wir stoppen, weil wir wissen, dass sich die Bevölkerung in der Bundesrepublik nicht so weiterentwickelt wie bisher, weil wir wissen, dass es Brachen in Städten gibt, weil wir wissen, dass das Bauen auf der grünen Wiese nicht der Innenstadtentwicklung vorgezogen werden sollte, weil wir wissen, dass auch die Wirtschaftsentwicklung durchaus davon abhängt, wie sich Städte entwickeln.

Deswegen haben wir mehrere Aufgaben auch im Umwelthaushalt und im Umweltbereich. Das eine ist der Naturschutz. Das hatte ich eben schon angesprochen. Frau Conrad, Sie ziehen zurzeit durch die Lande mit dem Spruch "Naturschutz ist am besten machbar durch Nutzung". Da haben wir natürlich verschiedene Auffas-

sungen. Nutzung ist ein Teil von Naturschutz, beispielsweise, wenn ich Naturgebiete, Auen, Täler von Flüssen durch Deichrückbau mit Wiesen und durch Weiden auch nutzen kann.

Aber wenn ich einen Naturschutz durch Nutzung haben will, muss ich natürlich die Düngung zurückfahren. Dann muss ich eine ökologische Landwirtschaft in diesen Bereichen betreiben können. Vor allen Dingen muss ich – das klingt vielleicht altertümlich, ist aber für viele Talauen in Rheinland-Pfalz wichtig – eine Viehbewirtschaftung und Weidewirtschaft haben. Die trägt sich nicht von allein in Rheinland-Pfalz. Ich kann keine Schafherde führen, ohne dass ich Zuschüsse bekomme. Dafür brauchen wir Zuschüsse. Dann brauchen wir auch im Etat für die Landespflege und für die originären Aufgaben des Umweltschutzes entsprechende Gelder.

Frau Conrad, diese Gelder müssen auch ausgegeben werden. Leider war es im letzten Haushalt so, dass die Umsetzung der Maßnahmen stockte. Was ich von denjenigen, die betroffen sind, höre, die gerade solche Beweidungen unternehmen und solche Naturschutzprojekte mit betreuen, es ist nach wie vor so, dass sie am langen Arm verhungern, sie eben nicht mehr wie bisher, für längere Zeit sicher planen können, sondern sie von Mal zu Mal immer wieder auf neue Genehmigungen warten müssen, bis die Gelder ausgezahlt werden und daran viele Projekte im Moment nahezu zugrunde gehen.

Meine Damen und Herren, zum Naturschutz gehört auch das Flächenmanagement. Ich hatte es angesprochen. Es gehört dazu, dass wir darauf achten, dass es nicht mehr zu einer Zersiedelung kommt. Das heißt, wir brauchen klare Ziele. Das haben wir bisher in Rheinland-Pfalz noch nicht umgesetzt. Wir brauchen klare Ziele, wie viel neue Struktur wir uns in Rheinland-Pfalz noch leisten können, wie viel wir schaffen wollen, und wir brauchen klare handhabbare Ziele. Das sind AGENDA-Prozesse, die wir gern hätten, nicht nur die lokale AGENDA 21, sondern auch die landesweite AGENDA 21 muss mit Zielen endlich hinterfüttert und umgesetzt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der Forstreform – das haben wir im Landtag schon öfter diskutiert, deswegen möchte ich es nicht so ausführlich darstellen – ist für uns wichtig, dass die nachhaltige Forstwirtschaft, weil Rheinland-Pfalz das Land des Waldes in Deutschland ist, das Land mit dem größten Waldanteil, auch in Rheinland-Pfalz eine Zukunft hat. Zur nachhaltigen Forstwirtschaft gehört aber auch eine Pflege des Waldes. Es gehört Kenntnis dazu, wie der Wald aussieht. Das heißt, es gehört dazu, dass es Förster gibt, die sich vor Ort auskennen, die im Reviersystem noch verhaftet sind. Frau Conrad, da haben wir die Sorge, dass Sie im Moment mit Ihrer Forstreform einen Schritt zu weit gehen und einen Schritt vor dem Schritt machen, den Sie im Moment als Konsolidierung der Forstamtsreform eigentlich machen müssten, Sie nämlich gleich auch die Reviergröße verdoppeln wollen.

Das bedeutet natürlich auch, dass Sie entsprechend Personalabbau in der Fläche vornehmen wollen. Wir können gern über Personalabbau im Forstbereich reden. Ich weiß, dass Sie über hundert Leute in der Mittelbehörde im Forstbereich beschäftigt haben. Ich glaube nicht, dass diese hundert Leute dort unbedingt alle notwendig sind. Ich glaube, da könnte man mit Reformen ansetzen. Dass Sie nun aber an die Fläche gehen und die Förster vor Ort verringern wollen, ist eine Gefahr für die Präsenz. Das ist eine Gefahr für die Bürgernähe. Das ist auch eine Gefahr für die ökologische Waldwirtschaft, Frau Conrad.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Abfallbereich hat Herr Stretz zu Recht gesagt, die Abfallvermeidung muss im Vordergrund stehen. Das sehen wir in Rheinland-Pfalz im Moment noch nicht. Frau Conrad, ich bin sehr froh, dass Sie nicht mehr die alten Thesen Ihrer Vorgängerin, Frau Martini, vertreten, dass neue Müllverbrennungsanlagen in Rheinland-Pfalz gebaut werden müssten. Ich weiß, als ich vor acht Jahren ins Parlament kam, hieß es, es müssten noch fünf neue Anlagen gebaut werden außer der in Mainz. Zum Glück hat man jetzt wahrgenommen, dass die Entwicklung eine ganz andere ist. Es ist keine Rede mehr von neuen Müllverbrennungsanlagen.

Wir haben aber die Sorge, dass im Norden von Rheinland-Pfalz die Trockenstabilatanlagen, die im Moment umgesetzt werden sollen, ökonomisch nicht erfolgreich sind. Das heißt, dass es einfach daran hängt, dass man nicht weiß, wohin mit dem Trockenstabilat, das man erzeugen will, dass es keine Entsorgungswege gibt. Wir wissen alle, dass in diesen Landkreisen die Sorge groß ist, dass die Gebühren stark erhöht werden müssten, weil die bisherigen Planungen nicht greifen, weil die Firma, die angeboten hat, inzwischen aufgelöst ist und an einen neuen Investor verkauft hat, weil die Firma, die diese Trockenstabilatanlagen angeboten hat, sich bei der Entsorgung des Trockensstabilats völlig verrechnet hat. Man dachte damals, man könne noch Gewinne erlösen, wenn man Trockenstabilat verkauft. Inzwischen ist vollkommen klar, dass man hohe Beträge zuzahlen muss. Das heißt, es wird sich eventuell nicht rechnen.

Da fordere ich Sie auf, in diesen Gebieten – gerade in der Region Trier, in Altenkirchen scheint die Entscheidung schon gefallen zu sein – noch einmal zu überprüfen, ob man nicht mit einer mechanisch-biologischen Anlage besser fährt und – das ist unser Ziel – nicht Großanlagen baut, wie das in Trier mit 220.000 Jahrestonnen vorgesehen ist, die immer wieder mehr Müll brauchen – das steht der Müllvermeidung entgegen –, sondern ob man da auch versucht, dezentrale kleinere Anlagen zu konzipieren und umzusetzen, sodass man später auch Müllvermeidung betreiben kann und sich Müllvermeidung auch lohnt und nicht nur Müllproduktion, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein wichtiges Thema in Rheinland-Pfalz ist natürlich der Hochwasserschutz. Da gibt es zum Glück auch eine Weiterentwicklung und immer neue Konzeptionen. Das ist richtig und wichtig, weil wir für den Notfall vorsorgen müssen. Ich halte es auch für richtig, noch einmal die jetzige Konzeption der Polderplanung zu überprüfen. Ich

glaube, die Chance ist im Moment ganz gut -gerade weil auch auf Bundesebene darüber diskutiert wird, wie man Auenrenaturierung betreiben kann -, im Moment auch mehr natürliche Rückhaltefläche als bisher zu gewinnen. Das ist wichtig für die Rheinauenlandschaft in Rheinland-Pfalz. Das ist wichtig für die Situation der Natur vor Ort. Wir wollen hier Naturschutz mit Hochwasserschutz verbinden. Ich glaube, das lässt sich auch finanziell darstellen. Das lässt sich im Moment in der Vorderpfalz auch diskutieren. Ich glaube, nachdem beispielsweise beim Polder Altrip der Bürgermeister über das Thema "Polder, nein danke!" gewählt wurde, muss man wahrscheinlich auch in neue Verhandlungen gehen und mit den Leuten vor Ort zumindest in Richtung Mediation, in Richtung Verhandlung, gehen und kann nicht durchsetzen, was man ursprünglich vor zehn Jahren einmal geplant hat, ohne auf die Leute zu hören, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Situation im Energiebereich ist uns wichtig. Ich bin froh, dass das Umweltministerium von Rheinland-Pfalz im Moment im Bundesrat einen Vorschlag eingebracht hat und einen Vorschlag unterstützt, der zum Ausbau der Biomasseverstromung und zum Ausbau der energetischen Biomasseverwertung führen kann, nämlich dass die Einspeisungsgebühren, die Einspeisungszahlungen, den entsprechenden Möglichkeiten der jeweiligen Tagestarife angepasst werden, dass man, wenn man Strom braucht, mehr Geld für den Strom erhält, und zu den Zeiten, in denen nicht so viel Strom gebraucht - natürlich nachts, natürlich dann auch eher im Sommer als im Winter – dann die Einspeisung verringert. So könnte es passieren, dass wir dann, wenn beispielsweise die Windräder stillstehen – Herr Licht, das ist immer Ihre Sorge, dass wir dann keinen Strom produzieren können –.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

gerade im Bereich der Biomasse mehr einspeisen können.

Auch für die Geothermie ist der Vorschlag vom Land Rheinland-Pfalz als Erweiterung aufgenommen worden, sodass man im Bereich erneuerbare Energien Strom produzieren kann, ohne Kohlekraftwerke als Rückhalteoption zu brauchen. Ich glaube, das ist ein richtiger Weg.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass im Bundesrat die Diskussion darüber ernsthaft geführt werden sollte.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wir wollen, ist allerdings eine Offensive bei der Energieeinsparung. Die Energieeinsparung ist unsere größte Energiequelle.

Herr Licht, ich will mit Ihnen den Kampf nicht führen, ob nun die Windräder oder die Autobahnen hässlich sind, die Sie immer befürworten und planen, die die Landschaft belasten und verschandeln. Meiner Meinung nach ist ein Windrad durchaus eine Möglichkeit, die Landschaft zu gliedern. Das ist bei jedem ein anderes ästhetisches Empfinden. Ich freue mich, wenn ich diese Windräder sehe, weil ich weiß, sie sind von ökologischem Nutzen und sie nützen auch der Umwelt.

Herr Licht, ich freue mich nicht, wenn ich eine Autobahn sehe, weil ich weiß, sie nützt der Umwelt garantiert nicht.

Es gibt verschiedene Diskussionsstände. Ich weiß auch, dass die CDU bis zur Kommunalwahl alle Chancen und Möglichkeiten nutzen wird und damit auf Stimmenfang gehen will, um gegen solche erneuerbaren Energien wie die Windenergie vorzugehen.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Meine Damen und Herren, das sollte uns nicht vom richtigen Weg abbringen. Ich bin dankbar dafür, dass das Umweltministerium – das FDP-geführte Wirtschaftsministerium kommt da nicht in die Gänge – zumindest im Energiebereich im Moment immer noch in der Offensive ist und in den nächsten fünf Jahren, wenn die Kommunalwahl vorbei ist, die CDU sich wieder zurücklehnt und die Wahlkampfluft bei der CDU draußen ist, die Projekte in Rheinland-Pfalz auch umsetzen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Eine Sache muss ich noch erwähnen, die mich doch beeindruckt hat. Der Vorsitzende des Umweltausschusses, Herr Hohn, Mitglied der FDP-Fraktion, hat auf meine Aufforderung, wir bräuchten eine neue Aufbruchstimmung im Umweltbereich, in der letzten Ausschusssitzung geantwortet, er hätte gern eine Aufbruchstimmung im Wirtschaftsbereich und in anderen Bereichen. Er sehe nicht, dass im Umweltbereich eine Aufbruchstimmung notwendig sei, die irgendjemandem nützen könne.

Meine Damen und Herren, es ist schade, dass der Vorsitzende des Umweltausschusses so denkt. Es ist bezeichnend, dass ein "FDP-ler" so denkt. Das glaube ich schon. Aber es ist schade, dass wir hier keine Lobby haben und uns nicht einig sind, dass Umweltschutz in Zukunft auch weiterhin eine zentrale Rolle in der Bundesrepublik Deutschland spielen muss, eine nachhaltige Entwicklung nur mit der entsprechenden Finanzausstattung im Umweltschutz möglich und dies eine zentrale Aufgabe für die Zukunft insgesamt ist.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Creutzmann das Wort zu einer Kurzintervention.

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Braun, Sie haben wieder Ihre zwei

Lieblingsthemen angesprochen, nämlich die Windkraft und die Polder.

Zu dem Thema "Polder" möchte ich Ihnen sagen, dass es heute einen sehr interessanten Artikel in der "Rheinpfalz", in der Ausgabe Speyer, mit der Überschrift "Es gibt keine realistische Alternative zum Polder" gibt.

Ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren, was der Diplomgeograph Heiko Himmler bei einem Lichtbildervortrag in Otterstadt gesagt hat: Dass geflutete Polder die integrierten Wälder und Wiesen mit ihrer Tierwelt irreparabel zerstören, diese Lehrmeinung müsse man aus heutiger ökologischer Sicht revidieren, betonte Himmler. Bei einem Dammbruch in Leimersheim hätte sich gezeigt, dass zwar einige seltene Insekten verschwunden seien, dafür jedoch andere neue Arten nach kurzer Zeit auftauchten. Einige Bäume überstehen die wochenlange Überschwemmung besser als andere und Wiesen werden besonders widerstandsfähig. Daher seien gesteuerte und ungesteuerte Polder bisher die effizienteste Lösung der Hochwasserbekämpfung, meinte der Referent vor den rund 120 Zuhörern und forderte, dass die Hördter Rheinauen auf irgendeine Weise in das Hochwasserschutzprogramm aufgenommen werden.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das kennen wir alles!)

Ich will das Ganze nicht vorlesen.

Sie sollten sich einmal informieren, bevor Sie immer Ihre Ideologie gegen die Polder vorbringen. Erster Punkt.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweiter Punkt: Herr Kollege Braun, Frau Grützmacher, wohin das mit Ihrer Ideologie der Windkraft alles führen kann, will ich Ihnen an dem Beispiel PROVENTO erläutern.

Windkraft ist als regenerative Energie unumstritten, aber dort, wo auch Wind ist. Meine Damen und Herren, das ist das Entscheidende. Was ist gemacht worden? Durch Abschreibungsgesellschaften und durch das Energieeinspeisegesetz sind Windkraftanlagen an Orten errichtet worden, die nicht wirtschaftlich sind und nicht profitabel sein werden. Das führt dann unter Umständen dazu, dass Menschen und Firmen auf die Idee kommen, auch wenn etwas unwirtschaftlich ist, es doch noch irgendwie zu versuchen. Ich will solche kriminellen Machenschaften nicht beschönigen. Das werden Sie auch nicht tun. Da sind wir uns beide einig.

Deswegen meine herzliche Bitte: Windkraft ja, dort, wo Wind ist. Aber Windkraft nein, wo kein Wind ist.

Heute steht in der "Rheinpfalz", Herr Hirschberger, SPD, wird sich dafür einsetzen, dass die Abstände zu den Kommunen vergrößert werden.

Meine Damen und Herren, das ist der richtige Weg.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Die Karte bitte. Heben Sie die Karte, dann weiß ich, was Sie wollen.

Ja, bitte schön. Es muss alles seine Ordnung haben.

(Unruhe im Hause)

- Ja, bitte schön. Sie haben das Wort.

(Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeigt eine Karte)

- Die blaue Karte, nicht die rote.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, die rote dürfen Sie dann zeigen. Das weiß ich.

Herr Creutzmann, diskutieren Sie das mit dem Polder doch in Ihrem Kreisverband. Sie wissen doch genau, dass der einzige direkt gewählte "FDP-ler" im Kreis Rheinpfalz, früher Ludwigshafen-Land, ein klarer Gegner des Polders ist.

(Creutzmann, FDP: Das ist gar nicht wahr!)

Herr Frey, Bürgermeister in Neuhofen, wird gegen den Polder klagen, soweit ich informiert bin. Herr Frey, Bürgermeister in Neuhofen, seines Zeichens "FDP-ler" und von der Bevölkerung gewählt, hat alle –

(Zuruf des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

- Herr Dr. Schmitz, das müssen Sie jetzt schon aushalten.
- bisherigen Vorstöße, die Sie gemacht haben, vollkommen abgelehnt. Sie wissen ganz genau, dass Sie erst einmal in Ihrem Kreisverband diskutieren müssen.

Herr Creutzmann, ich glaube, dass Herr Frey genauso wie der Bürgermeister in Altrip, der am Polder wohnen wird oder soll, weil sie direkt gewählt sind, mehr Gewicht mit ihrer Stimme haben als Sie. Da kann sich die Vernunft auch durchaus durchsetzen.

Noch einmal zur Windkraft: Herr Creutzmann, natürlich kann man behaupten, es soll immer dort investiert werden, wo es am sinnvollsten ist. Das wollen wir auch, weil es sich da am besten lohnt. Aber dass sich derjenige hierher stellt, der die Subventionen bei der Nanotechnologie, beispielsweise einer zukunftsführenden Technologie — —

Genauso ist auch die Erneuerbare-Energien-Technologie eine Exporttechnologie für die Zukunft. Im Moment werden mehr als 50 % der Windkraftanlagen nach Indien, China, Südamerika, Irland, Frankreich und Spanien exportiert. Dazu braucht man aber einen Markt, auf dem sich eine solche Technologie entwickeln kann.

Herr Creutzmann, wenn Sie das in der FDP noch nicht verstanden haben, dann frage ich mich, warum Sie diese Subventionen austeilen, die Sie im Moment im Wirtschaftsministerium ausschütten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss es immer wieder sagen –, die Windkraft ist im Moment die effektivste erneuerbare Energie. Wir zahlen für ein Kilowatt Einspeisung bei der Windkraft 7 bis 8 Cent. Wir zahlen bei der Solarkraft 63 Cent. Ich will das nicht gegeneinander ausspielen. Auch bei der Biomasse und der Geothermie liegen die Einspeisevergütungen höher als bei der Windkraft. Selbst bei kleinen Wasserkraftanlagen liegen sie höher. Also ist die Windkraft die effektivste erneuerbare Energienart, auch an windschwächeren Standorten, wie beispielsweise in der Vorderpfalz. Aber sie rentiert sich immer noch am besten.

Wenn Sie eine Effizienzrevolution wollen, dann müssen Sie auch die Windkraft unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich begrüße Gäste im Landtag, und zwar Schülerinnen und Schüler der 10. Jahrgangsstufe des Thomas-Morus-Gymnasiums Daun und Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses "Sozialkunde" des Gauß-Gymnasiums Worms. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Geisen das Wort.

Abg. Dr. Geisen, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zu Beginn kurz ein Zitat von Herrn Kollegen Hohn aufgreifen, der gesagt hat: "Erst kommt der Aufschwung der Wirtschaft. Das bringt den Aufschwung für die Ökologie mit sich." – Ich möchte das noch etwas ergänzen. Früher haben wir gesagt, dass sich Ökonomie und Ökologie nicht ausschließen. Zum jetzigen Zeitpunkt sage ich Ihnen, dass Ökonomie Voraussetzung für Ökologie ist. Ohne Ökonomie ist alles andere nichts. Das sage ich sehr deutlich in der heutigen Zeit voraus.

Meine Damen und Herren, den Haushalt des Ministeriums für Umwelt und Forsten kann man nicht gerade zu den Gewinnern der Haushaltsaufstellung rechnen. Es muss eine Einsparung von immerhin 26 Millionen Euro

verkraftet werden. Er folgt damit der Leitlinie der Haushaltsklausur vom November 2002 über den Nachtragshaushalt 2003, die sich auch im Haushaltsentwurf 2004 wiederfindet. Der Haushalt des Ministeriums für Umwelt und Forsten steigt um etwa 0,4 %. Das ist etwa halb so viel, wie die Ausgabensteigerung im Gesamthaushalt beträgt.

Dennoch ist nicht aus dem Einzelplan 14 die Luft raus, wie Herr Licht meint. Wenn man mit knappen Mitteln erfolgreich in die Zukunft gerichtete Politik machen will und wenn man es mit einem Haushalt zu tun hat, der eine Mehrzahl ganz unterschiedlicher und komplexer Programme und Maßnahmen beinhaltet, dann muss man eindeutige Prioritäten setzen und entsprechende politische Entscheidungen treffen.

Meine Damen und Herren, in den Änderungsanträgen der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe ich aufs Ganze gesehen nichts entdeckt, was man als Verbesserung des Haushaltsentwurfs ansehen könnte. Betrachten wir im Folgenden einzelne Aspekte.

Ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zielt auf zusätzliche Mittel im Haushalt des Wirtschaftsministeriums zum Ausbau regenerativer Energien ab. Dieser Absicht erteile ich nicht zuletzt deswegen eine klare Absage, weil die Mittel nach den Vorstellungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus der Investitionsförderung zur Schaffung von Arbeitsplätzen unter Beteiligung der EU-Strukturfonds genommen werden sollen. Insoweit nehmen Sie eine falsche Prioritätensetzung in Ihrer Politik vor.

Die grundsätzlich positive Einstellung der FDP-Fraktion zum Ausbau der regenerativen Energien ist bekannt. Bekannt ist auch, dass wir speziell bei der Windkraft Restriktionen geltend machen. Wir fordern eine Windenergienutzung unter Wettbewerbsbedingungen, aber im Einvernehmen mit der betroffenen Bevölkerung. Wir fordern die Begrenzung der Laufzeit der Verträge und nach Vertragsende eine Abrissverfügung mit finanzieller Absicherung durch eine Versicherung.

Die Rechtsprechung der oberen Gerichte und höchstrichterliche Entscheidungen haben erfreulicherweise zu einer Konkretisierung geführt. In diesem Zusammenhang nenne ich die Stichworte "Raumbedeutsamkeit", "Ausweisung von Konzentrationszonen als Steuerungsmöglichkeit" und "Höhere Anforderungen an die ordnungsgemäße Abwägung aller Belange, auch der privaten Belange des Eigentümers". Ich erwähne die Ansprüche an die Planung, die sich in einem gesamträumlichen Konzept auf die positive Festlegung von Flächen ebenso erstrecken muss wie auf die Ausschlusswirkung bezüglich der übrigen Flächen. Restriktive Steuerung ist den Gemeinden erlaubt. Alibi-Planungen und Placebo-Pläne von Baugebieten sind allerdings verboten.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung in Gestalt des Wirtschaftsministeriums und des GRÜNEN-Umweltministers Trittin hat in der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes keine grundlegenden Veränderungen der hohen Einspeisevergütungen vorgesehen. Noch ist die Beratung des Energieeinspeisungsgesetzes

im Bundesrat nicht erfolgt. Noch besteht ein Funken Hoffnung auf Einsicht der Berliner Regierung.

Im Gesetzentwurf der Bundesregierung soll die Einspeisevergütung zwar etwas modifiziert, im Wesentlichen aber beibehalten werden. Das halte ich für einen Fehler.

Meine Damen und Herren, die FDP fordert dagegen ein marktwirtschaftliches und innovatives Konzept.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

das neben der Kostenminimierung eine Verknüpfung von Energiepolitik und Klimapolitik sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene beinhaltet.

Minister Trittin möchte den anstehenden Modernisierungsprozess bei den zu 60 % überalterten Kohle- und Gaskraftwerken für den ökologischen Umbau der Stromerzeugung nutzen. Die finanzielle Last allerdings, die dadurch den deutschen Stromverbrauchern aufgebürdet werden soll, steht immer weniger im Verhältnis zum zusätzlichen Nutzen.

Meine Damen und Herren, im Jahr 1998 wurde der Bevölkerung und der Wirtschaft mit der Liberalisierung des Strommarkts Hoffnung auf eine deutliche Senkung der Strompreise gemacht. Heute zahlen private Haushalte inzwischen so viel wie vor dem Fall der regionalen Monopole.

Vor wenigen Tagen wurde gemeldet, dass die Preise an den Strombörsen in Leipzig und Frankfurt steigen und Signalwirkung für eine allgemeine Preiserhöhung haben. In Fachkreisen wird von niemandem bezweifelt, dass die hohen Einspeisevergütungen als ausschlaggebend für die Steigerung des Strompreises angesehen werden müssen.

(Hartloff, SPD: Das bezweifeln aber sehr viele Fachkreise!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will es ganz unmissverständlich sagen: Wenn und so lange sich der Staat durch direkte und indirekte Subventionen immer wieder einmischt, gerät der Schutz des Wettbewerbs unter die Räder.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Lösen Sie doch Ihr Wirtschaftsministerium auf!)

Mit der Privilegierung für den Ökostrom werden außerdem auf lange Sicht nicht effiziente Strukturen produziert und festgeschrieben.

(Hartloff, SPD: Wieviel Prozent Ökostrom gibt es denn?)

Meine Damen und Herren der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in Ihrem Änderungsantrag zum "Quasi"-Landesbetrieb Landesforsten haben Sie eine finanzielle Verstärkung verlangt. Für das Jahr 2004 ist bei Landesforsten eine Reduzierung der Zuführungen aus dem Landeshaushalt um 5 Millionen Euro veranschlagt,

in gleicher Höhe, wie das im Nachtragshaushalt 2003 der Fall war. Ich bin davon überzeugt, dass es dieser von Ihnen verlangten Erhöhung nicht bedarf, um den Staatswald nachhaltig und naturnah zu bewirtschaften und zu guten finanziellen Ergebnissen zu kommen.

Man muss wissen, dass es im Staatswald zum Beispiel möglich ist, den Holzeinschlag in einem bestimmten Rahmen zu steigern, ohne dass die naturale Nachhaltigkeit verletzt würde und Preiseinbrüche zu befürchten wären. Im Übrigen sollte speziell im Produktbereich "Staatswaldbewirtschaftung" zumindest mittelfristig nach unserer Auffassung erreicht werden, dass die Landesforsten ohne Zuführung aus dem Landeshaushalt auskommen.

Für die Erreichung dieses Ziels sind Einsparungen dienlich, die sich aus der Strukturreform der Landesforsten ergeben und vorwiegend das Personalbudget entlasten. Bis zum Jahr 2010 werden – wie Sie wissen – 27 Millionen Euro eingespart.

(Licht, CDU: Die gehen doch jetzt schon an die Rücklagen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Forst- und Strukturreform war ein entschlossener Schritt in die richtige Richtung. Das rheinland-pfälzische Reformbild Landesforsten wird bereits in anderen Bundesländern nachgeahmt. In diesem Zusammenhang vermerke ich anerkennend, dass die Forstpolitik in Rheinland-Pfalz im Hinblick auf die organisatorische Ausrichtung auf einem soliden Fundament steht. Um das zu verdeutlichen, muss man nur in andere Bundesländer schauen. Aus großen und renommierten süddeutschen Forstverwaltungen sind in jüngster Zeit Horrormeldungen bekannt geworden. So soll in einem Fall die Organisation der Forstämter zerschlagen werden. In einem anderen Fall steht die Abkehr von der Betreuung des Privat- und Kommunalwaldes in Rede.

Dies ist besonders in der Rede des Herrn Freiherr von Rothahn bei der Landesversammlung der privaten Waldbesitzer zum Ausdruck gekommen. Dies sind Maßnahmen, die in Rheinland-Pfalz nicht auf der Tagesordnung stehen. Herr Schmitt, wir waren dort beide anwesend.

Im Sinn einer nachhaltigen Forstwirtschaft halte ich es für klug und zielführend, dass nicht darüber nachgedacht wird, die Beratung, Unterstützung und Förderung der privaten und kommunalen Waldbesitzer von den Landesforsten abzukoppeln. Wir wollen das Gemeinschaftsforstamt beibehalten.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die am Jahresende 2003 abgelaufene Pilotphase des "Quasi"-Landesbetriebs erfordert eine Entscheidung über seine weitere Entwicklung. Vor dem Hintergrund der integrativen Aufgabenstellung und der Organisationsstruktur von Landesforsten ist nach Auffassung unserer Fraktion eine Abkehr von den bewährten Strukturen kein Thema. Die bisherigen Ergebnisse des "Quasi"-Landesbetriebs sind

gut, und die finanziellen Ziele des Wirtschaftsplans sind erreicht worden.

(Schmitt, CDU: Das musste mal wieder gesagt werden!)

Sie sind trotz der Trockenperiode 2003 und trotz der Spätfolgen des Orkans "Lothar" erreicht worden. Wir stellen uns vor, dass die betriebswirtschaftlichen Instrumente im "Quasi"-Landesbetrieb weiter eingesetzt und entwickelt werden. Zur Erfüllung der Aufgaben von Landesforsten bietet sich ein Verbleib in der Landesverwaltung an.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kenne keine einzige forstliche Aufgabe, die in einem Landesbetrieb nach § 26 LHO besser erfüllt werden könnte als in der gegebenen Struktur von Landesforsten. Außerdem muss das durch die Strukturreform der Forstämter bereits stark beanspruchte Personal nicht weiter beunruhigt werden. Das ist meiner Meinung nach auch ein wichtiger Punkt an dieser Stelle.

Unter dem Strich ist das also eine Erfolgsgeschichte für das Ministerium für Umwelt und Forsten. Unsere Anerkennung für die Entscheidungsträger bezieht alle daran beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausdrücklich ein

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die FDP-Fraktion unterstützt die 35 Stellenhebungen im gehobenen Forstdienst, mit denen zusammen mit den 15 Stellenhebungen, die 2003 nicht vollzogen wurden, ein beachtlicher Fortschritt gemacht werden konnte, um lange Wartezeiten bei der ersten und zweiten Beförderung zu verkürzen. Ich sehe darin zugleich eine Annäherung an das Ziel "Technischer Dienst für den gehobenen Forstdienst", das nun in mehreren Schritten erreichbar zu sein scheint.

Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass nach Abschluss aller Reformen im Forstbereich unbedingt eine Konsolidierungsphase eintreten sollte. Längerfristige und verlässliche Rahmenbedingungen werden auf der einen Seite die Motivation der Bediensteten und den Erfolg der Landesforsten positiv beeinflussen.

Auf der anderen Seite muss man sich aber auch darüber im Klaren sein, dass keine Regelung Ewigkeitscharakter haben kann. Auch im Bereich Landesforsten werden immer wieder Anpassungen an veränderte Verhältnisse vorzunehmen sein, die durch das Land selbst, den Bund oder auch die EU ausgelöst werden können.

Zum Thema "Wasser und Hochwasserschutz" möchte ich auch etwas sagen. Meine Damen und Herren, Wasser in seinen verschiedensten Formen als Trinkwasser, als Abwasser und natürlich als Hochwasser ist auch im Haushalt 2004 ein Thema mit besonderer Priorität. Der Landtag hat Ende vergangenen Jahres das neue Landeswassergesetz verabschiedet.

Neben der Festschreibung der kommunalen Netzverantwortung im Trinkwasserbereich, für die sich die FDP sehr stark eingesetzt hatte, geht es dort unter anderem um die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Diese wird in den nächsten Jahren bei den Kommunen zu weiteren Aufgaben und damit auch zu neuen Kostenbelastungen führen. Wie die Kommunen in die Lage versetzt werden, die aufzustellenden Pläne zu finanzieren, wird sicher noch Gegenstand der Beratungen sein. Die finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Kommunen, die sich aus dem Konnexitätsprinzip ergeben, muss man dabei im Auge behalten. Möglicherweise wird man auch nach speziellen Fördermöglichkeiten Ausschau halten müssen.

Der Hochwasserschutz muss ebenso wie im laufenden Haushalt 2004 leider eine unverändert hohe Einsparung von 10 Millionen Euro hinnehmen. Gleichwohl wird ein Investitionsprogramm von fast 24 Millionen Euro in diesem Bereich realisiert. Hier wird die prioritäre Stellung des Hochwasserschutzes besonders deutlich. Dieses Hochwasserschutzprogramm dient dem Schutz von Menschen und Vermögenswerten; es dient aber auch der Aufwertung von Standorten für private und gewerbliche Nutzung.

(Beifall der FDP)

Unsere Fraktion hält den technischen Hochwasserschutz, den weiteren Bau der geplanten Polder, für richtig und unverzichtbar. Polderbau in Verbindung mit Deichertüchtigung und Deichrückverlegung ist in Kombination flächeneffizient und hoch wirksam. Ausschließlich oder überwiegend auf natürliche Retentionsräume zu setzen, wie Sie von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das tun, halten wir wegen der dafür benötigten ungeheuren Flächen für relativ blauäugig und nicht Erfolg versprechend. Die Einschränkungen für die private Nutzung von Gelände, beispielsweise für die Landwirtschaft, sollen so gering wie möglich gehalten werden.

Nach der Hochwasserkatastrophe im Osten Deutschlands ist die Idee einer allgemeinen Versicherung gegen Elementarschäden aufgekommen. Die Bundesländer und die Bundesregierung haben diesen Gedanken aufgenommen. In einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe wurde die praktische Realisierbarkeit untersucht. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge wird es kurzfristig nicht zu einer allgemeinen Elementarschadensversicherung kommen. So haben sich eine Reihe schwieriger Fragen rechtlicher und tatsächlicher Natur ergeben. Die Ministerpräsidenten der Länder werden aber an der Sache dranbleiben. Es bleibt abzuwarten, wie sich die weiteren Arbeiten in dieser Angelegenheit gestalten. Für unsere Fraktion ist eine Elementarschadenspflichtversicherung derzeit kein Thema.

Eine wichtige Grundlage und Voraussetzung, um Hochwasserschutz effizient betreiben zu können, ist die Kenntnis der Risikogebiete nach Lage, Ausdehnung und Grad der Gefährdung. Die Koalitionsfraktionen haben deshalb einen gemeinsamen Änderungsantrag eingebracht, um die flächendeckende Erstellung von Hochwassergefahrenkarten in den nächsten Jahren zu emöglichen. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich die EU an der Finanzierung des Projekts beteiligt.

Hochwasserschutz und Hochwasservorsorge richten sich zunächst und in erster Linie auf Rheinland-Pfalz. Hochwasserschutz ist aber auch ein gemeinsames

Thema mit Baden-Württemberg und Hessen. Beim Hochwasserschutz ist die rheinland-pfälzische Landesregierung aber auch eingebunden in die gemeinsame und solidarische Hochwasserschutzpolitik mit Frankreich und Luxemburg. Den sich daraus ergebenden Verpflichtungen wird die Politik des Ministeriums für Umwelt und Forsten in vollem Umfang gerecht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt eine Reihe von einzelnen Naturschutzvorhaben, an denen sich auch die EU beteiligt. Besonders erwähnen möchte ich das Naturschutzgroßprojekt Bienwald, dessen Konzeption jetzt steht und bei dem sich das Land im Rahmen der Kofinanzierung an den Kosten beteiligt.

Ich erwähne die Ausweisung der FFH- und Vogelschutzgebiete nicht zuletzt deshalb, weil durch Auflagen des Bundesnaturschutzgesetzes Landwirtschaft, Weinbau und Forstwirtschaft in privater und kommunaler Hand betroffen sein können und betroffen sind. In der Vorschaltnovelle zum Landespflegegesetz sind finanzielle Ausgleichs- und Entschädigungsregelungen enthalten. Unsere Fraktion geht davon aus,

(Glocke des Präsidenten)

dass für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten gleiche und angemessene Ausgleichs- und Entschädigungsregelungen vorgesehen werden.

Meine Damen und Herren, ich komme zur Schlussbemerkung. Politik ist so gut wie ihre Ziele. An Aufgaben und Zielen mangelt es im Ministerium für Umwelt und Forsten nicht. Ein Großteil der Aufgaben sind Pflichtaufgaben. Bei der Finanzierung sowohl der Pflichtaufgaben als auch der freiwilligen Aufgaben ist der Kofinanzierungsanteil ziemlich hoch.

Daraus ergibt sich, dass der haushaltsmäßige Bewegungsspielraum relativ eingeschränkt ist. Der Haushalt des Einzelplans 14 zeigt die richtigen Schwerpunkte und entsprechenden Lösungen auf, die den Herausforderungen gerecht werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Grimm:

Zu Kurzinterventionen erteile ich zuerst Herrn Abgeordneten Dr. Braun und danach Herrn Abgeordneten Licht das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Geisen, ich weiß, es war nicht Ihre Rede, die Sie gehalten haben. Sie sollten einmal überprüfen, wer die Rede geschrieben hat. Wenn Sie das ernst nehmen, was Sie zur erneuerbaren Energie gesagt haben, dann heißt das, dass Sie zumindest im Bundesrat Initiativen starten müssen, die – soweit ich weiß – diese Regierung nicht starten wollte und nicht mit tragen will.

Meine Damen und Herren von der FDP, wenn Sie das EEG insgesamt kippen wollen, wie Sie es verkündet haben, heißt das, dass man einen Grundkonsens zur Förderung der erneuerbaren Energien und einen Konsens vor allem zum Klimaschutz aufgibt. Das bedeutet, dass Sie eine ganz neue Strategie fahren müssten. Ich verstehe auch nicht, wieso Sie in Rheinland-Pfalz in einer Koalitionsregierung vonseiten der FDP solche unsinnigen Entwürfe vortragen.

Herr Geisen, überprüfen Sie es noch einmal. Vielleicht können Sie richtig stellen, was Sie damit meinen, oder ist es eine neue Strategie der FDP, dass sie sich nun von der SPD irgendwie abkoppeln und eigenständig erkennbar sein wollen. Ich glaube, das ist das falsche Gebiet. Damit werden Sie keinen Erfolg haben.

(Vereinzelt Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht hören wir noch von der SPD, was Sie zu solchen Vorschlägen meint.

Herr Geisen, Sie haben auch vorgeschlagen, dass die Waldwirtschaft in Rheinland-Pfalz überhaupt keinen Zuschuss mehr erhalten soll.

(Creutzmann, FDP: Das hat er nicht gesagt!)

Das hat überhaupt keine reale Grundlage. Wenn wir dahin kommen wollen, zerstören wir die nachhaltige Waldwirtschaft in Rheinland-Pfalz.

Wir haben im Moment fallende Holzpreise. Herr Schmitt hat dazu im Herbst eine Kleine Anfrage vorgelegt und feststellen lassen, dass die Holzpreise zum Teil um 30 %, 40 % und 50 % gefallen sind. Das heißt, dass es im Moment nicht möglich ist, aus dem, was an Holzverkauf erwirtschaftet wird, das Forstsystem zu finanzieren. Das geht in keinem Bundesland.

Herr Geisen, ich glaube, Sie müssen Ihre Politik erst einmal überprüfen, bevor Sie Vorschläge machen, die absolut nicht umsetzbar sind und die niemand in Rheinland-Pfalz umsetzen will.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abg. Licht, CDU:

Herr Präsident! Herr Dr. Geisen, ich habe mich noch einmal gemeldet, weil Sie einiges zur Forstreform gesagt haben. Das kann man nicht so stehen lassen.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Braun hat ein paar Facetten aufgegriffen. Diese möchte ich nicht mehr wiederholen, weil er in diesen Punkten mehr als Recht hat. Es entspricht wirklich nicht den Tatsachen, dies als Erfolgsgeschichte zu glorifizieren.

(Stretz, SPD: Das ist aber so, auch wenn es weh tut!)

Wenn er in einem Nebensatz von einer Verunsicherung im Forst spricht, widerspricht er sich schon fast selbst.

(Vereinzelt Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man im Ministerium in der Lage ist, als Konsequenz vier neue A-16-Stellen für diesen Bereich zu produzieren, und eine dieser Stellen – wie beschrieben – zum Sinn hat, diese Verunsicherung in den Griff zu bekommen, spricht das auch wiederum Bände, was insgesamt im Forst los ist.

Meine Damen und Herren, Frau Ministerin, Sie kommen jetzt zu Wort. Ich habe eine Bitte. Diese enthält keinen Vorwurf. Wenn Sie an die Revierreform herangehen, tun Sie das bitte nicht nach dem Muster von Herrn Mertes, der sich zu dieser Reform geäußert hat, indem er sagte: Wenn man den Sumpf austrocknen will, darf man nicht die Frösche fragen. – Das ist der falsche Weg. Sie müssen in diese Diskussion nicht nur die Leute, sondern auch den Forst und die Oppositionsfraktionen mit einbinden. Wir sind bereit, über Konzentrationen oder neue Aufgaben nachzudenken. Wir müssen anlässlich dieser gesamten Haushaltssituation über neue Dinge nachdenken.

Meine Damen und Herren, erwarten Sie nicht, dass wir vor der Tür stehen und irgendwann bei Nacht und Nebel über Fax gerufen werden, weil wir Ihre Befehle abholen sollen. Dazu werden wir auch in Zukunft Nein sagen.

(Beifall der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Es spricht die Umweltministerin, Frau Conrad.

Frau Conrad, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich ein paar Sätze zum bisherigen Debattenverlauf sagen.

Sehr geehrter Herr Licht, unsere Demokratie lebt davon, dass wir über die besten Lösungen für diese Gesellschaft streiten. Dazu gehört aber auch, dass man sowohl von der Regierung als auch den Parteien und erst recht von der Opposition Alternativlösungen gesagt bekommt, mit denen man sich auseinander setzen kann. Ich meine, eine solche Debatte wäre ausgesprochen lebendig.

Ich kann hinsichtlich meines Einzelplans und Ihrer Vorschläge, die Sie dargelegt haben – das reiht sich nahtlos in die Vorstellung von gestern ein –, leider nicht erkennen, dass Sie zu irgendeinem Punkt eine einzige Alternative zur Umweltpolitik anzubieten hatten.

(Beifall der SPD und der FDP)

Man kann kein Alternativkonzept damit bestreiten, dass man eine globale Minderausgabe von 13 Millionen Euro vorschlägt, 4 Millionen Euro bei der Wasserversorgung, der Abwasserbeseitigung und der Renaturierung von Bächen sparen will und sich über eine A-16-Stelle auseinander setzt. Das ist kein Konzept einer alternativen Umweltpolitik für dieses Land.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine moderne Umweltpolitik für das 21. Jahrhundert muss vom Image der Verhinderer weg. Sie ist Motor für Innovation. Sie beteiligt Menschen. Sie stellt sich der Herausforderung, wie wirtschaftliches Wachstum mit weniger Ressourcenverbrauch möglich ist, und sie verbindet Umweltvorsorge mit sozialer Verantwortung und ökonomischer Entwicklung.

Diesem Anspruch stellt sich die Umweltpolitik in uns erem Land. Dies bildet sich auch im Haushalt ab. Da Herr Stretz schon die Palette angesprochen hat, die mein Haushalt abdeckt, darf ich mich auf einige Schwerpunkte konzentrieren.

Wir arbeiten an der globalen Herausforderung Klimaschutz. Die Säulen einer klimaverträglichen und sicheren Energieversorgung sind: Einsparenergie mobilisieren, Effizienztechnologie fördern, erneuerbare Energien ausbauen und Zukunftstechnologien wie die Brennstoffzelle fördern.

Deutschland hat im internationalen Vergleich mit die größten Erfolge in der CO₂-Einsparung. Sie wissen, dass diese im Wesentlichen durch die Industrie und die Kraftwerke erbracht werden.

Herr Dr. Braun, Sie haben Recht. Natürlich brauchen wir erhöhte Anstrengungen bei der Energieeinsparung. Herr Licht hat gemeint, der Haushalt setzt keine Akzente. Genau dort in diesem Bereich setzen wir Akzente. Wir wissen, dass die Haushalte einen erheblichen Beitrag mit einem Energieverbrauch von fast 40 % leisten können. Eine Schlüsselrolle hierbei spielt das Handwerk, und dies gewerkeübergreifend. Deswegen finanzieren wir in einem Gemeinschaftsprojekt mit der Handwerkskammer Trier ein Kompetenznetzwerk "Nachhaltiges Bauen und Sanieren in Rheinland-Pfalz" mit 380.000 Euro. Dies dient der Qualifizierung, der Information und entsprechender Beratung.

Meine Damen und Herren, das ist ein Akzent, der aufnimmt, dass wir zurzeit eine Förderkulisse für Sanierungen im Bestand haben, wie es sie nie gab.

Wir wollen diese Chancen auch in Rheinland-Pfalz im Interesse von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen nutzen. Die Schwerpunktsetzung auf die Altbausanierung berücksichtigt, dass dort die größten Einsparpotenziale liegen. Sie berücksichtigt aber auch die demographische Entwicklung und das Interesse an attraktiven Ortskernen. Ferner trägt sie dazu bei, den auch von Ihnen beklagten hohen Flächenverbrauch weiter zu reduzieren. Die Bedeutung für den regionalen Arbeitsmarkt ist enorm, weil Modernisierung im Bestand mit einem Anteil des Faktor Arbeit von 70 % im Vergleich zum Neubau mit nur 30 % ausgesprochen arbeitsintensiv ist.

In enger Kooperation mit Hochschulen, den Kammern und den interessierten Unternehmen fördern wir zusammen mit dem Wirtschafts- und dem Wissenschaftsministerium die Entwicklung der Brennstoffzellentechnik in unserem Land. Die Bildung eines Kompetenznetzwerks Brennstoffzelle und die Förderung von Pilotanlagen, wie im Krankenhaus Grünstadt, tragen dazu bei, den Weg zur Marktreife dieser Zukunftstechnologie zu beschleunigen.

Rheinland-Pfalz ist heute Energieimportland. Wir werden jedoch zunehmend zum Energieproduzenten. Im Oberrheingraben – da haben Sie Recht – stecken ries ige Potenziale für die Geothermie. Über die Möglichkeiten schreibt der Bundestagsausschuss für Technologie und Technologiefolgenabschätzung – ich zitiere das nur deshalb, damit Sie sehen, dass wir mit unserer Auffassung nicht allein stehen –: Die geologischen Situationen "machen den Oberrheingraben zum aussichtsreichsten Gebiet für die Stromproduktion nach dem HDR-Konzept." – Sie sehen, wir liegen richtig. Der Oberrheingraben ist Referenzregion für die Geothermie in Deutschland.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Klimaschutz beginnt vor Ort. Die Gemeinden in unserem Land stellen sich zunehmend dieser globalen Herausforderung und geben lokal Antworten. Ein mutiges und ehrgeiziges Projekt ist zum Beispiel in Weilerbach zusammen mit dem Institut für angewandtes Stoffstrommanagement am Umweltcampus Birkenfeld gestartet worden. Ziel ist es, praktisch aufzuzeigen, dass eine Kommune ihren Energiebedarf allein decken kann – und dies CO₂-neutral. Neben der Ausweitung des Projekts auf den Landkreis Kaiserslautern werden sich in diesem Jahr landesweit 13 Städte und Verbandsgemeinden an ähnlichen Projekten beteiligen. Auch dies ist ein Erfolg.

Der wichtigste nachwachsende Rohstoff ist Holz. Holzpellets bzw. Holzhackschnitzel sind ein bedeutender Baustein in der regenerativen Säule unserer Energiepolitik. Die ehrgeizigsten Projekte werden in Zusammenarbeit mit unseren Städten und Gemeinden zur Versorgung zentraler Einrichtungen wie Schulen, Rathäuser, aber auch größerer privater Immobilien realisiert. 105 Holzhackschnitzelanlagen und 50 Pelletheizanlagen sind bereits realisiert. Die Potenziale der Biomasse sind dennoch bei weitem nicht ausgeschöpft.

Was das Projekt "Vom Landwirt zum Energiewirt" betrifft, so freue ich mich, dass die GRÜNEN dies zumindest von der Überschrift in einem Antrag auch aufgegriffen haben. Um Ihnen das deutlich zu sagen: Wir reden von einer Anschubfinanzierung der energetischen Nutzung von Biomasse. Ich habe Ihnen gesagt: Wir haben bereits 105 Holzhackschnitzelheizungen. Es gibt bereits 26 Biogasanlagen, 10 weitere sind geplant. Das heißt, diese Projekte befinden sich bereits in einer Umsetzung. Sie reden heute von einer Anschubfinanzierung. Sie kommen mit diesem Antrag eigentlich zu spät.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir brauchen auch im Großen und Ganzen nicht mehr Förderung. Wir sind der Meinung, dass die Förderkulisse, wie sie über die Kreditanstalt für Wiederaufbau, insbesondere über Zinszuschussprogramme, oder über das EEG zur Verfügung gestellt werden, ausreichend ist, um diese Projekte tatsächlich voranzutreiben.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch etwas gerade rücken. Wir haben das EEG in der Vergangenheit unterstützt und werden das auch in Zukunft tun, bei aller Notwendigkeit, dass man über Einzelfragen des EEG diskutieren muss und diskutieren darf. Herr Dr. Braun hat auch richtig festgestellt, wir haben gerade die Förderkulisse für Geothermie in der Vorderpfalz verbessern können. Wir werden – bei aller Diskussion – auch vonseiten der Landesregierung, auch über den Bundesrat, das EEG und seine Weiterentwicklung unterstützen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, die Biomasse ist ein Wachstumspotenzial für die regenerativen Energien. Die Biomassestudie für Rheinland-Pfalz, die vom Umweltcampus Birkenfeld in unserem Auftrag erstellt wird, geht von einem kurzfristig verfügbaren Biomassepotenzial von 4 % des heutigen Energiebedarfs aus. Technisch und ökologisch möglich ist weit mehr. Meine Damen und Herren, wir haben noch viel zu tun, aber wir arbeiten daran.

Klimaschutz braucht viele Partner, und wir haben viele Partner. Ich möchte mich ausdrücklich bei den Kammern des Handwerks und der Industrie, den Architekten und den Ingenieuren, den Energieversorgungsunternehmen, aber insbesondere auch bei unseren Hochschulen bedanken. Die Umweltkompetenz in unseren wissenschaftlichen Einrichtungen ist ein hervorragendes Potenzial für innovative Produkte und nachhaltiges Wachstum in unserem Land. Sie sehen auch an diesem Beispiel und nicht nur bei der zukünftigen Energieversorgung: Ökologie und Innovation gehören zusammen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir arbeiten weiter an dem Projekt "Naturschutz ins 21. Jahrhundert bringen". Wir greifen damit auch auf, dass unsere Kulturlandschaften über Jahrhunderte durch Bewirtschaftung im Weinbau, in der Landwirtschaft und in der Forstwirtschaft geschaffen wurden. Diese zu erhalten, ist unser Anspruch.

Wir wissen aber auch, dass eine der größten Bedrohungen der Rückzug gerade der Landwirtschaft aus den Nutzungen ist. Deswegen, aber nicht nur deswegen, haben wir begriffen, dass wir auch vonseiten des Naturschutzes ein Interesse an der Bewirtschaftung, an der Nutzung dieser Lebensräume haben und haben müssen, damit sie als Lebensräume für seltene Tier- und Pflanzenarten tatsächlich erhalten werden. Ohne den Weinbau gibt es den Apollofalter nicht. Ohne den Weinbau wird es auch manche Wärme liebenden Reptilienarten nicht geben. Das sind nur einige Beispiele, um dies zu verdeutlichen. Deswegen, aber nicht nur deswegen, habe ich den Leitsatz "Naturschutz durch Nutzung" geprägt. Es gilt heute: Nicht der Verzicht auf Nutzung ist

die spannende Frage der aktuellen Umweltpolitik, sondern Nutzungen unter Berücksichtigung von Umwelt-, Tier-. Natur- und Artenschutz.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich bin dankbar, dass dies auch zunehmend auf Resonanz sowohl bei den Naturschutzverbänden wie auch bei den Landwirtschaftsverbänden stößt. Wir halten fest: Trotz Ihrer Forderung nach globaler Minderausgabe, stellen wir mit dem Förderprogramm "Umweltverträgliche Landwirtschaft" allein in meinem Etat 8Millionen Euro Verfügung, um umweltverträgliche Landbewirtschaftung zu ermöglichen. 4.000 Betriebe in Rheinland-Pfalz profitieren davon. Wir werden auch davon nicht abgehen. Im Übrigen sind sie die Rahmenbedingungen, die es in Verbindung mit der EU-Agrarreform auszubauen gilt, damit unsere Landwirte in Zukunft ein verlässliches Einkommen haben. Für ihre Aufgaben, die sie für diese Gesellschaft wahrnehmen, indem sie Kulturlandschaft erhalten, sollen sie auch belohnt werden, weil damit eine Zukunftssicherung für die Landwirtschaft betrieben wird.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir werden diese Akzente auch in einem neuen Naturschutzgesetz, welches zurzeit in der Diskussion ist und vorbereitet wird, aufnehmen. Ich sage auch dazu: Ich möchte weniger staatliche Reglementierung und mehr Kooperation, weniger Bürokratie und mehr Flexibilität. Deswegen wird dieses Gesetz in einem breiten gesellschaftlichen Dialog vorbereitet und von einer prospektiven Gesetzesfolgenabschätzung begleitet.

Ich denke ferner, dass wir mit dieser Förderkulisse und mit diesen Akzenten, die wir auch in diesem Gesetz setzen, eines machen: nämlich das negative Image zurückdrängen, gerade auch, wenn man es selbstkritisch betrachtet, der Umweltpolitik in den letzten Jahren, wie die "ZEIT" vom 15. Januar richtig feststellt: "Umweltpolitik hat an Fähigkeit eingebüßt, Menschen anzusprechen, sie zu begeistern und zu Subjekten des Wandels zu machen."

Ich möchte, dass wir einen Beitrag dazu leisten, diese Entwicklung in Bürokratie und staatlichem Ordnungsrecht wieder umzukehren.

Meine Damen und Herren, wir investieren in Naturschutzgroßprojekte, in Naturparke. Lassen Sie mich einige Beispiele nennen: Ruwer und Nebenbäche werden bis 2004 6 Millionen Euro erhalten. Damit entsteht ein attraktiver Gewässer- und Naturraum mit hohem touristischem und Naherholungspotenzial.

Am Mittelrhein wird der Naturschutz seinen Beitrag leisten, wie im Übrigen auch die Wasserwirtschaft, um das UNESCO-Welterbe attraktiv weiterzuentwickeln. Ich freue mich, dass wir in diesem Jahr offiziell das Naturschutzgroßprojekt Bienwald starten können. Es geht um die schonende Weiterentwicklung des einzigartigen Natur- und Kulturraums unter Erhaltung naturverträglicher Nutzungen.

Ich lege großen Wert darauf, dass wir die Menschen, die dort leben, intensiv einbeziehen, insbesondere die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft und die Gemeinden sowie natürlich auch die Umwelt- und Naturschutzverbände. Mit diesem Projekt werden wir in diese Region in den nächsten Jahren 11 Millionen Euro investieren.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine gesunde Umwelt für gesunde Menschen. Dazu gehört natürlich Verbraucherschutz und Verbrauchersicherheit. Dafür sieht der Einzelplan 14 16 Millionen Euro für Personal, Sachmittel und Zuwendungen vor.

Das Landesuntersuchungsamt wird mit seinen zentralen Schwerpunkten zum Kompetenzzentrum für Verbraucherschutz entwickelt. Künftig können dort aktuelle Verbraucherinformationen abgerufen werden. Die Verbraucherinnen und Verbraucher in Rheinland-Pfalz können sich auf unsere Lebensmittelüberwachung verlassen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir haben die öffentliche Information zum Thema "elektromagnetische Felder" verstärkt, und dies auf wissenschaftlicher Grundlage. Wir gehen damit auf die Ängste der Bevölkerung ein.

Gemeinsam mit der Universität Mainz haben wir eine so genannte "Watch-dog-Gruppe" eingerichtet – eine interdisziplinär zusammengesetzte Anlaufstelle für Menschen, die ihre gesundheitlichen Probleme mit Elektrosensibilität in Verbindung bringen. Dieses Projekt soll auch die wissenschaftlichen Erkenntnisse voranbringen. Der Haushalt finanziert diese Anlaufstelle.

Wir kommen jetzt zum Stichwort "Reformen". Wir arbeiten weiter – ich sage das ausdrücklich – an effizienten Strukturen und an der Reform unserer Verwaltungen und Behörden. Das Stichwort "Kompetenzzentrum für gesundheitlichen Verbraucherschutz" habe ich genannt.

Im Sommer werden das Landesamt für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht (LfUG) und das Landesamt für Wasserwirtschaft (LfW) zu einem Landesamt für Umwelt, Gewerbeaufsicht und Wasserwirtschaft (LUGW) zusammengeführt. Synergieeffekte werden genutzt.

Das Projekt "Landesforsten – zukunftsfähige Strukturen" unterstreicht die Reformfähigkeit und den Reformwillen der Landesregierung.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, 2004 ist das Jahr der Umsetzung. Diese Reform ist ein Erfolg. Die Diskussion in den Bundesländern Hessen, Baden-Württemberg und Bayern bestärkt mich noch einmal darin, dass unser Weg der richtige ist.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir bleiben landesweit in der Fläche präsent. Wir halten an dem Gemeinschaftsforstamt fest. Wir bleiben ein

verlässlicher Partner für die Gemeinden und die Privatwaldbesitzer.

Wir werden eine nachhaltige Forstwirtschaft weiterhin zur Grundlage unseres Wirtschaftens machen.

Unsere Reform ist sozialverträglich und mit Zustimmung der Personalvertretung umgesetzt worden. Auch dies hebt sich von anderen Ländern ab.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Herr Licht, wenn Sie kritisieren wollen, schauen Sie in unsere Nachbarländer, über was dort momentan diskutiert wird.

(Beifall der SPD und der FDP – Schmitt, CDU: Reden Sie einmal mit den Menschen!)

Ich sage auch für alle aktuellen und zukünftigen Debatten, wir werden keine Privatisierung von Landesforsten betreiben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Übrigen sollen Sie wissen, die Landesforsten erwirtschaften einen ganz erheblichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. 12 Millionen Euro weniger Zuweisungen aus dem Landeshaushalt bereits in 2003, die Basis für 2004, sind eine enorme Herausforderung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sie bestanden, und dafür gilt ihnen auch an dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, der Einzelplan des Ministeriums für Umwelt und Forsten ist und bleibt investitionsstark. Die Investitionsquote beträgt unter Berücksichtigung der Finanzierungskosten für das Zinszuschussprogramm der Wasserwirtschaft knapp 36 % und liegt damit über dem Durchschnitt der Einzelpläne. Dies sind insgesamt 119 Millionen Euro im Einzelplan 14.

Der Hochwasserschutz hat für die Landesregierung höchste Priorität. Dazu gehören unter anderem Deichbau und die Schaffung von Retentionsräumen wie Polder und Deichrückverlegung.

Herr Dr. Braun, Sie können es noch so oft wiederholen, wir diskutieren diese beiden Punkte nicht im Sinne eines "Entweder-oder", sondern eindeutig im Sinne eines "Sowohl-als-auch".

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, dazu gehört auch die Renaturierung der Bäche über die Aktion "Blau", bei der die CDU für die Gemeinden die Mittel streichen will. Wir führen dies alles ungeschmälert fort.

(Zuruf von der FDP: Hört, hört!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist die Summe der Maßnahmen, die zu mehr Hochwassersi-

cherheit führt; dennoch gilt es, die Konzepte auch im Dialog vor Ort mit den Menschen zügig umzusetzen. Ich werbe an jeder Stelle dafür.

Ferner dürfen wir die Schadenspotenziale in den Überschwemmungsgebieten nicht erhöhen. Die Menschen werden auch Eigenvorsorge betreiben müssen.

Meine Damen und Herren, die Umwelt- und die Naturschutzpolitik können sich dankenswerterweise auf ein großes ehrenamtliches Engagement stützen. Allein 680 Bachpatinnen und -paten engagieren sich für unsere Gewässer, darunter viele Schüler und Schülerinnen.

Ohne das ehrenamtliche Engagement – ich schließe auch die engagierten Mitarbeiter der Mitglieder der Umweltverbände mit ein – wäre weder in der Vergangenheit noch heute oder in Zukunft die Herausforderung zu bewältigen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich darf mich ganz herzlich bedanken, auch bei den Agenda-21-Gruppen in über 200 Gemeinden oder Kreisen, die im bürgerschaftlichen Engagement die Diskussion über die Entwicklung ihres Gemeinwesens führen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch diese Projekte wollen wir weiterfinanzieren. Der Einzelplan und die Politik, die dahinter steht und damit gemacht wird, ist und bleibt reformorientiert, innovativ und erhebt den Anspruch, dass wir die Menschen in unserem Land mitnehmen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Das Wort für eine Kurzintervention hat Herr Kollege Licht.

Abg. Licht, CDU:

Frau Ministerin, eines kann ich so nicht stehen lassen. Sie haben gesagt, dass wir uns über eine A-16-Stelle aufregen.

Meine Damen und Herren, es sind deren vier, die neu in diesem Bereich geschaffen werden. Ich habe schon zu Beginn einige ausführlich genannt. Ich will sie noch einmal nennen.

Man muss sich das wirklich noch einmal vergegenwärtigen; denn das ist Ihre Antwort auf Ihre Forstreform, auf den Spruch, die Mitarbeiter hätten verstanden. Meine Damen und Herren, so locker vom Hocker kann man das nicht stehen lassen.

Vier neue A-16-Stellen, im Übrigen 17 insgesamt, neue Funktionen A 16, A 15, in diesem Bereich. Das Headquarter, wie man so schön sagt, wird so richtig stark und kräftig gemacht, damit man in der Fläche die

Möglichkeit hat auszudünnen, meine Damen und Herren.

(Hartloff, SPD: Sie erzählen uns nichts Neues!)

Meine Damen und Herren, ich nenne nur noch einmal die Erste. Die erste Stelle wird beschrieben: Es geht um Akquise von neuen Fördermöglichkeiten. Was hat man denn bisher gemacht?

Die Zweite: Entwicklung der Windkraft im Wald. Dazu sagen wir grundsätzlich Nein, meine Damen und Herren.

Die Dritte: Motivation des Personals. Ich habe es schon einmal in Gänze vorhin vorgetragen, meine Damen und Herren. Muss das in der Form so sein?

Die Vierte: Sie wird mit nachhaltiger Landnutzung umschrieben. Ich will das noch einmal in einem Satz deutlicher formulieren. Es heißt: Im Mittelpunkt dieser Funktion steht die Entwicklung und Integration sowie die Steuerung der nachhaltigen Entwicklung im Wald zur Sicherung einer ökologischen, ökonomischen und sozialen Funktion im Kontext regionaler, nationaler und internationaler Umweltpolitik.

Auch dort stellt sich die Frage: Was hat man bisher gemacht?

Meine Damen und Herren, eine vernünftige und seriöse Aufgabenkritik müsste mindestens bei diesen Punkten ansetzen; denn A-16-Stellen binden nach unserer Erfahrung ganze Apparate. Es werden nicht nur die Gehälter der einzelnen Personen, sondern es werden ganze Apparate und – davon gehe ich aus – möglicherweise noch andere Ressourcen neu gebunden.

Meine Damen und Herren, dies ist keine vernünftige Aufgabenkritik. Das ist nicht der Stil, den Sie bei enger Haushaltslage praktizieren sollten.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich freue mich, weitere Gäste im Landtag begrüßen zu können, und zwar Schülerinnen und Schüler aus der Grund- und Hauptschule des Carl-Zuckmeyer-Schulzentrums Mainz, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Finanzamtes Ludwigshafen und Auszubildende zum Optikerhandwerk der Berufsbildenden Schule Technik Koblenz. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Bitte schön, Frau Kollegin!

Abg. Frau Schäfer, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte noch kurz auf den Verbraucherschutz eingehen.

Seiner großen Bedeutung entsprechend ist der Verbraucherschutz als politische Querschnittsaufgabe sehr kostenintensiv. Dem muss natürlich auch Rechnung getragen werden. Gleichzeitig stellt sich in einer Zeit, in der gespart werden muss, für uns die zentrale Frage, wie viel diese wichtige Aufgabe im Einzelnen kosten darf. Gerade dabei vermissen wir die Sachdiskussion, die der Kollege von der SPD-Fraktion soeben genannt hat.

Über das Problem der Lebensmittelsicherheit, ein besonders sensibler Bereich, haben wir uns im vergangenen Jahr in diesem Haus häufiger gestritten. Dabei ging es vor allem darum, ob die Rahmenbedingungen der Lebensmittel- und Futtermittelkontrolle stimmen, was die personelle und die technische Ausstattung anbelangt, damit auf Dauer eine Lebensmittelsicherheit gewährleistet werden kann.

Die Landesregierung sagt: Alles okay. – Die ehemalige Verbraucherschutzbeauftragte sprach dagegen von starken Defiziten. Darüber würden wir gern eine Sachdiskussion führen. Wir müssen doch wissen, ob die Haushaltsansätze, die eine Lebensmittelsicherheit in Rheinland-Pfalz gewährleisten sollen, nun angemessen sind oder nicht.

(Beifall der CDU)

Wir alle wissen, dass die Risiken einer Verunreinigung von Lebensmitteln und Futtermitteln in den letzten Jahren größer geworden sind und die Arbeitsbelastung innerhalb der amtlichen Lebensmittelkontrolle vor allem infolge der Lebensmittelkrisen und der permanenten Flut neuer EU-Richtlinien zugenommen hat. Dies alles brauche ich Ihnen nicht mehr zu sagen. Umso notwendiger ist es, in einer Zeit finanzieller Engpässe zu klären, wie hoch der Finanzbedarf wirklich ist. Hierzu haben wir bisher noch keine befriedigenden Antworten von der Landesregierung erhalten.

Das Ziel heißt: optimaler Verbraucherschutz mit möglichst wenig finanziellen Ressourcen. – Dazu sollte endlich ein Konzept erstellt werden, das sich mit den folgenden Fragen auseinander setzt:

Wie lassen sich bestehende Strukturen verbessern? Wo gibt es Möglichkeiten zur Kooperation und zur Nutzung von Synergieeffekten? Gibt es für die Nutzung von teuren Großgeräten, die wir uns nicht leisten können, eventuell eine Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern? – Dabei sind auch neue Ideen gefragt.

Wir haben im vergangenen Jahr bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass man durch den Zuschnitt des Verbraucherschutzes in der rheinland-pfälzischen Landesregierung dieser wichtigen Aufgabe nicht gerecht wird. Wir könnten uns auch vorstellen, dass etwa in der Frage aktueller Lebensmittelkrisen und -probleme das Management wesentlich dadurch erleichtert würde, dass die Zuständigkeit eindeutig wäre und eine Koordinierung verschiedener Bereiche nicht in dem Maße notwendig würde, wie es derzeit der Fall ist.

(Beifall der CDU)

Es wäre unseres Erachtens im Übrigen auch sinnvoll, den Verbraucherschutz haushaltstechnisch übersichtlicher und damit transparenter zu gestalten.

Zu den BSE-Tests will ich nur noch eines sagen: Es geht überhaupt nicht um Katastrophenmeldungen, wie vorhin gesagt wurde. Was wir einfordern, ist eine gute Informationspolitik, die nicht verunsichern darf.

(Beifall der CDU)

In diesem Bereich liegen die Fehler auf dem Tisch, das ist ganz klar; denn der Verbraucher muss wissen, woran er ist.

Wir bleiben daher bei unserer Forderung: Der Verbraucherschutz gehört in der Landesregierung gebündelt. Wir gehen davon aus, dass dies zu Kosteneinsparungen führen würde und dennoch vom Ergebnis her der Verbraucherschutz vorangebracht würde.

Wir haben mehrfach auf schwere Fehler in der Ausgabenpolitik dieser Landesregierung hingewiesen. Das beste Beispiel war die Etablierung einer Verbraucherschutzbeauftragten. Ihre Aufgaben waren nur vage beschrieben, und es fehlte ihr an Kompetenz. So war ihr Scheitern vorprogrammiert. Auf diese Weise sind dem Land jährlich über 50.000 Euro verlorengegangen, die an anderer Stelle wirkungsvoller hätten eingesetzt werden können

(Beifall der CDU)

Eine solche Stelle trotz aller Warnungen einzurichten und ihr nicht einmal die notwendigen Kompetenzen zu geben, war reine Effekthascherei.

> (Stretz, SPD: Sie wollten sie doch selbst! – Beifall der CDU)

Ich möchte Ihnen noch ein weiteres Beispiel nennen, wie Chancen zu effizienterem Wirtschaften vertan wurden. Ende des vergangenen Jahres haben wir vorgeschlagen, dass die Durchführung der BSE-Schnelltests gleichermaßen unter Sicherheitsaspekten als auch unter wirtschaftlichen Zielsetzungen erfolgen solle, indem man Potenziale nicht staatlicher Stellen mit berücksichtigt. Dies wurde in diesem Haus abgelehnt. Es ist ganz klar, die Sicherheit soll an oberster Stelle stehen. Aber das heißt nicht, dass dabei nicht auch sinnvoll gehaushaltet werden darf.

Der Verbraucherschutz braucht auch in diesem Land eine Perspektive. Lassen Sie uns deshalb dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen für mehr Effizienz und Transparenz geschaffen werden.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Frau Abgeordneter Elsner das Wort.

Abg. Frau Elsner, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Schäfer hat gerade gemeint, der Landesregierung sagen zu müssen, dass nichts getan worden ist

(Zuruf des Abg. Licht, CDU – Frau Kohnle-Gros, CDU: Das hat sie so nicht gesagt!)

oder sehr wenig getan worden ist.

Diese Aussage verwundert mich ein wenig, denn die zahlreichen Skandale, die in den letzten Jahren im Lebensmittelbereich aufgetreten sind, waren in Rheinland-Pfalz am geringsten, und sie sind auch am schnellsten und effektivsten gelöst worden. Wenn man sieht, wie in Rheinland-Pfalz mit der zweiten Kampagne BSE umgegangen worden ist, so ist dies beispielhaft gewesen.

Des Weiteren ist dazu zu sagen, dass die Mittel für die Verbraucherschutzzentrale in den letzten Jahren durch das Wirtschaftsministerium konsequent erhöht worden sind. Es muss auch einmal beachtet werden, dass es nicht immer nur die Verbraucherzentrale ist, die für die Verbraucherinnen und Verbraucher zuständig ist, sondern in diesem Bereich kommen auch die Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalten und die Landfrauen in Betracht. Des Weiteren gibt es die Stiftung Warentest sowie ein breites Angebot für die Verbraucherinnen und Verbraucher, das genutzt werden muss. Dort wird, wie ich finde, immer vorbildliche Aufklärungsarbeit geleistet. Deshalb bringt es nichts, immer nur mehr Geld zu fordern.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Das haben wir gar nicht getan! Das ist unglaublich! – Schmitt, CDU: Wo ist von Geld die Rede gewesen?)

Ich gebe Ihnen vollkommen Recht, dass sich Strukturen auch einmal verändern sollten. Darüber muss grundsätzlich einmal geredet werden. Aber ich bin nicht Ihrer Auffassung und teilweise auch nicht der Auffassung der GRÜNEN, dass wir immer mehr Gelder hineinpumpen müssen. Auch Sie wissen, dass in allen anderen Bereichen gespart werden muss.

Danke.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Fuhr das Wort.

Abg. Fuhr, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man im weiteren Verlauf einer Debatte spricht, hat dies den Vorteil, dass man Dinge, die in der Debatte angesprochen wurden, aufnehmen und zurechtrücken kann. Der Verlauf der Debatte und Ihre Beiträge dazu sind symptomatisch für Ihr bisheriges Verhalten immer dann, wenn

es um Umweltpolitik geht, Herr Kollege Licht. Sie haben inhaltlich nichts beizutragen. Sie haben keine Vorstellungen und keine Konzepte. Das verbrämen Sie dann.

(Licht, CDU: Das überhören Sie immer!)

 Nein. Sie haben keine Konzepte. Dann legen Sie sie doch einmal auf den Tisch, wenn Sie welche haben.

(Itzek, SPD: Ich habe es auch nicht verstanden, was er gesagt hat!)

Sie haben keine und bringen keine ein. Dann versuchen Sie, sich an einzelnen kleinen Themen festzuhalten. Aber dazu komme ich noch.

Umweltpolitik ist eigentlich ein Bereich, in dem man ganz klar seine Prinzipien der Landespolitik auch offenlegen könnte, da Umweltpolitik sehr stark Landespolitik ist. Man könnte sagen, was seine Prinzipien sind, was in Richtung der Landespolitik geschehen soll. Das haben Sie bisher bei allen Bereichen, ob es FFH, Vogelschutz oder Forstreform war, nicht fertig gebracht. Sie haben es nicht geschafft, irgendetwas auf den Tisch zu legen, bei dem Sie sagen könnten, wir haben die und die Vorstellung und wollen das und das entwickeln. Nein, Sie versuchen immer wieder, nur an dem Verfahren herumzukritisieren und bringen nichts ein.

Beim Haushalt wäre jetzt die Chance gewesen zu sagen, wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und Gestaltung zu beweisen. Wir sind bereit zu zeigen, dass wir auch gestalten können. Man hat jetzt gewartet, was die CDU beim Haushalt im Umweltbereich gestalten möchte. Nichts, gar nichts liegt auf dem Tisch. Ich mache dies an zwei Beispielen fest.

(Dr. Schiffmann, SPD: Im Gegenteil! – Itzek, SPD: Doch, Abwasserabgabe!)

– Zur Abwasserabgabe komme ich noch.

Ein Bereich, den Sie jetzt in Ihrer Kurzintervention angesprochen haben, ist der Forstbereich. Im ganzen Verlauf der Diskussionen über die Forstreform haben Sie nichts anderes fertig gebracht, als Standortdebatten zu führen. Sie haben es nicht fertig gebracht, über die Strukturreform, über die inhaltliche Reform zu reden oder überhaupt nur eine Vorstellung auf den Tisch zu legen.

Sie haben immer nur gesagt, dass wir den und den Standort zugemacht haben, was nicht richtig gewesen sei. Heute Morgen haben Sie es wieder getan. Sie sagen, es gibt Standortschließungen nach Parteibuch.

In meinem Landkreis sind zwei Forstämter von sozialdemokratischen Ortsbürgermeistern geschlossen worden. Wo ist denn dort bitte schön die Standortschließung nach Parteibuch? Es ist eine Unverschämtheit, so an dieses Thema heranzugehen.

> (Beifall bei SPD und FDP – Schmitt, CDU: Reiner Zufall! – Staatsminister Mittler: Immer derselbe Quatsch, den man da hört!)

Sie gehen dann hin und sagen, im Haushalt werden zusätzlich vier Stellen im Ministerium geschaffen, am Anfang war es eine. Sie haben immer noch nicht kapiert, warum wir eine solche Reform machen. Man macht eine Reform, um Gestaltungsspielräume zu erhalten, auch um finanzielle Mittel einzusparen. Dies bedeutet konkret 27 Millionen Euro bis 2010. Das heißt bei den Stellen konkret, bis 2010 werden bei den höheren und gehobenen Stellen 110 Stellen eingespart. Wenn man dann im Ministerium bei einem so grundlegenden Umstrukturierungsprozess zusätzliche Stellen braucht, um das zu steuern, dann ist alles, was Ihnen dazu einfällt, dass eine Stelle mehr geschaffen wird. Es werden Stellen eingespart, weil wir Gestaltungsspielräume gewinnen wollen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Was passiert, wenn man über Jahre hinweg so tut, als ob sich nichts ändern könnte? Das sehen wir in Hessen und in Bayern. Wir in Rheinland-Pfalz haben frühzeitig angefangen, ob dies nun der "Quasi"-Landesbetrieb ist oder das neue Landeswaldgesetz ist, ob es die Strukturreform ist. Wir haben frühzeitig angefangen, auf veränderte Herausforderungen zu reagieren, indem wir veränderte Abläufe im Forstbereich eingerichtet haben. Darauf haben wir reagiert. Andere haben so getan, als ob sie nichts machen müssten. Sie sehen heute viel größeren Schmerzen entgegen.

Nehmen Sie einmal die aktuelle Ausgabe des Bundes Deutscher Forstleute. Lesen Sie nur einmal, was die Forstbediensteten Ministerpräsident Stoiber schreiben. Wenn dies nur annähernd in Rheinland-Pfalz so wäre, möchte ich wissen, wie Sie reagieren würden.

Bei uns ist es aber nicht so, weil es im Einklang mit dem Personal durchgeführt wird und wir das Personal auf dem Weg mitgenommen haben. Das Personal hat diese Reform schon längst akzeptiert und ist dabei, sie umzusetzen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Das Personal ist engagiert und setzt sich ein. Alles, was Sie einbringen, ist, dass Sie sagen, dass eine Stelle mehr geschaffen wird. Das ist im Grunde eine völlige Missachtung dieses Engagements des Personals, das Sie einbringen, indem Sie nichts zu dieser Forstreform zu sagen haben.

(Dr. Altherr, CDU: Wer wiederholt sich denn laufend? Sie haben doch auch nichts zu sagen! – Itzek, SPD: Ach, der Kollege Altherr!)

Sie haben in dieser Woche eine Pressekonferenz gemacht, deren Titel ich jetzt nicht noch einmal wiederholen möchte. Dort steht der Vorwurf, der Forsthaushalt sei ein Vehikel zur Finanzierung des Landeshaushalts, und die Forstrücklage werde geplündert. Das ist ein Vorwurf, den Sie erheben. Was machen Sie beim Haushalt? Zu dem Umwelthaushalt, der schon ein Sparhaushalt ist, weil er die Beschlüsse des Ministerrats umsetzt, also schon einspart, gehen Sie hin und sagen: Macht noch einmal eine pauschale Kürzung um 13 Millionen Euro. –

Sie tun so, als ob das den Forstbereich nicht treffen würde

Auf der anderen Seite sagen Sie, der Forsthaushalt wird für den allgemeinen Haushalt geplündert. Irgendwo fehlt mir da die Logik in Ihren Vorschlägen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Dies muss noch mit dem verbunden werden, dass Sie in der Praxis zu dieser Reform nichts beigetragen haben. Sie sollten sich wirklich überlegen, ob Sie so weitermachen, ob Sie wirklich bei jedem Thema so handeln wollen. Dann unterziehen Sie sich einmal bei einem inhaltlichen Thema der Mühe, Vorschläge zu machen, über die wir auch diskutieren können.

(Itzek, SPD: Bei dieser Truppe geht das doch gar nicht!)

Ein nächster Punkt betrifft Ihre Vorschläge zum Thema "Abwasserabgabe". Das war auch nicht ganz so neu. Im letzten Jahr haben Sie schon Forderungen in dieser Richtung erhoben und haben Vorschläge zum Thema "Abwasserabgabe" gemacht. Aus unserer Sicht wäre es ein klarer Rechtsbruch, wenn wir Ihre Vorschläge umsetzen würden,

(Itzek, SPD: Was der Rechnungshof bestätigt hat!)

weil wir Gelder, die laut Gesetzgeber nicht so verwandt werden dürfen, anders verwenden würden. Das wäre ein klarer Rechtsbruch. Der Rechnungshof würde uns das auch nicht genehmigen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das hat Ihnen sonst doch auch nichts ausgemacht!)

Sie können doch nicht solche Vorschläge auf den Tisch legen und sagen, wir machen Umweltpolitik. Das ist nichts. Das ist ein Verschiebebahnhof, den Sie hier aufbauen wollen, der rechtlich nicht haltbar ist.

(Beifall bei der SPD)

Was würde denn passieren, wenn wir diesen Anträgen folgen würden, dies einmal davon abgesehen, dass wir es rechtlich nicht machen können? Wir würden bei den Geldern abbauen, bei denen wir Zuschüsse an die Kommunen für Flächenkanalisation geben. Das heißt, wir würden entweder den Kommunen oder den Gebührenzahlern Schaden zufügen, weil die Gelder fehlen würden, um diese Maßnahmen umzusetzen, oder die Kommunen müssten ihre Gebühren erhöhen, um diese Maßnahmen umzusetzen. Das nennen Sie dann Umweltpolitik, wenn Sie solche Streichungen in diesem Bereich durchsetzen wollen?

Meine Damen und Herren, die Vorschläge der CDU zur Abwasserabgabe sind nicht umsetzbar. Es nützt auch nichts, wenn Sie uns damit suggerieren wollen, Sie hätten sich Vorstellungen zum Haushalt gemacht. Das sind Ihre einzigen Vorschläge zum Haushalt. Zu anderen Themen haben Sie gar nichts auf den Tisch gelegt. Sie

haben sich nicht der Mühe unterzogen, wirklich den Haushalt durchzuarbeiten und Vorschläge zu entwickeln. Sie haben ein Projekt auf den Tisch gelegt, das nicht durchführbar ist.

Ich möchte zum Abschluss noch etwas zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagen. Herr Dr. Braun, es ist nett, wenn Sie uns zu dem auffordern, was wir sowieso tun. Sie haben vorhin von der nachhaltigen Waldwirtschaft gesprochen. Die nachhaltige Waldwirtschaft ist gerade Grundlage dafür, dass wir diese Forstreform so durchführen können. Die nachhaltige Waldwirtschaft und ihre Ergebnisse zusammen mit dem technischen Fortschritt sind die Grundlage dafür, dass wir den Forsthaushalt auch so durchführen können.

Von daher brauchen wir uns natürlich nicht selbst zu etwas auffordern, was wir schon tun.

(Dr. Schiffmann, SPD: Sehr richtig!)

Der Umwelthaushalt ist aus unserer Sicht ein Sparhaushalt, weil er umsetzen musste, was das Kabinett beschlossen hat. Er ist aber ein Haushalt, der gewährleistet, dass die Prinzipien der Politik, die wir umsetzen wollen, auch umgesetzt und gestaltet werden können. Deswegen werden wir ihn unterstützen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Zu einer Zwischenintervention hat Herr Abgeordneter Dr. Braun das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Zwischenintervention?

Präsident Grimm:

Ja, das ist der weiße Schimmel.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Eine Zwischenintervention.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Licht, Sie haben jetzt noch einmal argumentiert, warum es notwendig ist, ---

(Itzek, SPD: Herr Fuhr!)

– Entschuldigung, Herr Fuhr. Sie haben jetzt noch einmal argumentiert, warum es notwendig ist, diese A-16-Stellen ins Ministerium umzusetzen. Es ist natürlich keine Steuerungsfunktion, wenn ich dann für den Wind im Wald zuständig bin. Das ist eine neue Stelle. Das ist eine neue Funktionsstelle.

(Fuhr, SPD: Das ist aber eine wichtige Aufgabe!)

Das ist eine wichtige Aufgabe, aber Sie haben anders argumentiert. Für mich ist die Frage: Was brauchen wir, und wo haben wir letztendlich einmal eine Analyse, damit das Parlament – das ist auch unsere Diskussion hier – nachvollziehen kann, was in diesem Bereich passiert? – Wir haben einen "Quasi"-Landesbetrieb vor zwei Jahren gegründet, und seitdem haben wir keine richtigen Informationen mehr darüber, was in diesem "Quasi"-Landesbetrieb alles vorgesehen ist. Wir bekommen als Parlamentarier kurzfristige Einladungen – zwei Tage vorher –, wir würden über Reformschritte informiert, oder wir entnehmen aus der Zeitung, dass es neue Refomschritte gibt, oder wir bekommen diese Newsletter-Mitteilung vom Umweltministerium, dass nun der nächste Reformschritt eingeführt wird.

Ich glaube, es wäre wichtig, uns Parlamentarier mitzunehmen und daran zu beteiligen und auch den Personalrat zu beteiligen. Unsere Argumentation ist doch nicht aus der Luft gegriffen, sondern wir haben auch Leute, die sich bei uns beschweren, die bei uns darum bitten, die Interessen der Beschäftigten in der Forstverwaltung vorzutragen. Genau das tun wir hier, Herr Fuhr.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Wenn wir dann sehen – ich habe in der vorbereitenden Sitzung des Umweltausschusses darum gebeten, dass wir einmal die Stellenbesetzung hier aufgelistet bekommen –, dass im mittleren Dienst, also bei den Förstern, die sozusagen im Forstrevier beschäftigt sind, im Moment von 836 Stellen 68,5 Stellen nicht besetzt sind, dann ist auch klar, dass es einen Mangel vor Ort gibt, es schon schwierig ist, die Arbeitsbelastung in der letzten Zeit gestiegen ist und Sie jetzt die nächsten Schritte draufsetzen wollen, ohne überhaupt den Schritt in Ihrer Personalplanung nachvollzogen zu haben.

Dann sehe ich mir an, was die hoch bezahlten Forstbeamten, also die im höheren Dienst, an Stellenbesetzung haben. Da haben wir inzwischen 162 Stellen. Das waren früher nicht so viele. Von den 162 Stellen sind 156 Stellen besetzt. Das heißt, da sind nur sechs Stellen nicht besetzt. Da sehen Sie doch dieses Ungleichgewicht, dass es eben im höheren Dienst, A 13 bis zu B 2, eine Stellenbesetzung gibt, die prozentual viel größer ist als in den Diensten, die Kontakt mit der Bevölkerung haben und vor Ort tätig sind, die tatsächlich noch durch den Wald gehen und sich im Wald auskennen. Die anderen sind Funktionsstellen. Genau da wollen wir, wenn wir Reformen machen, auch an der richtigen Stelle die entsprechenden Personalstellen einsparen.

Natürlich kann man einsparen, aber man kann doch nicht immer nur diejenigen, die praktisch etwas tun, wegsparen und die anderen, die das organisieren, weiter beibehalten. Das ist unsere Kritik. Deswegen sagen wir, wenn wir eine Forstreform haben, dann müssen wir die auch so durchsetzen, dass sie für die Leute vor Ort tragbar ist und sie dann auch vor Ort die nachhaltige

Waldwirtschaft – deswegen unser Antrag – gewährleisten kann.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Zu einer Kurzintervention hat Herr Kollege Alexander Licht das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Herr Kollege Fuhr, Sie haben es sich natürlich auch sehr einfach gemacht. In der Vergangenheit haben wir immer zu Haushaltsberatungen auch Anträge vorgelegt. Aber wie das hier nun einmal so abläuft, haben Sie sich nie für diese Dinge interessiert, ob sie konstruktiv waren oder ob sie in Einzelbeschreibungen bestanden.

(Beifall der CDU)

Ich sage jetzt einmal wertneutral das Gleiche für die GRÜNEN. Da sind jetzt auch wieder einige Anträge dabei, von denen ich sagen kann, darüber können wir diskutieren. Das sind vernünftige Dinge. Ich bin überzeugt davon, dass wir hier auch zu einem großen Konsens kommen könnten. Das interessiert Sie aber alles gar nicht.

Jetzt sind wir einmal anders vorgegangen und haben gesagt, es gibt da einen schönen Slogan irgendeiner Weltfirma "Nutze die Möglichkeiten". Ganz einfach: Nutze die Möglichkeiten. – Das wurde von uns übrigens in der Vergangenheit des Öfteren angemahnt, was die Abwasserabgabe angeht: Resteverwaltung usw. In der Vergangenheit wurde das angemahnt. Das wurde dann auch immer wieder hier im Plenum kritisiert. Sie selbst haben im vergangenen Haushalt und auch in diesem Haushalt sich dieses zu Nutze gemacht in einem anderen Rahmen, in einem engeren Rahmen, als wir ihn jetzt vorschlagen. Das ist richtig. Nur machen Sie es auch selbst.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich in andere Bereiche hineingehe, haben wir – –

(Itzek, SPD: Sie kennen doch den Rechnungshofbericht!)

- Ich kenne den Rechnungshofbericht.

(Itzek, SPD: Also!)

Dann müssten wir noch stärker ins Detail gehen. Herr Kollege, holen wir uns dann doch diesen Bericht. Dann wissen wir, dass es in § 16 heißt "eine bevorzugte Verwendung der Mittel für eingeschränkte Zwecke". Dazu gibt es eine Landesausführung, die wiederum auf einem übergeordneten Bundesgesetz basiert. Dieses Bundesgesetz ist weiter gefasst. Auch das ist so. Okay, wenn

Sie sagen, Verstoß bei uns gegen Gesetze oder Verordnungen, dann heißt das aber noch nicht, dass man sich in dem Rahmen, in dem es Möglichkeiten gibt –noch einmal: Nutze die Möglichkeiten –, vielleicht durchaus für ein oder zwei Jahre auch anders verhalten kann, weil wir nun einmal eng – –

(Itzek, SPD: Rechtswidrig!)

Ach rechtswidrig. Der Herr Ministerpräsident hat gestern eine ganz andere Betitelung genannt. Es sind politisch gebundene Mittel. Das ist bei Ihnen vorhanden, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Wenn Sie sagen, bei uns sei keine Zielrichtung in der Umweltpolitik erkennbar, nenne ich Ihnen nur eine.

(Itzek, SPD: Ich weiß nicht, warum wir eine Rechnungsprüfungskommission haben und man Beschlüsse hier im Plenum macht!)

Die ist immer wieder von uns auch in den Haushaltsberatungen hier angeführt worden: Stärkung der Umweltverbände zulasten des Regierungsapparats. –

Meine Damen und Herren, wenn Sie nur das einmal umsetzen, wäre weniger mehr, und das, was wir als globale Minderausgabe vorgeschlagen haben, würde Sie endlich einmal dazu zwingen, in die Aufgabenkritik hineinzugehen und mit zu überlegen, was man mit dem einen Euro vielleicht mehr machen kann, was man mit dem einen Euro draußen vielleicht mehr bewirken kann.

(Stretz, SPD: Es werden immer weniger Euros, es werden doch nicht mehr!)

Wenn Sie das nicht machen – es zeigt sich, dass Sie dazu nicht bereit sind, vier neue A-16-Stellen nur für den einen Bereich Forst–, spricht das Bände.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Braun.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Fuhr kann antworten!)

- Keine weiteren Wortmeldungen?

Wenn er will, kann er selbstverständlich. Er hat sich bisher aber nicht gemeldet.

Frau Abgeordnete Kiltz hat das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Noch ein paar Worte zu den etwas unappetitlicheren Sachen, die in der Zuständigkeit der Frau Ministerin Conrad liegen. Sie wissen, wovon ich rede: Lebensmittelüberwachung, Fleischbeschau und Tierseuchen. – Herr Stretz, da muss ich einmal etwas in Ihre Richtung sagen. Wenn Sie sagen, es hätte in den vergangenen Tagen Versuche gegeben, aus Meldungen Katastrophenmeldungen zu machen, weiß ich nicht, wen Sie da gemeint haben. Ich muss aber sagen, Sie sehen da etwas falsch. Es geht nicht darum, Katastrophenmeldungen zu machen, sondern es geht darum, wach zu bleiben und darauf zu achten, was passiert, und es geht um das Recht der Verbraucherinnen und Verbraucher zu erfahren, wo es klemmt, damit sie sich in ihrem Verhalten danach richten können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Wir haben das Problem, gerade bei Lebensmittelskandalen – BSE ist einer, bei dem es ganz gravierend war –, dass es immer wieder einmal solche Wellen gab, wo das in den Medien derart präsent war, dass es fast schon zu viel war, und dann wieder abgeflacht ist. Damit flacht dann auch die Aufmerksamkeit ab und anscheinend, wie wir jetzt festgestellt haben, auch bei dem einen oder anderen die Verantwortung für sein Handeln.

Es ist, wenn ich das richtig verstanden habe, das eine oder andere an Fehlverhalten aufgetreten. Wir können aber froh sein, dass dadurch die Lücken in dem Kontrollsystem offenkundig geworden sind und jetzt bearbeitet werden können.

Herr Stretz, wenn man sie nicht wüsste und nicht öffentlich machen würde, könnte man sie auch nicht bearbeiten. Deswegen ist es gut, dass dies aufgetaucht ist und in Angriff genommen wird. Es scheint so zu sein, dass Bund und Land ganz gut Hand in Hand zusammenarbeiten.

Frau Conrad, Sie haben gesagt, die Opposition macht keine Vorschläge.

(Zuruf der Staatsministerin Frau Conrad)

- Ich wollte gerade sagen, das können Sie nicht auf uns gemünzt haben, weil wir Ihnen gern schon, bevor Sie das Amt angetreten haben auf dem Silbertablett die Futtermittelüberwachung und andere Kompetenzen hinzugereicht hätten, da wir gerade in der Lebensmittelund Futtermittelüberwachung, in den Bereichen, die für den gesundheitlichen Verbraucherschutz sensibel sind, eine Bündelung der Kompetenzen gehabt hätten. Wir fordern das immer wieder. Irgendwann müssen Sie es umsetzen.

Frau Ministerin, Sie wissen selbst, dass viele Lebensmittelskandale durch kriminelles Handeln oder Schlamperei im Futtermittelbereich passieren. Insofern wäre es gut, wenn dies in einer Hand wäre.

Aber wir haben weitere Vorschläge gemacht. Wir haben uns dazu geäußert, wie Sie die Lebensmittelüberwachung effektiver und stärker machen könnten. Wir bitten Sie, noch einmal zu prüfen, ob man die Kommunalisierung nicht rückgängig machen muss, oder legen Sie ein Programm auf, mit dem Sie die Landkreise und kreis-

freien Städte in diesen Aufgaben unterstützen können. Nutzen Sie vor allen Dingen Ihre Fachaufsicht, um für einheitliche Standards im ganzen Land zu sorgen.

Das sind konkrete Vorschläge, und wir erwarten eigentlich schon, dass Sie darauf eingehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen, dass es immer ein bisschen dauert, bis Sie unsere Vorschläge in anderer Form aufgreifen, sodass man nicht mehr genau erkennt, dass dies von den GRÜNEN ist. Ich meine aber, es wäre langsam Zeit. Machen Sie es!

Frau Elsner, Sie haben gesagt, wir wollen immer nur Geld in die Verbraucherzentrale, zum Verbraucherschutz pumpen. Wenn Sie die bescheidenen – ich muss es gerade noch einmal nachschauen – 130.000 Euro jetzt als große Geldspritze für die Verbraucherzentrale ansehen, dann sollten Sie doch einmal im Haushalt 08 nach anderen Positionen suchen, wo wirklich gepumpt wird

Wir möchten gern Finanzmittel, die bei der ehrenamtlichen funktionslosen Verbraucherschutzbeauftragten in der Staatskanzlei waren, und Gelder, die im Wirtschaftsministerium zum Verbraucherschutz eingesetzt waren, umressortieren und der Verbraucherzentrale zuordnen,

(Glocke des Präsidenten)

weil die Mittel dort gut aufgehoben sind und die Aufgaben im Dienst der Verbraucherinnen und Verbraucher hervorragend erledigt werden. Dafür muss man mehr Geld in die Hand nehmen. Das geht auch an die Adresse der Umweltministerin, die auch für Verbraucherschutz zuständig ist.

Danke.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr zu diesem Einzelplan vor. Ich schließe die Aussprache über den Einzelplan 14.

Ich rufe auf:

Einzelplan 09 - Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend-

Es bereitet sich Herr Abgeordneter Keller vor.

(Beifall der CDU)

Abg. Keller, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Anfang Dezember 2001 wurde die PISA-I-Studie

veröffentlicht, die in Deutschland für großes Aufsehen sorgte. Mitte März 2002 wurde der letzte Doppelhaushalt verabschiedet. Dass die Landesregierung damals kaum Maßnahmen im Sinn von PISA getroffen hatte, dafür konnte man auf Grund der kurzen Zeit Verständnis haben. Jetzt, also über zwei Jahre nach PISA I, ist die Situation jedoch eine gänzlich andere. Die Landesregierung muss sich jetzt die Frage gefallen lassen, ob sie in ihrem Haushalt die richtigen Folgerungen aus PISA gezogen hat.

(Creutzmann, FDP: Ja!)

So hat die PISA-Studie zum Beispiel ergeben, dass die Sprachkompetenz vieler Schüler, nicht nur die von Mgrantenkindern, oft unzulänglich ist. Somit war klar, dass hier ein enormer Handlungsbedarf bestand und man mit verstärkter Spracharbeit im Kindergarten beginnen musste.

Wir reagierte die Landesregierung auf diesen Sachverhalt? Im Doppelhaushalt 2002/2003 wurden jährlich für diese überaus wichtige Maßnahme 100.000 Euro eingestellt, im Haushalt 2004, den wir heute beraten, 200.000 Euro. Obwohl die Landesregierung weiß, dass der Bedarf riesig und die Nachfrage seitens der Kindergartenträger groß ist, versäumte sie es, in diesem wichtigen Punkt einen Schwerpunkt zu setzen. Sie kleckert, wo man klotzen müsste.

(Beifall der CDU)

Deutsch sprechen und verstehen zu können, ist die Schlüsselqualifikation schlechthin.

(Frau Morsblech, FDP: Wo ist Ihr Änderungsantrag?)

Wenn hier Defizite bestehen, ist der weitere Bildungserfolg massiv infrage gestellt.

 Verehrte Frau Kollegin Morsblech, es war die CDU, die im Frühjahr 2002 einen Antrag auf Sprachtests im Kindergarten ein Jahr vor der Einschulung und auf Sprachförderung im Bedarfsfall gestellt hat.

(Beifall der CDU)

Die Regierungsfraktionen jedoch, also auch Ihre Fraktion, lehnten diesen wichtigen Antrag ab. Andere Länder, wie zum Beispiel Berlin, haben verpflichtende Sprachtests und Sprachförderung im Kindergarten eingeführt und so die richtigen Schlussfolgerungen aus PISA gezogen.

Niedersachsen hat im Hinblick auf das kommende Schuljahr für alle künftigen Erstklässler eine Sprachstandsfeststellung, also einen Sprachtest, durchgeführt. Das Ergebnis: 11 % der künftigen Erstklässler haben für den Schulbesuch, für die Einschulung unzureichende Sprachkenntnisse. Diese Kinder nehmen nun alle an einem Sprachförderprogramm teil.

In Rheinland-Pfalz dürfte die Rate von Kindern mit Sprachdefiziten ähnlich hoch sein. Von den 44.000 im Schuljahr 2003/2004 eingeschulten Kindern wären das

ca. 5.000. Doch das Angebot der Landesregierung erreicht – jetzt rechne ich hoch – allenfalls 700 Kinder. Für das Jahr 2004 wäre das dann eine Verdoppelung von wiederum – sehr großzügig gerechnet – 1.400 Kindern, die gefördert werden können. Es bleiben immer noch gut 3.500 Kinder mit Sprachdefiziten, und diese Landesregierung nimmt dies bewusst in Kauf.

(Beifall der CDU – Schmitt, CDU: So ist es!)

Jetzt ist mir natürlich auch klar, warum Sie nicht für Sprachtests waren. Da wäre objektiv nachweisbar, wie groß die Defizite sind. Da Sie das nicht machen, können Sie immer sagen, der Bedarf ist nicht so groß. Wir wissen schon, warum Sie das nicht gemacht haben.

(Beifall der CDU)

Aber ein flächendeckendes Sprachförderprogramm ist nicht so werbewirksam, wie zum Beispiel der neueste bildungspolitische Gag dieser Landesregierung: Die Kinder-Uni.

Verehrte Frau Ministerin, die kann man machen, wenn man die Pflichtaufgaben erfüllt hat, wie zum Beispiel die gezielte Sprachförderung an der Basis oder eine 100%ige Unterrichtsversorgung.

Aber diese Landesregierung – das merken wir schon seit Jahren – liebt mehr die Effekte und weniger die Inhalte.

(Beifall der CDU)

Sie treibt lieber alle paar Monate mit großem Trara eine "neue bildungspolitische Sau" durch unser Land und lässt dabei den Bestand verkommen oder sogar verhungern.

(Beifall bei der CDU)

Ich nenne Beispiele, die das beweisen. Seit Jahren nehmen sie bewusst eine flächendeckende Unterrichts-unterversorgung in Kauf. Aktuell fehlen 800 Vollzeitlehrerstellen, davon allein 300 bei den berufsbildenden Schulen. Wöchentlich können rund 20.000 Stunden nicht gehalten werden. Hinzu kommt der beträchtlich höhere aktuelle Unterrichtsausfall.

Wie äußert sich die Landesregierung dazu? Die Landesregierung bezeichnet die Unterrichtsversorgung der allgemein bildenden Schulen trotz 500 fehlender Vollzeitlehrerstellen als gut, obwohl zum Beispiel bei den Realschulen schon seit Jahren ein struktureller Unterrichtsausfall von 3 % und bei den Sonderschulen ein struktureller Unterrichtsausfall von 4 % gegeben ist.

Es kommt noch dicker. Absolutes Stiefkind dieser Landesregierung – das schon seit langem – sind die berufsbildenden Schulen.

(Beifall bei der CDU)

Sage und schreibe fast 7 % struktureller Unterrichtsausfall war seit Jahresbeginn zu verzeichnen, trotz Nachbesserungen im November. Es ist auch egal, dass das Schuljahr im September begonnen hat. Dann wird halt im November nachgebessert und das gleich in die Gesamtrechnung einbezogen. Trotz Nachbesserungen auf ca. 6,3 % fehlen immer noch 300 Vollzeitlehrerstellen.

(Dr. Rosenbauer, CDU: So ist das!)

Untersucht man den strukturellen Unterrichtsausfall an den berufsbildenden Schulen etwas genauer, so stellt man fest, dass bei der klassischen Berufsschule, also bei der Berufsschule, an der zum Beispiel die Auszubildenden beschult werden, der strukturelle Unterrichtsausfall, also der Unterricht, der von Beginn an nicht gehalten werden kann – hinzu kommt noch der aktuelle –, im Landesdurchschnitt bei über 9 % liegt. Das muss man sich einmal vorstellen. Es gibt Berufsschulen, bei denen der Unterrichtsausfall geringer ist, aber es gibt auch Berufsschulen, bei denen der strukturelle Unterrichtsausfall noch höher ist.

Nehmen wir einmal den Durchschnitt von 9 %. Das heißt, nach einer dreijährigen Schulpflicht hat ein Auszubildender einen strukturellen Unterrichtsausfall von über 27 % gehabt. So bereitet diese Landesregierung unsere Jugend auf den Beruf und damit auf die Zukunft vor.

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit bei SPD und FDP – Frau Brede-Hoffmann, SPD: Ich bin für PISA für Abgeordnete! – Unruhe im Hause)

- Es kommt immer auf die Bemessungsgrundlage an.

Das ist schlicht skandalös. Auf den hohen Unterrichtsausfall angesprochen – jetzt kommt der nächste Hammer –, vergießt – – –

(Heiterkeit bei der SPD)

 Das war so nicht korrekt gerechnet. Da habe ich mich halt vertan. Das macht aber nichts. Das ändert doch nichts an der Tatsache – – –

> (Unruhe im Hause – Schweitzer, SPD: Wir sind doch nicht in einer Karnevalssitzung! – Frau Brede-Hoffmann, SPD: Helau!)

Das ändert doch nichts an der Tatsache, dass das ein erheblicher Unterrichtsausfall ist.

(Heiterkeit des Staatsministers Mittler)

 Herr Finanzminister, jetzt passen Sie einmal auf; denn auf Sie wird immer die Schuld geschoben, wenn nicht die Opposition herhalten muss. Jetzt ist der Lehrermangel im berufsbildenden Bereich schuld.

> (Frau Brede-Hoffmann SPD: In Ihrer Jugendzeit muss Mathematik ausgefallen sein!)

Jetzt sagt die Frau Ministerin: Mir fehlen die Lehrer. Ich würde sie gern nehmen. – Wir wissen aber, welche Einstellungspolitik die Landesregierung betrieben hat. Durch ihre verfehlte Einstellungspolitik hat sie die Lehrer förmlich aus Rheinland-Pfalz getrieben, entweder in andere Bundesländer oder in die Industrie.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben rechtzeitig vor dieser Entwicklung gewarnt, aber ohne nennenswerten Erfolg. Noch immer nicht betreibt die Landesregierung eine effiziente und offensive Einstellungspolitik.

(Zuruf des Abg. Dr. Schiffmann, SPD)

 Herr Kollege Dr. Schiffmann, hören Sie gut zu, obwohl Bildung nicht Ihr Bereich ist. Sie können aber dennoch etwas lernen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Aber rechnen kann er!)

Sie hätten die Möglichkeit gehabt, durch Zuschläge zu den Anwärterbezügen die Abwanderung von Hochschulabsolventen in die Industrie oder in andere Bundesländer zu verhindern. Das ist seit gut zwei Jahren möglich. Diese Möglichkeit haben Sie aufgrund einer bundesgesetzlichen Änderung. Aber nichts dergleichen geschieht. Daher hat man den Verdacht, dass Sie alles beim Alten bleiben lassen wollen und Sie nicht den Ehrgeiz haben, den strukturellen Unterrichtsausfall an den berufsbildenden Schulen, an den Schulen, die von den meisten Schülerinnen und Schülern besucht werden, zu bekämpfen.

Es gibt ein zweites ungeliebtes Kind dieser Landesregierung. Sie wissen schon, wer das ist. Das ist die Hauptschule. Seit Jahren wird ein Aktionsprogramm angekündigt, zuletzt im Koalitionsvertrag. Auf dieses Aktionsprogramm warten die Betroffenen aber noch heute, bzw. sie müssen sich mit dem Hinweis abspeisen lassen, dass 60 Hauptschulen als Ganztagsschulen vorgesehen seien. Das sei ein wichtiger Bestandteil des Aktionsprogramms, das im Übrigen noch nicht formuliert ist.

Oft und gern nimmt diese Landesregierung den Begriff "Qualität für bildungspolitische Maßnahmen" in den Mund. So wird im Hinblick auf die Schulen von Qualitätsprogrammen und Qualitätsmanagement gesprochen. Wenn man aber mehr Qualität an unseren Schulen haben will – was richtig ist –, so muss man die Betroffenen in die Lage versetzen, dies verwirklichen zu können.

Bis Ende des vergangenen Schuljahres – das war das Schuljahr 2002/2003 –

(Schweitzer, SPD: Das ist erstmals richtig gerechnet!)

mussten alle rheinland-pfälzischen Schulen – das sind über 1.700 – ein Qualitätsprogramm ihrer Schule erarbeitet und der Schulaufsicht vorgelegt haben. Jetzt wird allmählich bekannt, dass eine beträchtliche Anzahl von Schulen aus verschiedenen Gründen ihr Qualitätsprogramm nicht termingerecht abgegeben hat. Ferner

sickert durch, dass die Schulaufsicht –wie von uns prophezeit – mit der gewissenhaften Auswertung, wie es verlangt wird, hoffnungslos überfordert ist; denn sie hat noch andere Dinge zu tun. Das war eine zusätzliche Aufgabe.

Wieder scheint eine flächendeckende Maßnahme dieser Landesregierung an unzulänglicher Planung zu scheitern. Bei der Landesregierung muss immer alles gleich flächendeckend sein. Man hätte auch sukzessive anfangen können. Das ist aber halt diese flächendeckende Neurose. Auch die Kinder-Uni muss flächendeckend sein usw. Das hat zur Folge, dass unter anderem auch die Lehrerinnen und Lehrer, die die Qualitätsprogramme erarbeitet haben, zum Teil frustriert sind und sich fragen, wofür diese Anstrengung notwendig war.

(Beifall der CDU)

Von den Schulen verlangt diese Landesregierung zu Recht ein Qualitätsmanagement. Die obersten Qualitätsmanager sind die Mitglieder der Schulleitungen. In Rheinland-Pfalz nimmt aber die Bereitschaft ab, sich für Funktionsstellen zu bewerben. Der Trend zu Mehrfachausschreibungen, Einzelbewerbungen und Hausbesetzungen verstärkt sich. Oft bleiben Funktionsstellen monatelang unbesetzt oder können mangels Bewerber überhaupt nicht besetzt werden. Das nimmt die Landesregierung einfach so hin.

In der freien Wirtschaft wäre bei einer solchen Situation die Konkurrenzfähigkeit eines Betriebs ernsthaft gefährdet und ein Konkurs wahrscheinlich. Da es sich bei den Schulen aber fast nur um staatliche Einrichtungen handelt, kann es diese Konsequenzen nicht geben.

Dennoch ist es fatal, dass diese Landesregierung diesem drohenden Qualitätsverlust tatenlos zuschaut. Diese Landesregierung analysiert nicht einmal die Gründe für die schlechte Bewerberlage und hat folglich kein Konzept, um die Nachfrage nach Funktionsstellen zu erhöhen. Mit diesem Verhalten setzt sie die Zukunftsfähigkeit unseres Schulwesens aufs Spiel.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Es spricht Frau Abgeordnete Brede-Hoffmann.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Keller, das war eine Rede, die sehr viel Freude gemacht hat. Ich hoffe, wir haben diese Freude auch entsprechend herübergebracht. Wir haben gerade überlegt, ob wir einen "Mister 27 %" im Parlament etablieren oder ob wir vorschlagen, dass PISA für Abgeordnete durchgeführt wird. Beides würde Freude machen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Keller, CDU)

Diese Rede hat deshalb so viel Freude gemacht, weil wir zur Kenntnis genommen haben, dass es in Rheinland-Pfalz in den Augen des CDU-Abgeordneten Seppel Keller alles noch immer ganz, ganz, ganz furchtbar ist und sich an dem Gejammer der vergangenen Jahre nicht allzu viel geändert hat. Wir haben aber doch mit großer Genugtuung, mit großer Freude, aber auch mit einem großen Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass sich dieses ganze Gejammer dann doch nicht wirklich in dem Mut niedergeschlagen hat, entsprechende Haushaltsanträge und Haushaltsbegleitanträge zu stellen, also zu zeigen, wo tatsächlich nach Ansicht des Abgeordneten Seppel Keller oder seiner Fraktion die Schwerpunkte gesetzt werden müssen.

(Vizepräsidentin Frau Grützmacher übernimmt den Vorsitz)

Lieber Herr Kollege Keller, dagegen haben wir und die Ministerin in diesem Haushalt ganz deutlich gezeigt, dass Schwerpunkte gesetzt werden. Die gesamte Landesregierung hat mit dem vorgelegten Haushalt gezeigt, dass die Bildungspolitik in diesem Lande der tatsächliche haushaltspolitische Schwerpunkt war und ist.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Welcher andere Haushalt hat nämlich in Betrachtung der engen Haushaltssituation, die wir zu bewältigen haben, diese ganzen Sparrunden so unbeschadet überstanden wie der Bildungshaushalt? Ich würde sagen, kein anderer Haushalt konnte das tun.

(Beifall bei SPD und FDP)

Darüber sind wir Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker im besonderen, aber natürlich auch die gesamte Fraktion der SPD sehr froh.

Wir haben die wesentlichen Schwerpunkte, über die wir in den zurückliegenden Jahren geredet haben, in diesem Haushalt abgesichert. Wir haben die notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt. Die geplanten weiteren Ganztagsschulen, die sich dieses Land vorgenommen hat, sind in voller Höhe in Bezug auf die zusätzlichen Personalstellen in diesem Haushalt abges ichert. Das ist ein immenser Zuwachs. Kein anderes Bundesland hat eine solche Kraftanstrengung unternommen. Wir sehen das am allerdeutlichsten daran, dass kein anderes Bundesland auch nur annähernd so entschieden und deutlich und vor allen Dingen nutzbringend für die Schulen das vorgelegte Bundesprogramm ausnutzt. Lediglich Rheinland-Pfalz hat die notwendige Personalfinanzierung für zusätzliche Ganztagsschulen gestellt und kann die Um- und Ausbaumittel, die der Bund zur Verfügung stellt, nutzen.

(Beifall bei SPD und FDP – Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Wir haben deshalb auch mit tiefer Empörung –lassen Sie mich das mit diesem deutlichen Wort sagen – in Ihrer Presseerklärung über die entwichene Luft gelesen, dass Sie weiter die Lehrerinnen und Lehrer an den Ganztagsschulen, die schon arbeiten, bezichtigen, dass sie mit ihrem pädagogischen Programm eine bloße

Nachmittagsbetreuung anbieten würden. Diese Unverschämtheit werden Ihnen meiner Meinung nach die Lehrerinnen und Lehrer demnächst einmal deutlich erklären. Deshalb muss ich das nicht machen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir haben in diesem Haushalt neben dem zusätzlichen Programm der Ganztagsschulen und den immensen Anstrengungen im Personalbereich sogar ausgeweitete Mittel für den Bereich der betreuenden Grundschule zur Verfügung gestellt. Erinnern Sie sich einmal an Ihre eigenen Unkenrufe vor einigen Jahren, die lauteten: Die Ganztagsschule werde die betreuende Grundschule abschaffen, sie werde kaputtgehen und sie werde keinen Einsatzbereich mehr haben. – Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben mehr Mittel für die betreuenden Grundschulen als vorher.

Wir haben Mittel für die Qualitätsentwicklung. Wir haben eben nicht, wie Sie das eben beschrieben haben, die Qualitätsentwicklung zu einer Farce werden lassen, sondern wir haben zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Die Unterrichtsversorgung ist weiter auf hohem Niveau gesichert. Jede frei werdende Stelle wird wiederbesetzt. Wir haben in den Studienseminaren alle zur Verfügung stehenden Stellen besetzt, um Nachwuchs zu rekrutieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben weiter vielfältige Angebote in Bezug auf Teilzeit, Altersteilzeit usw., um dem Personal in unseren Schulen auch die für sie notwendigen Rahmenbedingungen individueller Arbeitsgestaltung zu bieten. Vor allem sichern wir die Selbstständigkeit von Schulen. Schauen Sie sich das Programm PES an. Sie wissen, dass der Bericht über die Vertretungsorganisation durch die eigene Schule nur positiv ist.

(Frau Schneider-Forst, CDU: Ich höre anderes!)

 Das ist ganz erstaunlich. Man hört immer nur das, was man hören will. Die Frau Kollegin scheint mir bei diesem Punkt zu sein.

Wir sichern die Mittel für die Entwicklung der Hochbegabtenförderung; wir sichern die Mittel für die Studienseminare. Wir haben unsere wesentlichen bildungspolitischen Punkte durchfinanziert. Herr Kollege Keller hat sie in das Land gerufen, aber nicht einen einzigen Finanzierungsvorschlag und nicht einen einzigen Antrag eingebracht.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir verstetigen die Mittel für Schulsozialarbeit. Wir verstetigen die Mittel für Projekte der Gewaltprävention. Wir verstetigen die Mittel für Gestellungsverträge und Vertretungsverträge. Wir verstetigen die Mittel für die Serviceeinrichtungen für die Fort- und Weiterbildung. Wir

haben eine Sparrunde hinter uns, aber wir verstetigen die Mittel.

Meine Damen und Herren, in konsequenter Umsetzung des Konzepts von mehr Ganztagsbetreuung haben wir auch im Bereich der Kindertagesstätten nicht nur das Gesetz geändert, sondern auch die daraus folgenden notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt:

(Beifall bei der SPD)

30 Millionen Euro zusätzliche Mittel für den Ausbau des Kindertagesstättenganztagsprogramms.

Aufgestockt haben wir die Mittel für die Sprachförderung im Kindertagesstättenbereich. Wir haben nicht, so wie der Herr Kollege, nur darüber geredet, sondern wir haben zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Zum Bereich der Jugendarbeit möchte ich auch noch betonen, dass wir nicht nur das Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts in der Jugendarbeit geschrieben haben, sondern wir haben jetzt auch die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt. Herr Kollege, wir reden nicht, sondern wir handeln.

(Beifall bei SPD und FDP)

Nun zum Programm "Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz". Nicht nur Sie, sondern auch Herr Kollege Böhr hat die Kinderuniversität als bildungspolitischen Gag bezeichnet. Wir versuchen nichts anderes, als Kompetenzen und Fähigkeiten, die an unseren Universitäten und Schulen vorhanden sind, zusammenzubringen und das eigentlich motivierendste Element an Kindern, nämlich ihre Neugierde, einzusetzen, um sie möglichst früh mit Forschung und Forschungsfragen in Kontakt zu bringen.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Herr Kollege, wenn das ein bildungspolitischer Gag ist, würde ich gern einmal mit Kindern darüber reden, ob es für sie ein Gag ist, dass ihre Fragen beantwortet werden.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Bei meinen Kindern war das nie ein Gag. Die fanden das immer toll.

Unsere politischen Schwerpunkte sind finanziert. Das operative Geschäft wird verstetigt und – darauf lege ich auch Wert, weil das wichtig ist, auch wenn es an manchen Stellen weh tut – überall dort, wo das verantwortbar war, hat natürlich auch dieser Haushalt zum Haushaltskonsolidierungskurs beigetragen.

Jetzt lassen Sie mich aber doch noch auf die CDU eingehen.

(Schweitzer, SPD: Och, das lohnt doch gar nicht!)

Ihr Herr Fraktionsvorsitzender hat gestern genauso wie heute, Herr Keller, "mehr, mehr, mehr" gerufen. Sie wollen zwar sparen, aber wir brauchen mehr. Ich sage, das war ein ziemliches Lippenspitzen, aber die Luft für das Pfeifen, die sich in Anträgen hätte zeigen müssen,

war Ihnen schon lange vorher ausgegangen. Pfiffe haben wir keine gehört; Pfiffe können wir keine sehen. Bei Ihnen ist nur das Mehrfordern ohne jeden eigentlichen Beleg geblieben. Was schließe ich daraus? In Wirklichkeit ist die Fraktion der CDU eigentlich mit diesem Haushalt voll und ganz zufrieden. In toto scheint er hnen zu gefallen; denn sonst hätten Sie Anträge stellen müssen. Das ist meiner Meinung nach ein Lerneffekt.

Beim lebenslangen Lernen meines Herrn Kollegen Keller nehme ich mit Freude zur Kenntnis, dass ein Lerneffekt eingetreten ist. Er begreift jetzt, dass der Bildungshaushalt sauber durchfinanziert ist. Er selbst fand keine Stelle, an der er das mit anderen Haushaltsansätzen hätte aufbessern können oder müssen. Danke schön, Herr Keller. Wir nehmen das als Kompliment für diesen Haushalt und verzeihen Ihnen deshalb Ihr Gejammer.

Allerdings – das möchte ich noch betonen – ist mir aufgefallen, dass noch ein kleiner Nachhilfebedarf in Fragen des Haushaltsrechts bei Ihnen vorhanden ist.

(Pörksen, SPD: Kleiner?)

Es gibt einen Verbindungsantrag "Schulbau und Kommunalentlastung". Da haben Sie etwas ganz Tolles gemacht. Sie haben nämlich einen Finanzierungsvorschlag in einer Größenordnung von sechs Millionen Euro gemacht, indem Sie einfach vorgeschlagen haben, zweckgebundene Mittel gesetzeswidrig zu verwenden.

(Pörksen, SPD: Das machen die schon die ganze Zeit!)

Ich kann dazu nur sagen, dass das ein aberwitziger Vorschlag ist. Wenn man einen solchen Gegenfinanzierungsvorschlag macht, macht man eigentlich nichts anderes als zu sagen: Wir wollten das Fingerchen strecken. Das haben wir hiermit getan. Ernst meinen wir das aber nicht. Wir wissen, dass es das, was wir als Geld anbieten, gar nicht gibt. Also wollen wir diesen Vorschlag in Wirklichkeit gar nicht einbringen.

Ich muss leider sagen, dass das bei den GRÜNEN gar nicht so viel anders ist.

(Kuhn, FDP: Wieso leider?)

Die Vorschläge, die Sie unterbreiten, wo man mehr Geld einsetzen könnte, finden bei uns eigentlich ein großes, offenes Herz. Auch wir hätten gern mehr in der Jugendarbeit. Auch wir hätten gern mehr in der Schulsozialarbeit. Auch wir hätten gern mehr für Projekte in den berufsbildenden Schulen.

Auch wir hätten gern mehr Lehrerinnen und Lehrer. Sicherlich hätten wir das nicht gern zulasten des kinderfreundlichen Rheinland-Pfalz, in dem Projekte der Jugendarbeit gefördert werden. Sicherlich hätten wir das nicht gern zulasten der Hochbegabtenförderung. Am allerwenigsten hätten wir das gern unter Verwendung von Mitteln, die für den Bildungshaushalt bei allergrößter Bemühung schlicht und einfach nicht zur Verfügung stehen könnten; denn Sie wollen die Bonn-Berlin-Ausgleichsmittel umswitchen und sie einfach für Schulmittel nehmen. Das finden wir hochinteressant; denn

selbst wenn man davon ausginge, dass wir Ihrem Wunsch, den Neubau des Arp-Museums nicht durchzuführen, folgen würden – wir tun es nicht; ich betone es –, stünde das Geld nicht für die Bildung zur Verfügung.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Was schließe ich daraus? Auch das ist eine Wolkenkuckucksheim-Finanzierung vergleichbar der der CDU. Ich schließe daraus, dass weder die CDU noch die GRÜNEN auch nur im Ansatz das ernst meinen, was sie vorschlagen; denn sonst hätten Sie sich doch bemüht, eine einigermaßen akkurate Finanzierung zu erhalten.

(Beifall bei SPD und FDP)

Sie sagen uns klipp und klar: Wir spitzen den Mund. Die Luft zum Pfeifen haben wir nicht. – Bei beiden Fraktionen ist die Luft heraus. Ich nehme das zur Kenntnis und verstehe es weiterhin als ein Kompliment für den von Frau Ministerin Ahnen vorgelegten Haushalt, für den ich mich für meine Fraktion in aller Form bedanken kann, weil er seriös finanziert ist.

Danke schön.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Meine Damen und Herren, ich möchte Besucher im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar die Mitglieder der Coronarsportgruppe Mendig sowie die Schülerinnen und Schüler der Klasse 10 a der Fritz-Straßmann-Realschule Mainz. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Wiechmann.

Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine nachhaltige und zukunftsfähige Politik.

Liebe Frau Kollegin Brede-Hoffmann, wir investieren lieber in die Bildung und die Ausbildung als in die Straßenbauverwaltung und unwirtschaftliche Dauersubventionen.

(Zurufe von der FDP)

Daher nehmen wir die zusätzlichen Mittel, die wir für den Bildungsbereich einstellen. Wir setzen ganz klar unsere Schwerpunkte, nämlich mehr Investitionen in Köpfe statt in Beton. Das ist das, was Ihnen unsere Fraktionsvorsitzende gestern vorgestellt hat und wonach wir handeln. Wir haben unsere Schwerpunkte klar gesetzt. Wir investieren in die Bildung, in die Ausbildung und in die nachhaltige Technologie, weil wir glauben, dass das die zukunftsfähigen Felder sind, in denen wir auch in Rhein-

land-Pfalz noch Nachholbedarf haben und in die wir mehr und kräftiger investieren müssen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Vorschläge zielen auf einen Abbau der Neuverschuldung bei gleichzeitiger Erhöhung der Investitionen in die Zukunft, ein Großteil davon zur Förderung von Bildung und Ausbildung im Einzelplan 09.

Herr Kollege Keller hat die Probleme angesprochen, die in diesem Zusammenhang zu nennen sind.

Herr Kollege Keller, ich muss Ihnen allerdings sagen, dass sich gestern Ihr finanzpolitischer Sprecher und Ihr Fraktionsvorsitzender verrechnet haben. Heute haben Sie sich ein bisschen verrechnet.

(Keller, CDU: Es gibt Schlimmeres!)

Nichtsdestotrotz ist die Situation an den berufsbildenden Schulen dramatisch. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Änderungs- und Entschließungsanträge zur Situation insbesondere auch der berufsbildenden Schulen vorgelegt.

Wir wollen insbesondere an den Hauptschulen und den berufsbildenden Schulen die Schulsozialarbeit stärken. Wir wollen zusätzliche Lehrkräfte an den berufsbildenden Schulen haben, weil es sich um die Schulart mit dem höchsten Unterrichtsausfall handelt. Wir wollen für die Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, an den berufsbildenden Schulen Möglichkeiten für anerkannte berufliche Ausbildungen schaffen. Wir wollen in den Grundschulen Stellen für Lehrkräfte erhalten, um mehr individuelle Förderung zu gewährleisten. Wir wollen wirkliche Konsequenzen aus den internationalen Leistungsvergleichsstudien ziehen und ein längeres gemeinsames Lernen sowie eine bessere individuelle Förderung gewährleisten. Wir wollen die berufsbildenden Schulen zu Aus-, Fort- und Weiterbildungszentren ausbauen, damit wir nicht immer mehr junge Menschen ohne Ausbildung ins Erwerbsleben entlassen müssen.

Frau Kollegin Brede-Hoffmann, das sind unsere Anträge zum Haushalt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CDU hat dies angemahnt. Wir tun tatsächlich etwas zur Verbesserung der Situation. Sie sehen, trotz schwieriger Finanzsituation geht es auch anders. Man kann Prioritäten setzen. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben dies getan.

Liebe Frau Kollegin Brede-Hoffmann, eine verantwortungsvolle und nachhaltige Bildungspolitik besteht nicht nur – ich weiß, dass auch Frau Morsblech darauf eingehen wird – aus der Ganztagsschule, auch wenn sie ohne Zweifel ein wichtiges Element darstellt, das Sie in Rheinland-Pfalz allerdings nur so erfolgreich umsetzen konnten, weil Ihnen die rotgrüne Bundesregierung so

massiv unter die Arme gegriffen hat. Ein Lob an die Bundesregierung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ohne diese Mittel wäre in Rheinland-Pfalz offensichtlich nicht – – –

(Schreiner, CDU: Das hört sich in der Föderalismus-Kommission aber anders an! – Zurufe der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD, und der Abg. Frau Morsblech, FDP)

– Herr Kollege Schreiner, es geht darum, dass die Bundesregierung 2004 zum Jahr der Innovation, der Bildung und der Kinderbetreuung gemacht hat und wir in Rheinland-Pfalz davon partizipieren. Was wollen wir mehr? Das sind doch die Punkte, um die es in der Zukunft geht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Es gibt klare Regelungen, die die KMK mit der Bundesregierung abgeschlossen hat. Darin ist für den Bereich der Ganztagsschulen alles geregelt. Das wissen Sie auch.

Meine Damen und Herren, leider scheinen die Ergebnisse der internationalen Vergleichsstudien bei einigen allerdings schon wieder in Vergessenheit geraten zu sein. Das, was Herr Kollege Keller angesprochen hat, nämlich die Reaktion auf PISA, lässt in Rheinland-Pfalz in einigen Bereichen tatsächlich noch auf sich warten.

Wir GRÜNEN betrachten die PISA-Studie und die damit verbundenen Herausforderungen auch weiterhin als eine der wichtigsten Aufgaben in der Zukunft. Wir haben sie demzufolge auch weiterhin zur Grundlage für unsere Änderungs- und Entschließungsanträge gemacht, weil für uns die Frage der Bildungschancen die soziale Frage der Wissensgesellschaft und für mehr Chancengerechtigkeit in der Zukunft ist.

(Vereinzelt Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Frau Ahnen hat in diesem Jahr turnusgemäß den Vorsitz der Kultusministerkonferenz übernommen. Wir haben ihr schon alle gratuliert und viel Glück gewünscht.

Frau Ahnen, Sie haben erklärt, die Schnittstellen im Bildungssystem, nämlich zwischen Elementar- und Primarbereich und zwischen Schule und Ausbildung, in den Mittelpunkt Ihrer Präsidentschaft zu stellen. Das ist ohne Zweifel richtig. Die Schnittstelle aber, die die Experten der internationalen Leistungsvergleichsstudien für den Misserfolg des deutschen Schulsystems hauptsächlich verantwortlich machen – Sie wissen, wovon ich spreche –, nämlich die Schnittstelle des Übergangs von den Grundschulen in das gegliederte Schulwesen der Sekundarstufe I, wird von der Ministerin bezeichnenderweise nicht angesprochen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, gerade diese Schnittstelle ist es, an der gemessen werden kann, ob unser Bildungssystem geeignet ist, Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit herzustellen. Das vernichtende Urteil der Experten ist, dass es mitnichten der Fall ist. Kein anderes untersuchtes Schulsystem verteilt die Bildungschancen derart nach sozialer Herkunft wie das deutsche. Das Bundesland mit der größten Anzahl an Schularten in der Sekundarstufe I – Frau Ministerin, das wissen Sie – ist auch noch das unsere in Rheinland-Pfalz. Das halte ich für äußerst problematisch. Ich glaube, dass es vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung dringend einer Umstrukturierung bedarf.

Wenn wir die Leistungsfähigkeit unseres Systems erhöhen wollen, müssen wir uns die Frage der Schulstruktur stellen und dürfen diese Frage nicht links liegen lassen, wie Sie es tun. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind uns mit den Experten einig, dass die Schulstruktur hin zu einem längeren gemeinsamen Lernen geändert werden muss, um unser Bildungssystem nachhaltig zu verbessern.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das verstehen wir unter einer nachhaltigen und individuellen Förderung, die sich nicht auf eine unverantwortliche – wie gestern Herr Kollege Böhr gesagt hat und wie ich das unterstreichen möchte – Elitedebatte beschränken darf. Wenn Sie, Frau Ministerin Ahnen – Sie haben das sehr deutlich getan; ich danke Ihnen dafür –, diese Elitehochschuldebatte für falsch und für kontraproduktiv halten, dann müssten Sie, und auch Sie von der SPD-Fraktion im rheinlandpfälzischen Landtag, wenigstens dann auch so konsequent sein, auch von den geplanten Eliteschulen, die der gleichen Logik wie diese Elitehochschulen folgen, Abstand zu nehmen, wie wir es in einem Änderungsantrag aufgeschrieben haben. Deshalb bitten wir Sie in dem Bereich um Ernsthaftigkeit und Unterstützung unseres Antrags.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich möchte gern auf zwei unserer Anträge etwas näher eingehen, die genau auf die von der Ministerin angeführten Schnittstellen zielen. In den internationalen Vergleichsstudien ist ganz deutlich geworden, dass die öffentlichen Ausgaben für Schülerinnen und Schüler der Grundschulen in Deutschland geringer sind als im internationalen Durchschnitt. Da in den Grundschulen die wesentlichen Grundlagen für die späteren schulischen Leistungen und auch für die persönliche Entwicklung gelegt werden, müssen auch dort die Möglichkeiten, auf die individuellen Lernbedürfnisse der Schülerinnen und Schüler einzugehen, nachhaltig verbessert werden.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will die rückläufige Zahl an Schülerinnen und Schülern in den Grundschulen zu einer wirklichen Qualitätsoffensive nutzen. Wir wollen damit die, nicht mehr für die Abdeckung des Regelunterrichts benötigten Stellen –wir haben das im Schuljahr 2004/2005 mit 150 Stellen beziffert – im Bereich der Grundschulen belassen. Sie wollen sie umressortieren. Wir wollen sie in den Grund-

schulen belassen, weil wir damit insbesondere Kinder mit Sprachschwierigkeiten fördern wollen und Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund in der Verkehrssprache Deutsch verbessern. Wir halten das für eine zentrale Forderung. Wir halten gerade den Bereich der Grundschulen für einen Bereich, der im Mittelpunkt unserer Debatte sein muss. Deswegen haben wir dazu Änderungs- und Entschließungsanträge eingebracht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die andere Schnittstelle ist der Übergang von der Schule in den Beruf. Wir haben in Rheinland-Pfalz auch vor dem Hintergrund der weiterhin schwierigen Lage auf dem Ausbildungsmarkt und des negativen Trends der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge dringenden Handlungsbedarf. Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen treffen zum großen Teil auf den regionalen Lehrstellenmärkten aufeinander. Deswegen haben wir auch dazu Anträge gestellt. Dazu brauchen wir alle Möglichkeiten für ein flexibles Reagieren. Wir wollen insbesondere auch die Möglichkeiten der berufsbildenden Schulen als eine ganz wesentliche Partnerin für die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung entscheidend ausbauen, weil es für uns als BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN nicht hinnehmbar ist, dass junge Leute beim Start in ihr Berufsleben auf ein Wiederanspringen der Konjunktur vertröstet werden. Ich glaube, dass wir als Staat Verantwortung tragen, damit natürlich nicht das duale System der Berufsausbildung kaputtmachen wollen, aber wir wollen es stärken und nachhaltig verbessern. Wir können nicht darauf warten, bis irgendwann die Wirtschaft tatsächlich für jeden ausbildungsfähigen und ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anbietet. Wir müssen gegensteuern. Das ist im Bereich der berufsbildenden Schulen am besten angesiedelt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz auf den Kinder- und Jugendbereich zu sprechen kommen. Ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Angebot zur Kinderbetreuung ist ein Gewinn für alle, für Kinder, für deren Eltern und auch für die Gesellschaft insgesamt. Eine gute und individuelle frühkindliche Förderung unterstützt die Kinder und verhilft ihnen zu guten, zu besseren Start- und Entwicklungschancen. Längst ist erwiesen und Konsens unserer Gesellschaft, dass sich Investitionen in die öffentliche Kinderbetreuung rechnen. Wir GRÜNEN betrachten gerade diese Weiterentwicklung der Kinderbetreuung sowohl qualitativ als auch quantitativ als eine vordringliche Aufgabe, die Bund, Länder und Kommunen gemeinsam leisten müssen. Die Bundesregierung will künftig jährlich 1,5 Milliarden Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung bereitstellen. Wir setzen uns dafür ein und haben eine Zielmarge in uns erem Antrag formuliert, 20 % der Kleinsten bis zu drei Jahren müssen bis 2008 die Möglichkeit bekommen, in einer Krippe unterzukommen. Wir glauben, dass diese Marge tatsächlich auch durch die Investitionen, die die Bundesregierung uns mit auf den Weg gibt, erreicht werden kann und sie erreicht werden muss. Wir glauben, dass wir Ihnen damit, auch mit unseren dementsprechenden Anträgen, ein bisschen mehr Dampf machen können und sollten, in dem Bereich tätig zu werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Brede-Hoffmann, noch ein Satz zu Ihnen, weil Sie das angesprochen haben. Die Haushaltssperren der letzten Jahre haben insbesondere im Bereich der Jugendarbeit wirklich das Vertrauen und die Kontinuität von Jugendbildungs- und Freitzeitangeboten nicht gerade gefördert, sondern sie haben zu großen Verunsicherungen im Bereich der Jugendverbände geführt. Deshalb fordern wir Sie in einem Entschließungsantrag auf, die Jugendbildung, insbesondere die außerschulische und die verbandliche Jugendbildung, nachhaltig zu fördern und sie von künftigen Haushaltssperren auszunehmen.

(Ministerpräsident Beck: Aber wir sparen!)

– Wir haben es doch gegengerechnet, Herr Ministerpräsident. Wir haben gesagt: Wir setzen Prioritäten. – Ich sage ganz besonders Ihnen: Wir brauchen in Rheinland-Pfalz endlich einen Paradigmenwechsel, endlich von unsinnigen Investitionen in Straßenneubauten und in Beton hin zu kreativen und umfassenden Investitionen in Kinderbetreuung, in Bildung, in unsere Schulen, in unsere Kindertagesstätten, in unsere Hochschulen und in unsere Aus- und Weiterbildungseinrichtungen. Das ist das, wofür wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen. Sie ärgern sich darüber. Aber es ist so.

(Ministerpräsident Beck: Ich ärgere mich nicht! Ich wundere mich über so viel Naivität!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schauen Sie einmal in unsere Entschließungs- und Änderungsanträge. Dann sehen Sie alles klar und deutlich aufgeschrieben und gegenfinanziert.

In unseren Anträgen, mehr Betreuung in den Kindertagesstätten, die Grundschulen und die Berufsschulen zu stärken und sie qualitativ weiterzuentwickeln, wirkliche Konsequenzen aus den internationalen Vergleichsstudien zu ziehen und den Weg freizumachen für ein längeres gemeinsames und individuelleres Lernen, Lehre und Forschung an unseren Hochschulen zu sichern und die Finanzierung von außerschulischen Jugendildungsmaßnahmen sicherzustellen, haben wir richtige und wichtige Weichen gestellt. Das sind unsere Antworten auf PISA und auf die Herausforderung der Zukunft.

Meine Damen und Herren, die unterschiedlichen Politikentwürfe sind klar und deutlich: Entweder kurzfristige und kurzsichtige Besitzstandswahrung, unverantwortliche Haushaltsführung und Stillstand oder Nachhaltigkeit, Generationengerechtigkeit und eine Politik für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Die Vorschläge zu diesem vorliegenden Haushalt belegen eines ganz deutlich: Es gibt eine klare Alternative

zur aktuellen Regierungspolitik in Rheinland-Pfalz. – Das ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Morsblech das Wort.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich ganz kurz dem Kollegen Keller zuwenden. Sie haben dem Zahlenberg, der von Ihrer Fraktion in diesen Tagen vorgetragen worden ist, sozusagen die Krönung aufgesetzt. Es ist schon interessant, wenn Sie in der CDU allen Ihren Schülerinnen und Schülern derartige Rechenmethoden beibringen. Dann würde ich gern einmal PISA "P" sehen, nämlich der Vergleich unter den Parteien. Vielleicht sagt das auch etwas darüber aus, wie dieser Schnitt, den wir insgesamt haben, zustandegekommen ist.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir wissen alle – das ist, glaube ich, der einzige Konsens, den wir in der Gesam t-debatte im Moment in diesem Haus finden –, dass die Haushaltsberatungen 2004 unter sehr schwierigen f-nanziellen Rahmenbedingungen stattfinden, die wir auch in der Generaldebatte schon unterschiedlich bewertet haben.

Fest steht aber, dass diese Landesregierung es dennoch geschafft hat, klare politische Schwerpunkte zu setzen. Wenn man sich den Einzelplan 09 ansieht, dann ist auch sehr deutlich, dass Sie einwandfrei erkennen können, dass ein Schwerpunkt in der Bildungspolitik liegt.

Es wurde im Ausschuss schon gemunkelt, das sei ein harter Kampf der Ministerin gewesen. Ich kann Ihnen versichern, das ist es nicht. Die Regierung insgesamt und die sie tragenden Fraktionen sind sich sehr wohl dieses Schwerpunkts bewusst und möchten ihn auch in ihrer Verantwortung für die Kinder und Jugendlichen in diesem Land sehr klar setzen und haben damit eine tolle Chance, die nach PISA entstanden ist, wahrgenommen.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, besonders beeindruckt haben mich im Ausschuss zwei Zahlen, die die Ministerin ziemlich am Anfang ihrer Ausführungen genannt hat. Diese bezogen sich auf die Personalkosten. Die Gesamtproblematik dieses Haushalts liegt, wie wir wissen, vor allem in den ansteigenden und sehr schlecht zu begrenzenden Personalkosten.

Die Opposition kommt gern mit einem massiven Personalabbau, da müssen wir etwas machen. Wenn man

sich dann aber die Zahlen tatsächlich ansieht, dann muss man sich überlegen, ob dann das Personal – ich beziehe mich konkret auf die Bildung – nicht politisch gewollt ist; denn wir haben im Ausschuss hören können, dass der Einzelplan 09 zu 80 % Personalkosten beinhaltet. Das sind unsere Lehrerinnen und Lehrer.

Sie haben vorhin wieder groß eine bessere Unterrichtsversorgung gefordert. 50 % der gesamten Personalkosten des Gesamtlandeshaushalts sind in diesem Haushalt enthalten. Sie können mir dann nicht auf der einen Seite erzählen, Sie möchten eine bessere Unterrichtsversorgung, und auf der anderen Seite sagen, wir brauchen einen massiven Personalabbau.

Wenn Sie sehen, welcher politische Wert in diesem Personal, das hier enthalten ist, steckt, dann können Sie so nicht argumentieren. Das widerspricht sich.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, trotz des hohen Personalanteils werden in diesem Haushalt Schwerpunkte mit den neuen Ganztagsangeboten in Kindertagesstätten und Schulen, mit der Hochbegabtenförderung an den bisher zwei neuen Standorten, mit der Selbstständigkeit von Schulen und den Investitionen in das Qualitätsmanagement und den Entwicklungen, die parallel im neuen Schulgesetz verankert werden müssen, gesetzt.

Die Debatte, die wir heute führen, scheint mir auch nicht immer auf einem wirklich vernünftigen Fundament zu stehen. Frau Kollegin Brede-Hoffmann hat dies schon angesprochen. Wenn man tatsächlich einen anderen Politikentwurf vorschlägt — — Beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es wenigstens so, dass Sie ein paar konkrete Änderungsanträge gebracht haben.

(Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich mir aber dann Ihren Politikentwurf anhöre, ist das ein Entwurf, zu dem ich sage, man könnte darüber diskutieren, ob man umdenken muss oder nicht –das lasse ich einmal ganz heraus –, aber dann müssen Sie auch wenigstens konkrete Vorschläge machen, in welchem Schritt sie dahin gehen wollen. Auch das gehört zu einer solchen Haushaltsdebatte.

(Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich nenne nur einmal Ihre Umstellung auf gemeinsamen Unterricht. Wenn ich ein konkretes Modellprojekt als Änderungsantrag und eine Gegenfinanzierung gesehen hätte, würde ich sagen, na gut, darüber kann man inhaltlich diskutieren. Aber so ist es nicht ausreichend.

(Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist nicht ernsthaft.

Von Ihrer Gegenfinanzierung, selbst wenn ich einmal Ihre Änderungen nehme, möchte ich gar nicht reden. Auch das ist ausgeführt worden. Da werden zum Teil

gesetzwidrige Gegenfinanzierungen oder Gegenfinanzierungen, die in keiner Weise möglich sind, — –

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist dummes Zeug, das stimmt nicht, Frau Morsblech!)

 Ja, das stimmt nicht. Ich weiß auch, warum es nicht stimmt.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Die Devise ist, weniger in Beton und mehr in Köpfe. Ich habe das Gefühl, Ihre Köpfe werden mittlerweile immer mehr zu Beton.

(Beifall bei SPD und FDP – Zuruf von der FDP: Nur Beton!)

Ich finde es nicht redlich, wenn Sie zwei prioritäre politische Bereiche, die beide immens wichtig sind für dieses Land, nämlich Infrastruktur und Wirtschaftskraft, die damit zusammenhängt, und auf der anderen Seite zukunftsfähige Bildung und Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen immer wieder gegeneinander ausspielen. Das ist nicht fair.

(Beifall der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Das ist ein ziemlich flacher und polemischer rhetorischer Trick.

Insgesamt kann man der CDU den Vorwurf noch etwas stärker machen. Ich habe vorhin immer wieder einmal dazwischen gefragt, wo denn die Änderungsanträge seien. Es gibt keinen, außer diesem kommunalen Entlastungsantrag, dieser immensen Entlastung, toll gegenfinanziert, überhaupt nicht im Rahmen des Gesetzes, aber das macht nichts.

Wenn Sie sagen, 6 Millionen, dann ist das auch, selbst wenn das ginge, überhaupt nicht an der Realität dessen orientiert, was im Schulbau investiert wird und was auch an Verpflichtungsermächtigungen abgearbeitet wird. Was Sie damit den Kommunen anbieten wollen, ist lächerlich.

Herr Keller, ansonsten nölen Sie ein bisschen herum.

(Schreiner, CDU: Nölen?)

Auch das hat die Kollegin genauso beobachtet wie ich. Nur, wo ist Ihr Alternativentwurf? Wo ist Ihre Alternative zu diesem Haushalt?

Das fällt mir nicht nur bei der Haushaltsdebatte auf, sondern auch massiv bei allem, was wir an bildungspolitischen Leitlinien in letzter Zeit diskutiert haben, dass alles, was diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen machen, bei Ihnen eigentlich so schlecht nicht bewertet wird, Sie sich manchmal etwas winden und Nebenkriegsschauplätze eröffnen. Anders kann ich mir die mangelnde Alternative auch nicht erklären.

(Creutzmann, FDP: So ist es!)

Wir diskutieren immer noch unter der großen Glocke von PISA. Damit möchte ich auch den letzten generellen Satz zum Besten geben. Ich glaube, dass wir in der Tat nicht mehr alles, was jetzt passiert, als direkte Reaktion auf PISA sehen können und auch nicht jahrelang immer wieder sagen müssen, jetzt müssen wir eine direkte erkennbare Maßnahme auf PISA haben.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Es gibt ein neues PISA im nächsten Jahr!)

Erst einmal geht die Zeit weiter, und die Entwicklung im Bildungsbereich ist massiv vorangeschritten. Nicht alles, was getan wird, können Sie auch in Zahlen in einem Haushaltstitel finden, weil sehr vieles qualitativ ist.

Ich denke, das ist gerade die richtige Methode, um auf PISA zu reagieren. Ich komme im Bereich Sprache noch einmal sehr konkret darauf zurück. Das ist schon etwas merkwürdig, dass Sie zwei Jahre später noch sagen, jetzt müsse aber der große Umstrukturierungswurf nach PISA kommen.

Meine Damen und Herren, es wurde angesprochen, besonders wichtig ist natürlich für die Qualität eine ausreichende Unterrichtsversorgung. Das sieht dieses ganze Haus so. Man kann die Statistiken sehr unterschiedlich interpretieren.

Sie zeigen dennoch deutlich, dass es mit strukturellem Unterrichtsausfall, außer bei der Ausnahme berufsbildende Schulen, kein Problem gibt. Bei den berufsbildenden Schulen würden wir uns alle eine bessere Unterrichtsversorgung wünschen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich komme jetzt zu Ihrem Änderungsantrag.

Sie sagen, wenn Sie 1 Millionen Euro mehr hineinstecken, dann kommen auch entsprechend mehr Lehrerinnen und Lehrer. Sie müssen doch auch einmal mit den Ursachen ehrlich umgehen. Es geht nicht darum, dass die Stellen in diesem Haushalt fehlen, sondern es geht darum, dass sich immer weniger Bewerberinnen und Bewerber bei steigenden Zahlen der Schülerinnen und Schüler in den berufsbildenden Schulen in den letzten Jahren gefunden haben.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Woran liegt das? An der Unattraktivität der berufsbildenden Schulen! Da geht doch keiner mehr hin!)

Diese Bewerberinnen und Bewerber bekommen Sie auch nicht, wenn Sie mit Ihrer Million winken. Das ist das Zentrale. Dann ist der Ansatz zu sagen, ich mache zum einen schon ab dem Studium das Berufsbild attraktiver und verändere die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung und lasse auch mehr Optionen und mehr Durchlässigkeit zu. Das wird getan.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aha, aha!)

Das andere ist eine BBS-Reform, die auch den Arbeitsplatz Berufsschule attraktiver gestaltet. Auch diese BBS-Reform ist auf dem Weg.

(Beifall der FDP und der SPD – Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie werden auch Gutes nicht dadurch schlecht bekommen, dass Sie dagegen anschreien, Herr Wiechmann.

Meine Damen und Herren, es ist ein weiterer Änderungsantrag von Ihnen gekommen, um vollzeitschulische Angebote im berufsbildenden Bereich für die Engpässe bei den Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerbern im Vergleich zu den zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätzen zu schaffen.

Wir haben bereits im letzten Haushalt eine gemeinsame Möglichkeit geschaffen, zusätzlich etwas zu tun. Ich denke aber, sie war vom Ansatz diejenige, die wirksamer ist, nämlich in Netzwerke zu investieren, bestehende Kooperationen noch zu verstärken und damit zusätzliche Ausbildungsangebote bereitzustellen; denn gerade alle Verbundpartner sind sehr bemüht, die Situation zu entspannen.

(Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben sich auch erheblich engagiert mit den Mitteln, die zusätzlich zur Verfügung gestellt wurden.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann muss das doch auch weitergehen!)

Berufsbildende Schulen, Arbeitsverwaltung, Wirtschaft und andere Träger haben sich in erheblichem Maß engagiert. Ich glaube, wenn wir tatsächlich die duale Ausbildung sichern wollen, dann ist das der inhaltlich richtige Ansatz und nicht das vollzeitlichschulische Angebot.

Meine Damen und Herren, um den temporären Unterrichtsausfall zu bekämpfen, hat das Land mit dem Projekt "Erweiterte Selbstständigkeit", das in diesem Haushalt ausgebaut wird, eine sehr gute Lösung gefunden, die zwar für die Schulen zunächst einmal mehr Aufwand bedeutet – vielleicht haben Sie gerade in dieser Phase mit jemandem gesprochen, Frau Schneider-Forst–, aber ihnen auch erheblich mehr Handlungsspielräume und Flexibilität einräumt, womit insgesamt äußerst positive Erfahrungen gemacht und rückgemeldet worden sind.

(Zuruf der Abg. Frau Schneider-Forst, CDU)

Den Weg in die größere Selbstständigkeit werden wir auch mit dem neuen Schulgesetz gehen. Hierbei ist ein Merkmal die Investition in das Qualitätsmanagement, die Sie in diesem Haushalt wiederfinden.

Auch bei der Erarbeitung von Qualitätsprogrammen wird in Rheinland-Pfalz den Schulen die Möglichkeit gegeben, ihre Schulentwicklung selbst in die Hand zu nehmen, Qualitätsentwicklung und Profilbildung eigenständig voranzubringen.

In Kombination mit der Evaluation der Programme, Vergleichsarbeiten, Parallelarbeiten und von der KMK formulierten Bildungsstandards sind wir auf dem richtigen Weg.

Eines gebe ich allerdings bei diesem Weg zu bedenken. Im Zusammenhang mit den neuen Aufgaben, denen sich unsere Schulen stellen, wandelt sich auch die Position des Schulleiters in erheblichem Ausmaß. Das betrifft die Mitentscheidung bei der Personalauswahl genauso wie die Ausbildung pädagogischer Profile, die Entwicklung von Qualitätsprogrammen, die Durchführung von Maßnahmen zur Evaluation und Standardsicherung, die pädagogische und organisatorische Entwicklung der Ganztagskonzepte etc. Man könnte noch sehr viel aufzählen, was neu hinzukommt.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Dies macht die Schulleiterposition natürlich zum einen zu einem attraktiveren Berufsbild insgesamt, dies aber auch nur dann, wenn wir auf Dauer den Aufgabenzuschnitt überdenken, neu definieren und damit auch die Rahmenbedingungen und die Qualifikationsmöglichkeiten verändern.

Meine Damen und Herren, mit dem Ganztagsschulprogramm hat das Land Rheinland-Pfalz eine Vorreiterrolle in Deutschland eingenommen. Es war genau der richtige Weg, den Schulen möglichst viele eigene Gestaltungsmöglichkeiten zu lassen, damit sich die pädagogischen Konzepte an den Bedürfnissen vor Ort orientieren können.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Verstärkung der Schulsozialarbeit" zurückkommen. Es ist natürlich wünschenswert, gerade in diesen Bereichen die Mittel noch zu verstärken.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, genau! Deswegen machen wir es!)

Aber mit dem Schwerpunkt des Ganztagsschulprogramms in Hauptschulen haben Sie auch die Möglichkeit, zusätzliche pädagogische Fachkräfte und auch Schulsozialarbeiter einzustellen.

(Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich halte es für sinnvoller, die Investitionen, die wir in einem sehr großen Ausmaß tätigen, an die Schulen zu geben und sie selbst entscheiden zu lassen, was sie mit diesem Geld anfangen wollen, als einen kleinen Betrag herauszunehmen und zu versuchen, ihn ansatzgebunden auf eine bestimmte Aufgabe zu konzentrieren. Ich denke, es bestehen durchaus Chancen für die Schulen, dies in diesem Bereich sinnvoll zu nutzen.

Herr Kollege Wiechmann, dadurch, dass wir in Rheinland-Pfalz beim Ausbau der Ganztagsschulen eine Vorreiterrolle eingenommen haben, bekommen wir in die-

sem Jahr zwei Millionen mehr als angedacht für den räumlichen Ausbau der Schulen. Dies finde ich positiv.

(Beifall der SPD)

Sie wissen genau, dass wir den Aufwand für die gesamten Personalkosten tragen. Das betrifft nur das räumliche Angebot und hat bei uns im Land auch noch den Vorteil, dass wir damit das Schulbauprogramm entlasten, sodass es auch für Schulen, die nicht am Ganztagsangebot teilnehmen, mehr Möglichkeiten gibt, sich räumlich zu entwickeln.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist doch das Problem!)

 Nein, das ist nicht das Problem! Das ist hervorragend, weil wir damit die Ganztagsschulen hinsichtlich der Raumsituation besonders gut ausstatten können und zusätzlich noch Synergien erzielen können.

Im Bereich der Hochbegabtenförderung zeigt das Land Rheinland-Pfalz mittlerweile auch ein Profil, das sich langsam aus der bundesdeutschen Bildungslandschaft heraushebt. Ich denke, es ist ein richtiger Weg, die vier geplanten Hochbegabtenschulen in bestehende Schulen hineinwachsen zu lassen. Man muss sich dabei auch immer die Vertretbarkeit haushaltsmäßig überlegen, wenn man ein besonderes Förderangebot vorhalten möchte. Zum anderen wird - dies halte ich für viel wichtiger - diesen Schulen dadurch auch die Möglichkeit gegeben, in ihrer Entwicklung sukzessive zu wachsen und sich mit ihren Erfahrungen zu entwickeln. Deshalb ist es ein guter Ansatz. In Kaiserslautern haben wir gesehen, dass damit sehr erfolgreich begonnen wurde. In Mainz wird in diesem Jahr eine Schule an den Start gehen, und in Trier werden bereits Gespräche geführt. In Trier wird der erste Lehrstuhl besetzt, sodass mit den Mitteln zur Exzellenzförderung Forschung und Lehre an den Universitäten in Kombination mit einem besonderen schulischen Angebot auch ein tolles Gesamtkonzept in der Entwicklung darstellt, das sich mit Sicherheit in die Fläche hinein auswirken wird und auch bundesweit Anziehungskraft entwickeln kann.

(Beifall der FDP)

Jetzt wird es eng, aber ich muss schon noch etwas zur vorschulischen und zur Grundschulbildung sagen,

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU – Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Luft ist raus!)

möchte mich aber dabei besonders auf den Kollegen Keller konzentrieren. Sie sagen immer, es passiert nichts. Zum einen wurde auch in diesem Bereich durch das neue Kita-Gesetz die plurale Trägerlandschaft abgesichert und der Ausbau von Ganztagsangeboten voran gebracht. Dies bedeutet ein Plus von 30 Millionen Euro in diesem Haushalt.

Zum anderen führen Sie immer die 200.000 Euro für die Sprachförderung von Kindern im Kindertagesstättenalter vor der Einschulung an. Sie sagen zu Recht, 200.000 Euro seien kein Meilenstein. Aber was Sie in

der Debatte nie berücksichtigen – das ist im Übrigen auch nicht ganz redlich –, ist, dass dies im Zusammenhang mit dem Gesamtkonzept gesehen werden muss. Zum einen haben alle Träger gemeinsam mit der Landesregierung Bildungsempfehlungen für die Kindertagesstätten ausgearbeitet, die Ihnen mittlerweile hinreichend bekannt sind. Darin wird gerade im Bereich der Sprachdiagnostik und der Sprachförderung ein besonderer Schwerpunkt gesetzt. Im Einklang mit der vom Kabinett beschlossenen Reform der Erzieherinnenausbildung wird die frühe Diagnostik für alle Entwicklungsbereiche und insbesondere auch für den sprachlichen Bereich gestärkt. Es muss gerade in diesem Bereich der Ansatz sein, möglichst früh, bei Eintritt in die Kindertagesstätte, zu diagnostizieren, aber dann auch zu fördern.

(Keller, CDU: Aha, aha!)

Das Fördern findet vor allem zunächst in der Alltagssituation statt. Dies ist der sinnvollere Ansatz. Ein Kurs kommt erst dann infrage, wenn der Sprachstand vor der Einschulung nicht erreicht worden ist.

(Keller, CDU: Und wie stellt man das fest?)

- Durch eine Diagnostik.

(Keller, CDU: Ach so! Eine Diagnostik! Aha!)

– Es ist schade, dass Sie nicht auch eine Zeit lang in der Psychologie gearbeitet haben. Dann wüssten Sie nämlich, dass eine Diagnostik nicht nur durch einen Test stattfindet, sondern dass dazu die Gesamtentwicklung beobachtet und auch entsprechend bewertet werden muss. Das sagt die FDP schon immer.

> (Beifall der FDP – Schreiner, CDU: Der einzige Unterschied ist der, dass Euer Wort mehr gilt als unser Wort!)

Ich habe nun das Problem, dass ich noch zwei Minuten Redezeit habe und gern noch auf den Bereich Frauen und Jugend eingehen würde.

Wir haben in diesem Haushalt natürlich mit Ganztagsangeboten im Kindertagesstätten- und im Schulbereich auch einen familienpolitischen Schwerpunkt gesetzt. Dieser wirkt sich bewusst auch frauenpolitisch aus durch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wenn man sich das Kapitel "Frauen" im Einzelplan 09 anschaut, das noch nie besonders üppig ausgestattet war, muss man auch diese Aspekte mit berücksichtigen. Es ist richtig und wichtig, dass dieser Haushalt und dieses Ministerium insgesamt auf diesen Zuschnitt mit dem Bereich "Frauen" und dem Bereich "Bildung und Jugend" gebündelt wurde, sodass man diese Maßnahmen entsprechend im Zusammenhang bewerten muss. Bei verschiedenen Modellprojekten und anderen Maßnahmen musste in diesem Kapitel etwas gekürzt werden, allerdings ohne die Substanz des Gesamthaushalts zu gefährden.

Es war uns wichtig, bestehende Strukturen zu erhalten. Dies gilt zum einen für die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die aber auch immer im Zusammenhang mit Synergien mit den Maßnahmen durch das Sozialministerium gesehen werden müssen, und das gilt zum anderen natürlich besonders auch für die Absicherung der Arbeit von Frauenhäusern und Notrufen und Maßnahmen gegen Gewalt. Auch hier muss man fairerweise sehen, dass bei engerer Haushaltslage die eine oder andere zusätzliche Investition, beispielsweise in Prävention, besonders wünschenswert wäre, dass man aber zunächst einmal mit dem neuen Gewaltschutzgesetz und der Vernetzung im Rahmen von RIGG abwarten muss, welche Synergien es gibt. Es gibt nun auch erheblich mehr alternative Handlungsmöglichkeiten und Hilfsangebote für von Gewalt betroffene Frauen, die mit Sicherheit auch die Angebote insgesamt niedrigschwelliger bestehen lassen und mehr Hilfsmöglichkeiten bieten.

Im Zusammenhang mit dem Jugendhaushalt möchte ich ganz kurz auf die Jugendarbeit und den Aspekt Landesjugendring eingehen. Zum einen weiß ich auch, dass die Haushaltssperren die Verbände sehr betroffen haben. Ich hatte aber auch den Eindruck, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium sowie auch der Staatssekretär sehr darum bemüht waren, dies aufzufangen und in einer pragmatischen Art und Weise damit umzugehen und den Jugendverbänden die Verunsicherung zu nehmen.

(Glocke der Präsidentin)

Ich glaube, man hat im Dialog Lösungen gefunden.

Ich weiß, dass es immer noch schwierig ist. Natürlich wollen wir später keine Haushaltsperre, wenn wir einen Haushalt verabschieden. Aber wenn es sich nicht vermeiden lässt, habe ich den Eindruck, dass es auch sehr kompetente und gute Ansprechpartner gibt, die auch das Vertrauen der Jugendverbände genießen.

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Frau Morsblech, Sie müssen zum Schluss kommen.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Als die Mittel noch etwas üppiger waren, konnten wir zum Glück noch den dritten Bildungsreferenten realisieren. Man kann sich lange über den Fördersatz streiten, muss allerdings im Auge behalten, dass wir diesbezüglich auch eine bessere Ausstattung geschaffen haben. Die Landesregierung hat mit dem Ehrenamtstitel auch sehr deutlich signalisiert, dass ehrenamtliche Jugendarbeit in diesem Land besonders geschätzt wird.

Ich bedanke mich für die Anstrengungen für diesen Haushalt und auch dafür, dass er trotz der schwierigen Rahmenbedingungen so gut geworden ist.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Meine Damen und Herren, mehrere Abgeordnete haben sich zu einer Kurzintervention gemeldet. Zunächst einmal erteile ich Herrn Abgeordneten Schreiner zu einer Kurzintervention das Wort.

Abg. Schreiner, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Morsblech, warum so angestrengt im Ton? Ich habe nichts gegen einen scharfen Ton, wirklich nicht. Das ist okay. Aber Sie sind schärfer als die SPD. Frau Kollegin Ulla Brede-Hoffmann hat sehr sachlich argumentiert. Ich verstehe das nicht. Ich frage mich, warum. Ich habe eine Idee. Wissen Sie, was das ist? Das ist das schlechte Gewissen.

(Beifall bei der CDU – Frau Morsblech, FDP: Was soll denn die Überheblichkeit? – Kuhn, FDP: Blödsinn!)

Dieser Haushalt tut weh. Er tut den Menschen draußen im Land weh. Das ist das Allerschlimmste. Aber dieser Haushalt tut auch Ihnen, der FDP, ganz schön weh.

(Kuhn, FDP: Gerade Sie haben es nötig!)

Wir haben über einige ganz konkrete Forderungen gesprochen.

(Hartloff, SPD: Was ist denn das jetzt für eine Rede?)

Sie haben es eben noch einmal angesprochen, also Einstellungstests, Sprachtests vor der Einschulung.

(Frau Morsblech, FDP: Einstellungstests für die Grundschulen!)

Ob es jetzt nun eine Diagnose oder ein Test ist, das soll mir alles ganz egal sein. Wir fordern es. In vielen Bundesländern wird es gemacht. Die FDP fordert es, Sie fordern es auch, aber die SPD macht es nicht mit. Das ist der Punkt. Die SPD macht es nicht mit.

(Hartloff, SPD: Was hat das denn mit dem Haushalt zu tun?)

Das tut weh. Wir stellen Anträge. Wir waren diejenigen, die den zentralen PISA-Antrag gestellt haben. Sie haben es abgelehnt. Das tut weh, weil darin die Forderungen stehen, die Ihnen als FDP am Herzen liegen.

Ganz aktuell spreche ich das Abitur nach acht Jahren an. Wir fordern es. Es wird in einem Bundesland nach dem anderen gemacht. Die FDP fordert es, weil sie auch dieses halbe 13. Schuljahr nicht für klug hält.

(Jullien, CDU: Nur in Rheinland-Pfalz darf sie das nicht! – Creutzmann, FDP: Wir arbeiten daran!) Was passiert? Die SPD macht es nicht mit. Das tut weh. Darum auch diese Schärfe in Ihrer Einlassung.

Zu nennen ist noch aktuell der Bereich der Schulgesetznovelle, die Mängel an den Tag gebracht hat. Wir haben über berufsbildende Schulen diskutiert. Dort schreibt Ihnen die IHK, Ihre IHK, etwas in Ihr Stammbuch.

(Staatsminister Bauckhage: Meine?)

Sie haben doch gute Beziehungen, auch zu den Handels- und Handwerkskammern.

(Hartloff, SPD: Haben Sie je etwas von Selbstverwaltung gehört? So ganz nebenbei?)

Die IHK schreibt Ihnen als Landesregierung, aber auch Ihnen als FDP-Landtagsfraktion ganz deutlich ins Stammbuch, dass die Erwartungen – so wörtlich – nicht erfüllt worden sind. Das tut weh. Von daher kommt auch dieser scharfe Ton.

Ich würde mir manchmal wünschen, dass Sie als FDP für Ihre Überzeugungen und nicht immer nur für Ihre Koalition kämpfen würden.

(Beifall bei der CDU)

Koalitionstreue ist gut und schön, aber Überzeugungen sind wichtiger. Das haben die Menschen in Rheinland-Pfalz verdient.

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen.

(Frau Morsblech, FDP: Das ist der blanke Neid!)

Ich freue mich schon darauf, wenn Sie alle beide, also sowohl SPD als auch FDP, und die Regierung landauf und landab die 27 % vom Seppel Keller transportieren werden. Darauf freue ich mich. Es ist richtig, dass ein Drittel eines Schuljahres ausfällt. Das ist richtig. Vor allen Dingen ist Folgendes richtig: 27 % durch 3 sind 9 %.

(Glocke der Präsidentin)

Ich will, dass Sie überall im Land herumlaufen und sagen, bei uns an den berufsbildenden Schulen fällt jedes Jahr 9 % des Unterrichts aus. Darauf freue ich mich.

Vielen Dank

(Beifall bei der CDU – Frau Pepper, SPD: Das ist ja nur peinlich!)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Zu einer weiteren Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Keller das Wort.

Abg. Keller, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich mache einmal Fehler.

(Staatsminister Mittler: Nein, das glaube ich nicht!)

Ich gebe es dann aber zu.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Regierung macht laufend Fehler und streitet alles ab. Das ist der Unterschied.

Herr Kollege Schreiner hat eben gesagt, wie es gemeint war. Es wird mir immer deutlicher, je öfter ich Ihnen zuhöre, Frau Kollegin Morsblech. Sie brauchen Nachhilfe in Demokratie.

(Staatsminister Bauckhage: Was?)

Sie wissen zwar, was die Rolle der Regierungsfraktionen ist, aber Sie wissen nicht, was die Rolle der Opposition ist. Die Regierungsfraktionen reden über das, was die Regierung ihrer Meinung nach gut macht, wir reden in erster Linie darüber, was nicht so gut oder schlecht ist. Das ist unsere Aufgabe als Opposition.

(Beifall bei der CDU – Kuhn, FDP: Ja!)

Dann sagen Sie, egal, was wir sagen, es ist unredlich. Sie fragen: Wo bleiben die Anträge? Darauf habe ich schon gewartet.

(Kuhn, FDP: Man muss das richtig sagen!)

Seit 1995 gehöre ich diesem hohen Hause an. Stellen wir Anträge, werden diese abgelehnt. Es heißt dann, sie sind unausgegoren, unfinanzierbar, unredlich usw.

(Frau Morsblech, FDP: Sie sind beleidigt!)

Herr Kollege Wiechmann hat es sich eben anhören müssen. Stellen wir keine Anträge, dann sind wir entweder faul oder wir haben keinen Politikentwurf. Jeder weiß, auch Sie, dass die CDU einen Politikentwurf im Hinblick auf die Bildungspolitik hat. Ein deutlicher Beweis ist immer, wie Sie alle versuchen, über mich herzufallen, wenn ich die glasklaren Positionen der CDU vertrete. Wenn nichts da wäre, bräuchten Sie sich gar nicht aufzuregen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben den wichtigsten Antrag im Hinblick auf PISA gestellt. Es sind zum Beispiel Sprachtests gefordert worden. Das haben Sie abgelehnt. Bildungspläne für Kindergärten wurden abgelehnt. Seit dem letzten Jahr gibt es das.

Jetzt führen Sie einen interessanten Streit. Sie sagen, Sie wollen den Sprachstand diagnostizieren. Ob das jetzt Test oder Diagnose heißt, das ist doch egal. I- gendwie muss der Sprachstand festgestellt werden. Sie haben vor etwa zwei Jahren unseren Antrag abgelehnt. Die Landes-FDP hat gesagt – ich glaube, es war Herr Kuhn –, sie will Sprachtests in den Kindergärten. Ich glaube, er hat sogar diesen Begriff verwandt. Ich prophezeie, in wenigen Monaten wird ein Antrag kommen – es wird dann nicht Test heißen –, dass die Diagnose – oder wie auch immer formuliert – kommen muss. Sie wollen den Begriff "Test" nicht verwenden, weil Sie uns sonst Recht geben müssten. Das finde ich schon schlimm.

Anzusprechen ist auch das Abitur nach zwölf Jahren. Sie wollen das auch zu Recht. In dem Punkt sind Sie vernünftig. Sie können das aber in der Koalition nicht durchsetzen. Es steht nicht im Koalitionsvertrag.

(Glocke der Präsidentin)

Spätestens ab 2006 soll das kommen. An die Betroffenen denken Sie überhaupt nicht. Das ist, um in Ihrem Jargon zu bleiben, unglaubwürdig und unredlich.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Zu einer weiteren Kurzintervention erteile ich Frau Abgeordneter Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Morsblech, Sie haben gleich auf mehrere Themen einzugehen. Wer aber nur zwei Minuten von 20 Minuten für die Frauenpolitik im Land übrig hat, muss damit rechnen, dass er dazu auch noch einmal einen Kommentar bekommt.

(Frau Morsblech, FDP: O je, o je!)

Liebe Frau Kollegin Morsblech! Ein bisschen schwierig ist es schon, wenn Sie sagen, es wäre alles wünschenswert, was die GRÜNEN machen – das höre ich so zum ersten Mal von Ihnen in der Deutlichkeit –,

(Dr. Schmitz, FDP: Das haben wir nicht gehört!)

zum Beispiel stärkere Präventionsangebote aus den Frauenhäusern und aus den Notrufen im ganzen Komplex der besseren und entschiedeneren Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder in diesen engen sozialen Beziehungen. Das ist ein Thema, das dieses hohe Haus schon seit einigen Jahren verfolgt. Wenn Sie sagen, das ist alles wünschenswert, aber finanzieren kann man es nicht, deswegen lassen wir es weg, dann sagen Sie doch klipp und klar, zu unserem Politikentwurf gehört es nicht, dort mehr Mittel einzusetzen und mehr Möglichkeiten zu schaffen, damit diese notwendige Präventionsarbeit geleistet werden kann. Dann formulieren Sie es doch einmal so: Wir machen es nicht und

sehen es nicht vor, nicht, weil es im Moment nicht möglich ist, sondern weil wir eine politische Entscheidung getroffen haben, dafür keine Mittel zu verwenden. So ist es und nicht anders.

Ich möchte Ihnen klar und deutlich sagen, bei einem Frauenkapitel von 4 Millionen Euro einen symbolischen Einsparbetrag von rund 100.000 Euro zu erbringen und damit wichtige Aufgabenstellungen und Funktionen dieses Haushalts herauszunehmen, finden wir nicht richtig. Der Haushalt hat Avantgarde-Funktion in vielen Bereichen, ob das arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind, ob das der Wissenschaftsbereich, der Bildungsbereich oder sonst etwas ist. Man ist doch mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn man in einem solchen Bereich symbolisch spart, weil man denkt, alle sparen, also müssen wir dort auch etwas kürzen,

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wenn man weiß, dass aus solchen Projekten und Modellen Innovationskraft kommt und Dinge und Modelle entwickelt werden können, die dann in den einzelnen Haushalten unternommen werden.

(Hartloff, SPD: Die Verallgemeinerung trifft aber so nicht zu!)

Sie müssen dann deutlich sagen: Wir wollen es als FDP so nicht haben.

Herr Hartloff, es ist so im Frauenausschuss diskutiert worden. Ich kann nachher noch etwas dazu sagen.

Wir wollen das als FDP nicht haben. Wir tragen diese Kürzungen mit, und wir wollen auch nicht mehr Präventionsarbeit. Punktum, das ist Ihre Aussage, und man muss sie nur einmal richtig ins Licht setzen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Für eine Entgegnung hat Frau Abgeordnete Morsblech das Wort.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Ich kann es auch ganz kurz machen, weil das, was ich sage – das gilt für den Kollegen Schreiner und für den Kollegen Keller – sich noch einmal auf ein von mir gerade aufgeschriebenes Sprichwort "Wer rechnet, muss vorher die Aufgabe verstanden haben" bezieht.

(Keller, CDU: Diese Überheblichkeit!)

Sie haben konkret gezeigt, dass Sie das nicht haben. Das gilt auch, wenn man hier spricht. Wenn man über bildungspolitische Inhalte spricht, dann muss man erst einmal wissen, wovon man redet.

(Dr. Gölter, CDU: Wie wahr!)

Wenn Sie dann den Unterschied zwischen Sprachtherapie – – –

(Zurufe von der CDU)

– Jetzt sagen Sie, ich sei aufgeregt. Wie soll man denn hier dagegen ankommen, wenn Sie ständig schreien?

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Sie können mir mein Regierungs- und Oppositionsrollenund vor allem Demokratieverständnis – da bin ich übrigens etwas empfindlich, wenn Sie das kritisieren – hier gern vorwerfen, aber wenn Sie hier über Inhalte sprechen, müssen Sie auch den Unterschied zwischen einem Sprachtest und einer Diagnose kennen. Dann müssen Sie den Unterschied zwischen den Inhalten, die jetzt gemeinsam mit den Trägern erarbeitet wurden und der Erzieherinnenausbildungsreform und ihren Bildungsplänen in der Starrheit, wie Sie sie vorgeschlagen haben, kennen. Dann müssen Sie auch wissen, dass, wenn Sie das Abitur nach 12 Jahren vorschlagen, Sie auch einen gangbaren Weg vorschlagen müssen, der auch die entsprechende Durchlässigkeit und entsprechend konkrete Maßnahmen enthält.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Wenn Sie das nicht tun und Sie offensichtlich auch gar nicht wissen, was Sie da im Konkreten vorschlagen, dann können wir uns leider auch nicht so sachlich mit Ihren Anträgen auseinander setzen, dass wir gemeinsame Wege finden können, die wir dann auch gehen.

Frau Thomas, ich habe eben sehr deutlich gesagt, und ich kann das gern noch einmal wiederholen – jetzt habe ich nur noch eine Minute, leider habe ich wieder zwei Minuten auf die Bildung verwendet –, der Frauenhaushalt wird in seiner Substanz erhalten. Das ist auch ausdrücklich politisch gewollt. Wenn man den Weg gehen muss, Einsparungen vorzunehmen – dieser Druck bestand in diesen Haushaltsberatungen –, dann ist es uns lieber zu sagen, wir sparen bei dem einen oder anderen Modellvorhaben und versuchen aber, die Substanz des Ganzen und bestehende Strukturen zu erhalten. Dieser Weg wurde gegangen. Das war meiner Ansicht nach und auch nach Meinung der FDP-Fraktion der richtige Weg.

(Beifall des Abg. Schmitz, FDP)

Wir hätten natürlich auch gern insgesamt mehr Volumen in diesem Gesamthaushalt und hätten damit auch gern mehr Geld für zusätzliche Maßnahmen. Aber diese sind im Moment nicht möglich. Natürlich hat das etwas mit politischer Schwerpunktsetzung zu tun. Meine Rede hatte mit Sicherheit auch etwas mit politischer Schwerpunktsetzung zu tun, indem ich mich sehr stark auf den Bildungsteil konzentriert habe. Das haben Sie alle gemerkt. Aber der Frauenhaushalt ist in seinem Volumen einer, der – genau wie Sie sagen – in bestimmten Bereichen Anstöße geben soll, aber Frauenpolitik wird für mich – das ist auch Leitlinie der FDP und mit Sicherheit

auch die des Koalitionspartners – mehr und mehr Querschnittsaufgabe,

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das habe ich in den Haushaltsberatungen gemerkt!)

sollte als eine solche auch gesehen werden, wird sie auch und wird auch in verschiedenen Bereichen verankert. Ich denke, aus diesem Grund sollte man den Weg fördern. Gerade, wenn knappe Kassen da sind, muss man den Weg gehen zu sagen, wir müssen jetzt auch einmal aus unserer Frauenecke herauskommen und nach und nach in die Querschnittsbereiche hineingehen, gerade in den Bereichen, wo wir meines Erachtens emanzipatorisch auch schon etwas weiter sind.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD – Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Frau Ministerin Ahnen.

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Landeshaushalt – das ist gestern diskutiert worden – ist unter schwierigsten finanziellen Rahmenbedingungen aufgestellt worden. Die Regierung hat deutlich gemacht, dass das Einsparungen und Rückführungen an vielen Stellen bedeutet. Aber diese Regierung hat auch deutlich gemacht, warum es notwendig war, an vielen Stellen Einschnitte und Rückführungen vorzusehen, weil sie eine klare Prioritätensetzung hat. Diese Prioritätensetzung liegt auf der Bildung und wird von der gesamten Landesregierung getragen. Das kennzeichnet den Einzelplan 09.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich kann mit Überzeugung sagen, dass es uns gelungen ist, den Einzelplan 09 so zu gestalten, dass wir die Schwerpunkte, die wir in den Bereichen Bildung, Frauen und Jugend gesetzt haben, nicht nur beibehalten können, sondern es uns auch gelungen ist, insbesondere im Bildungsbereich Zuwächse vorzusehen, wo es dringend notwendig ist. Wie schwierig das für die gesamte Landesregierung ist, wird an dem deutlich – ich will das noch einmal wiederholen, was Frau Morsblech gesagt hat –, wenn man sich klar macht, dass der Einzelplan 09 fast 50 % der Personalausgaben des Landes ausmacht. Das, was meines Erachtens hier eben in der Debatte eingefordert worden ist, fordere ich auch ein. Wir müssen heute so reden, wie wir gestern auch geredet haben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir können nicht zwei völlig getrennte Debatten führen, auf der einen Seite zu sagen, es wird viel zu viel Geld

ausgegeben, und auf der anderen Seite mehr zu fordern. Vielleicht kann man es als Opposition so machen. Wir als Regierung können es nicht. Deswegen haben wir diese Prioritätensetzung vorgenommen. Das prägt diesen Einzelplan und wird an dieser Stelle sehr deutlich.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Einzelplan 09 wächst von 2,738 Milliarden Euro auf 2,952 Milliarden Euro im Haushalt 2004. Das hängt primär an den Personalkosten, es hängt aber auch daran, dass wir neben einer Schwerpunktsetzung im schulischen Bereich 30 Millionen Euro mehr zum Beispiel bei den Kindertagesstätten gesetzt haben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wie kann man denn eine Schwerpunktsetzung in der frühkindlichen Bildung noch deutlicher machen als durch solche Steigerungsraten? Wir setzen eindeutige Schwerpunkte. Als Erstes will auch ich auf die Unterrichtsversorgung eingehen, die aus meiner Sicht auch in diesem Jahr – ich komme auf die berufsbildenden Schulen zurück, ich sage es vorweg – insgesamt sehr gut gelungen ist.

Herr Abgeordneter Keller, natürlich darf man sich verrechnen. Das kann jedem einmal passieren. Aber man muss dann auch damit leben, dass die Absicht erkannt wird. Sie haben sich nicht nur heute hier verrechnet, Sie rennen seit Jahren mit irgendwelchen Zahlenspielereien durch das Land, die ungefähr so seriös sind wie die Rechnung, die Sie heute hier aufgemacht haben.

(Beifall bei SPD und FDP – Zuruf des Abg. Keller, CDU)

Das ist dann eben auch das Recht, das an dieser Stelle zu sagen. Zur Sicherung der Unterrichtsversorgung gehört an erster Stelle die Absicherung der Planstellen von Lehrkräften. Es gehört auch dazu, dass in diesem Haushalt 480 Stellen, die zunächst als Vollzeitverträge zur Verfügung gestellt wurden, in Planstellen umgewandelt wurden. Es gehört auch dazu, dass wir 5,2 Millionen Euro für nebenamtliche und nebenberufliche Kräfte etatisiert haben. Es gehört dazu, dass wir Vertretungsmittel trotz hohen Ansatzes weiter gesteigert haben, und es gehört auch dazu, dass wir der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion eine hohe Flexibilität in der Umsetzung eingeräumt haben.

(Beifall bei SPD und FDP)

Weil eben auf die Schulaufsicht eingegangen worden ist, sage ich ganz deutlich, dass die Schulaufsicht, gerade was die Sicherung der Unterrichtsversorgung angeht, eine wirklich gute Arbeit macht. Wir wenden uns aber nicht nur dem strukturellen Unterrichtsausfall zu, sondern auch dem so genannten temporären. Das heißt, wir haben das Projekt "Erweiterte Selbstständigkeit" auf den Weg gebracht und Schulen mehr Flexibilität gegeben, aus eigener Kraft heraus die Unterrichtsversorgung vor allen Dingen bei Fortbildung, bei Krankheit und bei an-

deren Maßnahmen besser zu sichern, als das in der Vergangenheit der Fall war.

(Beifall bei SPD und FDP)

Die Sicherung der Unterrichtsversorgung hängt in der Tat in immer höherem Maß davon ab, dass es uns gelingt, qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen und drohendem Lehrermangel entgegenzuwirken. Deswegen haben wir ein Quereinsteigerprogramm auf den Weg gebracht. Deswegen haben wir ein Seiteneinsteigerprogramm auf den Weg gebracht. Deswegen haben wir die Ausbildungskapazitäten seit Anfang der 90er-Jahre in den Seminaren verdoppelt und schreiben sie in 2004 auf hohem Niveau fort.

Wenn jetzt gesagt wird, wir hätten zunächst die Lehrerinnen und Lehrer aus dem Land getrieben – das war der Vorwurf, der eben gegen die Landesregierung erhoben worden ist –, dann gehört doch zur Ehrlichkeit dazu zu sehen, wir haben über die Dreiviertelkräfte erst einmal Lehrerinnen und Lehrer an das Land gebunden, die wir jetzt dringend für die Unterrichtsversorgung brauchen.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Deswegen sichern wir die Verbeamtung auch der Grundschullehrkräfte auf vollen Stellen. Wir werden das in diesem Haushalt abschließen.

Die Situation an den berufsbildenden Schulen ist tatsächlich angespannt und schwierig. Sie war besonders schwierig, weil wir eine schwierige Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu Beginn dieses Schuljahrs hatten. Ich sage an dieser Stelle, zunächst einmal ist es Aufgabe der Wirtschaft, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, was in hohem Maß gelungen ist.

(Beifall der SPD und der FDP)

Aber ich sage auch, wir werden keinen jungen Menschen stehen lassen. Die, die Probleme haben, etwas auf dem Ausbildungsmarkt zu bekommen, bekommen ein qualifiziertes Angebot in der berufsbildenden Schule. Das haben wir in diesem Schuljahr gemacht, und das werden wir auch im nächsten Schuljahr so machen. Wir müssen den jungen Menschen, gerade denjenigen, die Schwierigkeiten haben, eine Perspektive über das berufsbildende System aufzeigen. Das kann dann auch dazu führen, dass der Unterrichtsausfall nicht in dem Maß zurückgeht, wie auch wir uns eine Verbesserung gewünscht hätten. Aber da haben wir klare Prioritäten gesetzt. Wir haben in die berufsbildenden Schulen investiert und gleichzeitig die Angebote für unversorgte Jugendliche zur Verfügung gestellt. Ich denke, das war ein vernünftiger Abwägungsprozess.

Ich will heute auf die Ganztagsschule nur sehr kurz eingehen, weil wir mehrfach Gelegenheit hatten, darüber zu diskutieren. Ich will schon deutlich machen, wenn es jetzt mehr und mehr zum Duktus wird, Ganztagsschule ja, aber nicht so, wie die Landesregierung das macht – dies kristallisiert sich heraus –, dann bitte ich darum, dass wir diese Debatte an anderer Stelle ausführlicher führen; denn diese Aussage heißt im Kern, Ganztags-

schule ja, aber nicht mit zusätzlichen Angeboten der Kirchen, der Handwerkskammern, der Sportvereine, der Musikschulen, weil das alles angeblich nur Betreuung sei. Ich sage Ihnen, das ist ein qualifiziertes Angebot, und dieses Angebot verteidigen wir als Bildungsangebot.

(Beifall der SPD und der FDP)

Herr Abgeordneter Wiechmann, dass ich mich über die Unterstützung über das Bundesprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" ausgeprochen freue und wir alles daransetzen, so viel Bundesmittel abzurufen wie irgend möglich, brauche ich an dieser Stelle nicht noch einmal getrennt auszuführen.

Dass dieses Bundesprogramm auch dazu führt, dass wir im Landesprogramm des Schulbaus andere Schwerpunkte setzen können, weil wir die Ganztagsschulen über das Bundesprogramm finanzieren können und dies insgesamt den Schulen des Landes zugute kommt, ist aus meiner Sicht ein ausgesprochen erfreulicher Nebeneffekt, der deutlich macht, wir setzen im Schulbau insgesamt einen Scherpunkt; denn wir haben die Mittel nicht zurückgeführt, sondern in vollem Umfang erhalten.

(Beifall bei SPD und FDP)

Herr Abgeordneter Keller, zur Frage des Qualitätsmanagements sagten Sie, die Schulen seien alle bei der Abgabe des Qualitätsprogramms mæsiv in Verzug.

(Zuruf des Abg. Keller, CDU)

Das haben Sie eben gesagt.

(Zuruf des Abg. Keller, CDU)

- Die Schulen, haben Sie gesagt.

(Zuruf des Abg. Keller, CDU)

 Nein, Sie haben gesagt, die Schulen und die Schulaufsicht. Sie haben die Schulen gesagt.

(Zuruf des Abg. Keller, CDU)

- Sie haben gesagt, die Schulen seien in Verzug.

Weil ich die Abgeordnetenfrage sofort beantworten will, habe ich im Ministerium anrufen lassen. Ich habe gefragt, warum hat man mir das nicht mitgeteilt, Herr Abgeordneter Keller hat dies hier gesagt? Man hat mir gesagt, dass unter 2 % der Schulen den Termin vor Beginn der Sommerferien nicht eingehalten, aber kurzfristig später nachgeliefert haben. Ich finde, das ist ein hervorragendes Ergebnis für unsere Schulen. Ich freue mich sehr, dass die Schulen in diesem Umfang mitgemacht haben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Herr Abgeordneter Wiechmann, zur Frage des Qualitätsmanagements, weil dies ein wichtiger Punkt ist, aber auch zu den Reaktionen auf PISA und der individuellen Förderung, die Sie angesprochen haben: Die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern ist auch aus

meiner Sicht die zentrale Antwort auf die Herausforderung, die auch PISA aufgezeigt hat. Aber ich sage Ihnen auch, wir machen in einem hohen Maß individuelle Förderung. Ich habe mir aktuell heraussuchen lassen, was im laufenden Schuljahr an zusätzlichen Fördermaßnahmen in die Grundschule in den Bereich so genannter sozialer Brennpunkte – ich bin mit dem Begriff vorsichtig –, in den Bereich der Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund geht. Für den Bereich Prävention und Integration stehen allein im Grundschulbereich zusätzlich 510 Lehrerstellen und 85 Stellen pädagogischer Fachkräfte zur Verfügung. Im Bereich der Hauptund Regionalschulen sind es noch einmal 240 Stellen. Wir setzen einen eindeutigen Schwerpunkt in der Frage der individuellen Förderung.

(Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie dann sagen, man müsste aus PISA die Konsequenz ziehen, in der Form, wie wir das in den Schulen in Rheinland-Pfalz anbieten, gegen die Hochbegabtenförderung zu sein, dann sage ich Ihnen, zur individuellen Förderung gehört die individuelle Förderung derjenigen, die besondere Probleme haben, dazu gehört aber auch die individuelle Förderung derjenigen, die besondere Potenziale haben, was übrigens manchmal besondere Probleme auslösen kann. Auch das muss man dazusagen.

(Beifall bei SPD und FDP – Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Bereich der Kindertagesstätten: Auf die enormen Steigerungsraten habe ich bereits hingewiesen. Aber wir beschränken uns nicht auf den quantitativen Ausbau, sondern wir setzen auch qualitative Schwerpunkte, insbesondere über die Bildungs- und Erziehungsem pfehlungen.

Herr Abgeordneter Keller, wenn Sie die Bildungs- und Erziehungsempfehlungen gelesen haben, stellen Sie fest, diese befassen sich im Kern, in ihrer Gänze mit der Frage der Sprachförderung und zeigen Wege auf, wie wir im vorschulischen Bereich die sprachliche Kompetenz stärken wollen.

Darüber hinaus haben wir schon heute 230 Erzieherinnen und Erzieher in Einrichtungen, die einen hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund haben. Darauf setzen wir letztlich noch 200.000 Euro für gezielte Sprachfördermaßnahmen, die unmittelbar vor der Einschulung sein sollen. Das ist ein Gesamtkonzept. Wir wollen die Kinder fördern. Ich sage auch sehr deutlich, für uns ist das Fördern von Kindern wichtiger, als ein regelmäßiges Testen und Defizite feststellen. Wir wollen die Kinder beobachten und daraus Förderung ableiten. Das ist unser Konzept.

(Beifall der SPD und der FDP)

Dem Jugendbereich tragen wir mit diesem Haushalt insgesamt Rechnung. Das Kinder- und Jugendhilfes ystem leistet auch einen wichtigen Beitrag nicht nur zur persönlichen Entwicklung von Kindern und Jugendli-

chen, sondern auch im Bereich der Bildungsarbeit. Wir haben deswegen die Maßnahmen des Landesjugendplans weitgehend von Einsparungen ausgenommen. Wir haben neue Schwerpunkte gesetzt, zum Beispiel im Bereich des Ehrenamts, und wir haben zusätzlich eine Reihe von Maßnahmen absichern können, wie zum Beispiel auch die Schulsozialarbeit, die auch in diesem laufenden Schuljahr, wenn auch moderat, ausgebaut wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, man kann guten Gewissens sagen, dass in Rheinland-Pfalz nicht nur darüber geredet wird, dass die Bildungspolitik Priorität haben muss, nicht nur darüber geredet wird – ich halte diese Debatte für wichtig –, dass wir in Zukunft zusätzliche Ressourcen gerade auch für den Bildungsbereich mobilisieren müssen, sondern dass in Rheinland-Pfalz konkret aufgezeigt wird, auch in einem Sparhaushalt ist es möglich, diese Prioritäten zu setzen, weil es im Kern um die Zukunft dieser Gesellschaft geht.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Keller das Wort zu einer Kurzintervention.

Abg. Keller, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Weshalb schafft es diese Regierung nicht, endlich zu sagen, dass sie den strukturellen Unterrichtsausfall nicht beseitigen will oder kann, Frau Ministerin? Seit Jahren werden wir so abgespeist. Frau Brede-Hoffmann hat von guter und sogar sehr guter Unterrichtsversorgung gesprochen. Nach wie vor fehlen allerdings alljährlich 800 Vollzeitlehrerstellen. Sagen Sie doch, dass das nicht geht.

(Beifall bei der CDU)

Dann liegt es an uns, als Opposition zu sagen, ob wir damit einverstanden sind oder nicht. Eiern Sie doch nicht jedes Mal herum. Es ist doch bekannt, Sie unternehmen keine messbaren Anstrengungen, um den strukturellen Unterrichtsausfall zu beseitigen.

Noch einmal zu den Berechnungen. Es kann zwar einmal vorkommen, aber Sie haben behauptet, ich hätte mich in der Vergangenheit öfter bewusst verrechnet. Das ist neu. Dann nennen Sie doch einmal, bei welcher Gelegenheit ich falsche Zahlen verwendet habe. Ich mache aber ein dickes Fragezeichen daran, ob Sie die Berufene und Glaubwürdige sind, mir einen Rechenfehler vorzuwerfen. Ich erinnere an Ihre Hochbegabtenbroschüre, für die Sie verantwortlich sind. Dabei ging es um ganz einfache Rechenoperationen für Hochbegabte: 68 plus 56 ergab 114. Sie wissen aber auch, dass das 124 ergibt. Möglicherweise habe ich zu intensiv in dieser Hochbegabtenbroschüre gelesen, sodass sich der Rechenfehler irgendwie eingeschlichen hat.

Bei der Umrechnung von Herrn Zöllner beim Orchester, 60 ist gleich 66, ist es das Gleiche. Es gibt vielleicht neue Rechenarten.

Noch einmal zur Ganztagsschule. Dazu habe ich gar nichts gesagt. Das war Ihnen auch wieder nicht recht. Wir sind der Meinung, dass das Betreuungsangebot wichtig ist. Wir haben nie gesagt, dass das Betreuungsangebot unqualifiziert sei. Wir gehen davon aus, dass auch die Betreuungsangebote qualifiziert sind, aber die Realität – da können Sie sagen, was Sie wollen – ist jetzt noch so. Darüber haben wir in der vergangenen Sitzung ausführlich diskutiert. Der Betreuungsaspekt steht im Vordergrund aufgrund der Rahmenbedingungen, die Sie den Schulen setzen, aber nicht der Bildungsaspekt.

Zu den Qualitätsprogrammen an den Schulen. Ich habe nie gesagt, alle Schulen hätten das nicht abgegeben. Ich habe das sehr stark relativiert. Ich habe gesagt, dass es Schulen gibt, die das Qualitätsprogramm nicht abgegeben haben. Das war schon eine böswillige Unterstellung. Sie sind aber nicht darauf eingegangen – und das ist noch viel wichtiger –, was mit den abgegebenen Qualitätsprogrammen geschieht,

(Beifall bei der CDU)

ob die Schulaufsicht in der Lage ist, sie richtig auszuwerten und einen Evaluationsprozess mit den Schulen durchzuführen.

(Glocke der Präsidentin)

Zum Schluss: Keine Antwort ist auch eine Antwort. Ich warte immer noch auf das Hauptschulprogramm, Frau Ministerin.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Zur Entgegnung hat Frau Ministerin Ahnen das Wort.

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:

Herr Abgeordneter Keller, ich sage es ausdrücklich noch einmal: Jeder kann sich im Eifer des Gefechts verrechnen. Das ist überhaupt nicht mein Punkt gewesen.

Ich habe lediglich von mir aus darauf hingewiesen, dass wir mit einem realistischen Blick auf die Zahlen von einer guten Unterrichtsversorgung im Land reden können, auch deswegen, weil wir nicht das machen, was zum Teil in anderen Ländern gemacht wird, dass die Stunden für den Pflichtunterricht betrachtet werden.

Unsere Zuweisungsformel sieht von vornherein vor, dass wir den Schulen Zuschläge für Differenzierungsmaßnahmen geben. Daran will ich festhalten, weil für mich zur Schulwirklichkeit nicht nur die Pflichtstundentafel, sondern auch die Zieldifferenzierungen und die zusätzlichen Maßnahmen gehören.

Sie behaupten, unter den Bedingungen der Ganztagsschulen in Rheinland-Pfalz könne man nur ein Betreuungsangebot machen. Herr Abgeordneter Keller, es gibt einen Zuschlag zwischen 30 % und 50 % der Ressourcen in der Ganztagsschule. Damit sind wir bundesweit an der Spitze. Ich befürchte, es werden nicht viele schaffen, uns zu folgen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Die Schulen haben ihr Qualitätsprogramm abgegeben. Die Schulaufsicht wertet diese zurzeit aus. Kurzrückmeldungen haben wir zum Teil schon bekommen. Gerade weil ich möchte, dass die Schulaufsicht die Rückkoppelung mit den Schulen sucht, werden mit ihnen im Moment Gespräche geführt, um die eine oder andere Maßnahme mit den Schulen zu diskutieren. Das ist ein kontinuierlicher Prozess, der hoffentlich in den nächsten Jahren andauern wird. Qualitätsprogramme sind nicht dafür da, dass sie abgegeben werden und damit erledigt sind. Qualitätsprogramme sind die Eröffnungsbilanz für eine echte Veränderung in der einzelnen Schule.

Zum Hauptschulaktionsprogramm. Wir haben mehrfach eine Reihe von Maßnahmen, insbesondere im Bereich der Berufsorientierung, an Hauptschulen vorgestellt. Dafür haben wir Mittel zur Verfügung gestellt und Kooperationspartner gefunden, um diese Projekte umzusetzen. Das Hauptschulaktionsprogramm befindet sich zusammen mit vielen anderen Schwerpunkten in der Umsetzung. Auch das ist kein Punkt, der heute verkündet und dann abgeschlossen ist, sondern das wird ein kontinuierlicher Entwicklungsprozess bleiben. Wir kümmern uns um die Hauptschulen im Land.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Huth-Haage.

Abg. Frau Huth-Haage, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! "Frauen sind die Zukunft." So die Überschrift eines bemerkenswerten Artikels in der "WELT" vom 13. Januar dieses Jahres. Unsere Gesellschaft sei nur zukunftsfähig –so der Autor –, wenn sich Frauen aktiv in die Arbeitswelt einbringen könnten und die Voraussetzungen für eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie gegeben seien. Wir benötigten also mehr Teilzeitarbeitsplätze, flexiblere Arbeitszeiten und die Unterstützung von Frauen beim Ein- oder Wiedereinstieg in den Beruf nach der Familienphase.

All das sind hehre Ziele, wie sie auch in den Erläuterungen zum Haushaltsentwurf der Landesregierung formuliert sind. Es bleibt aber wie so vieles virtuell: wir wollen, wir werden, wir müssen. Das sind die Formulierungen, die in der Ankündigungshitliste die ersten drei Plätze belegen.

Meine Damen und Herren, etwa 4.293.600 Euro sind im Haushalt eingeplant und damit etwa 100.000 Euro weni-

ger als im Jahr zuvor. Man kann sagen, dass dies zu wenig für diese wichtigen Aufgaben sei. Man kann aber auch sagen: Viel, wenn man bedenkt, dass vieles von anderen Ministerien abgedeckt wird. – Wenn das so ist, dann sollte man den Mut haben, das zu sagen oder Mittel künftig umschichten. Aber hier eintausend Euro und dort einhunderttausend Euro ändern strukturell wenig. Das sind alles nur Tropfen auf den berühmten heißen Stein.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will nicht nur kritisieren. Es gibt auch Punkte, die wir ausdrücklich für gut befunden haben, wie etwa die versuchte Schwerpunktsetzung im Haushalt, etwa die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen oder auch die Bekämpfung von Gewalt. In diesem Zusammenhang halten wir die Beibehaltung der Zuschüsse für die rheinland-pfälzischen Notrufe für sehr gut, ebenso die Beibehaltung der Zuschüsse für Personalkosten der Frauenhäuser in Höhe von rund 1,3 Millionen Euro und die Zuschüsse für Beratungsstellen für Frauen, die von Menschenhandel und Zwangsprostitution betroffen sind.

Schade ist natürlich, dass die Haushaltssituation so ist, wie sie ist, dass wir in diesen Bereichen nicht noch mehr tun können. Nicht nachzuvollziehen ist, dass ausgerechnet im Bereich der Präventionsprogramme gekürzt wurde, etwa bei Maßnahmen für von Gewalt bedrohte Mädchen und Frauen sowie bei den Zuschüssen für das Interventionsprogramm zur Bekämpfung von Gewalt im sozialen Nahbereich.

Fest steht, dass wir die Präventionsprogramme brauchen. Wir brauchen sie genauso, wie wir die Frauenhäuser und die Notrufe benötigen. Was wir aber nicht brauchen, ist Geld für die Förderung von Frauen in der Politik. Das ist eine originäre Aufgabe der Parteien, die diese wahrnehmen und wahrnehmen sollen.

Was wir wirklich brauchen, ist ein neues Denken im Öffentlichen Dienst als Vorreiter, aber auch besonders in der Wirtschaft; denn nach wie vor ist es sehr schwierig, Familie und Beruf zu vereinbaren. Hierbei wird kaum gehandelt, und hierbei gibt es kaum Denkanstöße vom Land.

Meine Damen und Herren, in diesem Jahr haben wir keine eigenen Änderungsanträge eingebracht, weil wir gesehen haben, wie es in der Vergangenheit gelaufen ist. Unsere Anträge wurden fast öffentlich zerrissen und ein paar Monate später teilweise hinter verschlossenen Türen wieder recycelt. Ich habe nicht viel Zeit, mir aber dennoch ein paar Sachen herausgezogen, unter anderem den Titel bezogen auf "Zuschüsse für Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen und Mädchen". Im Jahr 2002 haben wir vorgeschlagen, diesen Ansatz mit der sehr wohl nachvollziehbaren Begründung zu kürzen, eine Anpassung des Mittelabflusses vom Vorjahr zu erzielen. Wir wollten auf 205.000 Euro gehen und sind dafür massiv beschimpft worden. Jetzt gehen Sie bei diesem Ansatz noch weiter runter, und zwar noch unter das, was wir damals gefordert haben. Sie gehen auf 202.000 Euro. Ich denke, wir

sollten überlegen, ob wir künftig so miteinander umgehen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Frauenpolitik der Landesregierung ist weitgehend phantasielos und ohne Zukunftsperspektiven. Wirklich neue Konzeptionen sehen anders aus.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Elsner das Wort.

Abg. Frau Elsner, SPD:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Huth-Haage, mir erschien Ihre ganze Rede ein kleines bisschen als ein Widerspruch. Sie sagten am Anfang, wir können, müssen und wollen, aber nichts würde geschehen. Gleichzeitig heben Sie aber auch hervor – das finde ich sehr gut –, was alles gemacht worden ist.

Die Aufstellung des Haushaltsplans 09, Gleichstellung und Frauenförderung, zeigt, dass unseren Bemühungen, die Gleichstellung zwischen Mann und Frau zu verbessern, ebenso wie den Verbesserungen, Beruf und Familie miteinander vereinbaren zu können, Rechnung getragen wird.

(Beifall der SPD und der FDP)

Die für uns wesentlichen Bereiche, wie arbeitsmarktpolitische Programme, die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und die Verbesserung der sozialen Situation von Frauen sind in diesem Haushaltsplan nicht gekürzt worden. Es ist uns ein ganz besonderes Anliegen, dass die arbeitsmarktpolitischen Programme nicht gekürzt werden, da sich eine Vernetzung – das ist schon mehrfach gesagt worden – mit den beiden anderen Punkten ergibt.

Ökonomische Unabhängigkeit verhindert auch Gewalt, da die Frauen eine bessere Möglichkeit haben, sich zu trennen und einen eigenen Haushalt zu gründen. Hierzu gehört selbstverständlich auch die Verbesserung der sozialen Situation von Frauen.

Es ist nicht neu, dass es im wörtlichen Sinn keine reine Frauenpolitik gibt – das haben Frau Huth-Haage und Frau Morsblech bereits angesprochen –, da die Verbesserung der Frauensituation immer der Gesellschaft dient. Da werden Sie mir sicher auch zustimmen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Gerade deshalb bin ich der Frau Ministerin sehr dankbar, dass keine Kürzungen trotz des Sparzwangs in den ganz wesentlichen Bereichen vorgenommen worden sind. Die Gesellschaft hat sich strukturell verändert. Jede zweite bis dritte Ehe wird geschieden. Wir haben immer mehr allein erziehende Frauen und auch allein erziehende Väter, auch wenn sie noch in der Minderheit sind. Hier sind die Politikerinnen und Politiker gefordert, die gesellschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen zu schaffen. Das gelingt uns mit dieser Regierung; denn solche Programme müssen langfristig angelegt sein. Da kann man nicht immer auf Umfrageergebnisse einer Tagesumfrage schielen. Das sind ganz langfristig angelegte Programme. Das gilt für den Bildungsbereich ebenso wie für das Thema "Gewalt" usw.

Frau Thomas, es geht nicht darum, dieses Geld immer wieder neu aufzustocken, so wie Sie das in Ihren Anträgen fordern, sondern es geht darum, die Förderung der Gewaltprävention voranzutreiben.

Ich möchte nur daran erinnern, dass wir im Jahr 2002 den Ansatz für Notrufe und Frauenhäuser um 205.000 Euro erhöht haben. Wir müssen jetzt aber auch die Realität sehen. Bei dem Haushalt sind die Mittel einfach zu knapp, um erneut eine Erhöhung vornehmen zu können. Wir alle sind der Meinung, dass das nicht ausreicht, aber man muss einfach sehen, dass da ganz viele andere Bereiche hinzukommen, die darauf mit einwirken. Das sehe ich bei der Präventionsarbeit zum Beispiel im Kindergarten, in den Schulen und in Männergruppen, die mit Gewalttätern arbeiten. Insbesondere dieser Bereich ist nicht vom Frauenministerium zu leisten. Deshalb freue ich mich auch sehr, dass Herr Minister Zuber Gelder bereitgestellt hat, um den Gordischen Knoten der Gewalt auch einmal von einer anderen Seite zu durchschlagen. Das gilt ebenso für den Zeugenschutz.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich möchte auch – auch wenn das vielleicht nicht ganz so üblich ist – meinen Kolleginnen und Kollegen vom Innenausschuss einmal ganz herzlich danken, dass sie uns das ermöglicht haben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Es sind sehr viele Maßnahmen erforderlich, die ineinander greifen müssen, um eine wirksame Veränderung herbeizuführen. Meine Damen und Herren, ich sage das noch einmal: Das, was in so genannte Frauenmaßnahmen investiert wird, kommt der gesamten Gesellschaft zugute. Das ist für mich ein ganz wesentlicher Punkt. Hier sind nun einmal die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen mit dem Berufsrückkehrerinnenprojekt, Trainings- und Integrationsmaßnahmen für allein erziehende Sozialhilfeempfängerinnen, Mädchenförderung bei der Berufswahl und im Hinblick auf den demographischen Faktor das Ada-Lovelace-Projekt zu nennen, wobei insbesondere die naturwissenschaftlichen und technischen Berufe für Frauen attraktiv vermittelt werden. Diese Bereiche sind maßgeblich an einer gesellschaftlichen Veränderung beteiligt. Das ist ein sehr breites Spektrum, das von Frau Ministerin Doris Ahnen mit Nachdruck langfristig und perspektivisch verfolgt wird. Anders geht das auch nicht.

Meine Damen und Herren, ein ganz wichtiger Faktor ist die Chancengleichheit in der Gesellschaft und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Da gibt es sicherlich noch viel zu tun. Die Landesregierung und meine Fraktion legen aber nicht einfach die Hände in den Schoß, sondern wollen durch die Verbesserungen Schritt für Schritt Veränderungen herbeiführen.

Dies ist aber ein Thema, bei dem nicht nur die Politikerinnen und Politiker gefragt sind. Wenn es zum Beispiel um flexible Arbeitszeiten für Frauen und Männer geht, muss auch die Wirtschaft entsprechende Möglichkeiten ergreifen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir können allerdings Gespräche mit dem privatwirtschaftlichen Bereich führen. Hier kommt es darauf an, den Unternehmen die demographische Entwicklung deutlich zu machen bzw. die Möglichkeiten von Arbeitszeitmodellen zu untersuchen. Das ist wieder eine politische Aufgabe. Hierzu gibt es dankenswerterweise schon gute Vorsätze und Ansätze der Frau Ministerin.

Beispiele gibt es auch aus großen Unternehmen, die das sicherlich unterstützen können. Diese großen Unternehmen stellen sich auch darauf ein, dass es in acht bis zehn Jahren einen großen Arbeitskräftemangel auf den mittleren und oberen Etagen der Unternehmen geben wird. Auf das Potenzial der bestausgebildeten Frauengeneration wird dann nicht mehr verzichtet werden können. Hierfür muss die Infrastruktur geschaffen werden – ich habe das vorhin schon gesagt –, die allerdings zum Teil von der Wirtschaft geschaffen werden muss.

Die Haushaltsberatungen machen deutlich: Wir schaffen sehr wichtige Rahmenbedingungen, wie bei den Kindertagesstätten oder durch das Ganztagsschulprogramm, die den Familien, insbesondere den Frauen, und der Gesellschaft und damit auch der Wirtschaft zugute kommen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir befinden uns auf einem vorausschauenden perspektivischen Weg. Das ist das Wesentliche der Politik dieser Landesregierung.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, die Lebenswirklichkeit von Frauen müsste – ich gebe Ihnen Recht, dass das eigentlich immer die gesamte Gesellschaft betrifft, aber ich sage das einmal andersherum – sich eigentlich auf alle der hier beratenen Einzelpläne, Haushalts- und Politikansätze beziehen. Ich weiß nicht, wie es Ihnen ergangen

ist. Als Haushälterin meiner Fraktion habe ich das Vergnügen gehabt, alle Fachausschüsse besuchen zu können.

(Mertes, SPD: Die Freude war Ihnen anzumerken!)

Ich habe an der Beratung aller Einzelpläne mitgewirkt. Ich habe aber weder den Niederschlag in allen Einzelplänen gefunden noch festgestellt, dass das Thema in den Fachausschüssen war. So viel vielleicht zu dem, was Frau Morsblech vorhin gesagt hat, nämlich für uns ist Frauenpolitik Querschnittspolitik und wir stellen diese Frage überall. Ich habe sie nicht gehört, weder von hnen, Frau Morsblech, noch von anderen. So viel zu dem gern vor sich hergetragenen Gender-Mainstreaming-Ansatz der Landesregierung bzw. auch der Regierungsfraktionen. Davon war leider nichts zu merken.

Es ist Ihnen nicht gelungen, diesen Ansatz im Querschnitt zu denken und ihn im Innenressort entsprechend zu verankern. Schön, dass es jetzt das Täterprogramm gibt, aber das ist nicht der Abschluss und das Ende von frauenpolitischen Perspektiven im Innenbereich.

Ich könnte Ihnen andere Beispiele nennen. Es war kein Thema.

Ich frage mich, was wir mit einem Bericht von Gender Mainstreaming und einem Kabinettsbeschluss machen, der sagt, das ist die Leitlinie der Landesregierung, wenn es sich fast nirgendwo niederschlägt. Natürlich gibt es einen engen Zusammenhang zwischen dem Ausbau von Kindertagesbetreuungsangeboten auch der Ganztagsschule mit der Lebenswirklichkeit von Frauen und auch von Männern, die erziehen müssen. Ich sage das immer dazu. Das ist nicht wenig, aber in Teilbereichen aufgeblättert. Vielleicht schauen Sie sich einmal mit einem solchen Blick den Innenhaushalt an und fragen sich, wo die Berücksichtigung der Lebenswelt von Frauen fehlt.

Ich nenne Ihnen einmal zwei Beispiele – wir haben einen Antrag zu Gender Mainstreaming gestellt – im Haushaltsaufstellungsverfahren, bei den Haushaltsberatungen und dem Haushaltsbeschluss. Wenn wir unter einem solchen Aspekt einmal die Felder Wirtschaftsförderung und Existenzgründung betrachten, fällt auf, dass die Männer als Leistungsbezieher vorn und die Frauen hinten sind. Bei der Nutzung von Volkshochschulangeboten und nichtbetrieblichen Weiterbildungsangeboten sind die Männer ganz hinten. Hier sind die Frauen die Hauptnutzerinnen.

Ich würde nicht sagen, dass die Frauen zu dumm sind, ein Unternehmen zu gründen. Ich würde auch nicht sagen, dass die Männer so klug sind, dass ihnen kein Volkshochschulkurs zunutze käme: Wenn man solche großen Differenzen sieht, muss man sich in beiden Bereichen fragen: Wie muss man diese Angebote und das, was vorhanden ist, umstricken, um beide Geschlechter – ich rede nicht nur für die Frauen – erreichen zu können?

(Glocke der Präsidentin)

Das ist Gender Mainstreaming in den verschiedenen Bereichen. Das hört nicht mit der Aufteilung von Mitteln

und schon gar nicht mit dem Frauenhaushalt auf, über den wir beraten und zu dem ich einiges gesagt habe. Dazu gehören der Blick, die Sensibilität, der Wunsch, es zu verändern, und die konkrete Maßnahme, um das auch in die Beratungen einfließen zu lassen. Dafür werbe ich an diesem Ort, in allen Haushaltsberatungen und vor allen Dingen in den Fachausschüssen.

Meine Damen und Herren, ich tue das.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Zu einer Kurzintervention erteile ich der Frau Abgeordneten Elsner das Wort.

Abg. Frau Elsner, SPD:

Frau Thomas, ich bin in meiner Rede nicht auf den Gender-Antrag eingegangen, weil ich ein kleines bisschen Angst wegen meiner Redezeit hatte. Soweit ich weiß, haben Sie gestern einen Entschließungsantrag zu Gender Mainstreaming nachgeschoben. Er kam sehr knapp an. Wir alle haben nun schon sehr lange darüber geredet. Fest steht, dass das ein sehr umfangreiches und kompliziertes Verfahren ist. Es kann nicht einfach ein Antrag beschlossen werden. Hierzu müssen Konzepte erarbeitet werden.

Berlin zum Beispiel will Gender endgültig in 2006 bzw. 2007 umgesetzt haben. Dort befindet man sich in den Vorbereitungen, entsprechend ernsthafte Konzepte zu erarbeiten, wie das umgesetzt werden kann. Mit so kurzfristigen Anträgen, wie sie vorliegen, werden wir dem Thema nicht gerecht.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Zur Entgegnung hat Frau Abgeordnete Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Liebe Kollegin, vielleicht schauen Sie einmal auf die Drucksachennummern. Dann werden Sie sehen, dass dieser Antrag vor jedem Entschließungsantrag der SPD auf dem Tisch lag und auch gedruckt wurde. Schauen Sie doch einmal hinein, welche Forderungen darin aufgeführt sind! Darin steht doch nicht, den Landeshaushalt von oben nach unten durchzugendern. Natürlich geht das nicht in einem Zug.

Wenn man das vonseiten der Regierungsfraktionen ankündigt und zu einem Berichtsthema der Landesregierung macht, muss das doch auch in den einzelnen Bereichen einen Niederschlag finden. Der Niederschlag fängt doch in den Köpfen an. Ich habe gesagt, dass das bei keiner der Haushaltsberatungen, in keinem der

Fachausschüsse und bei keiner Betrachtung ein Thema war

Natürlich brauchen wir als Parlament einen solchen Antrag, weil wir damit auch die Landesregierung auffordern – ich sage es sehr bescheiden formuliert –, Rechenschaft über Ihre Zusagen abzulegen, in ausgewählten Bereichen und in jedem Ressort in den kommenden Haushaltsaufstellungen Haushaltsanalysen unter dem Geschlechterblick vorzunehmen und Gender-Budgeting anzuwenden. Das wird man gar nicht über den ganzen Bereich transportieren können.

Der Weiterbildungsbereich wäre etwas, weil sich die Weiterbildungsträger derzeit mit dieser Frage intensiv beschäftigen. Auch der ganze Bereich Wirtschaftsförderung und Existenzgründung wäre geeignet. Ich wäre schon froh, wenn wir aus dem entsprechenden Ressort überhaupt einmal Informationen bekämen, wie die Mittelverteilung zwischen Männern und Frauen ist. Hier fängt es mit der Überlegung und der Frage an, ob das ankommt oder ob wir nach wie vor alles unter dem Zuschnitt auf Männerleben und männerspezifische Biographien machen.

Diese drei Forderungen sind doch im Prinzip nur eine konkrete Einforderung mit einer Fristsetzung dessen, auf das sich die Landesregierung verpflichtet und festgelegt hat. Es ist die Erinnerung für das Parlament, diese Perspektive und diesen Paradigmenwechsel in der Politik nicht außer Acht zu lassen. Wenn man die Gender-Perspektive mittlerweile bei jedem Gesetzentwurf von der Landesregierung darlegen will, muss man doch in diesem Hauptgesetz – der Landeshaushalt ist ein Landeshaushaltsgesetz plus alle Pläne – als Erstes daran gehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile Frau Ministerin Ahnen das Wort.

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Frauenhaushalt nimmt sich vom Volumen her relativ bescheiden, klein und überschaubar aus. Ich habe auch schon in den Haushaltsberatungen darauf hingewiesen, dass er wichtig ist, weil er Impulse setzen kann, die dann auch in andere Bereiche hineinwirken.

Wenn man sich den Haushalt ansieht, fordert er gerade vom Volumen her eine bestimmte Strategie heraus, nämlich einerseits Schwerpunkte zu setzen und zum anderen bewusst die Zusammenarbeit mit anderen Ressorts zu suchen. Ich glaube, das gilt für die zentralen Schwerpunkte in diesem Haushalt. Das ist einerseits die Arbeitsmarktpolitik, das arbeitsmarktpolitsche Programm, und andererseits der Bereich der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

Im arbeitsmarktpolitischen Programm ist es so, dass wir einzelne Maßnahmen für die Frauen anbieten können, die in einer besonderen Lebenssituation sind. Das große arbeitsmarktpolitische Programm läuft bei der Kollegin Dreyer. Das Schöne ist, dass beides 100 % miteinander abgestimmt ist und wir im Frauenhaushalt über einen relativ bescheidenen Beitrag insgesamt eine Gender-Perspektive in die Arbeitsmarktpolitik des Landes bekommen.

Das zweite Beispiel betrifft den Bereich der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, der aus meiner Sicht ein wichtiger Schwerpunkt auch in diesem Haushalt ist und bleiben muss. Ich nenne insbesondere die Fortsetzung des gemeinsam vom Landtag getragenen Interventionsprojekts und der sich daran anschließenden Umsetzung in Form von runden Tischen, aber auch der schrittweise Aufbau von Interventionsstellen.

Frau Thomas, Sie fordern in einem Antrag den flächendeckenden Ausbau von Interventionsstellen. Wir haben zwei auf den Weg gebracht. Wir wollen in diesem Jahr zwei weitere auf den Weg bringen. Wir wollen die Arbeit auch begleiten lassen. Das ist im Haushalt abgesichert. Unser Ansatz war nie, einen flächendeckenden Ausbau von Interventionsstellen haben zu wollen. Die Interventionsstellen sind eine ergänzende Maßnahme zu den bestehenden Förderstrukturen, die wir im Bereich der Initiativen und Projekte gegen Gewalt gegen Frauen haben

Auch in diesem Bereich ist es erfreulicherweise gelungen, dass ein weiteres Ressort mit in die Verantwortung gegangen ist. Sie mögen sagen, dass es sich hierbei um ein kleines Teilprojekt handelt. Es hat aber in diesem Land eine Vorgeschichte. Es ist in diesem Haushalt ein riesiger Fortschritt, dass das Innenministerium die Verantwortung für den Bereich der Täterarbeit übernommen hat. Ich bin ausgesprochen dankbar dafür, dass das gelungen ist.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Neben der Arbeitsmarktpolitik und dem Bereich von Gewalt gegen Frauen ist der dritte große Bereich, der sich nur indirekt im Haushalt wiederfindet, die Umsetzung von Gender Mainstreaming.

Nun mögen Sie sicherlich den besseren Überblick dadurch haben, dass Sie in allen Ausschüssen waren, wie das diskutiert worden ist. Ich habe Ihnen an zwei Stellen konkrete Beispiele aufgezeigt, dass es seinen Niederschlag im Haushalt gefunden hat. Ich sage nicht, dass wir nicht noch besser werden müssen. Ich warne nur auch ein bisschen davor, wie Frau Abgeordnete Elsner das auch getan hat: Für Gender Budgeting gibt es in der Bundesrepublik Deutschland bisher so gut wie keine Erfahrungen. Dort, wo es kleine Modellprojekte gibt, sind sie mit einem immensen zeitlichen Vorlauf auf den Weg gebracht worden. Man kann sicherlich so etwas an kleinen Stellen ausprobieren, aber den Eindruck zu erwecken, als wäre das ein kurzfristiges Projekt, das flächendeckend im Haushalt umgesetzt werden könnte, das halte ich für relativ unrealistisch. Auch im Bereich des Gender Mainstreaming werden wir weiter mit den Möglichkeiten dieses Haushalts auch mit den anderen

Ressorts zusammenarbeiten. Ich bin froh, dass es gelungen ist, dass wir erste Fortschritte in diesem Bereich haben, auch gerade im Bereich der gesamten Verantwortungsübernahme für den Bereich in der Landesregierung. Dafür bedanke ich mich noch einmal.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Debatte über den Einzelplan 09 – Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend.

Wir beraten jetzt den

Einzelplan 15 – Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur –

Für die CDU-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Kohnle-Gros das Wort.

Die Fraktionen haben sich auf eine Redezeit von 20 Minuten verständigt.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe die letzten Jahre, kann man sagen, das Gefühl gehabt, dass das Westpfälzer Sprichwort das sehr gut zum Ausdruck bringt. Es ist so, als wenn der berühmte Mann oder die berühmte Frau versuchen würden, dem Ochs ins Horn zu petzen. Sie verstehen, was ich damit sagen will, Ich habe über Jahre hinweg versucht, auf die Situation der Hochschulen im Land hinzuweisen anhand von konkreten Beispielen, in allgemeinen Diskussionen, anhand von Vergleichen mit anderen Bundesländern, mit den Zahlen, die die Institute bundesweit herausgeben. Es ist im Grunde genommen bis letzte Woche eine Situation gewesen, dass man gesagt hat: Ich verstehe die Welt nicht mehr, oder bin ich auf einem anderen Planeten. – Jedenfalls aus den Regierungsfraktionen - Herr Minister, ich nehme Sie ein Stück weit heraus gab es immer unisono die gleiche Aussage: Was die da sagen, das stimmt überhaupt nicht. Wir haben gar keine Probleme, unsere Hochschulen sind toll. Die haben die besten Voraussetzungen. Es kommen auch ganz viele Studierende.

Meine Damen und Herren, die Situation hat sich geändert. Wir haben aus den Regierungsfraktionen ein Drei-Millionen-Sonderprogramm. Dass Sie das jetzt auch noch unter Innovation im Haushalt verbuchen, ist ein bisschen mehr als lächerlich, es ist eigentlich ein Skandal, dass Sie das wagen. Das einzig Neue daran ist Ihre Einsicht, dass die Situation so im Land nicht mehr weitergehen kann. Dass Sie es aber jetzt dort verbuchen, ist schon ein Stückchen an der Sache vorbei.

Meine Damen und Herren, dann kam die FDP mit ihrem grandiosen Zehn-Punkte-Programm, das mit 100 Millionen aufgefüttert ist.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist doch kein Programm! Das steht darüber!)

 Doch, es ist ein Zehn-Punkte-Programm. So ist es jedenfalls tituliert.

Ich will an der Stelle nur sagen: Herr Minister, wir werden die FDP an ihr Versprechen erinnern. Ich glaube, Sie können unseren Zuspruch in dieser Frage gebrauchen. Wie die SPD sich verhält, wird die Zeit noch zeigen. Sie ist noch überrascht von dem Vorstoß der FDP. Das muss sie erst noch verdauen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Frage ist, wer Zuspruch braucht!)

Bei uns gibt es viel Sympathie, weil wir darin auch die Bestätigung sehen, dass die FDP zumindest die Notsituation unserer Hochschulen erkannt hat.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es wird hier im Land sehr viel von FDP und SPD argumentiert, dass wir uns ganz anders verhielten, wie das beispielsweise andere CDU/CSU-geführte Bundesländer tun. Wir machen nicht die ganz großen Kürzungen. Ich glaube, es muss noch einmal festgestellt werden, dass die Ausgangssituation in anderen Bundesländern einfach anders ist. Hier in Rheinland-Pfalz ist, wenn man die Grundlastausstattung der Hochschulen betrachtet, inzwischen einfach eine Situation eingetreten – Herr Minister, Sie haben das gesagt, am Rande der Belastbarkeit –, die unerträglich für diejenigen geworden ist, die draußen herumgehen. Da sind Sie, Frau Schleicher-Rothmund und Herr Kuhn, auch dabei. Sie hören das in den unterschiedlichsten Ausgestaltungen immer wieder in den letzten Jahren.

Wenn Sie sagen, Bayern oder Baden-Württemberg kürzten hier, dann müssen Sie dazusagen, dass in anderen Bundesländern von einer anderen Ausgangssituation ausgegangen wird. Baden-Württemberg hat zum Beispiel bereits 4 % des Bruttoinlandsprodukts, die in die Hochschulen und in die Forschungslandschaft investiert werden. Das ist ein Projekt, das von Bundesseite mit 3 %, von der Bundes-SPD, erst einmal angekündigt wird, dass man bundesweit so weit kommen soll. Die CDU-geführten Länder haben das schon lange überschritten. Dann denke ich, ist das auch eine Frage der Ehrlichkeit.

Sie müssen, glaube ich, auch noch einmal die Analyse, die ich bei den Beratungen in den Ausschüssen versucht habe immer wieder darzulegen, noch einmal zur Kenntnis nehmen. Wir sind – ich habe das auch bei anderen Themen schon gesagt – ein strukturschwaches Land, das nicht gerade auf die größte finanzielle Ausstattung zurückgreifen kann. Gestern wurde das ausdrücklich diskutiert. Wir leisten uns aber dabei eine Zahl von Studierenden in diesem Land an allen Hochschulen, die weit über das hinaus geht, was andere Bundesländer mit

vergleichbarer Finanzausstattung sich leisten. Was ist die Konsequenz daraus? Die Konsequenz daraus ist, dass für den einzelnen Studierenden – ich will jetzt gar nicht von den Hochschulen reden – seine Chance, qualifiziert ausgebildet zu werden, natürlich katastrophal ist. Das macht sich bemerkbar in der Ausstattung, die man in den Studienplatz steckt, aber vor allen Dingen für den Studierenden in der Betreuungsrelation, die mit Nordrhein-Westfalen die miserabelste in der ganzen Bundesrepublik ist. Ich denke, das ist ein ganz wesentliches Kriterium. Auch die Frage der Studiendauer und der anderen Chancen ist einfach in diesem Land relativ schlecht.

Lassen Sie mich an die Diskussion anknüpfen, was die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung betrifft. Meine Damen und Herren, wenn wir den zukünftigen Lehrerinnen und Lehrern in diesem Land solche verheerenden Voraussetzungen in Koblenz-Landau, aber auch an den anderen Universitäten bieten, was sollen diese jungen Menschen von ihrer Ausbildung in ihren Schuldienst mitnehmen und dort qualifizierte Lehre bieten? Das ist eine ganz wesentliche Frage, die über die konkreten Maßnahmen hinausgeht.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister, wenn Sie argumentieren – wie bei der letzten Debatte geschehen –, es ist Ihnen im Grunde genommen egal, wie sich die einzelne Situation darstellt, da müssen wir durch – 15 Jahre müssen wir noch durch diese Geschichte, meine Damen und Herren –, wird dieser Zuwachs an Studierenden bundesweit zunehmen, weil die geburtenstarken Jahrgänge kommen und natürlich auch – so wird es jedenfalls propagiert von den interessierten Kreisen –, dass der Anteil derjenigen, die Hochschulabschlüsse erwerben sollen, immer noch ansteigen soll.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir müssen noch einmal darauf hinweisen, dass nicht Äpfel mit Birnen verglichen werden dürfen, wenn wir uns international vergleichen. Nehmen Sie bitte noch eine andere Zahl zur Kenntnis, nämlich dass 81 % eines Jahrgangs in Deutschland einen höheren Schulabschluss oder eine Berufsausbildung abgeschlossen haben. Das ist ein Wert, der weltweit einmalig ist. Ich denke, das ist ein System, das man nicht kaputtreden darf und das man auch zur Kenntnis nehmen muss.

Ich habe an anderer Stelle schon mehrfach darauf hingewiesen, dass sich die miserable Finanzsituation in diesem System nicht nur auf den einzelnen Studierenden auswirkt, sondern auch auf die Qualität unserer Hochschulen, Forschung und dadurch natürlich wieder ausstrahlt auf die Lehre.

Meine Damen und Herren, Sie haben in Ihrem gemeinsamen Antrag geschrieben, wir wären in vielen Rankings Spitze. Ich darf noch einmal darum bitten, dass Sie das noch einmal offenlegen. Ich halte selbst nicht so viel von solchen Geschichten. Ich habe mir gerade einmal die Zahlen der letzten Monaten angeschaut. Ich kann nicht feststellen, dass das Land Rheinland-Pfalz auch nur in einigen Bereichen hervorsticht. Ich will gar nicht die unsägliche Diskussion auf Bundesebene zur Eliteuniver-

sität aufwärmen. Sie wissen ganz genau – Sie sagen es auch –, dass das nicht in unserem Interesse sein kann, dass die Länder für die Masse und der Bund für die Klasse zuständig ist und dann dafür auch noch das Geld im Hochschulbau, das wir gerade in Rheinland-Pfalz in der Zukunft ganz dringend brauchen werden, gekürzt wird

(Beifall bei der CDU)

Diese Schnapsidee der Bundesbildungsministerin, die sie offensichtlich in die Welt gesetzt hat, damit sie auch stattfindet, wenn der Bundeskanzler wieder einen seiner Schnellschüsse ablässt, die können wir uns schenken.

Ich will noch einmal auf die Frage der Studiengebühren, die eine wichtige Rolle spielen, hinweisen und Ihnen nur noch einmal mitgeben, dass Sie sich das genau anschauen.

Der Rückgang bei der Finanzierung der Studentenwerke hat dazu geführt, dass der einzelne Studierende in Rheinland-Pfalz inzwischen einen Sozialbeitrag bezahlen muss, der bundesweit an der Spitze liegt und sich zusammen mit den Langzeitstudiengebühren, die Sie über das Studienkontenmodell, wenn es irgendwann soweit ist, auf den Weg bringen wollen, tatsächlich zu einer Gebühr ausgewachsen hat, die sich gewaschen hat und dem Einzelnen in der Tat weh tut.

Meine Damen und Herren, abschließend denke ich, sollten wir gemeinsam dieses Feld der Landespolitik im Auge behalten und den Aspekt der Qualität in der Ausbildung in den Vordergrund stellen vor quantitativen Maßnahmen und Zahlen, die nichts über die Qualität der Ausbildung und der Zukunftschance unserer jungen Menschen in Rheinland-Pfalz aussagen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Es spricht Frau Abgeordnete Schleicher-Rothmund.

Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Kohnle-Gros, gestatten Sie mir zunächst einmal ein paar allgemeine Bemerkungen zur Situation der Hochschulen. Ich denke, die Hochschulen und die Hochschulpolitik sind in der gestrigen Debatte mehrfach angesprochen worden, ebenso auch der Hochschulhaushalt.

Das begründet sich sicherlich zum einen darin, dass die Bildung ein Schwerpunkt der rheinland-pfälzischen Landesregierung ist und auch weiterhin sein wird, aber es wird sich auch darin begründen, dass eine breit angelegte öffentliche Debatte über die Zukunft der Hochschulen begonnen hat.

Frau Kohnle-Gros, ich muss sagen, diesbezüglich sind wir nah beieinander. Die Diskussion um Eliteuniversitäten habe ich auch nicht begrüßt, aber ich begrüße es, dass wir jetzt eine Debatte über den Stellenwert der Hochschulbildung führen und was der Einzelne bereit ist, dafür zu zahlen und was es für ihn persönlich an einem volkswirtschaftlichen oder gesamtwirtschaftlichen Nutzen bedeuten kann.

Grundsätzlich gilt es festzuhalten, dass eine Förderung von Spitzenleistung wichtig ist und wir eine Förderung von Spitzenleistung haben. Eine solche Spitzenleistung muss aber aus der breiten Förderung entstehen. Eine partielle Wahrnehmung eines angelsächsischen Systems ist auf Deutschland nicht übertragbar.

Ich warne davor, dass wir in dieser Diskussion den Blick für die Stärken unseres Hochschulsystems verlieren; denn auch unser Hochschulsystem ist hervorragend und bringt internationale Spitzenleistungen zustande. Ich erinnere nur noch einmal an Sonderforschungsbereiche, auch in Rheinland-Pfalz, Sonderforschungsbereiche an der Universität Mainz – Chemie und Medizin. Ich glaube nicht, das irgendjemand daran zweifelt, dass diese international anerkannt sind.

Wir dürfen auch nicht verkennen, dass gerade eine so exportorientierte Wirtschaft wie die rheinland-pfälzische um den hohen Stellenwert von Innovation weiß. Wir wissen darum, dass dieser hohe Stellenwert der erfolgreichen Zusammenarbeit von rheinland-pfälzischen Hochschulen und der Wirtschaft entwachsen ist.

Es gilt also, die vorhandenen wissenschaftlichen Stärken und Kompetenzfelder auszubauen und die Hochschulund Wissenschaftskapazitäten im Land weiter zu vernetzen. Diese Linie wird die Landesregierung auch künftig weiterverfolgen.

Ich begrüße diese Debatte aber auch noch aus einem ganz anderen Grund; denn diese Debatte um die Hochschulpolitik ist die Wegbereiterin für eine konsensfähige Schwerpunktsetzung. Wir brauchen einen Konsens, wenn wir tatsächlich sagen, dass wir den Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendung auf 3 % des Bruttoinlandsprodukts steigern wollen. Wir in Rheinland-Pfalz werden uns dieser Aufgabe stellen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Eines ist gestern in der Debatte auch deutlich geworden. Mit dieser Fragestellung ist unmittelbar auch die Einnahmensituation des Staates verknüpft und damit auch die Diskussion um die verschiedenen Steuerm odelle.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wissen, dass die Hochschulen bundesweit und damit natürlich auch in Rheinland-Pfalz vor der großen Herausforderung stehen, dass auf der einen Seite die Mittel knapp sind und auf der anderen Seite der Berg der Studierenden anwächst. In Rheinland-Pfalz ist das in ganz besonderer Form der Fall; denn wir gehören zu den wenigen Bundesländern, die noch Studierende importieren.

Trotzdem sind wir froh, dass es in Rheinland-Pfalz nicht zu drastischen Kürzungen gekommen ist wie in anderen

Bundesländern, wo sogar Hochschulen geschlossen worden sind.

Ich möchte auf die Punkte eingehen, die Sie angesprochen haben, Frau Kohnle-Gros. Ich finde es nicht gut, wenn die einzelnen Hochschulstandorte konsequent schlechtgeredet werden, zum Beispiel die Universität Koblenz-Landau.

Niemand bestreitet, dass diese Universität vor großen Herausforderungen steht. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass in den Jahren von 2003 bis 2004 die Hochschulausstattung, also die Mittelausstattung, um 20 % zugenommen hat. Das ist exorbitant viel, verglichen mit den anderen Hochschulstandorten in Rheinland-Pfalz.

Wir dürfen auch nicht vergessen, wenn Sie den Blick auf andere Bundesländer werfen, dass es auch die unionsgeführten Bundesländer sind, die eine Diskussion um eine Studiengebühr vehement vorantreiben und eine Studiengebühr bereits für das erste Semester einführen wollen. Ich denke, auch das ist eine Frage der Finanzen für die Hochschulen.

Wir wissen, dass die Hochschulen in Rheinland-Pfalz an der Grenze ihrer Belastbarkeit angekommen sind, und deswegen werden wir den Hochschulen in Rheinland-Pfalz drei Millionen Euro zur Verbesserung der Studiensituation zusätzlich zur Verfügung stellen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich habe es schon von Ihnen gehört, und wir haben es von Frau Thomas schon in den Pressemitteilungen gehört: Drei Millionen, das seien Peanuts, nachdem man den Hochschulen zuvor 30 Millionen weggenommen habe. Jetzt brüste man sich, also wir von SPD und FDP, mit einem Tropfen auf dem heißen Stein.

Ich habe diese Rechnung nie verstanden. Es stimmt nämlich nicht, dass wir den Hochschulen 30 Millionen weggenommen hätten. Das wollen wir einmal klarstellen. Das ist schlichtweg Legendenbildung, Frau Thomas.

Die Haushaltsausgaben der Hochschulen sind in Rheinland-Pfalz von 2002 auf 2003 um ca. 3 Millionen zurückgeführt worden. Setzt man noch die Budgetierungsdividende mit etwa 6 Millionen hinzu, die aber nicht wirklich aussagekräftig ist, dann käme man auf einen Betrag von 9 Millionen, aber nie und nimmer auf die Zahl von 30 Millionen.

Natürlich wissen wir – das sagen wir im Entschließungsantrag, den wir gemeinsam mit der FDP vorgelegt haben, auch ganz deutlich; wir sprechen es an –, dass die Hochschulen an der Belastungsgrenze angekommen sind. Aber diese 30-Millionen-Legende ersparen Sie uns hitte

Durch unsere Initiative können die Hochschulen in 2004 über gut 528,5 Millionen Euro gegenüber knapp 524 Millionen Euro im Vorjahr verfügen. Angesichts der angespannten Lage unseres Haushalts ist damit unsere Priorität für Bildung und Wissenschaft nachdrücklich deutlich gemacht. Die Hochschulen und die Studierenden haben das Signal verstanden. Wir werden weiter

große Anstrengungen unternehmen müssen, um der Zukunft gerecht zu werden.

Frau Thomas, ich fordere Sie auf, machen Sie sich einmal die Mühe, die Möglichkeiten, die sich aus diesem Sofortprogramm für den einzelnen Hochschulstandort ergeben, durchzurechnen. Heute ist ohnehin das Motto "Mathematik für alle".

910.000 Euro bekommt die Universität Mainz aus diesem Sofortprogramm. Sie können sich ausrechnen, wie viele wissenschaftliche Mitarbeiterstellen oder wie viele Tutorien damit für den Hochschulstandort Mainz zur Verfügung stehen. Ich finde, wir sollten es nicht schlechtreden, auch im Interesse der Menschen, die dort arbeiten und sehr gute Leistungen bringen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Der Antrag der CDU liegt bei 5 Millionen, bewegt sich daher in einem ähnlichen finanziellen Rahmen. Die GRÜNEN schlagen einen weitaus größeren Bogen. Da gibt es überhaupt keine Frage.

Ich denke, das ist gestern in der Behandlung des Haushaltsplans 08 gesagt worden, wo diesbezüglich die tatsächlichen Machbarkeiten liegen. Den Vorschlägen der CDU ist mit einer gewissen Deutlichkeit gesagt worden, dass es ein bisschen an der haushaltstechnischen Wahrhaftigkeit fehlt. Wir werden diese Anträge ablehnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, neben der Fragestellung, wie viele Mittel in ein Hochschulsystem gehen, ist die Frage nach der Zukunfts- und Leistungsfähigkeit des Hochschulsystems von großer Bedeutung. Das ist in der Vergangenheit auch heftig diskutiert worden

Der durch PISA bekannt gewordene Bildungsexperte Andreas Schleicher hat sich neulich dahin gehend geäußert und gesagt: "Glaubt bitte nicht, dass Ihr nur mit mehr Geld den Herausforderungen unseres Bildungssystems gerecht werdet.

(Frau Schäfer, CDU: Sondern?)

Ihr werdet auch die teilweise verkrusteten Strukturen aufbrechen müssen."

Da haben wir in Rheinland-Pfalz durch den Wissenschaftsminister die richtigen Weichenstellungen gestellt.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Nicht schon wieder!)

 Nein, wir haben die Systeme, die sich dann tatsächlich von einer veralteten Struktur gelöst haben.

Wir haben autonomieorientierte Modelle wie das Personalbemessungskonzept, das Mittelbemessungsmodell sowie auch die Globalhaushalte, und wir brauchen für unsere Hochschulen mehr Autonomie und Wettbewerb. Sie beobachten auch die bundesdeutsche Szene. Wenn Sie einmal genau hinschauen, gibt es auch andere Bundesländer, die sich in diese Richtung bewegen. Wichtig ist meiner Ansicht nach auch, dass mit diesen leistungs- und belastungsorientierten Modellen ein effizienter Einsatz von Haushaltsmitteln gewährleistet wird. Es stellt sich nicht immer nur die absolute Frage, wie viel Geld man in die Hand nimmt, sondern es stellt sich auch die Frage, wie viel Nutzen man mit dem Geld schafft, das in die Hand genommen wird. Diese Fragestellung ist in Zeiten knapper Kassen ein ganz besonderes Muss.

Ein weiterer wichtiger Baustein für unsere Hochschullandschaft ist ihre Konkurrenzfähigkeit und die Umsetzung des Bologna-Prozesses. Auch in diesen Bereichen sind wir schon viele wichtige Schritte gegangen, was die Einführung von Bachelor- und Masterabschlüssen anbelangt und die Internationalisierung unserer Hochschulen wesentlich vorantreibt.

Meine Damen und Herren, wir haben in Rheinland-Pfalz eine gut ausgebaute Hochschullandschaft sowie ein vielfältiges Angebot für unsere Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen mit interessanten Fachbereichen, die teilweise sehr zukunftsorientiert sind. Wir werden uns auch weiterhin für dieses Angebot einsetzen, und wir haben gute Voraussetzungen, uns auch für eine stärkere Förderung einzusetzen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Es stimmt mich hoffnungsfroh; denn ich habe den Eindruck, dass Haushaltsberatungen doch noch Veränderungen bewirken können.

Ich erinnere mich noch an die Diskussion im Oktober, als die Vertreter beider Regierungsfraktionen in diesem Hause völlig bestritten haben, dass es einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf gibt. Sie haben die Qualität der Hochschulen betont, die keiner infrage gestellt hat, und haben gesagt, man brauche an diesem Haushalt nichts zu ändern.

(Kuhn, FDP: Nein, das stimmt so nicht!)

 Doch, lieber Werner Kuhn! Vielleicht schauen Sie sich noch einmal an, was Sie selbst bzw. Ihre Kollegin gesagt haben

Es gab einen – deswegen möchte ich ihn ein bisschen in Schutz nehmen –,

(Kuhn, FDP: Wen?)

Herrn Professor Dr. Zöllner, der als Minister den Mut hatte und gesagt hat, natürlich sind die Hochschulen am Rande ihrer Leistungskapazität und ihrer Möglichkeiten angelangt. Man muss also nicht dem Ochs ins Horn petzen, sondern ich glaube, man muss des Öfteren den Stier bei den Hörnern packen und ihn in die richtige Richtung drücken.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Gölter, CDU)

Dennoch hat die Diskussion, die nun gestartet wurde und die wir mit der ständigen Thematisierung im Parlament bewirkt haben - dies durchaus auch einmal in Verstärkung, Frau Kohnle-Gros –, dazu geführt, dass die Regierungsfraktionen und die Regierung nicht daran vorbeigehen konnten. Frau Schleicher-Rothmund, 3 Millionen Euro aus der Sicht der Hochschulen natürlich nicht zurückzuweisen. Die Hochschulen wären - ich hätte fast gesagt - bescheuert, wenn sie das Geld zurückweisen würden. Aber ich möchte es einmal in eine Relation stellen: Dies ist auch genau der Betrag, den Sie allein einer Hochschule als globale Minderausgabe auferlegen. Ich glaube, deswegen sind wir mit 15 Millionen Euro sehr viel näher an der Bedarfslage. Es wurde nicht nachgewiesen, dass es aus dem Haushalt, aus dem wir es vorschlagen, nicht zu finanzieren wäre, sondern Sie sagten, Sie wollten das in diesem Umfang nicht. Auch dies bitte ich zu berücksichtigen.

Die rotgrüne Initiative auf Bundesebene, ein Innovationsjahr 2004 auszurufen, hat die SPD mit diesem Fehlkracher der Eliteuniversität eingeleitet. Ich möchte in diese Diskussion nicht einsteigen und auch nicht mehr dazu argumentieren, weil ich glaube, in diesem Thema sind wir gar nicht so weit auseinander, wobei ich die genaue Position der FDP dazu nicht weiß.

(Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

Aber man hat zumindest den Fokus auf einen anderen Bereich, den Hochschul- und Forschungsbereich, in der gesamten öffentlichen Diskussion verschoben, und es kommt Bewegung auf.

Ich stimme Ihnen zu, wenn Sie sagen, man kommt nicht weiter, wenn man nur über das Geld redet. Ich habe gestern schon gesagt, man muss das Beamtenrecht an den Hochschulen entsorgen, und man muss Voraussetzungen für den Wettbewerb und für mehr Eigenverantwortung schaffen. In diese Richtung ist einiges über das Hochschulgesetz geschehen. Ein begehrter Bereich, nämlich das Flächenmanagement, bekommt diese Landesregierung immer noch nicht hin, obwohl sie es seit Jahren ankündigt. Man muss auch Voraussetzungen für Leistungskontrolle schaffen. Das sind die strukturellen Voraussetzungen.

Aber man wird mit all diesen Maßnahmen über eine bestimmte Kostensenkung nicht hinauskommen. Man wird damit nicht das formulierte Ziel erreichen können, einen höheren Anteil von Akademikerinnen und Akademikern oder –sagen wir einmal – an Absolventen mit einem akademischen Abschluss zu erzielen. Man wird es auch nicht schaffen, im Forschungs- und Hochschulbereich an internationale Spitzenpositionen zu gelangen. Dazu muss man über Geld reden.

Ich möchte dies ein wenig redlicher tun als die FDP, die 50 Millionen Euro veranschlagt. Schauen Sie doch ein-

mal in den Finanzplan, den Sie gerade mit dem Haushalt vorgelegt haben. Solche Steigerungsraten haben Sie für das nächste Jahr gar nicht eingeplant, und dies nicht nur im Einzelplan 15, sondern auch insgesamt. Schauen Sie sich das noch einmal an.

(Creutzmann, FDP: Warten Sie doch einmal ab! – Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

Man muss überlegen, wie man zusätzliche Einnahmen generieren kann. Dazu gibt es einige Diskussionen und Vorschläge, zu denen ich Stellung nehmen möchte.

Der Chef der Bundesbank, Herr Welteke, sieht eine Möglichkeit darin, mehr Gold der Reserven zu verkaufen, die für bisher benötigte Zwecke nicht mehr gebraucht werden, dieses Geld in eine Stiftung einzustellen und aus diesen Stiftungserträgen – in Rede steht ein Betrag von 5 Milliarden, die man daraus erlösen könnte – zusätzliche Mittel in diesen Bereich fließen zu lassen. Ich finde, dies ist ein sehr guter Vorschlag, und ich freue mich – –

(Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

 Ja, ja, die FDP hat es begrüßt, aber lange, nachdem es überhaupt in der Diskussion war. Rotgrün hat es begrüßt.

(Creutzmann, FDP: Ja, ihr macht immer alles!)

Vor allen Dingen bitte ich um Aktion. Wenn Sie es begrüßen, ist es schön, Herr Creutzmann. Aber dann sollten wir gemeinsam daran arbeiten, dass Voraussetzungen geschaffen werden, damit solche Mittel verwendet werden können. Wenn solche Mittel zusätzlich erschlossen werden, sollten wir vor allen Dingen darauf achten, dass die Finanzminister der Länder sich nicht durch die Hintertür aus der eigenen Verpflichtung für die Länder stehlen. Wir brauchen keinen Mittelaustausch, sondern wir brauchen zusätzliche Mittel.

Die Landesregierung muss aber auch in einem zweiten Punkt aktiv werden, da diese Diskussionen auch in der Öffentlichkeit anstehen. Auf Bundesebene ist anvisiert, eine Reform der Erbschaftsteuer durchzuführen. Ich glaube, es wäre sinnvoll, einen Teil dieser zusätzlichen Erlöse an die Verwendung in Hochschulen und Forschung zu binden. Das Gleiche kann ich mir für eine Neufassung einer Vermögensteuer vorstellen, die verfassungsfest ist. Daran müssen die Länder mitarbeiten, da sie diejenigen sind, die die Erträge aus der Vermögensteuer bekommen. Ich spreche mich dafür aus, auch solche Mittel dafür zu verwenden.

Ich sage Ihnen nur eines: Allein über Kostensenkung und strukturelle Maßnahmen kommen wir nicht an das Ziel. Das hat Herr Professor Dr. Zöllner im Schulbereich in Rheinland-Pfalz lange probiert mit den Ergebnissen, die wir aus der PISA-Studie und anderen Untersuchungen kennen. Daher müssen wir nun nacharbeiten. Wir müssen vielmehr schauen, woher wir zusätzliche Mittel bekommen. Ich sage Ihnen, Goldreserven, Erbschaftsteuer und Vermögensteuer wären gute Voraus-

setzungen dazu, und wir könnten diesen Bereich unterstützend nach vorn bringen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, so viel zum Geld. Das sind ziemlich konkrete Vorschläge, Herr Kuhn. Da müssen Sie erst einmal herankommen.

Ich komme nun zu dem, was wir im Land tun müssen. Alle meine Gespräche an den Hochschulen haben ergeben, dass es nicht nur darum geht, Sofort- und Sonderprogramme aufzulegen, sondern für die Hochschulen des Landes eine verlässliche und überschaubare Finanzierungssicherheit darzustellen. Deswegen haben wir den Vorschlag eingebracht, zwischen Land und Hochschulen ein Bildungsbündnis zu gründen. Ich habe es mit Absicht nicht Bildungspakt genannt. So heißt es in den umliegenden Ländern. Dort wird nur vereinbart, in welchem Umfang man spart. Wir dagegen wollen ein Bildungsbündnis einführen, um eine Finanzierung sicherzustellen, und nicht, um die Finanzen für die Hochschulen weiter zurückzuführen, und damit ein ganzes Stück voranzukommen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit müssen ganz bestimmte Anforderungen und Zielvereinbarungen mit den Hochschulen verbunden werden, was die eigenen Bemühungen um Veränderungen anbelangt, was die Einführung neuer Studiengänge und die Kooperation zwischen den Hochschulen anbelangt. Ich finde, es ist ein falscher Ansatz, Kooperationen oder Strukturen nur unter dem Sparaspekt bereinigen zu wollen, sondern man muss es als Chance für die Hochschulen sehen

Mit den beiden Abschlüssen, die die internationale Vergleichbarkeit der Hochschulabschlüsse sichern sollen, also Bachelor und Master, haben wir natürlich auch ganz andere Voraussetzungen für Kooperationen zwischen den beiden Hochschularten, den Fachhochschulen und den Universitäten, geschaffen. An den Standorten, wo wir Universitäten und Fachhochschulen haben, kann ich mir sehr wohl einen Synergieeffekt, aber natürlich auch Profilgewinn für beide Hochschulen vorstellen, wenn die Fachhochschule in Mainz mit der Universität an der gemeinsamen Erstellung von Studiengängen zusammenarbeitet, dies bis hin zu Promotionsmöglichkeiten. Das kann ich mir für Kaiserslautern dort, wo es Überschneidungsmöglichkeiten gibt, vorstellen, aber natürlich auch für Trier, wenn ich natürlich für Trier auch weiß, dass dort die thematischen Zusammenhänge zwischen Fachhochschule und der Universität nicht die größten sind.

Ich glaube, über diese Ansätze könnten wir auch innerhalb des Landes fernab von Strukturbereinigung und Überprüfungen weiterkommen.

Ich möchte mich an der Stelle noch einmal ausdrücklich von dem Weg distanzieren, den Frau Kohnle-Gros in dem Zusammenhang vorschlägt. Sie spricht ihn nie aus. Ich glaube nicht, dass wir weiterkommen, Frau Kohnle-Gros, wenn wir sagen: Es funktioniert nur die Gleichung, weniger Studenten und mehr Geld gleich bessere Hoch-

schule. Das kann so nicht aufgehen. Dann müssten Sie auch sagen, wo Sie eigentlich Angebote streichen wollen. Oder wollen Sie einfach die Zugänge für die studierwilligen jungen Menschen noch stärker verschließen, als das der Fall ist? Das haben wir im Moment doch schon. Oder wollen Sie Standorte schließen oder was auch immer?

Wir wollen mehr Studierende. Wir haben zum Glück auch mehr studierwillige Jugendliche, die diese Chance auch für sich selbst und für das Land, das Nachbarland oder wo auch immer sie später ihr Know-how einbringen, ergreifen wollen. Wir wollen aber auch das vorhandene Spektrum an Hochschulen im Land erhalten.

Von den Regierungsfraktionen kommt immer die Argumentation, wir haben quasi mehr einwandernde Studierende aus den anderen Bundesländern. Ich würde mir wünschen, dass wir das einmal genauer betrachten würden, wo sie hinwandern. Ist es zum Beispiel ein Effekt, dass sehr viele aus Südhessen, aus dem Frankfurter Raum usw. die Universität Mainz aufgrund der Nähe und aufgrund der Angebote in der Uniklinik aufsuchen, oder ob sich dies über alle Hochschulen in der gleichen Form verteilt, oder ob es auch an anderen Dingen liegt, dass zum Beispiel der Anteil der jungen Menschen, die in Rheinland-Pfalz eine Hochschulreife erwerben, deutlich niedriger als in vielen anderen Bundesländern ist?

Wenn Sie sich das einmal anschauen, kommt zum Schluss Bayern, dann schon Rheinland-Pfalz in der Quote, jedenfalls bei den Zahlen, die ich habe. Wenn man von Nachbarländern mit sehr viel mehr jungen Menschen umgeben ist, die die Hochschulreife haben, dann muss man sich nicht wundern, dass sie einen größeren Anteil haben, dass man also mehr Einwanderer als Auswanderer hat.

Ich finde, man muss dieser Frage nachgehen, wenn man diese Zahl so handhabt, wie Sie das machen.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal in Kürze sagen, ich bin der Auffassung, wir müssen Entscheidungen auf der Bundesebene beeinflussen, damit zusätzliche Mittel entstehen werden. Ich glaube nicht, dass man auf Dauer aus der Einnahmensituation so, wie sie sich momentan für die Länder abzeichnet, dies allein aufbringen wird. Ich möchte in der Hochschulpolitik auch keine zentrale Steuerung vonseiten des Bundes. Ich glaube, dass Frau Bulmahn wirklich mit ihrem Vorschlag schief gewickelt ist und sie auch keine Zustimmung bekommen wird, was den Hochschulbau angeht.

Wir müssen Entscheidungen auf der Bundesebene mit beeinflussen, dies zum einen, damit wir zusätzliche Mittel für den Forschungs- und Hochschulbereich generieren können. Was die Landespolitik angeht, müssen wir vor allem die Hausaufgaben machen, was die strukturellen Veränderungen und die Eigenverantwortung an den Hochschulen angeht, aber auch, was die Mittelausstattung der Hochschulen angeht. Dann käme man ein ganzes Stück weiter.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile Frau Abgeordneter Kohnle-Gros für eine Kurzintervention das Wort.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Thomas, wir sind uns in dieser Frage grundsätzlich nicht einig, was die Anzahl oder das Vorwärtstreiben der Studierendenzahlen anbelangt.

Da Sie das völlig zu Recht noch einmal gesagt haben, möchte ich noch einmal ein ganz konkretes Beispiel nennen, was tatsächlich durch den Aufbau der Hochschulstandorte in Rheinland-Pfalz passiert ist. Ich habe vor wenigen Tagen in eine Rede geschaut, die Minister Schreier aus dem Saarland gehalten hat. Er hat unter anderem die Auslastung der Fachhochschule des Saarlandes angesprochen und gesagt, dass viel mehr Studierende dort studieren könnten, wenn nicht so viele die neuen Standorte in Rheinland-Pfalz nutzen würden.

Jetzt können Sie sagen, dass es an dem tollen Angebot liegt, was wirklich toll ist, da es auch neu ist.

(Creutzmann, FDP: Wir sind eben besser!)

Es ist auch gut. Ich möchte aber doch die Frage form ulieren: Muss es denn sein, dass wir als Rheinland-Pfälzer diese Aufgabe schultern, obwohl wir schon genug Probleme in dem Bereich haben, auch zu wenig Geld, um das, was an Struktur da war, tatsächlich zu finanzieren und anderen diese Aufgabe sogar ganz abnehmen oder die Studierenden entziehen? Ich denke, das ist ein Punkt, auf den hingewiesen werden muss.

Es ist natürlich auch Aufgabe der Landesregierung zu überlegen, wenn sie solche Entscheidungen trifft, wie sie das für die Zukunft hin tragfähig gestaltet, also nicht nur für den Moment über Konversionsmittel.

Dasselbe gilt natürlich auch für die Frage von Hochschulpakten. Meine Argumentation in der Vergangenheit war immer die, dass wir solche Zielvereinbarungen oder Pakte, wie immer Sie das bezeichnen wollen, dringend brauchen, und zwar nicht nur, um Geld zu verteilen, wie dies hier stattgefunden hat, und den Mangel zu verwalten, wie wir es immer gemeinsam auch ausgedrückt haben, sondern um Strukturen zu schaffen, die auch zukunftsfähig sind und in Richtung qualitativ hochwertiger Ausbildung gehen.

Schauen Sie sich einmal die Universität in Mannheim an, was diese aus sich in Verbindung mit dem Land Baden-Württemberg gemacht hat, als dieser Solidarpakt vor Jahren schon geschlossen wurde, als hier noch immer nur um Verteilung geredet worden ist. Schauen Sie sich an, was Sie dort angestellt haben. Das ist vorbildlich. Schauen Sie in die Rankings, wie sie dastehen. Das gilt auch für andere Standorte. Wir brauchen jetzt gar nicht über andere Bundesländer zu reden.

Es ist natürlich eine unglaubliche Entscheidung in Niedersachsen, zwei Standorte zu schließen. Aber warum denn? Weil man sich sagt, wenn wir wirklich gute Ausbildung anbieten wollen, dann müssen wir schauen, wie wir das Geld, das wir zur Verfügung haben, sinnvoll einsetzen, um zu einer qualitativ hochwertigen Ausbildung für die jungen Leute zu kommen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben in dem Punkt eine Diskrepanz. Sie wollen es allen geben, wir wollen, dass diejenigen, die sich für diesen Weg entscheiden, auch nachher wirklich etwas Sinnvolles machen. Wir wollen keine Diskussion auf Bundesebene, wie sie jetzt über den Rhein schwappt. Ich sehe mich deswegen in meiner Argumentation im Grunde genommen durch die Entwicklung der letzten Wochen noch einmal ein wenig bestätigt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Meine Damen und Herren, ich begrüße als Gäste im Landtag Mitglieder der städtischen Feuerwehr Ludwigshafen. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich erteile nun Frau Abgeordneter Thomas zur Entgegnung das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann es kurz machen. Frau Kohnle-Gros, ich glaube, Sie vergessen einen entscheidenden Schritt. Zunächst einmal haben Sie offenbart, dass Sie doch eine Form von Elite haben wollen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Damit haben wir noch nie ein Problem gehabt!)

Sie sagen, Sie wollen den Zugang beschränken und wollen das sehr viel enger fassen.

Natürlich haben Sie mit diesen Hochschulstandorten im Land auch Kristallisationskerne für Entwicklungen geschaffen. Entscheidend ist für mich nicht, ob dort ein saarländischer junger Mann oder eine hessische junge Frau studiert. Entscheidend ist für mich, dass sie eine Ausbildung erhalten und die Chance steigt, dass diejenigen, die dort eine Ausbildung bekommen, auch beispielsweise in diesem Land bleiben und ihr Know-how, ihr Wissen, ihre Arbeitskraft und ihr Engagement in diesem Land einbringen können. Das ist für mich auch entscheidend. Aus diesem Grund sage ich, man kommt keinen Schritt weiter, wenn man Standortschließungen oder andere Dinge fordert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Sie machen das nie direkt. Sie sagen, das könnte auch einmal ganz gut sein, beispielsweise in Niedersachsen. Sie machen es, es könnte auch eine Lösung sein. Ich glaube, dann müssen Sie schon einmal hingehen und klipp und klar sagen, wie es aussieht.

Letztendlich muss man in diesem Zusammenhang etwas betrachten. Ich rede da nicht von neuen Standorten von Fachhochschulen in den Konversionsgebieten, sondern ich rede von den Hochschulen, die sehr dicht beieinander liegen oder wo man auch ansonsten Zusammenfassungen machen könnte. Da hat die Landesregierung irgendwie einen Aussetzer.

Ich frage mich immer, warum wir extra Fachhochschulen für die öffentliche Verwaltung brauchen. Warum machen wir nicht einen Schritt hin und sagen, wir fassen diese Angebote mit geeigneten anderen Fachhochschulen oder Hochschulen zusammen? Wir hätten einen zusätzlichen Verwaltungsapparat und zentralen Bereich an diesen öffentlichen Verwaltungsfachhochschulen gespart. Wir könnten es andocken. Wir hätten das, was wir uns eigentlich wünschen, nämlich mehr Möglichkeiten des Austauschs zwischen der öffentlichen Verwaltung zu dem, was in der Wirtschaft oder an anderer Stelle passiert. Das ist ein Austausch, der durchaus beide Seiten befruchten könnte.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kuhn.

Abg. Kuhn, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kohnle-Gros, ich komme zur direkten Erwiderung. Was bei Ihnen in Richtung Zugangsbeschränkung durchschimmert, diese Position, das heißt also, der Gedanke, da kommen Studierende, auch in der Bilanz, an unsere Hochschulen, und das ist aus ökonomischen oder anderen Gründen nicht erwünscht, oder diese Grundeinstellung weisen wir zurück. Dies ist ein falsches Denken.

(Vizepräsidentin Frau Hammer übernimmt den Vorsitz)

Wir sind weltoffen auch unseren Nachbarn gegenüber. Wenn bestimmte Verkrustungen im Hochschulbereich einmal aufgebrochen sein werden – das wird so kommen –, dann werden wir stolz darauf sein, hier im Land Rheinland-Pfalz viele Studierende aus anderen Teilen Deutschlands, aus Europa und anderen Teilen der Welt haben zu können.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Der Wettbewerb der Zukunft ist der Wettbewerb um die besten Bildungsstandorte. Darum geht es heute. Sich

dann zurückzuziehen und zu sagen, dann wollen wir in unserem kleinen Kämmerchen bleiben, ist der völlig falsche Ansatz. Also: Weltoffenheit.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das gilt auch für die Saarländer!)

Wir wollen unseren Bildungsstandort Rheinland-Pfalz weiterentwickeln. Da entscheidet sich die Zukunft im Wettbewerb. Insofern ist diese Zurückhaltung – ich will es einmal vorsichtig sagen –, die Sie an den Tag legen, nicht unsere Politik und nicht unsere Einstellung.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einige Worte sagen, um ein bisschen etwas zurechtzurücken, was gestern und heute gesagt wurde:

1. Rheinland-Pfalz hat eine gesunde Hochschulstruktur. Der Mix zwischen Universitäten und Fachhochschulen – vor allen Dingen auch Fachhochschulen in der Fläche – ist eine positive Struktur, von der auch eine positive Entwicklung in der Zukunft ausgehen kann.

Frau Kohnle-Gros, wir sind auch nicht der Meinung, dass wir Standorte schließen sollten.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Jetzt legt mir doch nichts in den Mund!)

– Das haben Sie doch am Dienstag schon wieder gesagt. Ich verstehe das immer so. Vielleicht geht es den Kollegen anders. Dann stellen Sie das gerade. Eine Schließung von Standorten im Fachhochschulbereich wird es mit uns nicht geben.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Also gut!)

- 2. Rheinland-Pfalz kann sich bundesweit sehen lassen, was die Reform der Hochschulen anbelangt. Die einzelnen Schritte sind bekannt. Sie sind an dieser Stelle auch schon gewürdigt worden. Reformen in Rheinland-Pfalz im Hochschulbereich sind auch Beispiel gebend für ganz Deutschland. Nicht jedes Bundesland ist diese Schritte schon gegangen.
- 3. Frau Fraktionsvorsitzende Thomas, natürlich haben wir nie einen Hehl daraus gemacht das gemeinsam mit dem Wissenschaftsminister –, dass die Finanzierung der Hochschulen an Grenzen stößt und wir die Finanzierungssituation auch für bedenklich halten. Auch dies ist immer wieder gesagt worden. Da sind wir auch nie der Versuchung erlegen, etwas schönzureden.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Hinter verschlossener Tür!)

 Das ist so. Man muss auch die Wahrheit sagen. Dazu sind wir verpflichtet.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn Sie die aktuelle Situation in anderen Bundesländern mit der Situation in Rheinland-Pfalz vergleichen – hier sind einige Beispiele genannt worden: Katastrophensituation, Schließung von Hochschulen, ungeordnete Situation –, hier in Rhein-

land-Pfalz bauen wir auf einer soliden Basis, beständig und zuverlässig, auch was die Finanzierung, und wenn sie noch so knapp ist, anbelangt, auf.

> (Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Waren Sie nicht bei der Anhörung der Hochschulpräsidenten?)

Sie ist auch nie infrage gestellt worden. Hochschulpolitik in diesem Land ist im Grunde erfolgreich. Dazu steht auch die FDP-Fraktion. Das heißt, wenn wir unseren Vorschlag machen, einen neuen Schub in die Hochschule hineinzubringen, dann heißt das – es gibt zwei Komponenten –, die eine Komponente ist, dass man die Finanzierungsdefizite, die wir alle sehen, im Bereich der Investitionen und auch im Bereich des Personals und der Lehre, beseitigen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie denn?

Das ist das eine. Wir müssen aber darüber hinausgehen. Wir nehmen dieses Angebot der Bundesregierung - ich glaube, als erstes Bundesland - wirklich wahr. Wir wollen diesen Bildungspakt. Wir gehen davon aus, dass die Bundesregierung in der Lage ist, im Bereich der Forschung erheblich zuzulegen. Dann liegt es an den Ländern, im Hochschulbereich partnerschaftlich die eigenen Hochschulen in die Lage zu versetzen, den gesamten Bildungsschub, den wir in Deutschland brauchen, mit zu begleiten. Das heißt, wir als Länder sind in der Verpflichtung unserem eigenen Bundesland gegenüber. Der Wettbewerb wird in der Zukunft ein Wettbewerb der Bildungsstandorte sein. Zum anderen werden wir das Angebot des Bundes wahrnehmen können und auch müssen. Ich hoffe, wir sind auch die Ersten in Deutschland.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist aber an Bedingungen geknüpft!)

Dann möchte ich noch einige Sätze zu den Verantwortlichkeiten und Kompetenzen im Bereich der Bildung in Deutschland sagen. Da gibt es Unordnung. Das ist mehrfach hier angesprochen worden. Da muss es jetzt endlich Klarheit geben. Was wir da hören, ist nicht in Ordnung. Fünf Bereiche müssen klar definiert werden:

- 1. Schule ist ausschließlich Ländersache.
- 2. Im Bereich der Forschung soll es bei gemeinschaftlicher Finanzierung bleiben. Das ist begründbar, und das ist sinnvoll. Darauf will ich nicht weiter eingehen. Das ist notwendig.
- 3. Im Bereich des Hochschulbaus ich wundere mich über solche Vorschläge brauchen wir, wenn es um bestimmte Größenordnungen geht, die Gemeinschaftsfinanzierung auch in der Zukunft. Man kann darüber reden, dass man mittelfristig unterhalb eines bestimmten Levels auch zu getrennten Verantwortungen kommen kann. Das ist auch in Ordnung. Aber so, wie es von der Bildungsministerin Bulmahn vorgeschlagen worden ist, kann es nicht gehen.

- 4. Wir sind auch der Meinung, dass der Bereich der Weiterbildung gänzlich dem Bund zugeordnet werden soll. Das hat Sinn. Diesen Bereich wollen wir als Länder nach meiner Einschätzung nicht für uns requirieren.
- 5. Wir sind auch der Überzeugung, dass im Bereich der BAföG-Zahlung eine Entzerrung notwendig ist und der Bund dies übernimmt. Aber klar und Hintergrund einer Reform der Zuständigkeiten muss sein, dass die Finanzströme so ausgeglichen werden, dass keiner der Partner über das Ohr balbiert wird. Das ist auch machbar.

Ich habe in den letzten Wochen und Monaten die Äußerungen unseres Wissenschaftsministers verfolgt. Ich darf sagen, dass seine Position, die ich in Umrissen hier wohl auch wiedergegeben habe, auch unsere Position ist. Das gilt nicht nur für die FDP hier in Rheinland-Pfalz, sondern für die FDP in allen Parlamenten Deutschlands.

Meine Damen und Herren, zur Elite-Universität – da haben Sie gestern nicht zugehört – sage ich gern, wenn Sie das wünschen, noch einige Sätze. Eine staatliche Elite-Univeristät aus der Retorte ist nach unserer Einschätzung Unsinn. Deutschland hat eine sehr gute Tradition der Vielfalt. Die Zeiten, in der deutsche Forschung und Wissenschaft absolute Weltgeltung hatte, war eine Zeit, in der diese Erfolge an sehr vielen Standorten erzielt worden sind. Nicht jede der uns bekannten tollen Universitäten war insgesamt immer eine Spitzenuniversität, sondern da gab es unterschiedliche Schwerpunkte.

Dieses Konzept war erfolgreich. Es kann auch wieder erfolgreich sein. Darauf kann man aufbauen, das heißt, aus der Vielfalt heraus die Stärkung der Hochschulen herauskristallisieren und weiterentwickeln. Das ist mit Sicherheit auch das Erfolgsgeheimnis für die Zukunft.

Meine Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass wir die erfolgreiche Hochschulpolitik dieses Landes weiterentwickeln – warten Sie es ab – und im Land in wenigen Jahren auch in Bereichen, von denen wir bisher nur geträumt haben, Spitzenleistungen haben werden. Unsere Hochschulen werden nach meiner und unserer Einschätzung die ersten sein, die diese Trendwende mit vollziehen. Das ist unser großer Wunsch in Rheinland-Pfalz. Ich habe gestern schon gesagt, dass die Initiative, die vom Bund ausgeht, anerkennenswert ist.

Ich denke, dass dem Wissenschaftsminister für die Reformen, die die Hochschulen in Rheinland-Pfalz wettbewerbsfähig gemacht haben, insgesamt Dank gebührt. Dazu gehört auch das neue Hochschulgesetz. Wir haben eine hervorragende Grundlage für die Weiterentwicklung unserer Hochschulen in diesem Land.

Danke.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Frau Abgeordneter Thomas das Wort zu einer Kurzintervention.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, ich hoffe, man kann auch eine Kurzintervention zu dem machen, was von dem Redner nicht gesagt wurde. Mir fehlten zwei entscheidende Dinge.

Her Kuhn, zum Ersten habe ich vermisst, dass Sie nicht dargelegt haben, wie Sie diesen Schub produzieren wollen. Das hörte sich heute auch schon ganz anders an als gestern bzw. bei Ihrer Pressekonferenz, wo Sie gesagt haben, wir mobilisieren aus dem Haushalt im nächsten Doppelhaushalt jeweils pro Jahr 50 Millionen Euro, aber sie dürfen nicht aus unseren Ressorts kommen. Sie haben gleich gesagt, woraus es nicht entnommen werden darf: Bildung, Innere Sicherheit – da zählen Sie die Justiz dazu – und auch nicht aus dem Mobilitätsbereich.

(Kuhn, FDP: Das ist absoluter Unsinn!)

Dann machen Sie einmal einen Pfiff und sagen, woher Sie es nehmen wollen.

Eben sah es so aus, als würden Sie so ein bisschen die Kurve machen und sagen, da gibt es ein Angebot aus Berlin, vielleicht können wir darauf zurückgreifen.

Sie haben gleich noch einmal die Möglichkeit, das konkreter zu fassen. Ich glaube, man kann sich nicht mit einer solchen Zahl aus dem Fenster hängen und dann, wenn gefragt wird, wo das eigentlich herkommt, dies nicht tatsächlich belegen. Das muss schon konkreter werden

(Zuruf aus dem Hause)

- Noch ein Zweites.

Das andere, was Sie nicht gesagt, aber am Dienstag schön vollmundig an die Presse gegeben haben, war, dass Sie sich von dem entfernen, was Sie vor kurzem gerade mit dem Hochschulgesetz beschlossen hatten, dass Sie nämlich gesagt haben: Wir wollen Studiengebühren.

Ich kann mich erinnern, Sie haben im letzten Jahr in dieser Koalition einen ganz anderen Beschluss gefasst. Ich erwarte dann, dass jetzt von Ihnen die Änderung zum Hochschulgesetz kommt, wenn Sie das verändern wollen.

Ich sage Ihnen nur eines, wer in der jetzigen Diskussion noch einmal die gesamte Debatte über Studiengebühren aufmacht, der läuft einfach in die Irre. Es ist völlig absurd, akademisch und noch nicht einmal politisch ehrlich, über Studiengebühren diskutieren zu wollen und das in die rheinland-pfälzische Weltöffentlichkeit zu streuen, um sich dann irgendwie wieder zurückzulehnen und zu sagen: Ach gut, dass ich es einmal gesagt habe.

Ich sage Ihnen nur eines, betrachten Sie sich einmal die anderen Bundesländer, die das so praktizieren wollen oder die das in anderer Form erheben. Was passiert dort? Die Finanzminister kassieren das, was an Studiengebühren kommt, aus den Hochschulhaushalten heraus, und sie haben nichts anderes als einen Mittel-

austausch. Sie haben keine Qualität und vor allen Dingen keine bessere Bedeutung.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Es ist etwas völlig anderes, ob Sie eine Erbschaftssteuer oder eine verfassungsfeste Vermögensteuer machen und das hierfür nutzen oder ob Sie das Geld bei den Studierenden herausholen. Sie werden nämlich einen zusätzlichen Filter haben, wenn Sie diese Studiengebühren machen

Ich will noch einmal deutlich machen, das ist mit uns so nicht zu machen, aber anscheinend mit der FDP auch nicht, weil sie hat immer nur die Traute, das auf der Pressekonferenz zu sagen und, wenn es hier zur Diskussion wird, nicht konkret zu machen und auch nicht Position zu beziehen

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zu einer weiteren Kurzintervention erteile ich Frau Abgeordneter Kohnle-Gros das Wort.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Frau Präsidentin! Ich wollte nur noch einmal auf einen Begriff eingehen, den Herr Kollege Kuhn in meinem Zusammenhang gesagt hat, nämlich ich wäre für Zulassungsbeschränkungen. Jetzt muss man genau überlegen, was mit dem Begriff gemeint ist.

Ich glaube, Sie sind auch ein Stück weit dafür; denn auch Sie schreiben, Sie wollen die ZVS abschaffen und den Hochschulen und den Studierenden mehr Auswahlrecht zu geben, indem sie die Hochschulen selbst aussuchen können, an denen sie nach ihrem Dafürhalten die besten Bedingungen vorfinden.

Wenn wir schon über Zulassungsbeschränkungen eden: In Rheinland-Pfalz haben wir sie faktisch. Ich glaube, dass kein Bundesland so stark dabei ist, wie das hier der Fall ist. Das liegt wieder an der mangelnden Grundausstattung und an dem fehlenden Geld.

Ich will das nur einmal sagen, wenn Sie mir das mit der Schließung von Hochschulen immer vorhalten. Sie müssen doch einmal kapieren, dass in den anderen Ländern, wo über solche Dinge nachgedacht wird, unter dem Qualitätsaspekt darüber nachgedacht wurde. Das war in Baden-Württemberg beim Solidarpakt so. Man hat geschaut, wer was am besten kann und wo man das dann konzentriert. In Niedersachsen ist auch evaluiert worden, wo Defizite sind und wo man durch stringente Maßnahmen gegensteuern kann.

Ich habe nie gesagt, dass das in der Form geschehen soll. Ich habe nur gesagt, andere sind mutiger und damit auch innovativer und zukunftsfähiger an die Geschichte herangegangen, als dies hier in Rheinland-Pfalz der Fall war.

Der Minister hat mir Recht gegeben, dass er das alles so nicht will. Er hat gesagt, die Hochschulen müssen diese defizitäre Situation aushalten. Sie müssen aushalten, das wir so viele Studenten haben. Sie müssen mit dem wenigen Geld das Beste daraus machen. Was das Beste ist, darüber haben wir diskutiert.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kuhn zur Erwiderung das Wort.

(Billen, CDU: Muss das sein?)

Abg. Kuhn, FDP:

Zunächst zu der spannenden Frage der Studiengebühr: Erstens, wir sind uns in der Koalition absolut einig, dass das System der Studienkonten ein gutes System ist. Es ist ein Anreizsystem. Es ist ein System, das den Anreiz gibt, mit der Ressource im eigenen Interesse angemessen umzugehen, um dann im Interesse des Studierenden selbst und im Interesse der Allgemeinheit geldwertig zusätzliche Leistungen zu haben.

(Beifall bei der FDP)

Es ist ein gutes System. Wir stehen dahinter, weil es in der Tat einen Steuerungsvorteil in sich birgt. Das ist das Erste. Es ist in Ordnung. Das haben wir immer begrüßt.

Zweitens, meine Bemerkungen zu Studiengebühren sind nicht richtig wiedergegeben worden. Was meinen wir?

1. Wir wollen keine allgemeinen Studiengebühren, die lediglich dazu dienen, letztlich dem Finanzminister zur Verfügung gestellt zu werden, also indirekt eine Reduzierung der staatlichen Mittel, die in die Hochschulen fließen sollen. Das wollen wir nicht.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aha!)

Dieses pauschale Abkassieren ist fatal. Aus diesem Grund sind wir für eine Erhöhung der Mittel, damit dieser Verdacht in Rheinland-Pfalz gar nicht aufkommen kann.

(Zuruf aus dem Hause)

- Lassen Sie mich bitte einmal aussprechen.

Wenn Strukturen im Hochschulbereich aufgebrochen werden, wie wir es mit dem Wettbewerb kommen sehen, wenn die ZVS hoffentlich irgendwann einmal weg ist, dann kann man sich vorstellen – das sagen viele Bildungsexperten in Deutschland –, dass für klar definierte Bereiche, in denen hohe Qualität zusätzlich angeboten wird, und nur für diesen Zweck, der Studierende eine finanzielle Leistung erbringt.

Das heißt, er bekommt etwas ganz Besonderes dazu. Stellen Sie sich vor, eine Hochschule bzw. ein Fachbe-

reich hat die Möglichkeit, einen exzellenten Mann bzw. eine exzellente Frau zu bekommen, der oder die Weltgeltung hat. Wäre es falsch, wenn dann ein Fachbereich in diesem Fall etwas zulegen könnte? Davon profitieren doch die Studierenden.

(Beifall bei der FDP)

Das ist unser Gedanke. Dabei darf es aber nicht zu einer sozialen Schieflage kommen. Das ist klar. Aus diesem Grund sind wir der Überzeugung, dass Hochschulen völlig frei in ihrer Entscheidung sein sollen, wenn so etwas kommt, wenn Hochschulen irgendwann einmal selbst über die Höhe und die Zuordnung zu bestimmten Bereichen entscheiden können.

(Glocke der Präsidentin)

Dann brauchen wir natürlich ein System, das einen Studierenden, der wegen seiner sozialen Herkunft finanzielle Probleme hat, während des Studiums nicht belastet. Das kann man sich vorstellen. Dann kann es auch einen Landeskredit oder eine Landesbürgschaft geben, um das abzusichern. Dabei gibt es viele Möglichkeiten. Es sollten keine sozialen Schranken aufgebaut werden. Eine Qualitätsverbesserung sollte dabei klar definiert sein. Das ist ein Gedanke, der in Deutschland durchaus Platz greifen kann.

Lassen Sie mich bitte noch einen Satz sagen; denn sonst sieht es so aus, als würde ich mich drücken. Ihnen wird zur rechten Zeit ein Finanzierungskonzept vorgelegt werden.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

 Das ist nicht gedrückt. Wir stehen im Wort, und Sie können uns beim Wort nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Dieses Finanzierungskonzept kommt auf den Tisch. Das sagen wir in aller Öffentlichkeit, und darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Als Gäste begrüße ich Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Ramstein. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die Landesregierung spricht Herr Staatsminister Professor Dr. Zöllner.

Prof. Dr. Zöllner, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es sind schöne Minuten für einen Minister, in einer Diskussion

die Position einer Landesregierung darlegen zu können, in der ganz offenbar ein großer und tiefer Grundkonsens über die Bedeutung seines Aufgabenbereichs herrscht. Dafür bedanke ich mich.

Ich bedanke mich auch deshalb dafür, weil es angenehm ist, in einer solchen Atmosphäre zu sprechen, wenn das Gespräch selbst in den kontroversen Teilen sehr sachlich geführt wird. Ich meine, das ist der Problematik angemessen und der einzige Weg, der uns ein Stück weiterführt. Dennoch muss ich sagen, dass im Eifer der neuen Technik von parlamentarischen Interventionen für mich nicht mehr in jedem Fall die Konkurrenz zwischen den ersichtlichen Taten und Worten erkennbar war.

Es ist deshalb angenehm, weil es eine Bestätigung der Politik der Landesregierung ist, diesem Bereich eine Schwerpunktfunktion in der finanzpolitischen Ausstattung zukommen zu lassen. Sie haben Recht, Frau Kohnle-Gros. Niemand von uns hat je bestritten, dass wir nicht an der Spitze der Finanzierung der Hochschulen pro Einwohner oder pro Student stehen. Man muss aber zur Kenntnis nehmen, dass seit Beginn der 90er-Jahre der Anteil der Ausgaben für den Hochschulbereich in der Größenordnung von 6,5 % auf 7,2 % des Haushalts zugenommen hat. Das bedeutet, dass der Stellenwert im Verhältnis zu anderen Aufgabenfeldern, die dieses Land zu erfüllen hat, sehr viel größer geworden ist als zu Beginn der 90er-Jahre.

(Beifall bei SPD und FDP)

Damit das nicht als leere Zahl im Raum stehen bleibt, die man sich schlecht vorstellen kann, füge ich hinzu: Im Klartext bedeutet das, dass wir ca. 80 Millionen Euro weniger für die Hochschulen als noch zu Beginn der 90er-Jahre hätten, wenn man diesem Bereich das gleiche Gewicht zumessen würde.

Diese Landesregierung kann in der Finanzierung keine Wunder vollbringen. Die Hochschulpolitik ist aber finanzpolitisch durch einen langen Atem ausgezeichnet, der zu der heutigen Situation geführt hat, die im Hinblick auf ihre Wertigkeit und ihre Auswirkungen viel besser ist als zu Beginn der 90er-Jahre. Die Hochschulpolitik zeichnet sich weiter durch ihre Kalkulierbarkeit in der Finanzierbarkeit aus.

Frau Thomas, Sie haben Recht. Ich hätte gern – ich bin sicher, auch der Finanzminister – das Flächenmanagement bereits auf dem Weg. Sie können und sollen es mit Recht einfordern. Wir kneifen auch nicht, sondern sagen, dass wir versuchen müssen, es noch in dieser Legislaturperiode zu schaffen. Frau Thomas, wenn wir sachlich miteinander diskutieren, dann sollten Sie aber auch dazusagen, dass es für die beiden anderen Ressortbereiche, in denen Ressourcen akquiriert werden, nur in Rheinland-Pfalz ein solch transparentes und nachvollziehbares Anreizsystem bereits gibt. Wir haben es noch nicht für die Flächen, aber für die anderen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Frau Thomas, das, was andere mit großen Worten als Bildungspakte oder Bildungsbündnisse – was noch

schöner klingt – beschreiben, ist nichts anderes als das, was wir praktizieren. Wir praktizieren es de facto mit den zwangsläufig notwendigen Sanktions- und Belohnungsmechanismen, damit solche Pakte funktionieren. Ansonsten würden wir uns nur gegenseitig den Rücken streicheln und uns loben, wenn es weder gute noch schlechte Konsequenzen gibt, je nachdem, ob wir in die richtige Richtung marschieren.

Dies wird fortgesetzt werden. Meine Damen und Herren, das führt offensichtlich zu einem Erfolg. Ich will jetzt nicht die Erfolgsbilanz in allen Bereichen aufgreifen, sondern das anschauen, was im Bereich der Studierenden passiert ist, die in Rheinland-Pfalz scheinbar in chaotischen Verhältnissen ihrem Studium nachgehen müssen.

Im Jahr 1992 sind 6.778 Studierende aus Rheinland-Pfalz mehr in ein anderes Land gegangen als umgekehrt. Dieser Saldo hat sich mit jedem Jahr zu unseren Gunsten verbessert, sodass heute 3.219 Studierende mehr nach Rheinland-Pfalz kommen als umgekehrt. Das ist offensichtlich – je nach Standpunkt – eine Insel der Glückseligkeit oder eine Belastung gegenüber den anderen. Abgesehen von Rheinland-Pfalz gibt es nur noch in Nordrhein-Westfalen einen positiven Wanderungssaldo. In Hessen sind es 1.714 Studierende, die mehr nach außen gehen. In Baden-Württemberg, dem gelobten Ländle der Wissenschaft, beträgt der Saldo minus rund 10.000 Studierende. Im Saarland sind es minus 5.000 Studierende.

Sie könnten jetzt sagen, dass das durch die Strukturen bedingt sei. Im Saarland war es zu Beginn der 90er-Jahre so, dass nur rund 700 Studierende mehr ausgewandert sind und ihre Fort- und Weiterbildung und ihre Qualifikation in einem anderen Bundesland gesucht haben. Jetzt sind es ca. 5.000 Studierende.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe nicht den Eindruck, dass sich das saarländische Hochschulsystem im Hinblick auf seine Qualität auf Kosten von ca. 5.000 Studierenden, die jedes Jahr das Saarland verlassen, zu einer Spitzenlandschaft in dieser Republik oder auf der Welt emporgearbeitet hat, ganz im Gegenteil.

(Beifall bei SPD und FDP)

Frau Kohnle-Gros, ich versichere Ihnen, dass es sich langfristig rechnen wird, weil die Basis für einen langfristigen wirtschaftlichen Aufstieg die Ausbildungsbasis der jungen Menschen ist. Es geht nicht nur darum, dass sie gut sind; aber mehr Gute sind besser als weniger Gute. Diese Politik sollten wir verfolgen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Frau Thomas, ich unterstütze in aller Öffentlichkeit das Anliegen, dafür zu sorgen, dass die Erlöse von Goldverkäufen der Deutschen Bundesbank zur Finanzierung von Innovationen und Wissenschaft genutzt werden. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie die Initiative der Landesregierung unterstützt hätten, meine Äußerungen, dass wir es nur schaffen werden, im Wissenschafts- und Bil-

dungsbereich die notwendigen Finanzen zu erreichen, wenn wir einen Paradigmenwechsel prinzipieller Art in Bezug auf unser Finanzverständnis und unser Haushaltsgebaren letztlich praktizieren.

Dann geht das nicht mit dem 3 % Verschuldungskriterium der EU, sondern dann muss es – so wie der Herr Ministerpräsident das formuliert – ein Ende damit haben, dass Investitionen in Friedhofsmauern wertvoller sind als die Investitionen in Köpfe. Dazu muss etwas gemacht werden.

(Beifall bei SPD und FDP)

Dann sollten Sie uns auch unterstützen, wenn wir das tun. Ich freue mich auf den Augenblick, wenn konkrete Vorschläge gemacht werden, da wir dann offenbar in der Lage sein werden, gemeinsam als Parlament hinter so etwas zu stehen. Auch zu so etwas kann das dienen.

Gewundert habe ich mich etwas bei der Diskussion um die Studiengebühren. Ich gehe jetzt davon aus, dass alle tatsächlich persönlich das meinen, was sie hier gesagt haben. Dann frage ich aber vor allen Dingen die beiden Oppositionsfraktionen, ob sie dann nicht möglicherweise von Ihrer Position einer gewissen Skepsis gegenüber dem rheinland-pfälzischen Modell der Studienkonten doch abrücken könnten oder sollten.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Thomas, Ihr leidenschaftlicher Kampf – darauf zielte mein Schlenker, dass Sie sich von der Dramatik der parlamentarischen Intervention doch möglicherweise etwas haben mitreißen lassen – hat mich natürlich schon etwas gewundert. Bei der Beobachtung der bundesrepublikanischen Szene habe ich den Eindruck, dass es bisher keinen Fall gegeben hat, bei dem sich in der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Fischer nicht durchgesetzt hätte. Sie wissen sicherlich, dass es eine eindeutige öffentliche Positionierung Ihres Vorsitzenden aus vergangenen Tagen und des jetzigen Meinungsführers Fischer gibt, dass Studiengebühren eingeführt werden sollten.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund frage ich mich, wie Sie, wenn Sie in der Verantwortung sind, dies verhindern wollen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wenn Sie sich hinstellen und leidenschaftlich gegen ein Modell für die Hochschulen kämpfen, von dem sie genau wissen, das es die einzige realistische Alternative ist, um die klassischen Studiengebühren ab dem ersten Sem ester zu verhindern, habe ich schon ein bisschen den Zweifel, ob da Wort und Tat im Einklang stehen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, die Kalkulierbarkeit gibt es. Wir brauchen keine Verträge mit den Hochschulen. Bei dem Personalbemessungskonzept handelt es sich um

Ziehungsrechte. Sie sind sicher eng begrenzt, aber "einklagbar". Wir brauchen dies nicht. Diese Verlässlichkeit ist das, wodurch die Hochschulen im Augenblick in die Lage versetzt werden, mit den sicher engen Finanzmitteln zurecht zu kommen.

Es ist gerade der Kraftakt im vergangenen Haushalt gewesen, weshalb die Hochschulen keine Budgetierungsdividende zu erbringen hatten. Das wurde innerhalb des Gesamthaushalts – in diesem Fall im Rahmen des Einzelplans 15 – aufgefangen. Die Hochschulen waren aber nicht diejenigen, die dieses Päckchen zu tragen hatten, sondern das musste aufgrund von Einsparungen bei der allgemeinen Forschungsförderung oder bei überregionalen zentralen Aktivitäten erbracht werden.

Langer Rede, kurzer Sinn: Wenn wir alle das meinen, was wir heute zu diesem Tagesordnungspunkt gesagt haben, können wir in den zentralen Fragen sehr schnell zueinander finden. Es bleibt aus meiner Sicht nur ein einziger zentraler Punkt des Unterschieds. Den sollten wir dann auch austragen, weil er es ermöglicht, in vielen entscheidenden Dingen gemeinsam zu gehen.

Frau Kohnle-Gros, ich bin der festen Überzeugung, dass der Ansatz, den Sie angedeutet haben, nämlich eine Optimierung des Systems – ich bestreite nicht, dass das so erreichbar ist – und ein Ansatz der Selektion und der Verminderung der Zahl, gehbar ist. Ich bin aber der festen Überzeugung – das ist die Position dieser Landesregierung –, dass die Zukunft von Bildung und Wissenschaft nur in einem Gleichklang von Fördern und Fordern und nicht in einer Selektion liegt, weil wir eine breite Basis von gut ausgebildeten jungen Menschen brauchen, auf die von denen, die besonders leistungsfähig sind, eine Spitze gesetzt wird.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir werden es sicherlich in Verfolgung der Umsetzung der Hochschulgesetzesnovelle und in Verfolgung der Schwerpunktbildung im Haushalt – damit wir wieder zu Investitionen in die Fraunhofer-Gesellschaft und Ähnlichem zurückkommen – in Rheinland-Pfalz trotz der nicht breiten Finanzdecke schaffen, einen Weg zu finden, die Breitenförderung mit einer Profilbildung in der Spitze zu verbinden, sodass wir gut wettbewerbsfähig sind.

Damit die oft gestellte Frage, ob wir eine Chance haben, und Sie mit Ihrem Schlenker, dass wir im Ranking so schlecht wären, eine konkrete Antwort erfahren, sage ich Folgendes: Ich sehe dem, wenn das vernünftig gemacht wird – meine Position dazu ist bekannt –, in aller Ruhe in Bezug auf die rheinland-pfälzische Hochschullandschaft entgegen.

Sie haben Rankings aus dem "Stern", "Spiegel" und Ähnliches zitiert. Ich darf Ihnen sagen, dass das Ranking, das in diesem Bereich maßgebend sein wird, ein Ranking von Leuten sein wird, die tatsächlich in der Lage sind, die Kompliziertheit der Wissenschaft zu beurteilen.

Es gibt eine internationale Studie, die vor einem halben Jahr veröffentlicht worden ist, in der insgesamt 105 Wissenschaftsfelder auf der ganzen Welt untersucht wurden. Es wurde eine Rangliste von Institutionen und Einrichtungen mit den Plätzen, die sie in den entsprechenden Bereichen einnehmen, aufgestellt. Von den 105 Wissenschaftsfeldern gibt es nur sechs Wissenschaftsfelder – das ist ein bundesrepublikanisches Problem –, bei denen sich deutsche Einrichtungen unter den ersten Zehn platzieren konnten. Von diesen sechs kommt eine aus Rheinland-Pfalz. Wenn wir von sechs Universitäten der obersten Spitzenklasse eine haben, ist mir um die rheinland-pfälzische Hochschullandschaft nicht bange.

Ich bedanke mich.

(Anhaltend Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Thomas für eine Kurzintervention das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Professor Zöllner, ich will nur einen Aspekt aufgreifen, den Sie genannt haben. Sie haben gesagt, eigentlich gibt es bei uns so etwas wie ein Bildungsbündnis und eine verlässliche Finanzierung.

Ich weiß nicht, was die Hochschulleitungen mit Ihnen besprechen, aber ich kann durchaus über das berichten, was sie mit mir besprechen. Ich war mit vielen im Gespräch und habe insbesondere noch die Gespräche mit dem Mainzer Hochschulpräsidenten im Kopf. Er hat gesagt: Natürlich kommen wir in die Bredouille. Es gab die Zusage, dass wir innerhalb der Hochschulen mit den Mitteln, die wir in den Jahren nicht verbrauchen, quasi Rücklagen bilden können, wodurch wir in die Lage versetzt werden, innerhalb unserer Hochschule so etwas wie das Dezemberfieber zu vermeiden, indem Fachbereiche, die Finanzentscheidungen treffen, sagen, wir brauchen das uns zugewiesene Geld in diesem Jahr nicht komplett, aber wir legen das zurück, weil wir eine bestimmte Anlage benötigen oder ein bestimmtes Projekt verwirklichen wollen.

Sie wissen selbst genau, wofür das Geld jetzt verwendet wird. Das, was in den einzelnen Fachbereichen für solche Zwecke zurückgelegt wurde, muss jetzt innerhalb der Mainzer Universität – bei den anderen Universitäten ist das nicht anders - genutzt werden, um den Alltagsbetrieb zu finanzieren. Wenn Sie die Budgetierungsdiskussion innerhalb der Landesregierung und ihren Ressorts verfolgen, wissen Sie, was das für einen Effekt hat. Denjenigen, die nichts in diese Rücklage gelegt haben, kann man nichts wegnehmen. Diejenigen, die aber etwas hineingelegt haben und gesagt haben, wir haben ein Superprojekt, für das wir dieses Geld ausgeben wollen, wird dieses Geld im Moment entzogen. Der Effekt ist, dass sie sagen: Wir sind nicht noch einmal so blöd und legen Geld zurück, wenn nachher einer kommt, egal ob er Michaelis oder Mittler heißt, und uns das wegnimmt. Daher werden wir das nicht mehr tun.

Der Effekt, den ich durchaus begrüße, wenn man mit Budgets arbeitet, der nämlich in der eigenen Steuerung und durch die Zusammenlegung von Finanz- und Fachverantwortung liegt, ist weg. Dieser Effekt ist nicht nur für ein Jahr, sondern für eine viel längere Frist weg. So viel will ich nur zur Verlässlichkeit sagen.

Das waren keine Kleckerbeträge. Sie haben uns selbst im Ausschuss gesagt, dass es für die rheinlandpfälzischen Hochschulen gemeinsam ein Betrag von meines Wissens 30 Millionen Euro war. Dies wirkt sich aus. Es spricht keiner mehr von Verlässlichkeit, sondern es wird eher davon gesprochen, dass sie um das, was sie geplant haben und was sie machen wollten, betrogen wurden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ministerpräsident Beck: Na, betrogen!)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Herrn Staatsminister Professor Dr. Zöllner das Wort.

Prof. Dr. Zöllner, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur:

Das war für mich ausgesprochen interessant, weil ich jetzt offensichtlich etwas lernen werde. Ich weiß nur, dass die Universität Mainz im Jahr 2003 ihre Rücklagen um 50 % erhöht hat. Wie das damit in Einklang zu bringen ist, dass sie aus diesen Rücklagen laufende Geschäfte finanzieren musste, wird mir sicher jemand erklären. Deshalb werde ich weiser werden. Das ist nämlich nicht möglich. Fakt ist, sie haben die Rücklage um 50 % erhöht und nicht, wie Sie gesagt haben, verbraucht.

Nun zu den Aussagen.

Ich komme zu Ihrer Aussage. Da ich bisher von Ihnen nicht zu den Gesprächen, die Sie mit dem Präsidenten geführt haben, eingeladen worden bin, lade ich Sie zu meinem nächsten Gespräch ein. Dann gibt es keine Missverständnisse mehr.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Frisch.

Abg. Frisch, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kulturhaushalt 2004 enthält keine spektakulären Ansätze. Das war auch bei der gegenwärtigen Haushaltssituation nicht zu erwarten. Lassen Sie mich wie in jedem Jahr einige Anmerkungen zum Thema "Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit" machen.

Man muss die Frage stellen, wieso die Stiftung Hambacher Schloss unter dem Titel "Förderung nicht staatlicher Museen" eingeordnet ist. Es gibt zwar auf dem Hambacher Schloss ein Museum. Für mich ist das Hambacher Schloss aber so etwas wie eine nationale Gedenkstätte und kein Museum. Vor allen Dingen ist es nicht nicht staatlich, sondern die Stiftung wird im Prinzip vom Bund, vom Land und den beteiligten Kommunen getragen.

Eine weitere Frage: Warum werden Titel mit gleicher Zielsetzung an verschiedenen Stellen im Haushalt wiedergegeben, die zudem noch gegenseitig deckungsfähig und zum großen Teil auch gleich benannt sind? So sind zum Beispiel der Ankauf von Kunstwerken an vier verschiedenen Stellen, die Filmförderung an drei Stellen, die Zuschüsse für Bildende Kunst, Musik und Literatur an drei Stellen und die Zuschüsse zur Verbesserung des Kulturstandorts Rheinland-Pfalz an drei Stellen verteilt. Wir haben uns beim Bildungsbereich schon mit Mathematik beschäftigt. Vielleicht ist der tiefere Hintergrund, dass wir alle rechnen lernen.

Warum sind manche Ansätze so himmelweit von den tatsächlichen Ergebnissen der Vorjahre entfernt, zum Beispiel beim Titel Landesmuseen? Das Ist im Jahr 2002 betrug 237.000 Euro, das Soll für 2004 100 Euro. Auch ist die Verschiebung von Haushaltsansätzen zu nennen. So kommen zum Beispiel die Burgfestspiele Mayen zu den Zuweisungen für Theater, Orchester und Musikschulen. Der Ansatz wird aber nicht um den verschobenen Betrag erhöht. Die Frage stellt sich: Sollen damit Kürzungen kaschiert werden?

Meine Damen und Herren, ich will mich nicht an Details aufhalten, sondern einige grundsätzliche Fragen der Kulturpolitik ansprechen; denn gerade dann, wenn der Staat sparen muss, ist es besonders anzuerkennen. wenn andere als Kulturträger aktiv sind. Dazu gehört die Wirtschaft durch Spenden, Sponsoring und Stiftungen. In diesem Bereich hat sich durch die rechtliche Situation manches an Verbesserungen ergeben. Dazu gehört privates ehrenamtliches Engagement von Bürgern. Ich muss zunächst der Landesregierung ein Lob aussprechen. Die Versicherung, die Sie für den ehrenamtlichen Bereich abgeschlossen haben, dient sicherlich dazu, mehr Menschen dazu zu bringen, sich ehrenamtlich zu engagieren. Das Risiko wird größer. Jeder von uns kennt Beispiele, wo sich ehrenamtliches Engagement für den Einzelnen sehr schlecht ausgezahlt hat.

(Beifall bei der SPD)

– Vielen Dank für den Beifall. Jetzt gibt es gleich etwas Negatives. Das können Sie sich denken. Es gibt nämlich keine Fortschritte bei der Gleichstellung des Ehrenamts in der Kultur mit anderen gesellschaftlichen Bereichen. Das ist ein Ziel, das Sie selbst in Ihrer Koalitionsvereinbarung 2001 formuliert haben. Viele Ehrenamtliche warten auf einen kleinen Schritt in diese Richtung; denn auch das würde letztendlich zur Stärkung des ehrenam tlichen Engagements führen. Es ist auch im Haushalt nicht erkennbar, dass Schwerpunkte in diese Richtung gesetzt werden.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, bedeutende Kulturträger sind auch die Kirchen. Ich denke, dass deren Leistung im Normalfall viel zu wenig gewürdigt wird. Sie erfüllen ein breites Spektrum, und zwar vom Denkmalschutz über die Kunst im Allgemeinen, die Kunst am Bau bis hin zu Museen, Büchereien oder zur Pflege der Kirchenmusik.

Auch Kirchen haben weniger Geld als früher. Das bedeutet, dass weniger Leistungen für die Kultur zustande kommen. Gleiches gilt für die Landesstiftungen, die auch durch Zinserträge gespeist werden, wie die Kulturstiftung Villa Musica und den Kultursommer. Das ist kein Vorwurf. Das hängt damit zusammen, dass das Zinsniveau im Moment relativ niedrig ist. Eines muss ich kritisieren: Die Konsequenzen, die sich aus diesen Rückgängen bei den Stiftungen ergeben, werden allein im Ministerium und in internen Zirkeln verhackstückt. Es wäre gut, auch die Politik mit zu beteiligen.

(Beifall der CDU)

Weniger Geld haben auch die Kommunen, besonders die in Rheinland-Pfalz; denn wir wissen alle, dass ein Viertel der kommunalen Schulden bundesweit von den Kommunen in Rheinland-Pfalz stammt. Deswegen müssen diese Kommunen auch sparen. Sie können im Prinzip nur bei den so genannten freiwilligen Leistungen sparen, zu denen leider auch die Kultur gehört.

In diesem Zusammenhang passt eine Äußerung, die Herr Minister Zöllner öffentlich vorgebracht hat, aus meiner Sicht wie die Faust aufs Auge. Er hat gesagt, das Land müsse bei den Kommunen mehr Bewusstsein für die Notwendigkeit der Kulturförderung schaffen. So zu lesen in der "Rhein-Zeitung" am 19. November 2003. Ich denke, ein solches Zitat kann man nur als Verhöhnung der Kommunalpolitiker einstufen;

(Beifall bei der CDU)

denn diese würden gern mehr Geld für die Kultur investieren, wenn sie es hätten. Bevor sie Anstrengungen unternehmen, die Kommunen dahin zu bringen, sollten Sie ihnen einfach eine bessere finanzielle Ausstattung geben. Dann würden sie schon dafür sorgen, dass sie mehr Kultur verantworten würden.

Meine Damen und Herren, in der Landeskulturpolitik gibt es eine ganze Palette aktueller Themen, die nicht im Haushaltsbuch 2004 stehen. Dazu gehört aus meiner Sicht das Megathema der letzten Tage, nämlich die aktuellen Beschlüsse zur Zukunft der Orchesterlandschaft in Rheinland-Pfalz.

Herr Minister, trotz gegenteiliger Beteuerung stellen sie einen tiefen Einschnitt in die Orchesterlandschaft dar. Die allgemeine Euphorie nach Bekanntgabe der Beschlüsse des Lenkungsausschusses wird von uns nicht geteilt. Sie ist inzwischen großenteils bei den Betroffenen einem Katzenjammer gewichen.

(Beifall der CDU)

Lebensplanung, Einkommensituation und Berufsperspektiven der Musiker werden elementar tangiert. Der Erhalt der anerkannten Qualität und der jeweiligen traditionellen speziellen Aufgabenstellung der drei Orchester ist sehr zu hinterfragen. Die Umsetzung hat viele Fußangeln. Der Teufel steckt im Detail.

Ich will einige Punkte nennen. Zum Beispiel ist es notwendig, zu tarifvertraglichen Veränderungen zu kommen. Dazu haben sich die Tarifparteien prinzipiell bereit erklärt. Es wird auch darum gehen, die Teilzeitmöglichkeiten zu erweitern, zu verändern, zu spezifizieren und das Gehaltsniveau zu verändern. Dann stellt sich die Frage: Kann man auf dieser Basis überhaupt sozialverträglich Stellen abbauen? Sind genügend berufliche Veränderungen möglich? Sind genügend Vorruhestandsperspektiven erkennbar?

Außerdem stellt sich die Frage der Kooperation und Koordination. Kooperieren kann man eigentlich nur dann, wenn man selbst so viele Musiker hat, dass sie auch an andere Orchester "ausgeliehen" werden können. Wenn man selbst schon auf dem letzten Loch pfeift, wird dieser Austausch überhaupt nicht möglich sein. Wenn er doch im Einzelfall noch möglich ist, braucht man eine Koordinationsstelle. Wo sitzt diese? Wie sieht diese aus? Handelt es sich um eine Persönlichkeit oder um Vertreter aus allen drei Orchestern? Auch hier gibt es überhaupt noch keine konkreten Vorstellungen.

Das Hauptproblem liegt aus meiner Sicht darin, dass das Budget, das für das Jahr 2006 angekündigt ist – das hat nichts mit dem Haushalt 2004 zu tun –, nicht ausreicht, um die jeweils angegebene Stellenzahl zu finanzieren. Die Differenz beträgt in Koblenz und Mainz sechs Stellen und in Ludwigshafen zwei Stellen. Es gibt eine Unterfinanzierung im Hinblick auf diese Stellenzahl. Inzwischen sprechen auch betroffene Musiker in diesem Zusammenhang von einer Mogelpackung. Um dieses Problem zu lösen, gibt es nur drei Möglichkeiten.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck und des Staatsministers Mittler)

 Ich sage gleich etwas dazu. Sie wollen, dass andere sparen. Sie wollen, dass aus den Orchestern heraus gespart wird. Das bedeutet weniger gute Bezahlung.

Die zweite Möglichkeit besteht darin, dass die Kommunen, deren Haushaltssituation ich schon beschrieben habe, diesen fehlenden Anteil übernehmen. Die dritte Möglichkeit – das wird aus dem Hut gezaubert – sollen Stiftungen sein, die zusätzliche Stellen finanzieren.

Ich möchte nur auf Folgendes hinweisen: Wenn man heute aus einem Stiftungsertrag eine einzige Stelle finanzieren will, dann braucht man ungefähr zehn Millionen Euro Kapital. Sagen Sie mir, woher Sie die Chance sehen, zehn Millionen Euro für jede dieser Stiftungen überhaupt einzubringen. Ich denke, das sind Schimären, nach denen man eigentlich gar nicht greifen sollte.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister, Sie haben ihr ursprüngliches Sparziel erreicht, 3,2 Millionen Euro einzusparen.

(Glocke der Präsidentin)

Ich fürchte, das wird ein Pyrrhussieg sein. Man kann sparen, man muss auch in der gegenwärtigen Situation sparen. Aber man darf nicht kaputtsparen.

(Zuruf des Staatsministers Mittler)

– Doch, man darf da sparen, aber nicht in dem Umfang. Wenn Sie das einmal in Ihren eigenen Ministerien so konsequent durchführen würden wie bei den Orchestern, dann könnten wir auch darüber reden, dass man an es an allen Stellen so tut.

> (Beifall bei der CDU – Ministerpräsident Beck: Ich habe es Ihnen gestern vorgerechnet!)

 Die Rechnung stimmt aber nicht. Ich habe es Ihnen doch eben vorgerechnet, dass Sie damit nicht hinkommen.

(Ministerpräsident Beck: Natürlich stimmt sie!)

Es gäbe noch eine ganze Reihe Themen anzusprechen. Ich sehe, dass ich jetzt unter Zeitdruck komme.

Zum Beispiel beim Rheintal-Musik-Festival. Dort soll etwas Neues aufgebaut werden. Dafür hat man offensichtlich Geld. Ist das das Geld, das man bei den Orchestern einspart?

(Ministerpräsident Beck: Schon wieder falsche Zahlen! – Staatsminister Mittler: Ihr seid Kadetten!)

Die Begründung für das Rheintal-Festival ist, dass man das Weltkulturerbe stärken will. Auch dort braucht man ein Konzept und nicht einzelne Punkte, die jeweils zusammengefügt werden.

(Glocke der Präsidentin)

Fragen stellen sich auch im Hinblick auf die Zukunft des Arp-Museums, das eigentlich 1997 schon fertiggestellt sein sollte.

Was passiert mit dem Landesbibliothekszentrum? Ich kann auf die Einzelheiten nicht mehr eingehen. Fragen über Fragen, die alle nicht im Haushaltsplan 2004 beantwortet werden. Deswegen möchte ich frei nach Bertolt Brecht zum Schluss sagen: Auch wenn dieser Haushalt morgen beschlossen wird, dann gilt für uns, wir sehen betroffen den Vorhang zu und alle Fragen offen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Geis das Wort.

Abg. Geis, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Frisch, es klingt immer so ein bisschen traurig, wenn Sie über

Kultur sprechen. Ich möchte mich nie dafür entschuldigen, dass mir die Beschäftigung mit der Kultur unbändigen Spaß macht.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben alle bei den grundlegenden Schwierigkeiten, die die Politik zurzeit hat und die sie schon länger sichtbar hätte, wenn wir nicht vieles ausgesessen hätten – nicht in Rheinland-Pfalz, aber an anderer Stelle – eine positive Entwicklung im Kulturbereich in Rheinland-Pfalz. Wir profitieren ausdrücklich davon, dass die Innovationsfelder Wissenschaft und Kultur in einem Ministerium zusammengefasst sind.

Wenn wir die Zukunft vernünftig gestalten wollen, müssen wir über Strukturen nachdenken und Überkommenes verändern. Ich komme darauf zurück in der konkreten Frage der Orchesterreform. Das ist ein zentraler Aspekt.

Wir müssen noch stärker als bisher über Kooperationen und Vernetzungen nachdenken. Das gilt wie bei der Strukturfrage natürlich nicht nur für den Kulturbereich, sondern für alle Politikfelder. Unser Fraktionsvorsitzender Joachim Mertes hat ein schönes Bild gebraucht bezogen auf das Mittelrheintal, aber es gilt grundsätzlich für die Kultur in Rheinland-Pfalz. Er hat gesagt, es gibt viele Perlen, aber es gibt keine Schnur. Genauso ist es. Es gilt für Verknüpfungen innerhalb der kulturellen Szene, aber es gilt auch für Verknüpfungen der Kultur mit anderen Bereichen.

Ich nenne zum Beispiel als Verknüpfungsmöglichkeit – nicht gerade naheliegend auf den ersten Blick – die Städte Remagen und Pirmasens, geographisch in genau entgegengesetzten Ecken in Rheinland-Pfalz gelegen und sicher nicht die Orte, an die man beim Wort "Kultur" zuerst denkt.

Aber im und am Bahnhof Rolandseck, ganz im Norden, wird mit dem Arp-Museum in absehbarer Zeit ein Kleinod der rheinland-pfälzischen und der bundesrepublikanischen Museumslandschaft entstehen.

(Beifall bei der SPD)

Die Hugo-Ball-Stadt Pirmasens im tiefsten Südwesten bemüht sich seit Jahren, das Erbe des Dadaismus ebendig zu erhalten.

In der "Rheinpfalz" hat vor kurzem Michael Braun zu Hugo Ball geschrieben: "Der wohl bunteste Vogel unter den frei schwebenden Intellektuellen des expressionistischen Jahrzehnts war Hugo Ball." Das sagt er über einen, der in Pirmasens geboren ist. Das ist doch schön so. Zum Trost für manche, er wurde später auch ganz schön katholisch.

Arp und Ball gehören zusammen. Da wird an zwei Protagonisten einer Kultur erinnert, die es in und mit Deutschland sicher nicht leicht hatten, und an eine Kultur, die viele Möglichkeiten der lebendigen Auseinandersetzung bietet, die gerade für jüngere Leute besonders spannend sein kann.

In dem Zusammenhang vielleicht auch ein Satz zur Jugend. Man kann das alles nur stichwortartig machen. Hier haben wir, denke ich, eine besondere Verantwortung auch im Kulturbereich. Es gibt viele gute Beispiele in Rheinland-Pfalz dafür, dass wir dieser Verantwortung gerecht werden. Vor kurzem war das in der "Süddeutschen Zeitung" nachzulesen, zum Beispiel, das historische Museum in Speyer ist mit seinem Kindermuseum besonders erfolgreich und weckt in vorbildlicher Weise "Phantasie, Leidenschaft und Wissbegier".

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zurück zum Thema "Verknüpfungen". Ein ganz naheliegendes Beispiel ist der Rhein selbst. Er ist eine Verknüpfung par excellence in sich, R(h)einkultur – mit "h" und ohne "h". Aber nicht nur im Weltkulturerbe Mittelrhein von Bingen bis Koblenz, sondern darüber hinaus wieder im Norden bis zum Bahnhof Rolandseck und nach Süden über Mainz, Worms und die Weingegenden in Rheinhessen und in der Pfalz über die Bloch-Stadt Ludwigshafen bis nach Speyer mit dem Historischen Museum und viele mehr.

Das kann man und das muss man im Norden erweitern, über Rheinland-Pfalz hinaus, zum Zentrum Köln/Bonn, und im Süden muss man die bestehenden Kooperationen nutzen, die es am Oberrhein gibt. Das gilt nicht nur, aber speziell heute an diesem deutsch-französischen Tag.

Dafür Konzepte zu entwickeln, ist eine echte Herausforderung für uns alle.

Damit sind wir auch bei der Verknüpfung der Kultur mit anderen Bereichen – hier speziell mit dem Tourismus. Hierzu haben wir Ihnen zusammen mit dem Koalitionspartner einen Antrag vorgelegt, der die Landesregierung auffordert, die Voraussetzungen zu schaffen, damit die positiven Effekte einer Verbindung von Kultur und Tourismus stärker herausgestellt werden können. Dazu müssen die Möglichkeiten verbessert werden, die mittelund langfristigen Planungen kultureller und touristischer Angebote besser aufeinander abstimmen zu können. Der Dialog von Experten und Beteiligten aus beiden Bereichen muss gefördert werden, und überregionale Aktivitäten und Initiativen verdienen bessere Unterstützung.

In nächster Zeit wird die SPD-Landtagsfraktion zu einem Gespräch einladen, bei dem wir mit Expertinnen und Experten von Kultur und Tourismus über Perspektiven und Chancen in Rheinland-Pfalz reden werden.

Ich habe eingangs gesagt: Ich komme zurück auf die Bedeutung einer Diskussion zu Strukturveränderungen. Ich stehe dazu, dass ich die Anregung des Ministers im Orchesterbereich, nicht nach dem Prinzip des Rasenmähers zu sparen, sondern über Fusionen und Kooperationen nachzudenken, für den richtigen Weg halte.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir haben dagegen einen breiten Widerstand erlebt, der sich zum Teil – das sage ich durchaus mit Respekt – recht pfiffig äußerte. Wir haben aber auch zum Teil einen Widerstand erlebt, der sich rein regionalistisch gebärdete und wenig Interesse für die Kulturlandschaft insgesamt erkennen lässt.

Aber wir haben auch aus dem Kulturbereich viel Zistimmung beim Versuch gehört, die hohe Qualität, aber auch die Breite des kulturellen Angebots zu erhalten, und – das ist besonders wichtig; da dürfen wir auch keine falschen Versprechungen machen – wir müssen dieses Angebot auch langfristig sichern.

Zu Beginn dieser Woche hat – das ist eben angesprochen worden – eine Arbeitsgruppe unter maßgeblicher Beteiligung der Betroffenen und ihrer Interessenverbände eine grundlegende Übereinkunft beschlossen. Sicher ist das kein leichtes Unterfangen, keine populäre Aktion, aber ich denke, vorbildlich in seiner Art.

Vergleichen Sie das doch einmal mit anderen Bundesländern. Was glauben Sie denn, warum die Gewerkschaft der Orchester, die Deutsche Orchestervereinigung, zugestimmt hat? Die können doch am besten über den Tellerrand schauen und vergleichen, denke ich, und wissen, dass das der einzig gangbare Weg war.

Auf innere und äußere Kooperation zu setzen, dafür gibt es keine Alternative. Die Kulturjournalisten haben in den Zeitungen am Dienstag das Ergebnis einhellig gewürdigt. Die Lokalberichterstattung gestern sah anders aus. Ich denke, die Blickwinkel sind eben mehr oder weniger weit.

(Beifall der SPD und der FDP – Mertes, SPD: So ist das!)

Dass es in dem Bereich noch Gesprächsbedarf gibt, ist unbestritten. Ich denke, die Betroffenen wissen das auch und werden in den dafür vorgesehenen Gremien weiter darüber reden.

Ich berufe mich in meiner Beurteilung auf einen Betroffenen, dessen Kompetenz unumstritten ist und der eine der wichtigsten Persönlichkeiten des Kulturlebens in Rheinland-Pfalz ist: Georges Delnon, der Intendant des Mainzer Staatstheaters. Er hat in der Mittagskultursendung des SWR kurz vor Weihnachten zur Orchesterreform befragt, sinngemäß geantwortet: Ihm seien die Kulturpolitiker lieber, die durch Strukturreformen etwas ändern wollen als die, die nur sagen: Spart einmal schön. – Ich denke, dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Dieses Nachdenken über Strukturen gilt auch für andere Bereiche, was die Zusammenarbeit im Bibliothekswesen – auch vorhin schon angesprochen –, das Bemühen um lebendige, den Gästen nähere Museen, oder attraktive Formen der Nachwuchsförderung in Musik, Bildende Kunst und anderen kulturellen Sparten betrifft.

Ich will kurz ein aktuelles Beispiel für die Schaffung von Strukturen nennen, die die kulturelle Arbeit unterstützen – Herr Frisch hat es auch schon dankenswerterweise gemacht –: die Versicherung für ehrenamtlich Aktive. Initiativen und Vereine haben nun mehr Sicherheit. Die Bitte, ehrenamtlich tätig zu werden, kann man jetzt mit

besserem Gewissen aussprechen. Die Geschäftsstelle Ehrenamt im Innenministerium hilft gern bei allen Fragen, die in dem Bereich auftauchen werden.

Ich will zum Schluss noch zwei Annäherungen an den Stellenwert des Kulturellen versuchen. Eine poetische, vielleicht ganz bewusst zuerst, warum denn auch nicht. Im Dezember letzten Jahres konnte man von einem schönen Projekt eines Kölner Bildhauers lesen, der Lutz Fritsch heißt. Das sind die kleinen Unterschiede.

(Heiterkeit bei der CDU)

Er hat rund 1.000 Künstlerinnen und Künstler und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler um eine Bücherspende für eine Bibliothek im Eis in der Antarktis gebeten. Diese Lieblingsbücher können die Forscherinnen und Forscher in Zukunft in einem eiswüstentauglichen Container auf dem Eis als Lesesaal nutzen, mit Kirschholzregalen und auf einem braunen Ledersofa sitzend.

(Dr. Schmitz, FDP: Wenn sie sie finden! – Glocke der Präsidentin)

Das sind Menschen, die normalerweise zehn Meter unter der Erde ohne Tageslicht beklemmend eng sitzen. Bücher, Kultur in eine der lebensfeindlichsten Regionen der Welt zu bringen und nutzbar zu machen, das ist eine wunderbare Idee, denke ich.

Etwas noch zum Schluss, was uns näher ist. In der Zwischenbilanz der Landesregierung war Kultur neben Bildung und Wissenschaft ganz vorn genannt. Das ist gut so. Wir sind aufgefordert, selbstbewusst für den hohen Stellenwert des Kulturellen in der Politik einzutreten. Dabei dürfen wir nicht vom grünen Tisch aus bürokratisch über Kultur reden.

Wichtig ist, dass die, die im Kulturleben engagiert sind, merken, dass wir mit Leidenschaft für ihre Belange eintreten und ihre Aktivitäten respektvoll und mit Sympathie wahrnehmen

Danke schön.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Es spricht Frau Abgeordnete Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Ich bin fast versucht zu sagen, nie war gute Kulturpolitik so wichtig wie heute. Das kann man zwar zu fast jeder Zeit sagen, glaube ich, aber trotzdem will ich es an dem Punkt sagen, weil wir natürlich beobachten, was in der Kulturlandschaft passiert.

Wir stehen vor einem großen Strukturwandel. Es gibt auf der Bundesebene eine Enquete-Kommission, die vom Bundestag eingesetzt ist, die sich genau dieses Thema "Kultur in Deutschland" vorgenommen hat, die in dem ihr

gesetzten Zeitraum versucht, zu den Schwerpunkten öffentliche und private Förderung von Kunst und Kultur zu arbeiten, sich eben mit diesem Strukturwandel und mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Künstlerinnen und Künstler beschäftigt, aber auch mit der Kulturlandschaft und dem Kulturstandort in Deutschland insgesamt.

Wir wissen, unter welchem Druck auch Kulturschaffende, Kulturbildende und alle die, die im Kulturwesen beschäftigt sind, aufgrund der Situation in den öffentlichen Haushalten zurzeit stehen. Also Kultur gerät unter Druck.

Herr Geis, ich habe Ihre Rede, ich glaube, vom letzten Doppelhaushalt, gut in Erinnerung, als diese Umressortierung, Kultur und Wissenschaft unter einem Dach, nach der Landtagswahl stattfand. Ich weiß auch, was damit intendiert war. Das hat durchaus meine Unterstützung gefunden, dass wir daraus noch einmal neue Impulse dafür ziehen, was an Aufgaben vor der Gesellschaft steht, eben über diese enge Verbindung von Wissenschaft und Kultur.

Nur ich muss sagen, von diesem Aufbruch und dieser Aufbruchstimmung ist nicht so viel herübergekommen. Erlauben Sie mir eine kleine Polemik. Sie reden nicht mehr über das, was aus der Verbindung von Wissenschaft und Kultur entsteht. Sie sind schon irgendwie sehr viel ökonomischer geworden und reden jetzt über Kultur und Tourismus.

(Geis, SPD: Auch!)

Das zu dem großen Wurf, der angesetzt war und der meiner Meinung nach nicht gekommen ist.

Kultur und Kulturpolitik sind aber vor ganz neuen Aufgabenstellungen so wichtig, glaube ich. Ich will nur zwei nennen, von denen wir in der letzten Diskussion wenig erfahren haben, die wir aber noch einmal in die Diskussion einbringen wollen.

Eine wichtige Aufgabe der Kulturpolitik wird sein, Begegnungs-, Austauschmöglichkeiten, Kulturübertragung und Kulturlernen zwischen den Generationen zu organisieren; denn noch nie haben so viele Generationen parallel und gleichzeitig in solch unterschiedlichen Subkulturen gelebt, wenn ich das sagen darf.

Ich glaube, dass das eine Aufgabe ist, einen solchen Austausch zwischen den Generationen zu organisieren und dafür Raum zu schaffen und eben nicht jede Generation, von der jungen bis zu der ganz alten, in der eigenen Kultur zu belassen.

Die Zweite ist auch eine Aufgabe der Kultur, was den Austausch angeht. Das ist die Frage, wie schaffen wir es, Kultur als Instrument der Begegnung zwischen verschiedenen Kulturen zu machen. Durchaus nicht in dem Sinn, wir haben eine Mehrheits- und eine Migrantenkultur, eine Migrantenkultur als Minderheitskultur und eine deutsche Kultur als Leitkultur oder so etwas, sondern: Wie schaffen wir es, einen Austausch dort hinzubekommen, der mehr bringt als Bewunderung von Folklore?

In die Richtung geht es auch manchmal. Es gibt also zwei wichtige Aufgaben, der sich die Kulturpolitik auch im Land stellt.

Ich finde es schade, wenn diese Aufgaben mit einer Diskussion um die Orchesterreform überdeckt werden. Die Diskussion sollte stattfinden, aber ich glaube, Sie haben durch Ihren ersten Vorschlag, die Art der Präsentation einer Fusion, Beteiligte in den Kommunen, in den Orchestern, in den Fangemeinden so etwas von vor den Kopf gestoßen, dass es unglaublich schwierig ist, zu einer Orchesterreform zu kommen, bei der man im Prozess und im Ergebnis zufrieden sein kann, Herr Minister Zöllner.

Ich will gar nicht zu denen gehören – das haben Sie auch nicht erlebt, wenn wir darüber im Ausschuss oder in der Anhörung diskutiert haben –, die sagen, da dürfe man nicht sparen. Diesbezüglich unterscheide ich mich von manch einem anderen und auch von, ich sage einmal, nicht ganz geradlinigen Argumentationen, zum Beispiel der Mainzer CDU.

Ich glaube, dass es notwendig ist, einen Prozess mit den Beteiligten zu organisieren, der dann auch auf Offenheit und gegenseitiges Vertrauen setzt, damit man einen Erfolg nicht infrage stellt.

Die erneute Präsentation Ihrer Übereinkunft – das war ähnlich wie mit Ihrem Vorschlag – ist offensichtlich nicht so gewesen, dass die Beteiligten in die Details und Einzelheiten wirklich eingeweiht waren, sonst hätten Sie nicht diese Empörung und Entrüstung erfahren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, das ist eben nicht nur Betroffenheitsabwehr und Ähnliches, und es ist auch nicht die Verweigerung an einer Mitwirkung, sondern es ist auch das Echo darauf, dass sie sich vorher in dieser Form nicht beteiligt gefühlt haben und wie Sie den Prozess eingeleitet haben.

Da ich nicht mehr viel Zeit habe, möchte ich nicht so viel zum Thema "Kultur und Tourismus" sagen. Ich glaube, dass wir dies im Ausschuss insbesondere im Zusammenhang mit dem Themenbereich des Mittelrheintals noch einmal diskutieren werden. Es stehen einige Diskussionen dazu an. Es wäre schön, wenn man Perlen auf einer Kette zusammenfassen könnte, aber die Festival-Idee, die es für das Rheintal in diesem Zusammenhang gibt, sehe ich noch nicht als Schnur. Ich glaube, wir sollten dies im Detail diskutieren, und die Landesregierung sollte ihre Pläne dafür offen legen.

Aber auch die Kommunen, die derzeit im Rahmen der Mittelrheinischen Musikmomente etwas auf die Beine gestellt haben, wissen nicht, was mit dem neuen Konzept auf sie zukommt. Daher belassen sie es lieber beim Alten. Ich habe mittlerweile den Eindruck, es ist ein großes Problem in diesem Ressort, dass Sie die Menschen bei Zielen nicht mitnehmen, die durchaus in Übereinstimmung verfolgt werden.

Womit wir nicht übereinstimmen – deswegen haben wir dies in unseren Änderungsanträgen thematisiert –, ist

die Art und Weise, wie die Landesregierung das Arp-Museum voranbringt. Wir sind der Meinung, dass es bislang immer noch kein überzeugendes Konzept gibt und es immer noch berechtigte Zweifel an der Werthaltigkeit der erstandenen Werke gibt. Ich finde es auch bemerkenswert, dass das ganze Konzept nicht federführend aus einem Fachressort heraus betrieben wird und auch noch nie betrieben wurde. Da das Fachressort dieses Projekt auch in der Vergangenheit nicht betrieben hat, hat das Finanzministerium es irgendwann an sich gezogen. Ich frage mich immer, wer es eigentlich ist, der dieses Museum in dieser Art und Weise puscht. Ich sage Ihnen, mein Eindruck ist, dass es uralte Vereinbarungen zwischen – ich würde beinahe sagen – uralten Männern gibt, die irgendwann einmal eine Idee hatten, die sie nun durchziehen wollen. Da aber das Konzept und die Basis nicht stimmen, sagen wir an dieser Stelle, da gehen wir nicht mit.

> (Glocke der Präsidentin – Staatsminister Professor Dr. Zöllner: Mit "uralt" war ich nicht gemeint? – Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

 Nein, mit "uralt" waren Sie nicht gemeint. Sie hatten dort die Finger vor langen Zeiten nicht drin.

(Staatsminister Mittler: War ich gemeint?)

 Herr Mittler, ich weiß es nicht. Wenn Sie mitgemacht haben, hängen Sie mit drin. Ich weiß es nicht, ich habe gesagt, es ist nur eine Hypothese.

Ich möchte noch zwei Sätze dazu sagen. Ich habe überhaupt nichts gegen ein überregional wirkendes Museum. Ich finde, der Bahnhof ist ein Kleinod, und man braucht keinen Leuchtturm darauf zu stellen. Er wäre auch in der Lage, mit einem guten Museumskonzept das zu bieten, was Sie sich vorstellen. Aber da zurzeit an allen anderen Ecken in der Kultur gespart wird, habe ich und mit mir auch viele andere in der Region, nicht nur die Koblenzer Musiker, kein Verständnis dafür, dass man ein Museumskonzept für über 30 Millionen Euro hochzieht, aber an anderen Ecken und Enden spart und es kein Konzept für die Folgekosten gibt. Ich sage Ihnen, der Förderverein und überhaupt alle anderen Vereine, die damit verbunden sind, sind zweifelhaft. Die Grundstrukturen kommen mir mehr als zweifelhaft vor, dass die Versprechen eingehalten werden, dass der Erfolg garantiert wird. Wir haben keine Zeit und insbesondere auch nicht die Finanzen, 30 Millionen Euro eventuell in den Sand zu setzen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für die FDP-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Kuhn.

Abg. Kuhn, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vielleicht sind wir im Bereich der Kultur gar nicht so weit ausein-

ander. Ich sehe gerade auf meiner Uhr, dass mir die Zeit weggelaufen ist.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Feigling! –
Heiterkeit der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

 Wenn Sie mich weiter stören, bekomme ich wirklich noch Probleme.

Die Rede des Herrn Kollegen Geis hat mir sehr gut getan. Sie hat auch die Position der FDP-Landtagsfraktion wiedergegeben, und es ist auch konzeptionell richtig, was er gesagt hat.

> (Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So viel zur Kultur bei der FDP!)

Ich möchte in aller Kürze noch einmal auf die Orchester-Strukturreform eingehen, die wir konstruktiv begleitet haben. Die Ziele waren klar. Das, was wir nun sehen, wird auch dem gerecht, was am Anfang angestrebt wurde. Es besteht also die Chance, Effizienzreserven zu nutzen, um in diesem Bereich, nach meiner Einschätzung ohne Qualitätsverluste, zu Einsparungen zu gelangen. Dies war ein schwieriger Weg, wie dies im Bereich der Kultur nun einmal so ist.

Sehr geehrter Herr Minister, ich darf aus der "Allgemenen Zeitung" vom 20. Januar zitieren: "Jürgen Zöllner, der Buhmann der ersten Stunde, ist in Mainz der einzige Politiker gewesen, der beherzt das Problem Theaterfinanzen angepackt hat. Auf städtischer Seite wurde nur betreten abgewartet. Jetzt hat Zöllner gezeigt, dass er in der Sache zwar immer noch hart, aber im Detail durchaus kompromissfähig ist, was ihm am Ende nicht nur den Preis für besonderen Mut.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jetzt liest er noch aus der Zeitung in der Kürze der Zeit vor!)

sondern auch den für Fairness einbringen könnte,

(Beifall der FDP und der SPD)

und ein bisschen gebührt er ihm tatsächlich."

Ich nehme an, dass nun die letzten Missverständnisse beseitigt sind und diese Reform zu einem guten Ende gekommen ist.

> (Beifall der FDP und der SPD – Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Kuhn, geben Sie doch das nächste Mal Ihre Rede schriftlich zu Protokoll!)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich begrüße zunächst weitere Gäste im Landtag, und zwar Schülerinnen und Schüler der Fachoberschule Wirtschaft und Verkehr sowie Metall und Technik der Berufsbildenden Schule Simmern. Willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat nun Herr Staatsminister Professor Dr. Zöllner.

Prof. Dr. Zöllner, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben vorhin über einen Punkt diskutiert, dessen Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit dieses Landes unstrittig ist. Es wird oft vergessen, dass für die Zukunftsfähigkeit des Landes dieser Bereich, der scheinbar nicht zu den harten Faktoren gehört, zumindest aus meinem Blickwinkel auch aus wirtschaftlicher Sicht von der gleichen qualitativen Bedeutung für eine inhaltlich gute Weiterentwicklung ist. Deswegen gebührt ihm auch eine besondere Aufmerksamkeit der Landesregierung.

Es gibt allerdings entscheidende Unterschiede zwischen dem Bereich der Hochschulen und der Wissenschaft auf der einen Seite und der Kultur auf der anderen Seite. Dies ist ganz ohne Zweifel der Fall. Damit greife ich die erste Bemerkung von Herrn Frisch auf. Es sind andere Zuständigkeiten gegeben. Es gibt überhaupt keinen Zweifel, dass eine blühende Kulturlandschaft, die nur eine blühende Landschaft in der Breite sein kann, maßgeblich in der Verantwortung der kommunalen Gebielskörperschaften gefahren werden kann. Es ist nicht die Aufgabe des Landes, die Kultur für jeden zu machen, zu bestimmen, zu bezahlen, sondern letzten Endes im wohlverstandenen Sinn der Subsidiarität bestimmte Teilbereiche unterstützend abzudecken.

Nach meinem Verständnis meines Amtes ist es mindestens genauso wichtig, dass ich, der ich für andere Geld besorgen soll, das Bewusstsein des Stellenwertes der Kultur in dieser Gesellschaft an jedem Ort und gegenüber jedem nachhaltig vertrete, als wenn ich mich in die erste Reihe bei einer Premiere setze, weil man meint, es kämen mehr Leute, wenn der Minister da ist.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wenn dies den kommunalen Entscheidungsträgern nicht gelingt, wird die Sache von den Füßen auf den Kopf gestellt. Sie wird umfallen und den Erwartungen, die wir mit Recht an sie stellen, nicht gerecht werden. Deswegen ist es der Job eines Ministers, diejenigen, die sich für den Kulturbereich einsetzen, in den Bereichen, in denen Entscheidungsspielräume und Alternativen vorhanden sind, zu unterstützen und mit Argumenten zu versorgen.

Aufgabe des Landes ist es, zuerst ganz sicher eine Förderung im Breitenbereich zu machen, weil das die Voraussetzung von Chancengleichheit in diesem Land und dafür ist, dass aus einer großen Breite in der Kultur dann auch Einzelaktivitäten erwachsen, egal in welcher Richtung. Wir machen dies. Wir reden über den Haushalt von diesem Jahr, Herr Frisch. Der Haushalt ist Aus-

fluss der Tatsache, dass wir, obwohl wir in einigen Bereichen gezielt sparen, in einigen Bereichen gezielt zulegen. Wir haben nicht bei der Unterstützung der Vereine gespart. Wir haben nicht bei den Bibliotheken gespart. In anderen Bereichen, beispielsweise den Musikschulen, haben wir massiv zugelegt.

Meine Damen und Herren, das ist praktizierte Kulturpolitik als Voraussetzung für die Entwicklung im gesamten Land.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ein zweiter Bereich findet seinen Niederschlag in diesem Haushalt, dass es nämlich Aufgabe des Landes ist, flächendeckend die Kulturinstitutionen aufrechtzuerhalten. Deshalb gab es eine alternative Entscheidung auch in der mittelfristigen Finanzplanung, notwendige Einsparsummen nicht in der Bezuschussung der Theater in Kaiserslautern, in Trier, in Koblenz und in Mainz auszubringen, sondern in dem, was als spezielle Aktivität des Landes oben draufkommt, eben den Orchestern. Das bedeutet, wir als Land sollten dafür sorgen, dass jeder in halbwegs akzeptabler Nähe auch solche Institutionen wie die genannten Theater erreichen kann. Dasselbe gilt selbstverständlich für Museen und Ähnliches, was es gibt. Ich möchte die Zeit nicht ganz in Anspruch nehmen.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zu dem Punkt, den Sie alle angesprochen haben, Herr Frisch besonders ausführlich. Daneben ist es Aufgabe der Kulturpolitik, Strukturen gerade in Zeiten von Haushaltsenge zu schaffen – das kommt übrigens nicht von mir, sondern das habe ich von einem klugen Mann gelesen –, damit die Strukturen, die historisch gewachsen sind und in ihrem Gewachsensein – auch das ist Kultur, Herr Frisch – dem heutigen Ist und den heutigen Notwendigkeiten gar nicht entsprechen können, den Schub bekommen, sich den Erfordernissen und Rahmenbedingungen von heute anzupassen, um letzten Endes ihren wesentlichen Beitrag zu leisten. Gerade weil sie so wichtig sind, müssen sie sich verändern, da sie dies sonst nicht können.

Wir sind die Schritte im Bibliothekszentrum gegangen. Wir sind die Schritte in den Mittelzuweisungen an die Museen gegangen. Wir haben die Diskussion bei der Reform der Orchesterstruktur in Rheinland-Pfalz begonnen. Nachdem Sie alle darauf eingegangen sind, muss ich dazu schon ein paar ausführlichere Bemerkungen machen.

Frau Thomas, ich möchte Ihnen gar nicht widersprechen. Möglicherweise war der Weg der falsche Weg. Ich weiß nur, dass dieses Ziel schon ein Dutzend oder mehrmals in dieser Republik auf verschiedenen Wegen angesteuert worden ist. Es ist noch nie erreicht worden, dass die Strukturen der Kooperation und der Arbeitsweise von Orchestern den heutigen Zeiten angepasst wurden.

Es ist selbst bei den Orchesterleuten unstrittig, dass es notwendig ist.

(Beifall bei SPD und FDP – Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es steht auch jetzt noch nicht!) Es ist noch nie erreicht worden.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ihr habt es auch in Rheinland-Pfalz noch nicht geschafft!)

Ich habe aber den Eindruck – zumindest sagen mir dies einige auch von außen –, man ist noch nirgendwo so weit gekommen wie wir in Rheinland-Pfalz. So ganz falsch kann es also nicht sein.

(Beifall bei SPD und FDP)

Den zweiten Punkt, den Sie angesprochen haben, muss ich klarstellen. Ich bin sogar froh, dass Sie ihn angesprochen haben. Sie haben gesagt, möglicherweise wären die Betroffenen nicht so über die Details informiert gewesen. Diese waren immer dabei. Sie waren nicht nur informiert, sondern sie haben den Diskussionsprozess mitgestaltet. Tatsache ist, dass dies eine Übereinkunft der Gewerkschaft, also der Orchestervereinigung, der Arbeitgeberseite, des Deutschen Bühnenvereins, und des Ministeriums ist. Sie haben gesagt, egal, was wir machen, wir sind in dem Sinn gar nicht stimmberechtigt oder wie auch immer, vielmehr ist der Sinn und Zweck, dass diejenigen, die zentrale Verantwortung tragen, in Gegenwart der Betroffenen miteinander reden, dass tatsächlich deren Wissen immer einfließen kann und nicht der Eindruck entstehen kann, dass etwas hinter ihrem Rücken passiert.

Jetzt kommt der entscheidende Punkt, also der, der von einigen jetzt offensichtlich benutzt wird, um nachdrücklich den Eindruck zu erwecken – ich komme noch auf die Zwischenbemerkung dieses Taschenspielertricks zurück –, es gäbe Unklarheiten. Es betrifft den Punkt 1 b in dieser Übereinkunft, in dem eine Summe auftaucht. Ich sage Ihnen, auf ausdrücklichen Wunsch der Betroffenen. der Orchester und der Orchestervereinigung, ist die ursprüngliche Formulierung von mir, die überhaupt nicht hätte missverstanden werden können, in eine andere Formulierung umgewandelt worden. Alle Leute wissen es, da sie meinen Entwurf in der Hand hatten. Auch die Journalisten hatten die beiden Exemplare. Diese haben die Ursprungsfassung, in der stand, dass die Gegenfinanzierung von 78 Stellen mit dem durchschnittlichen Gehalt von Ludwigshafen und von 60 Stellen mit dem durchschnittlichen Gehalt von Mainz ist, was übrigens für Koblenz bedeutet, dass aus dieser Summe schon 61,5 Stellen finanziert werden können. Das wussten alle. Sie haben aber gesagt, ich solle es so formulieren.

(Dr. Schmitz, FDP: So ist es!)

Das ist das, was ich wiederum in diesem Spiel als nicht ganz sauber – vorsichtig formuliert – empfinde.

(Beifall bei SPD und FDP)

Den Eindruck zu erwecken, ich hätte irgendetwas im Unklaren lassen wollen, finde ich nicht richtig. Herr Weiland, Sie haben in diesem Zusammenhang zu mir

blickend von Taschenspieler geredet. Herr Weiland, wir kennen uns gut genug.

(Dr. Weiland, CDU: Ich habe nicht zu Ihnen gesprochen, Herr Minister!)

– Ich möchte es dann neutral formulieren. Ich habe ein ausgesprochen reines Gewissen. Der bequeme Politiker hätte es mit dem Satz in Punkt 1 a belassen, dass in den Haushalt das und das hineingeschrieben wird. Sie sind doch alle Profis. Sie wissen genau, wenn ich die Summe nicht festlege, ist viel mehr unklar. Meine Damen und Herren, ich weise Sie darauf hin, beispielsweise die Bezahlung der Musiker in Koblenz variiert zwischen 44.000 Euro pro Jahr und 64.500 Euro.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist doch das Verrückte am Bezahlungssystem!)

Meine Damen und Herren, wenn es unser gemeinsames erklärtes Ziel ist, dass ich diesen Weg gehe, damit es nicht zu betriebsbedingten Kündigungen kommt, da mit betriebsbedingten Kündigungen die jungen und "billigen" Musiker ihren Job verlieren würden, sodass es vernünftig ist, diesen Weg zu gehen, damit Ältere Alternativen angeboten bekommen, ist es die logische Schlussfolgerung, dass man eine viel größere Anzahl als jetzt – mit dem Durchschnittsbetrag bezahlt – nachher tatsächlich mit der Grundfinanzierung wird bezahlen können.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich bin dankbar, dass Herr Geis das so schön formuliert. Es kann doch niemand bestreiten, dass der Gewerkschaftsvertreter – es war der oberste Boss der Gewerkschaft, nicht irgendjemand – mit Nachdruck offenbar nachweislich nach außen vertritt, dass dies eine ausgesprochen sowohl arbeitnehmerfreundliche als auch für die Funktionsfähigkeit des Ganzen zukunftsweisende Lösung ist.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wenn Sie es tatsächlich ernst meinen, dass man überall von effektivem Einsatz der Ressourcen sprechen sollte, dann sollten Sie darüber reden, dass dann, wenn wir dies zu Ende führen, zum ersten Mal in Deutschland die Ableistung von Diensten, die man im eigenen Orchester gar nicht ableisten kann, die verfallen, in einem anderen Orchester des Landes unentgeltlich erfolgen kann. Dies ist eine neue Dimension der Effektivität.

(Beifall bei SPD und FDP)

Dann, wenn eine Instrumentengruppe, wie die Flöten oder was auch immer, nur zu 60 % ausgenutzt ist, ich aber trotzdem fünf oder sechs Musiker brauche und dieses Problem nicht mit Teilzeitkräften lösen kann, weil nur die Möglichkeit besteht, halbe Stellen einzurichten, wird es zum ersten Mal über diese tarifliche Vereinbarung möglich sein, Vierfünftelstellen einzurichten, was ein Segen für jedes Orchester wäre. Meine Damen und Herren, wenn das nicht Fortschritt aus einer Notsituation heraus ist, dann weiß ich nicht, was es dann sein soll.

(Beifall bei SPD und FDP)

Dies sind nur Beispiele. Wer von Ihnen hätte denn zu träumen gewagt, dass es realistisch ist, dass eine solche Kooperation, wenn wir diesen Weg zu Ende gehen, zwischen den Theatern in Mainz und Wiesbaden und den Orchestern in Ludwigshafen und in Mannheim durch keinerlei tarif- oder arbeitsrechtliche Schwierigkeiten verhindert werden könnte.

(Beifall bei SPD und FDP)

Lassen Sie uns dies in aller Ruhe sehen.

Ich darf Ihnen versichern, die Offenheit der Diskussion wird bis zum Ende vorhanden sein, wobei ich zum Schluss versöhnlich sagen möchte, Herr Frisch, Sie haben natürlich Recht, der Teufel liegt im Detail. Wenn man aber denjenigen, die Details ausarbeiten, nicht die Linie vorgibt, dann werde ich nicht die Chance haben, ein einziges Detail geklärt zu bekommen, geschweige denn das Ganze.

Heute scheint der große Tag von PISA zu sein. Es bleibt mir gar nichts anderes übrig, ich muss Sie noch in zwei Zahlen korrigieren, weil Sie einen falschen Eindruck erweckt haben. Wie es nach Ihren Vorstellungen notwendig ist, 10 Millionen Euro in eine Kapitalstiftung einzuführen, um eine einzige Stelle zu finanzieren, ist mir unklar. Man kann sich darüber unterhalten, dass ein Musiker zu viel kostet, aber 10 Millionen Euro bringen bei schlechter Geldanlage eine Größenordnung von vielleicht 500.000 oder 600.000 Euro.

(Staatsminister Mittler: Mindestens 400.000!)

Es gibt wenig Musiker in rheinland-pfälzischen Orchestern, die 500.000 Euro pro Jahr verdienen.

(Beifall bei SPD und FDP)

So etwas nennt man eine Zehnerpotenz. Bei Geld sind Zehnerpotenzen schon ein Problem.

(Staatsminister Mittler: So rechnen die alle!)

Das Zweite ist, ich bitte Sie, der Korrektheit halber, schon darauf zu achten, dass das Land, dieser Minister, nicht 3,2, sondern zwei Millionen Euro einsparen will. Dann sollten Sie in öffentlichen Statements nicht nur in diesem Parlament, sondern auch außerhalb klarstellen, dass diese 1,3 Millionen Euro von Mainz keine Einsparung des Landes ist, sondern letzten Endes der Versuch, einer Stadt, die ihr eigenes Problem nicht lösen kann, einen Weg aufzuzeigen, ein zukunftsweisendes Theater beizubehalten.

(Beifall der SPD und der FDP)

Frau Thomas, natürlich ist es richtig – auch da haben Sie Recht –, dass die Wissenschaft und die Kultur noch keine Einheit sind. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir mehr Bündnisse brauchen. Wir brauchen Bündnisse zwischen Kultur und Tourismus. Wir brauchen auch Bündnisse zwischen Politik und Kultur. Ich glaube aber,

das wichtigste Bündnis ist das zwischen Kultur und Wissenschaft. Das aber zu erreichen, ist ein Kulturbruch.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das glaube ich nicht!)

Wenn Sie glauben, ein Minister oder eine Landesregierung könnte einen Kulturbruch innerhalb von einem oder zwei Jahren erreichen, dann irren Sie.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich habe diesen Eindruck nicht, Sie und Herr Geis schon!)

Alles, was darauf hindeuten würde, er hätte stattgefunden, wäre Scharlatanerie. Diese Landesregierung will sich in wichtigen Dingen nicht auf Scharlatanerie einlassen, sondern wichtige Dinge Schritt für Schritt, aber mit Konsequenz verfolgen.

Ich bedanke mich.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Jede Fraktion hat aufgrund der Rede des Herrn Ministers noch acht Minuten Redezeit.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Frisch.

Abg. Frisch, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zuerst komme ich zu den zehn Millionen Euro. Ich will es ins ofern erklären. Ich habe mich einfach versprochen. Ich habe von einer Stelle gesprochen. Ich habe ein Orchester gemeint. Sie sagen, der Ertrag liegt bei 400.000 Euro. Wenn Sie sechs Stellen beim Mainzer Orchester darüber finanzieren wollen, dann brauchen Sie im Prinzip diese 400.000 Euro. Sie brauchen aber eine Größenordnung von zehn Millionen Euro Kapital, um die sechs Stellen im Mainzer Orchester finanzieren zu können.

(Schmitt, CDU: Das ist wohl nachvollziehbar!)

Zweiter Punkt: Ich habe vorhin gesagt, Sie haben 3,2 Millionen Euro eingespart. Ich habe nicht gesagt, Sie haben sie im Landeshaushalt eingespart, sondern sie haben sich in der Addition zwischen dem, was das Land spart, und dem, was die beteiligten Kommunen einsparen, ergeben. Diese Zahl ist unbestritten.

(Staatsminister Zöllner: Ja, ja!)

Die geht aus Ihrem eigenen Konzept hervor. Insofern sind wir uns, was die Zahlen betrifft, meines Erachtens einig.

Ich muss aber noch ein grundsätzliches Problem ansprechen. Wir sprechen jetzt von Strukturreform der rheinland-pfälzischen Orchester. Ich bin mir nicht sicher,

ob dieser Begriff bei dem, was jetzt herausgekommen ist, unter dem Strich tatsächlich zutrifft. Herr Minister, das, was Sie ursprünglich wollten – die Kombination bzw. die Fusion von zwei Orchestern –, wäre aus meiner Sicht eine wirkliche Strukturveränderung gewesen. Damit haben Sie eine Bauchlandung produziert. Das ist nicht zum Tragen gekommen.

(Zuruf von der SPD)

 Gut, jetzt in Anführungszeichen. Seien Sie nicht so streng, Herr Kollege.

Gut, jetzt haben Sie versucht, ein Konzept zu bekommen, das Entlastungen bringt, das auch die Kooperation der Orchester stärker als bisher beinhaltet. Ich habe vorhin gesagt, Skepsis besteht im Hinblick auf die Frage, wie diese Kooperation umgesetzt werden kann. Aber gehen wir einmal davon aus, sie kann tatsächlich umgesetzt werden, dann könnte man jetzt trefflich darüber streiten, ob das eine tatsächliche Strukturveränderung oder nur eine Verbesserung der bisherigen Zustände ist. Ich will da jetzt nicht kleinlich diskutieren. Ich möchte nur eines sagen. Das Ziel, das in dieser Vereinbarung formuliert ist, ist noch nicht erreicht. Wir tun so, als ob es das schon wäre. Sie haben mich bestätigt, es gibt viele Teufel, die im Detail stecken. Erst, wenn das alles zur Zufriedenheit umgesetzt werden kann, können Sie dieses Sparziel wirklich erreichen.

Zur Frage der Aufnahme dieses Konzepts bei den Journalisten und auch bei den Betroffenen: Ich glaube, dass die ersten positiven Meldungen damit zusammenhingen, dass nicht deutlich wurde, dass eine Diskrepanz zwischen den angegebenen Stellen – 66 in Koblenz, 66 in Mainz und 80 in Ludwigshafen – und dann den Stellen besteht, die tatsächlich realisiert werden können mit dem Geld, das Sie zur Verfügung stellen können, also jeweils 60, das heißt zweimal sechs weniger, und die zwei weniger in Ludwigshafen. Diese Diskrepanz war bei Ihrer ersten Pressekonferenz offensichtlich nicht allen Beteiligten klar. Deswegen hat es sehr positive Meldungen dazu gegeben.

Es ist auch der Eindruck erweckt worden, als ob sich alle einig gewesen wären. In Wirklichkeit war es aber so, dass die Musiker, die selbst nicht mitstimmen konnten – es haben nur die Vertreter der Deutschen Orchestervereinigung und des Bühnenvereins mitgestimmt, nicht die einzelnen Musiker und die Vertreter der Musiker –, eben mehr gewusst haben, und erst im Nachhinein ist diese Diskussion in die Öffentlichkeit gegangen. Damit ist klar geworden, dass das Problem der Finanzierung dieser Differenz letztendlich entweder bei den Kommunen oder bei den Vereinen oder bei wem auch immer liegt, aber jedenfalls nicht beim Land. Ich denke, dass das dazu geführt hat, dass die heutigen und die gestrigen Schlagzeilen sich ganz gewaltig von denen vom Dienstag unterscheiden. Das war der Grund dafür.

Im Prinzip stehen wir dazu, dass auch im Bereich der Orchester eingespart werden muss. Wir denken, dieser Betrag, der jetzt angestrebt wird unter der Prämisse, dass so wenige Stellen damit finanziert werden können, ist zuviel des Schlechten. Damit besteht die Gefahr, dass Sie, Herr Minister, und wir alle 2006 oder 2007 vor

den Trümmern dieser jetzt so blühenden Orchesterlandschaft in Rheinland-Pfalz stehen werden.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann schließe ich die Aussprache zum Einzelplan 15.

Wir kommen zum

Einzelplan 01 – Landtag –

Dazu rufe ich die Punkte 4 und 5 der Tagesordnung auf:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes Rheinland-Pfalz Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/2803 –

Erste Beratung

...tes Landesgesetz zur Änderung des Fraktionsgesetzes Rheinland-Pfalz Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/2805 –

Erste Beratung

Die Fraktionen haben eine Redezeit von fünf Minuten beantragt.

Ich bitte um Wortmeldungen. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Hartloff das Wort.

Abg. Hartloff, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sprechen über den Haushalt des Landtags, in der Tat ein so schmaler Haushalt, dass man ihn ohne Probleme mit hierher tragen kann. Es ist ein Volumen von rund 30 Millionen Euro, zusätzlich die beiden Haushalte für den Bürgerbeauftragten und den Landesbeauftragten für den Datenschutz. Insgesamt sind es rund 32 Millionen Euro.

Was ist uns das eigentlich wert, einen Landtag zu haben? Um das auch ein wenig mal in Relation zu stellen: Die Ausgaben für den Landtag belaufen sich auf etwa 0,29 % der Gesamtausgaben des Landes. Die bereinigten Ausgaben hier sind 11,5 Milliarden Euro. Es sind pro Einwohner in Rheinland-Pfalz – auch das ist vielleicht ganz interessant – 8,22 Euro im Jahr. Wenn Sie manch aufgeregte Diskussion um Länderneugliederung, Abschaffung von Landtagen, Verkleinerungen miterleben, dann sollten Sie im Kopf haben, dass das zumindest aus dem finanziellen Aspekt nicht der Aspekt ist, der unsere gesamtgesellschaftlichen Finanzen und die öffentlichen Finanzen gesunden lässt.

Wenn Sie einen Blick über die Grenze wagen und sich vielleicht jetzt einmal anschauen, wie das bei den Primaries in Amerika aussieht, da war gerade eine in Iowa. Dieser Bundesstaat hat – wenn ich da einmal den neuesten Statistiken trauen darf – knapp drei Millionen Einwohner.

Auch in Amerika gibt es Länder, die noch wesentlich kleiner sind. In Alaska laufen nicht nur Eisbären herum, sondern da wohnen auch etwa 600.000 Einwohner. In Amerika diskutiert kein Mensch irgendwie intensiv, dass man die Bundesstaaten nivellieren und auf gleiche Größen bringen sollte und das etwa einen Gewinn an Demokratie mit sich bringen würde. Kalifornien hat etwa 35 Millionen Einwohner.

Es gibt gewachsene Strukturen, die unsere Demokratie ausmachen und funktionieren müssen. Damit das funktioniert, haben wir den Etat eingestellt, haben etwa 120 Personen, die für den Landtag direkt arbeiten und bei denen ich für meine Fraktion den Dank für eine gute Zusammenarbeit, für eine gute Zuarbeit für den Landtag abstatten möchte. Das funktioniert. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger können wir als Abgeordnete die Arbeit gut machen. Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt natürlich auch für die Büros des Bürgerbeauftragten und des Landesbeauftragten für den Datenschutz. Auch diese Arbeit hat sich bewährt, ist sinnvoll und fortzuführen. Die notwendigen finanziellen Mittel stehen hierfür zur Verfügung.

Wir diskutieren zwei Änderungen von Gesetzen mit. Das Abgeordnetengesetz wird geändert, indem wir bei den Beihilfen die notwendigen Einbehalte mitvollziehen, die dort verändert wurden. Ich darf anmerken, bei den Eingruppierungen, die wir vorgenommen haben, führt das für die Abgeordneten zu höheren Abzügen, als sie im direkten Vergleich vorhanden sind, nicht, weil die Abgeordneten ein schlechtes Gewissen hätten, sondern weil sie sich in der öffentlichen Diskussion so bewegen, wie es sich gehört, nämlich dass man im Zweifel, wenn es denn einer sein könnte, sich eher ein Stückchen mehr belastet.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich will in dem Zusammenhang noch einmal ausdrücklich erwähnen, dass in diesem Jahr wie auch im vergangenen Jahr in dem Abgeordnetengesetz keine Diätenanpassung oder -erhöhung vorgesehen war bzw. ist, sondern dass wir eine so genannte Nullrunde fahren.

Ich weiß, dass das oft als selbstverständlich angesehen wird. Nur, ich sage in dem gleichen Selbstbewusstsein für meine Kolleginnen und Kollegen dazu, dass es nicht angeht, dass man die Entwicklung der Abgeordnetengehälter, bloß weil es opportun ist, von den allgemeinen Lebensentwicklungen komplett abkoppelt. Das wird auf Dauer durch verschiedene Nullrunden in der Vergangenheit geschehen. Da soll man sich auch nicht von medialen Eintagsfliegen und anderen jagen lassen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir machen es dieses Jahr, weil wir es in der Gesamtverantwortung für angemessen halten.

Letzter Satz zu den Fraktionszuschüssen: Auch diese wurden im letzten Jahr nicht erhöht. Dieses Jahr werden wir eine Erhöhung mit allen Fraktionen von 1,5 % vorschlagen. Das ist unter der allgemeinen Gehaltsentwicklung. Wir haben davon die Gehälter unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie auch die Sachkosten zu bestreiten. Wir halten diese Erhöhung für angemessen.

Allerletzter Satz: Es gibt einen Antrag der CDU-Fraktion, dass man eine Verpflichtungsermächtigung von 100.000 Euro einstellen soll, damit ein Gutachtenwunsch der Enquete-Kommission "Kommunen" in vollem Umfang umgesetzt werden kann. Das Gutachten soll etwa 150.000 Euro kosten.

Herr Hörter, wir halten diesen Betrag hierfür angesichts des zu erwartenden Ertrags für zu hoch und wollen mit den anderen Fraktionen darüber sprechen, wie man in anderer Weise etwas machen kann. Im Haushalt sind etwa 50.000 Euro für Enquete-Kommissionen vorges ehen, damit man Gutachten sinnvollerweise einholen kann.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche dem Landtag mit den Mitteln, die er für das Haushaltsjahr 2004 hat, eine gute Arbeit.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Jullien das Wort.

Abg. Jullien, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten heute den Einzelplan 01, den Einzelplan des Landtags mit dem Bereich des Bürgerbeauftragten und des Datenschutzbeauftragten. Wir konnten schon vom Vorredner hören, dass es eine weitgehende Übereinstimmung gibt. Insoweit hat auch die CDU-Fraktion im Rahmen der abschließenden Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss diesem Einzelplan die Zustimmung erteilt. Das werden wir auch bei der Schlussabstimmung so halten.

Herr Kollege Hartloff, Sie haben aber in diesem Zusammenhang die Höhe und die anfallenden Kosten eines Gutachtens angesprochen, die wir seitens der CDU wiederum mit einem Schreiben an den Landtagspräsidenten hinterfragt haben. Wir haben auch darum gebeten, den Landtag zu beauftragen, die Kosten in Höhe von rund 150.000 Euro für das Gutachten, das in der Enquete-Kommission – das betone ich – einstimmig, auch von den Kollegen Ihrer Fraktion, beschlossen wurde, sicherzustellen.

Ich möchte noch einmal festhalten, dass dies kein Antrag der CDU oder der Kollegen der CDU in der Enquete-Kommission war. Auch Ihre Kollegen aus Ihrer Fraktion in der Enquete-Kommission haben diesen Antrag der Antrag der Kommission haben diesen di

trag mit unterstützt. Das muss einmal in aller Deutlichkeit gesagt werden.

(Beifall bei der CDU – Hartloff, SPD: Ich habe nichts anderes gesagt!)

Das sollten Sie auch so an Ihre Kollegen weitergeben. Ich merke, wenn es denn anders wäre, hätte sich Herr Kollege Schweitzer schon längst lautstark zu Wort gemeldet.

Meine Damen und Herren, im Zuge der weiteren Beratung steht die erste Beratung zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und die Änderung des Fraktionsgesetzes an. Es geht in der Tat nicht um eine Anhebung und Erhöhung der Diäten, wie vielleicht anfänglich hätte vermutet werden können.

Meine Damen und Herren, es geht darum, dass auch die Abgeordneten einen Eigenanteil an den Krankheitskosten zu tragen haben, wobei dies bereits erfolgt ist, es jetzt nur zu dieser verpflichtenden gesetzlichen Neuregelung ab dem 1. Januar 2004 kommt.

Ich glaube, wir sollten erwähnen, dass es bereits seit dem Jahr 2003 eine derartige Kostenbeteiligung gegeben hat. Insoweit möchte ich von dieser Stelle den Vorwurf zurückweisen, dass es im Jahr 2003 eine Besserstellung für Abgeordnete gegeben hat. Meine Damen und Herren, die hat es nicht gegeben. Die Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten wurden nicht besser, aber auch nicht schlechter gestellt als die Beamten, sodass wir hier bewiesen haben, dass wir nicht nur keine Sonder- oder Besserstellung haben und über keine Privilegien verfügen, sondern vielmehr bereit sind, im Hinblick auf die schwierige Haushaltslage einen Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen zu leisten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, bei dem zweiten Gesetzentwurf, der die Änderung des Fraktionsgesetzes beinhaltet, geht es darum, die Höhe der Zuschüsse für die Fraktionen nach § 85 a der Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz neu fes tzulegen.

Hierbei ist ebenfalls anzumerken, dass diese Fraktionsgelder zuletzt zum 1. Januar 2003 angepasst wurden, im Jahr 2003 keine Erhöhung dieser Fraktionszuschüsse erfolgt ist und es uns allein im Jahr 2004, wenn wir in etwa eine Tarifanhebung von 1,8 % vornehmen müssen, nicht gelingt, aus der Erhöhung des Fraktionskostenzuschusses von 1,5 % die anfallende Personalkostenanhebung zu finanzieren. Auch hier sind wir unserer Verantwortung in einer haushaltsmäßig schwierigen Lage und Zeit gerecht geworden, sodass die jetzt vorzunehmende Anhebung, die wir für die Fraktionskostenzuschüsse beantragen, angemessen, mit Augenmaß und in jeder Weise als sachgerecht zu bezeichnen ist.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang lassen Sie mich vielleicht noch auf eins eingehen, was

Sie, Herr Kollege Mertes, gestern in der Ihnen so eigenen polemischen Art und Weise

(Mertes, SPD: Was? Unglaublich! Wo gibt es so etwas!)

über das gesagt haben, was die CDU-Fraktion im Jahr 2002 hinsichtlich ihrer Fraktionsgelder – –

(Mertes, SPD: Ihrer Unterdeckung!)

- Bitte?

(Mertes, SPD: Ihrer Unterdeckung!)

- Herr Kollege Mertes, natürlich ihrer Unterdeckung.

Ich möchte es mir ersparen, im Wesentlichen auf Zahlen einzugehen.

Herr Mertes, aber ich würde schon einmal darum bitten, dass Sie vor Ihrer eigenen Tür kehren.

Wenn Sie es wünschen, kann ich Ihnen die Unterdeckung Ihrer eigenen Fraktion aus den Jahren 1999 und 2000 einmal darstellen. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU)

Die SPD-Fraktion hatte im Jahr 1999 einen Verlust in Höhe von 156.000 DM und im Jahr 2000 einen Verlust in Höhe von 138.000 DM auszuweisen. Das sind Zahlen, die auch einmal für die Öffentlichkeit genannt werden sollten.

(Glocke der Präsidentin)

Herr Mertes, daher kann ich Ihnen nur die Empfehlung geben, zuzusehen, Ihren eigenen Laden in den Griff zu bekommen. Kehren Sie vor Ihrer eigenen Tür. Wer im Glashaus sitzt, der sollte bekanntlich nicht mit Steinen werfen. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen, Herr Kollege Mertes.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zu einer Kurzintervention hat Herr Abgeordneter Hartloff das Wort.

Abg. Hartloff, SPD:

Ordnung muss sein. Herr Kollege Jullien hat von Defiziten gesprochen, die zutreffend waren. Weil wir aber gut wirtschaften, sind diese Defizite ausgeglichen. Wir haben eine kleine Rücklage erwirtschaften können. Das gilt auch für das vergangene Jahr, das demnächst abgerechnet wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zur Erwiderung hat Herr Kollege Jullien das Wort.

Abg. Jullien, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass wir unser Defizit aus dem Jahr 2002 natürlich aus gebildeten Rücklagen ausgeglichen und wir insoweit kein Problem haben. Daher kann ich Ihnen die Zahl schon jetzt nennen, die wir als Überschuss für das Jahr 2003 erwirtschaftet haben. Die CDU-Fraktion wird nämlich einen Überschuss von rund 90.000 Euro erwirtschaften und in ihrem Geschäftsbericht ausweisen. Herr Kollege Hartloff, in dieser Hinsicht sind wir etwas aktueller als Sie. Wir können schon Zahlen benennen, die Sie noch nicht benennen können.

(Beifall bei der CDU – Unruhe im Hause)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Schmitz.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich halte mich gern noch eine Minute zurück, um dem ausdauernden Streit insbesondere der ersten Reihen Gelegenheit zu geben, die Tribüne davon zu überzeugen, dass jeweils die eine, aber nicht die andere Seite Recht hat.

Meine Damen und Herren, fester Bestandteil der Erörterungen des Haushaltsentwurfs beim Einzelplan 01 ist die Diskussion über die Abgeordnetendiäten sowie die Geldleistungen an die Landtagsfraktionen. Insbesondere die Höhe der Diäten und der allgemeinen Unkostenpauschalen sind Themen - das wissen wir - mit herausragender Öffentlichkeitswirkung. Verbunden ist dieses Interesse gelegentlich – das darf man ruhig einmal so sagen - mit einem Schuss Misstrauen und gelegentlich auch mit einem Anflug Unverständnis, wie wir immer wieder feststellen können oder müssen. Herr Kollege Hartloff hat schon die absoluten Dimensionen beschrieben. Sie sind in der Tat nicht so, dass wir Gefahr laufen würden, die Binnenkonjunktur abzuwürgen. Ich bin der Auffassung, dass es wichtig ist, deutlich zu machen, dass die Vorwürfe, die immer einen Hauch Selbstbereicherungsmisstrauen beinhalten, nicht gerechtfertigt sind.

(Beifall bei der FDP)

Ich sehe mich als Parlamentarier zwar an sich nicht in der Notwendigkeit, meine Diäten an der Besoldung der Beamten auszurichten, dennoch soll deutlich gemacht werden, dass diese Vorwürfe, die im Raum standen, jeder Grundlage entbehren. Es war für uns im Wesentlichen ein Akt der Fairness, deutlich zu machen, dass mit einer Nullrunde – nicht der ersten Nullrunde – die Diäten der Parlamentarier deutlich weniger gestiegen sind

 und mit realen Kaufkraftverlusten gleichzusetzen sind – als die der Beamtenschaft.

Wenn ich beispielsweise aus meinem eigenen Erleben die vergangenen drei Jahre Revue passieren lasse, so führen zwei Nullrunden und eine 2,3%ige Erhöhung im arithmetischen Mittel zu einer jährlichen Diätenerhöhung um etwa 0,76 %.

(Dr. Schiffmann, SPD: Ist die Zahl mit Herrn Keller abgesprochen?)

 Ich hoffe, dass ich im Hinblick auf die Zahlen keinen Widerspruch anstoße; denn das hatte in den vergangenen zwei Tagen Tradition.

Meine Damen und Herren, es liegt in der Besonderheit der Abgeordnetendiät, dass sich kein Verband, keine Gewerkschaft und keine Arbeitgeberorganisation darum kümmert, sondern wir als frei gewählte Abgeordnete durch Gesetz verpflichtet sind, die Abgeordnetenentschädigung selbst festzulegen. Wir tun das nicht in geheimen Klausuren, sondern offen, öffentlich und transparent. Wir bewegen uns auch nicht im luftleeren Raum, sondern wir tun dies auf der Basis gesetzlicher Vorschriften, mit normierten Rahmenbedingungen, die wir zu beachten und einzuhalten haben. Die Begriffe, die regelmäßig auftauchen, sind "Angemessenheit" und "allgemeine Entwicklung der Einkommen und Preise".

Meine Damen und Herren, die vier Fraktionen haben sich auf eine Nullrunde verständigt. Wir als FDP-Fraktion unterstützen das nachdrücklich. Wir müssen natürlich aufpassen, dass auf Dauer die Diätenentwicklung in einem vernünftigen Verhältnis zur Angemessenheit und zur allgemeinen Entwicklung von Einkommen und Preisen steht.

Darüber hinaus unterstützen wir die Änderung des Abgeordnetengesetzes dahin gehend, dass die Kostendämfungspauschale bei der Beihilfe, die bei Beamten eingeführt wurde, analog ab dem Jahr 2004 nun auch für Abgeordnete gelten soll. Die Höhe dieser Pauschale liegt je nach Besoldungsstufe und abhängig davon, ob es sich um jemanden handelt, der aktiv im Dienst oder Ruhestandsempfänger ist, zwischen 100 Euro und 700 Euro je Jahr. Das ist ein Bereich, der insbesondere in der ersten Gruppe, zu der ich nicht zähle, ein Betrag ist, der wehtut und deutlich macht, dass man beispielsweise im Vergleich zur Beamtenbesoldung dem Aspekt der Fairness große Aufmerksamkeit geschenkt hat.

Ich möchte noch etwas zum Landesgesetz zur Änderung des Fraktionsgesetzes Rheinland-Pfalz sagen. Den Fraktionen werden zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben Geldmittel in einer bestimmten Höhe zugewiesen. Diese Wahrnehmung soll effektiv und sachgemäß sein. Wenn man bedenkt, dass es bei den Fraktionen vor allem um die Anpassung von Gehältern geht, also Personalkosten, dann ist die 1,5%ige Erhöhung weniger als das, was an Personalkosten über Tariferhöhungen im Raum steht, also de facto ein Abschmelzen. Auch das ist wichtig und Ausdruck der Tatsache, dass der Landtag Rheinland-Pfalz die Zeichen der Zeit erkannt hat, sich nicht nur

über Sparsamkeit unterhält, sondern tatsächlich sparsam ist.

(Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, insbesondere in Anbetracht des zu Beginn meiner Rede erwähnten großen öffentlichen Interesses halte ich das für ebenso wichtig wie erfreulich.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Braun.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man die Zeitung liest, ist die Diskussion über die Abgeordneten natürlich immer die spannendste Diskussion im Jahr. Für uns ist dies meines Erachtens aber nicht unbedingt die spannendste Diskussion, sondern es ist immer die Diskussion darüber, wie wir uns als Abgeordnete gegenüber der Öffentlichkeit verhalten. Ich betone, dass es nicht selbstverständlich ist, dass Abgeordnete von vornherein keine Steigerung ihrer Diäten erfahren. Es kann nicht sein, dass alle Steigerungen bei den Löhnen und Gehältern erfahren, natürlich auch die Regierung – – –

(Staatsminister Zuber: Was?)

 Ich meine natürlich die Ministerien. Die Regierung hat darauf verzichtet.

Es besteht aber die Möglichkeit, dass die Regierung Steigerungsrunden hat, während das Parlament auf die Steigerungsrunde verzichtet. Deshalb halte ich es für nicht selbstverständlich, dass man auf eine Diätenerhöhung verzichtet. In diesem Jahr halte ich es aber für angebracht. Als wir darüber geredet und darüber entschieden haben, waren harte Einschnitte in der Diskussion

Diese harten Einschnitte werden jetzt auch umgesetzt und durchgesetzt. Es treffen auch andere Teile der Bevölkerung sogar Lohnkürzungen oder Einnahmenkürzungen. Das betrifft gerade diejenigen, die wenig bekommen, und diejenigen, die arbeitslos werden können oder arbeitslos geworden sind. Daher ist es richtig und ein Akt der Solidarität, dass die Abgeordneten auf eine Diätenerhöhung verzichten. Deshalb halten wir es für richtig, in diesem Jahr den Verzicht auf die Tagesordnung zu nehmen.

Wir haben dann in den Fraktionen darüber diskutiert – in den Fraktionen haben wir auch Angestellte –, ob wir mit einer Steigerung der Gelder für die Fraktionen von 1,5 % oder weniger zurechtkommen können. Ich halte 1,5 % für angemessen. Ich halte es allerdings auch nicht für selbstverständlich, dass wir steigern.

Unser Vorschlag war, dass dann, wenn wir die Fraktionsgelder um 1,5 % anheben, wir das aus dem Topf des Landtags gegenfinanzieren. Dies allerdings nicht aus dem Verzicht auf die Diätenerhöhung, sondern wir wollten dafür sorgen, dass dann insgesamt die Höhe der Ausgaben des Landtags um die Höhe des Verzichts auf die Diätenerhöhung sinkt. Dazu gibt es verschiedene Vorschläge. Wir haben das innerhalb der Fraktionen nicht weiter beraten, weil eine gegenseitige Deckungsfähigkeit vorgeschlagen. Wir hätten uns aber schon vorstellen können, zum einen beim Ansatz für die Reisen, der nicht ganz ausgenutzt wird, weitere Einsparungen zu erzielen. Da wären durchaus ein oder zwei Möglichkeiten gegeben gewesen. Beispielsweise kann aber auch darüber diskutiert werden - ich rege das als Diskussion an -, dass die Aufwendungen für die persönlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordneten gestreckt werden.

> (Mertes, SPD: Genau wieder bei den Kleinsten! Sonst macht ihr immer die soziale Kiste auf!)

 Nein, es soll nicht das Gehalt, sondern es soll die Erhöhung der Stundenzahl gestreckt werden. Herr Mertes, das wissen Sie doch.

Darüber hinaus hätten wir natürlich auch noch andere Möglichkeiten der Kostendämpfung. Deshalb und weil wir sagen, auch der Landtag muss mit seinen Ressourcen sparsam umgehen, verstehen wir überhaupt nicht, weshalb die CDU nun völlig überraschend 100.000 Euro als Verpflichtungsermächtigung für irgendwelche Gutachten für das nächste Jahr beantragt. Wir haben nicht nur eine Enquete-Kommission. Herr Jullien, stellen Sie sich vor, die andere Enquete-Kommission hätte den gleichen Beratungsbedarf. Dann könnten wir schon mit 200.000 Euro oder 300.000 Euro rechnen.

(Schnabel, CDU: Das ist ein Unterschied!)

Ich halte es für völlig überzogen – eine dritte Enquete-Kommission wird derzeit diskutiert –, dass vor dem Hintergrund einer Spardiskussion, die die CDU angeregt hat und die immer wieder die 13 Millionen, die 13 Millionen und die nächsten 13 Millionen pauschal sparen wollte, sie jetzt mit dem Vorschlag kommt, 100.000 Euro für ein Gutachten auszugeben, das wir alle in diesem Umfang gar nicht für notwendig halten.

(Unruhe bei der CDU)

Mit den 100.000 Euro, die Sie für das nächste Jahr vorschlagen, können wir in diesem Bereich die Fraktionen unterstützen, indem wir mehr einstellen, ohne den ganzen Etat damit aufzublähen. Im nächsten Jahr müssen wir natürlich auch wieder über die Diätenregelung reden. Im nächsten Jahr müssen wir auch darüber reden, wie die Fraktionen positiv unterstützt werden können.

(Glocke der Präsidentin)

Zum Schluss will ich noch einen Punkt erwähnen, den Herr Mertes gestern schon angesprochen hat. Wenn die Fraktionen ihrem Auftrag nachkommen, die Regierung kritisch zu beobachten, ist es natürlich problematisch, wenn wir Postkartenaktionen usw. mit solchen Sprüchen, wie die CDU sie gestern vorgestellt hat, aus den Geldern finanzieren, wenn wir vorher sagen, dass wir eine Erhöhung dringend benötigen.

(Jullien, CDU: Lassen Sie das unsere Entscheidung sein! – Weitere Zurufe von der CDU)

Dann könnten wir auch auf Erhöhungen verzichten, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist dieser Punkt der Beratung beendet. Ich weise noch darauf hin, dass die zweite Beratung des Abgeordnetengesetzes und die zweite Beratung des Fraktionsgesetzes morgen nach den Abstimmungen zum Haushalt erfolgen.

Ich begrüße zunächst weitere Gäste bei uns im Landtag, und zwar Mitglieder des CDU-Ortsverbands Sehlen. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Wir kommen nun zum

Einzelplan 10 – Rechnungshof –

Dieser Einzelplan wird gemäß Absprache im Ältestenrat ohne Aussprache behandelt.

Ich rufe den

Einzelplan 06

– Ministerium für Arbeit, Soziales,
Familie und Gesundheit –

auf.

Die Fraktionen haben eine Redezeit von 20 Minuten vereinbart.

Ich erteile der Frau Abgeordneten Thelen das Wort.

Abg. Frau Thelen, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit – derzeit beklagen wir in Rheinland-Pfalz über 150.000 arbeitslose Menschen – ist gerade dem Sozialetat große Aufmerksamkeit zu schenken. Der Sozialetat ist einer der teuersten Einzelpläne dieses Landes, was wegen des Aufgabenumfangs grundsätzlich auch nicht verwundert. Die Gesamtausgaben steigen von 1.215 Millionen Euro auf 1.239 Millionen Euro. Dank der veranschlagten, etwas deutlicher steigenden Einnahmen steigt der Zuschussbedarf von 776 Millionen Euro auf rund 777,5 Millionen Euro.

Aber auch für die sozialpolitischen Aufgaben müssen die zur Verfügung stehenden Steuermittel sparsam und effektiv eingeplant und verausgabt werden. Dies bedeutet nach unserer Bewertung insbesondere die Linderung solcher Notlagen, die ohne die Unterstützung durch Landesmittel nicht unmittelbar von den zuständigen Trägern erfolgen kann. Dies bezieht sich selbstverständlich insbesondere auf den gestaltbaren Teil der Ausgaben.

Die gesetzlich gebundene Leistungserbringung, zum Beispiel im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes und der dazu ergangenen Vierten Landesverordnung oder auch im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, die weitgehend im Zuständigkeitsbereich des Landes im Kapitel 06 04 veranschlagt sind, lässt verständlicherweise nur geringe Handlungsspielräume.

Im gestaltbaren Bereich muss allerdings immer wieder hinterfragt werden, ob Landesmittel überhaupt, und wenn, in welchem Umfang erforderlich sind. Deshalb möchte ich zumindest aus unserer Sicht noch etwas zur notwendigen Nachrangigkeit des Landes sagen. Ziel der Sozialpolitik des Landes muss es nach unserer Überzeugung sein, sich nur dort zusätzlich und ergänzend zu engagieren, wo Träger vor Ort im eigenen Aufgabenbereich nicht allein in der Lage sind, den Menschen in unserem Land, ob arbeitslos, krank, in sozialer Notlage, ob behindert oder mit erzieherischen Aufgaben überfordert, ausreichend und effektiv zu helfen.

Das Land ist selbstverständlich gefordert, wenn es um die planerische oder/und finanzielle Unterstützung überregional notwendiger Einrichtungen und Hilfeangebote geht. Ich nenne beispielsweise die Altenhilfezentren, die Sozialstationen oder auch die Werkstätten und Wohnheime für behinderte Menschen. Auch hier kann das Land modellhaft einzelne Projekte anstoßen und finanziell unterstützen, um die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit überprüfen zu können. Es darf aber keinen Automatismus hin zu einer unkritischen Dauerfinanzierung geben.

(Beifall der CDU)

Es muss immer wieder hinterfragt werden, ob der Bedarf für das Hilfeangebot und die Notwendigkeit der Unterstützung aus Steuermitteln weiter gegeben ist. Wir sehen dies zum Beispiel bei den Technologieberatungsstellen nicht mehr.

Als diese auch mit Unterstützung der CDU eingeführt wurden, ging es darum, Arbeitnehmern durch Beratungsstellen ihrer Arbeitnehmervertretungen – damals waren das noch der Deutsche Beamtenbund und der Deutsche Gewerkschaftsbund, heute ist das ausschließlich der Deutsche Gewerkschaftsbund – fachkundige Hilfe und Beratung für den Umgang mit dem rasant zunehmenden EDV- und Technikeinsatz zur Seite zu stellen. Dieser Prozess ist heute nicht mehr mit Ängsten, Unwissen und Überforderung aufseiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbunden. Er ist ein Teil des selbstverständlichen Betriebsalltags.

Demzufolge hat sich auch der Tätigkeitsbereich der Technologieberatungsstelle des DGB zwischenzeitlich

deutlich verändert. Sie berät und unterstützt Betriebsräte und Betriebe, zum Beispiel um drohende Insolvenzen abzuwenden, um Arbeitsabläufe zu optimieren und damit Firmen zu sichern.

Dies ist eine Aufgabe, die heute auf dem Markt von vielen Beratungsunternehmen angeboten wird, die nicht alle so teuer sind wie Roland Berger. Wir wollen daher mit dem von uns erneut eingebrachten Antrag, diesen Ansatz mit 620.000 Euro gänzlich zu streichen, die Notwendigkeit dieser Überprüfung verdeutlichen. Ich will an dieser Stelle allerdings auch ausdrücklich sagen, dass es Ansätze in diesem Bereich gibt – es geht um die nächste Haushaltsstelle –, die wir für sehr wichtig und deren Steigerung wir für ein richtiges Signal zur richtigen Zeit halten. Es geht um die Steigerung des Ansatzes im Bereich der Eltern- und Familienbildung.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich hatte kürzlich das Vergnügen, an einer entsprechenden Veranstaltung des Ministeriums teilzunehmen. Ich kann das Ministerium nur ermuntern, in diesem Bereich weiter tätig zu sein. In unseren heutigen Zeiten ist es wichtig, Familien vermehrt zur Seite zu stehen, sie in ihren Aufgaben zu unterstützen und diejenigen zusammenzubinden, die mit und für Familien arbeiten. An dieser Stelle halten wir für das richtige Signal, dass auch die Familienbildungsstätten von den Ansätzen profitieren.

Familien sind wichtig. Sie brauchen unsere Unterstützung. Wir alle spüren, wie es sich auswirkt, wenn die Familie protestiert, sprich, sich enthält, und junge Menschen keine Familien mehr gründen. Deshalb stehen sie vermehrt im Zentrum des politischen Engagements. Vielleicht hat das Land auch deshalb einen Landesfamilienbeirat gegründet, den ich grundsätzlich begrüße. Allerdings mache ich an einer nicht unwesentlichen Stelle ein großes Fragezeichen.

Aufgrund der auch aus unserer Sicht sehr unglücklichen Aufgabenzuteilung, nämlich zum überwiegenden Teil der Aufgaben aus dem Kinder- und Jugendhilfegesetz im Ressort der Frau Ministerin Dreyer im Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit, bleibt ein nicht unwesentlicher Bereich für die Familienpolitik, nämlich der komplette Kinderbetreuungsbereich, im Ressort von Frau Ministerin Ahnen im Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend. Bei der Gründung des Landesfamilienbeirats wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der komplette Kindertagesstätten- und Kinderbetreuungsbereich bei der Beratung des Landesfamilienbeirats außen vor bleiben soll.

(Frau Schneider-Forst, CDU: Hört, Hört!)

Ich halte das für ausgesprochen schwierig, weil ich nach wie vor, auch wenn es um Arbeitsmarktpolitik für Familien geht, immer wieder den Betreuungsaspekt für notwendig erachte. Er wird automatisch in die Diskussion mit einbezogen werden. Ich wäre dankbar, wenn man diese Konzeption noch einmal überdenkt, damit man nicht eine amputierte Familienpolitik in diesem Beirat diskutieren kann.

(Beifall der CDU)

Zu der überregionalen Verantwortlichkeit des Landes zählt neben der Erstellung des Krankenhausplans, der gerade wieder neu beschlossen wurde, auch die uns eres Erachtens notwendige Neuauflage des Landesbehindertenplans, um zum einen den Trägern der Behindertenarbeit vor Ort, von Werkstätten, Wohnheimen, Tagesstätten und anderen, aber auch dem Land selbst Planungssicherheit zu geben. Der alte Behindertenplan zeichnete sich negativ durch jedwedes Fehlen von Planungsdaten aus.

Um den Bedürfnissen behinderter Menschen auch in der Zukunft gerecht zu werden, müssen die notwendigen Daten dringend erhoben werden. Zum Beispiel wachsen – das ist bekannt, aber bislang nicht mit Zahlen festgemacht – Tag für Tag viele Menschen in das Ruhestandsalter. Für diese ist noch nicht ausreichend durch tagesstrukturierende Wohnangebote gesorgt. In gleicher Weise wirkt sich das Modell "Selbst bestimmen – Hilfe nach Maß" auf die Wohnbedürfnisse behinderter Menschen durchaus positiv aus. In welchem Umfang werden wir in der Zukunft noch stationäre Heimplätze brauchen? Auch hier müssen Fakten auf den Tisch gelegt werden, um den zu erwartenden Entwicklungen gerecht werden zu können.

Zurück zur Nachrangigkeit des Landes. Dort, wo es um die unmittelbare Hilfe für die Menschen vor Ort geht, müssen nach unserem Verständnis einer effektiven Verwaltung im Land die Verantwortlichen vor Ort eigenständig in der Lage sein, diese Hilfe leisten zu können. Dies setzt eine Landesregierung voraus, die sich selbst zugunsten starker Kommunen zurücknimmt. Dies setzt die notwendige Finanzausstattung unserer Kommunen voraus. Wir halten dies grundsätzlich für den besseren Weg, weil in den Regionen die Probleme der Menschen hautnah erlebt werden und die regionalen Hilfeangebote sich verknüpfend und ergänzend wesentlich effektiver gestaltet werden können.

Die Landesregierung hat jedoch trotz allem Reden von Verwaltungsmodernisierung und neuestens auch Gebietsreformen einen grundsätzlich anderen Ansatz. Sie regieren lieber vor Ort auf Dauer mit und halten die örtliche und regionale Sozialpolitik mit unzähligen Projekten und Programmen am gegängelten Zuschusszügel.

(Beifall der CDU – Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Zu unserem nachrangigen Verständnis der Landessozialpolitik gehört nach unserer Auffassung durchaus die Notwendigkeit, durch das Erproben neuer Hilfeformen mit besonderen Konzepten und Zielgruppen sinnvolle Wege für die effektive Hilfe vor Ort zu weisen. Dazu gehören aber in gleicher Weise die zeitliche Befristung der Modelle, die sorgfältige Überprüfung ihrer Wirkung und die konsequente Schlussfolgerung aus den gewonnenen Erkenntnissen. Das heißt im Erfolgsfall eine möglichst breite Umsetzung dieser Maßnahmen im ganzen Land, allerdings in der Entscheidungsfreiheit der örtlich Verantwortlichen mit möglichst autonomen Strukturen

vor Ort ohne dauerhafte Mitfinanzierung durch das Land. Es gehört aber auch dazu, im Fall des Misserfolgs

(Pörksen, SPD: Das entscheiden Sie oder wie?)

die Modelle zu beenden und die gewonnenen Erkenntnisse bei der Konzeption neuer Modelle zu berücksichtigen. Wir beobachten in dieser Landesregierung ein anderes Vorgehen. Man trennt sich nur schwer von einem großen bunten Modelltopf.

(Beifall der CDU)

Die Anzahl der von Ihnen geförderten Klein- und Kleinstmaßnahmen füllt im Finanzhilfebericht des Landes viele Seiten. Gut an diesem Bericht ist die Ausführlichkeit, mit der Sie Ihre Maßnahmen zumindest im Vergleich zu anderen Ministerien beschreiben. Das ist das einzige. Gut an dem vorgelegten Sozialetat ist die eingangs beschriebene Bereitschaft, die Landessonderprogramme zu überprüfen und zu straffen, eine Neuausrichtung der Zielgruppenförderung und eine strukturelle Veränderung in der arbeitsmarktpolitischen Förderung vorzunehmen.

Unsere damit geweckte Hoffnung, dass sich dies in einer Kürzung des entsprechenden Haushaltstitels niederschlägt, wurde allerdings enttäuscht. Sie folgen zwar mittlerweile dem richtigen Weg in Richtung Sparen, aber in Anbetracht der unzureichenden Wirkung vieler Maßnahmen aus unserer Sicht viel zu zaghaft.

Wir beantragen eine deutliche Kürzung des Titels für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen von 19,2 Millionen Euro auf 7,2 Millionen Euro. Dabei berücksichtigen wir, dass das Land bei den meisten Maßnahmen Mitfinanzier ist, häufig neben der Bundesagentur, die ebenfalls erhebliche Mittel einsetzt, den Kommunen, den Wohlfahrtsverbänden und anderen. Den Schluss, den Sie auch in den vergangenen Haushaltsberatungen nahe legen wollten, wer viel ausgibt, ist sozial, und wer sparen will, ist unsozial, weise ich schon vorsorglich zurück.

Mich und sicher auch die Kollegen in den Regierungsfraktionen erreichen häufig Klagen über zumindest aus Sicht der Betroffenen völlig unsinnige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen,

(Beifall bei der CDU)

wie zum Beispiel Seminare nur für ältere Arbeitslose mit wenig berufsbezogenem Inhalt, aber viel Werbung für eine vorzeitige Rente – die Arbeitslosenstatistikbereinigung lässt grüßen – oder der dritte EDV-Kurs für die 54-jährige Sekretärin, den sie vielleicht sogar besser selbst hielte. Der in Verruf geratene Chef der Bundesagentur leidet, wie man hört, unter Indiskretionen, die von der Weiterbildungsindustrie lanciert worden sein sollen. Diesen will er nämlich durch erfolgsabhängige Leistungen das Leben etwas schwerer machen.

Frau Ministerin Dreyer, folgen Sie diesem Beispiel, haben Sie uns an Ihrer Seite.

In der Sozialpolitik gilt für alle Hilfemaßnahmen die Prämisse, in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Der Würde des Menschen entspricht es nicht, auf Dauer von staatlichen Hilfen abhängig zu sein.

Frau Ministerin, für die Landesregierung sollte als weitere Prämisse gelten, den Kommunen nur so weit und so lange Hilfe zu leisten, bis sie aus eigener Kraft hierzu in der Lage sind.

Die ausreichende Finanzausstattung der Kommunen ist Aufgabe des Landes. Es entspricht auch der Würde der Kommunen nicht, auf Dauer und in dem bisherigen Umfang von Fördertöpfen des Landes abhängig zu sein. Starke Kommunen können ihren in Not geratenen Bürgerinnen und Bürgern am besten helfen. Dies setzt neben einem angemessenen Finanzausgleich und einem grundsätzlichen Wechsel in der sozialpolitischen Praxis dieses Landes auch ein Überdenken sozialpolitischer Entwicklungen voraus. Hier gibt es in Einzelbereichen Fehlentwicklungen. Ich erinnere an unsere Diskussion zu § 35 a KJHG, die es einzudämmen gilt. Ich bin dankbar, dass dies auch von der Landesregierung so gesehen wird. Unser Ziel muss es sein, die immer weniger werdenden öffentlichen Mittel möglichst zielgenau und wirksam für wirklich Not leidende Menschen einzusetzen, damit diese sich wieder selbst helfen können.

Wenn wir uns in diesem Ziel einig sind, sollte es uns auch gelingen, uns in der Bewertung der Leistungen zumindest anzunähern.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Grosse das Wort.

Abg. Frau Grosse, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Thelen, um Ihnen zu verdeutlichen, wie sehr Sie sich irren, wenn Sie von unzureichender Wirkung sprechen, was die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen angeht, möchte ich noch einmal aus der Publikation der Bertelsmann-Stiftung zitieren, die unter der Überschrift "Die Bundesländer im Standortwettbewerb" erschienen ist. Dort heißt es: "Ursächlich dafür" – also für den Erfolg von Rheinland-Pfalz – "sind die zahlreichen Initiativen der Landesregierung, die zum Teil als Vorbild für andere Länder dienen können, wie etwa die durchgreifende Verwaltungsreform und" – das ist jetzt für uns ganz wichtig – "Maßnahmen der Integration Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt."

Meine Damen und Herren, Sie sehen, die Luft ist nicht raus – im Gegenteil. Wir pumpen Ideenluft in andere Länder, und diese sind uns dankbar dafür.

(Beifall bei SPD und FDP)

Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Rheinland-Pfalz werden in der Publikation der Bertelsmann-Stiftung ausdrücklich hervorgehoben und zeigen, dass wir in Rheinland-Pfalz auf Landesebene eine überaus erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik betreiben. Das freut uns.

Meine Damen und Herren, wir haben nach Baden-Württemberg und Bayern den dritten Platz gefestigt, was die Zahl der Arbeitslosen angeht. Die Besonderheit besteht darin, dass wir Bayern in dem Unterschied immer näher rücken.

Meine Damen und Herren von der CDU, ausgerechnet bei diesen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wollen Sie dramatische Kürzungen vornehmen. Herr Böhr hat gestern ausführlich erläutert, dass eine Mittelerhöhung für Schulen und Universitäten nach Meinung der CDU zwingend notwendig sei und Qualifikationen an Schulen und Universitäten eine große Bedeutung eingeräumt würde. Zumindest dem letzten Teil können wir uneingeschränkt zustimmen. Aber bei den Qualifikationen für Menschen, die arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind, wollen Sie kategorisch streichen. Sind Ihnen diese Menschen weniger wert?

(Beifall bei der SPD)

15 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr wollen Sie bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen streichen. Der Ministerpräsident hat gestern in diesem Zusammenhang von unserer sozialen Verantwortung gesprochen. Das ist genau der Punkt: Unsere soziale Verantwortung denjenigen gegenüber, die in dieser Gesellschaft benachteiligt sind.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir jedenfalls wollen diese Menschen nicht allein lassen. Ich will Ihnen das an zwei Beispielen erläutern. Frau Thelen, das, was die Arbeitsmarktpolitik angeht, ist verhältnismäßig interessant. Die Landesregierung hat sehr flexibel und schnell auf die aktuelle Lage auf dem Ausbildungsmarkt reagiert, und zwar das Sonderprogramm der Bundesregierung "Jump plus" mit einem eigenen Sonderprogramm flankiert. Bei diesem Sonderprogramm werden Jugendscouts eingesetzt, die kommunal vor Ort als Streetworker junge Menschen aufsuchen sollen, die wir sonst nicht erreichen können, um ihnen den Einstieg in das Berufsleben entweder zu ermöglichen oder zu erleichtern.

Frau Thelen und meine Damen und Herren von der CDU, das ist aktive Arbeitsmarktpolitik. Darauf wollen Sie verzichten?

Das zweite Beispiel ist die Integration ganz allgemein von arbeitslosen Frauen. Sie wissen, dass Frauen, wenn sie arbeitslos geworden sind, überaus große Schwierigkeiten haben, in den Arbeitsmarkt wieder einzutreten. Insgesamt mit einem Volumen von 14 Millionen Euro werden arbeitsmarktpolitische Projekte in diesem Haushalt gefördert, die diese Integration von Frauen forcieren sollen. Da habe ich ein sehr schönes Beispiel aus meinem Landkreis Mainz-Bingen, das heißt "FiT", "Frauen in Teilzeit". Das sind spezielle Maßnahmen für allein erzie-

hende Frauen, die eine Ausbildung in Teilzeit absolvieren können.

Diese beiden Beispiele habe ich deshalb ausgesucht, weil wir in der Enquete-Kommission mit dem Schwerpunkt "Ausbildungsmarkt" über jede einzelne Maßnahme dankbar waren, die entweder jungen Menschen einen Weg in die Ausbildung bringen oder jungen Frauen, die in Teilzeit eine Ausbildung machen wollen. Für jede Maßnahme waren wir dankbar. Wenn Sie sagen, Sie wollen um 15 Millionen Euro kürzen, dann muss Ihnen klar sein, dass Sie damit jede Maßnahme rasieren und nicht sagen können: Die gefällt uns, die lassen wir. – Sie lassen damit keinen Spielraum mehr übrig. Das halten wir von der SPD für außerordentlich bedenklich.

(Beifall bei SPD und FDP)

Im Übrigen erscheint es natürlich auch sinnvoll, die Hartz-Reform, deren Umstrukturierungen entweder schon eingetreten sind oder die noch eintreten werden, sehr intensiv zu begleiten.

Ich möchte noch einmal den Fraktionsvorsitzenden der CDU zitieren, der gestern knapp und kurz verkündet hatte: Hartz bringt nichts. – So einfach war das. Nun war ich zufälligerweise am Montag bei einem Arbeitsmarktgespräch des ehemaligen Arbeitsamts in Mainz, das jetzt "Agentur für Arbeit" in Mainz, heißt. Dort wurde uns eine ganz neue Statistik vorgestellt, die besagte, dass beispielsweise in Rheinhessen die Arbeitslosenquote, würde es Hartz nicht geben, nicht bei 7,5 %, sondern vielmehr bei 8,7 % liegen würde. Ich denke, das ist doch ein sehr zufrieden stellendes Ergebnis, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und FDP)

Natürlich sieht der Regierungsentwurf für 2004 eine Kürzung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen vor, weil wir einen Sparhaushalt haben und wir natürlich dem gerecht werden müssen – das ist klar. Nur, der beläuft sich auf 3 Millionen Euro. Das halten wir vonseiten der SPD-Fraktion für vertrauensvoll und für angemessen. Abgesehen davon möchte ich der Landesregierung ausdrücklich dafür danken, dass alle Kürzungen in enger Absprache mit den jeweiligen Trägern vorgenommen werden, sodass es hier keine Überraschungen gibt.

Um es ganz klar zu sagen, die CDU lässt Menschen in überaus schwierigen persönlichen Situationen mit einem Streichungskonzept von 15 Millionen Euro im Stich, abgesehen davon, dass uns die gesamte Trägerlandschaft, die über viele Jahre intensiv aufgebaut worden ist, zusammenbrechen würde und ich auch nicht davon spreche, wie viel Geld uns durch den ESF verloren ging. Das ist für uns nicht zu machen. Dieser Änderungsantrag der CDU ist für uns – was Sie vielleicht nicht überraschen wird – völlig indiskutabel.

Damit komme ich zum zweiten Änderungsantrag der CDU, zur Arbeitsmarktpolitik. Dies betrifft die Technologieberatungszentren. Ich glaube, dabei ist Ihnen ein Fehler unterlaufen. Das letzte Mal hatten Sie in Ihrem Antrag noch als Begründung geschrieben: Einstellung der Förderung angesichts erreichten Informationsstan-

des. – Die Begründung, die Sie jetzt mündlich gegeben haben, ist ähnlich. Sie sagen: Eigentlich hat sich das erledigt. Jetzt brauchen wir die Beratungszentren nicht. – Das ist nach unserer Auffassung weit gefehlt. Wir wollen, dass weiterhin die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingebunden bleiben und an der innovativen Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik beteiligt bleiben. Wenn Sie den Finanzhilfebericht auch da so intensiv gelesen haben wie bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, werden Sie festgestellt haben, wie weit die Bandbreite bei diesen Technologieberatungsstellen ist und dass wir auf keinen Fall darauf verzichten wollen, weil auch betriebliche Strukturen an eine globalisierte Arbeitswelt angepasst werden.

Wenn ich jetzt von Strukturen und Anpassung von Strukturen spreche, komme ich auf das Zitat von Herrn Böhr zurück, dass der Regierung bzw. dem gesamten Haushaltskonzept der Wille zur politischen Gestaltung fehle. Meine Damen und Herren, es geht darum, durch unterschiedliche Schwerpunktsetzungen in den Haushalten politische Gestaltung zu fixieren. Das zeichnet sich aus in der Arbeitsmarktpolitik. Das zeichnet sich auch aus in der Familienpolitik, unter anderem dadurch, dass wir seit 1993 eine bundesweit vorbildliche Erziehungshilfeoffensive haben, dass wir dadurch beispielsweise die Heimunterbringung drastisch haben reduzieren können und wir auch auf kommunaler Ebene Jegend- und Erziehungshilfe durch diese Modelle forciert haben.

Was uns ebenfalls bei der Familienpolitik freut – da stimmen wir mit Ihnen überein, Frau Thelen –, ist, dass das Netz der Beratungsstellen unverändert bleiben kann und es keine Kürzung geben wird, weder bei der Suchtberatung noch bei anderen Beratungsstellen.

Das halten wir für wichtig, um damit auch zu verdeutlichen, dass es nicht nur soziale Randgruppen sind, die solcher Beratungen bedürfen, sondern auch ganz normale Familien, die Kinder großziehen, die heranwachsen.

(Vizepräsident Creutzmann übernimmt den Vorsitz)

Meine Damen und Herren, des Weiteren wurde ein Familienbeirat gegründet. Das entspricht dem Anliegen unserer Fraktion. Frau Thelen, wir sehen die Probleme, die Sie vorhin angedeutet haben, überhaupt nicht. Es wird eine gute Verzahnung mit dem Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend geben. Darum sehen wir dem sehr gelassen entgegen.

Lassen Sie mich noch auf zwei sehr wichtige Punkte und die damit verbundenen Strukturen eingehen, die sich in den letzten Jahren sehr klar gezeigt haben. Es geht um die Pflege und um die Politik für behinderte Menschen.

Wir begrüßen ausdrücklich die Qualitätsoffensive der Landesregierung "Menschen pflegen". Dieser Offensive werden im neuen Jahr noch weitere Impulse hinzugefügt, wie regionale Modellprojekte und auch das persönliche Budget, mit dem wir schon sehr gute Erfahrungen bei der Politik für Menschen mit Behinderungen gemacht haben.

Wir haben dort bei dem Projekt "Hilfe nach Maß" ein persönliches Budget für Menschen mit Behinderungen installiert, das heißt, dass das Modell darin besteht, dass sich die behinderten Menschen Leistungen einkaufen können, um selbstständig und selbstbestimmt leben zu können. Dadurch werden gleichzeitig Heimaufenthalte vermieden.

Ich möchte Ihnen gern ein Beispiel aus unserem Landkreis Mainz-Bingen nennen. Dort ist es so gewesen, dass das Modell "Hilfe nach Maß" seit einem Jahr läuft und Einsparungen in Höhe von 130.000 Euro bereits im Jahr 2003 zu erkennen waren. Die Fachleute gehen davon aus, dass sich, wenn dieses Modell weiterhin und intensiver läuft, die Ersparnisse im Landkreis noch weiter erhöhen werden.

Damit will ich sagen, dieser Paradigmenwechsel von stationär zu ambulant ist von so tief greifender Bedeutung, dass es nicht nur den Menschen hilft, selbstbestimmt zu leben, sondern natürlich auch die Kassen sowohl auf Landesebene wie auch auf kommunaler Ebene erheblich entlastet.

Ein Letztes möchte ich Ihnen erzählen. Wir waren vor kurzen bei dem Jahresgespräch der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) "Selbsthilfe für behinderte Menschen". Zwei Betroffene, die in dem Modellprojekt "Hilfe nach Maß" leben, haben dargestellt, wir sie ihr neues Leben gestalten, eine Dame und ein Herr.

Ich muss dazu sagen, dass mich das überaus beeindruckt hat, dass sie sich überhaupt getraut haben, in einem doch verhältnismäßig großen Personenkreis ihr neues Leben darzustellen und wie sehr klar wurde, wie glücklich diese Menschen mit der neuen Form ihres Lebens sind.

Meine Damen und Herren, das ist in jedem Fall eine Politik, die wir weiterverfolgen wollen. Wenn man Zeuge einer solchen Berichterstattung wird, dann sind das die schönen Momente in der Politik. Ich denke, darauf können wir in Rheinland-Pfalz stolz sein.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, um noch einmal auf die von mir zu Anfang erwähnte Publikation der Bertelsmannstiftung zurückzukommen, ich meine, dass wir in Rheinland-Pfalz bundesweit in sehr vielen Dingen, in sehr vielen Modellen und in sehr vielen strukturellen Veränderungen Vorbildfunktionen einnehmen können und eingenommen haben.

Sie können sich darauf verlassen, dass Sie mit der SPD weiterhin auch in schwierigen Zeiten und trotz eines Sparhaushalts eine verantwortungsvolle und zuverlässige Sozialpolitik in Rheinland-Pfalz erleben werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile Herrn Kollegen Schreiner für eine Kurzintervention das Wort.

Abg. Schreiner, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur ganz kurz, weil Sie sich auf das Gespräch beim Arbeitsamt bezogen haben, bei dem uns eine vorsichtige Schätzung präsentiert wurde, wie viele Arbeitslose es in unserem Arbeitsamtbezirk vielleicht weniger gibt, weil Hartz so erfolgreich ist und es so gut greift.

(Frau Ebli, SPD: Na, na, na! – Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Einmal unabhängig davon, dass das alles sehr im Trüben gefischt ist, sind die Zahlen nicht so rosig, wie Sie sie darstellen, weil die Frage auch immer ist, was mit diesen Arbeitslosen passiert, die aus der Statistik herausgefallen sind.

Dazu hat uns der Leiter des Arbeitsamts schon deutlich gesagt, dass man in den Fällen, die man für nicht mehr vermittelbar hält, einfach darum bittet, dass sie doch bereit sein mögen, sich aus der Statistik hinauszubegeben. Was heißt denn das? Wem liegen die dann auf der Tasche?

Sie sind vielleicht nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik, aber das heißt doch nicht, dass das Problem dieser Menschen gelöst ist.

(Beifall der CDU – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Der zweite Punkt, der auch nicht dazu beiträgt, dass ich das als großen Erfolg verkaufen möchte, ist, dass er deutlich gemacht, dass der potenzielle Rückgang der Arbeitslosenzahlen darauf zurückzuführen ist, dass er ganz viele Menschen mit der Möglichkeit der Frühverrentung konfrontiert hat.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

Das ist auch nicht die Lösung, wenn wir die Menschen mit 55 in Rente schicken und sagen, das seien ganz tolle Erfolge unserer Arbeitsmarktpolitik. Dass die Menschen danach noch 35 Jahre ihres Lebens unproduktiv zu Hause sitzen und die Mittel, anstatt dass sie bei der Bundesanstalt für Arbeit auflaufen, bei der Rentenkasse auflaufen, da wäre ich doch sehr vorsichtig, dies als Erfolg zu verkaufen.

(Zuruf des Staatsministers Zuber – Mertes, SPD: Fragen Sie einmal Helmut Kohl, wie er das gesehen hat! So ein kurzes Gedächtnis!)

Nur, weil Sie sich auf unser gemeinsames Gespräch beim Arbeitsamt bezogen haben.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Creutzmann:

Zu einer Erwiderung erteile ich Frau Kollegin Grosse das Wort.

Abg. Frau Grosse, SPD:

Sehr geehrter Herr Kollege: Ich weiß nicht, ich sehe diese Aussage nicht so. Herr Fries von der Agentur hat uns das im Detail erläutert. Auch dort haben Sie das vorgebracht, was Sie jetzt erläutert haben. Das konnte er entkräften.

Natürlich ist es so, dass sich viele derjenigen, die sich zunächst einmal als arbeitslos gemeldet haben, aufgrund der erschwerten Eingliederung nicht mehr melden. Aber das soll auch Teil der Hartz-Reform sein, oder verstehe ich irgendetwas falsch? Das ist der eine Punkt.

(Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU)

- Nein.

Der Zweite ist dann, dass wir nicht sagen, dass wir die Maßnahmen, die den Menschen helfen sollen, wieder in den Arbeitsmarkt zu kommen, — — Diese Maßnahmen wollen wir im Gegensatz zu Ihnen nicht streichen. Bei uns geht das schon zusammen.

(Beifall der SPD und der FDP – Rösch, SPD: Ein feiner Unterschied!)

Vizepräsident Creutzmann:

Es spricht Herr Abgeordneter Marz.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Nach dieser regional gerichteten kleinen Auseinandersetzung zwischen den beiden möchte ich eine ganz allgemeine Frage an den Beginn meiner Ausführungen stellen, nämlich die Frage, warum wir eigentlich Sozialpolitik machen.

Da ich hier allein stehe, versuche ich, sie gleich zu beantworten.

(Pörksen, SPD: Das ist typisch!)

– Das ist auch der Vorteil, Herr Kollege Pörksen.

Ich denke, wir machen Sozialpolitik, weil wir wissen, dass Menschen in Notlagen kommen können, in denen sie sich nicht mehr selbst zur Gänze oder zum Teil helfen können, und wir auch wissen, dass sich das nicht von allein erledigt. Das ist selbst in Reihen der Oberliberalen angekommen, dass sich nicht alles von selbst erledigt.

(Dr. Schmitz, FDP: Na, na!)

Deshalb machen wir Sozialpolitik. Es könnte sein, dass wir mit einem solchen Satz alle noch einigermaßen leben können. Wir können das moralisch begründen mit bestimmten Wertvorstellungen, die wir haben. Das ist dann jedoch eher eine Überzeugungsfrage, ob wir dem folgen können oder nicht. Wir können das aber auch sehr interessengeleitet begründen.

Zu dem Moralischen will ich sagen, ich glaube, eine Gesellschaft braucht Werte, die auch eine soziale Verantwortung selbstverständlich umfassen. Aber es ist ganz gut, wenn es sozusagen auch noch eine interessengeleitete Seite gibt.

Diese interessengeleitete Seite ist die gesellschaftliche Seite, die sagt, wenn Armut, wenn soziale Notlagen ein bestimmtes Ausmaß annehmen, wirkt sich das direkt auf das Klima einer Gesellschaft aus, möglicherweise auf die Stabilität und den sozialen Frieden. Der Profit von guter Sozialpolitik kann auch der Profit Stabilität und sozialer Friede sein.

Das ist im Übrigen eine Erkenntnis, die auch beispielsweise – in früheren Zeiten zumindest gegriffen hat – bei Funktionären von Arbeitgebern und Industrieverbänden greift. Ich habe in den vergangenen Jahren häufiger den Eindruck, dass diese Erkenntnis sich zumindest zum Teil verflüchtigt hat, dass es auch in diesem Sinn Interessen gibt.

Historisch ist ein soziales Interesse von dieser Seite auch so zu erklären.

Was wir bei solch allgemeinen, fast schon akademischen Ausführungen zur Sozialpolitik feststellen müssen, ist, dass die Realität das längst eingeholt hat. Wir haben eine riesige Zahl von Betroffenen – das sind diejenigen, denen Sozialpolitik zuteil wird –, und wir haben eine große Zahl unterschiedlichster Probleme, mit denen wir es zu tun haben, und darauf muss reagiert werden.

Dennoch bleiben die Ziele von Sozialpolitik in einer zeitlichen Kontinuität eigentlich gleich. Das heißt grundsätzlich, Notlagen abfedern und überwinden, Eigenverantwortung ermöglichen, Ausgrenzung verhindern und Integration oder Reintegration fördern. Wie gesagt, die Gesellschaft hat auch etwas davon, nicht nur die Betroffenen, wenn dies gelingt.

Es stellt sich die Frage: Wie reagiert man darauf, wenn immer mehr Menschen in besondere Notlagen geraten? – Es ist völlig unbestritten, dass dies bei uns im unterschiedlichsten Ausmaß der Fall ist. Es gibt Menschen, die sagen, man müsse sich in diesem Fall noch weiter aus dem Bereich der Sozialpolitik zurückziehen.

(Rösch, SPD: Das soll einer verstehen!)

 Das soll einer verstehen! Da haben Sie allerdings Recht, Herr Kollege Rösch. Ich verstehe es nicht, aber vielleicht bekommen wir es heute noch erklärt. Bisher ist es nicht gelungen. Ich denke, eine steigende Zahl von Menschen, die in soziale Schieflage geraten oder gefährdet sind, in eine soziale Schieflage zu geraten, bedeutet auf der Politikseite ein erhöhter Handlungsbedarf. Dies bedeutet nicht immer, aber auch mehr Geld. Wer der Illusion nachhängt, so etwas lasse sich mit weniger Geld machen, ist auf dem Holzweg; denn es gibt Einflüsse, die diese Entwicklung bedingen. Stichpunkte wie die gesellschaftliche Lage, die demographische Entwicklung und gesellschaftliche Rahmenbedingungen sind bereits genannt worden.

Aber es stellt sich auch die Frage: Wie ist die Kinderbetreuung organisiert? – Ich gebe ausdrücklich der Kollegin Thelen Recht: Es ist zumindest eine Frage wert, ob ein wichtiger Bereich, der mit darüber entscheidet, wie Menschen mit ihrer Realität zurande kommen, nicht in der Familienpolitik angesiedelt werden sollte. Dies ist zumindest eine Frage, die erwägenswert ist. Wenn man die Kinderbetreuung in den Bereich dieses Ministeriums übertragen würde, gäbe es allerdings andere Probleme. Dies will ich auch gern einräumen. Es ist eine Frage der Verzahnung und der Vernetzung.

(Rösch, SPD: Es ist die Frage, dass ordentliche Politik gemacht wird!)

Ich glaube, dies lässt sich regeln, aber man muss es natürlich im Blick haben.

Es gibt selbstverständlich auch individuelle Bedingungen bei den Betroffenen, die mit eine Rolle dafür spielen, dass sie in soziale Schieflagen geraten. Aber diejenigen, die diese individuellen Faktoren in den Mittelpunkt der Diskussion stellen und unter dem Signum der Eigenverantwortung sagen, diese Menschen müssten auch selbst damit klar kommen, vernachlässigen, dass die Bedingungen, unter denen die Menschen leben und in die sie hineingeraten, gesellschaftliche Bedingungen sind und es somit auch eine gesellschaftliche Verantwortung gibt. Von daher ist der bloße Verweis auf die Ausbildung von individuellen Einstellungen und der Hinweis auf die Egenverantwortung, die es rechtfertige, diese Menschen sich selbst zu überlassen, zu kurzschlüssig.

Ich denke, dass es die soziale Situation in der Bundesrepublik insgesamt erforderlich macht, endlich daranzugehen, die Systeme der sozialen Sicherung umzubauen. Ich sage an dieser Stelle ausdrücklich nicht "abbauen", sondern "umbauen". Wir werden zu einem System der Bürgerversicherung kommen. Dies halte ich für unbestritten, auch wenn es noch riesige Widerstände dagegen gibt. Aber ich glaube, man muss dies einordnen und an den Beginn einer solchen Diskussion stellen. Die soziale Sicherung muss in eine Bürgerversicherung überführt werden, an der sich alle beteiligen und von der nicht einige ausgenommen sind, sodass die Kranken-, die Pflege- und die Rentenversicherung auf eine solide Grundlage gestellt werden können.

Die alternative Idee einer Kopfpauschale, an der sich alle in gleichem Maße beteiligen, und zwar unabhängig davon, ob sie 1.000 Euro, 1 Million Euro oder 10 Millio-

nen Euro verdienen, ist unsozial und völlig zu Recht auch nicht durchsetzbar.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man vor diesem Hintergrund versucht, die Sozialpolitik dieser Landesregierung und dieser Koalition zu betrachten, kommt man zu einem differenzierten Ergebnis. Ich sage nicht, dass andererseits immer gejubelt wird, sondern ich versuche, differenziert zu sein.

Wenn man die soeben dargestellten Maßstäbe anlegt, bedeutet dies in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit, dass man selbstverständlich im Bereich der Arbeitsmarktpolitik nicht nachlassen darf. Es ist mir völlig unverständlich, wie man dazu kommen kann, in solchen Zeiten die Abeitsmarktpolitik zurückzufahren. Das Neinsagen aufseiten der Union ist bereits angesprochen worden: Hartz funktioniert nicht, die Arbeitsmarktpolitik des Landes funktioniert nicht. Aber der Rückschluss, wir machen gar nichts, ist fatal, meine sehr verehrten Damen und Herren. Bei jeder Form der Arbeitsmarktpolitik – dies gilt aber auch für alle anderen Politikbereiche - gibt es selbstverständlich Fehlentwicklungen und Beispiele, an denen man festmachen kann - dies ist ein Hobby von Herrn Böhr geworden -, wo etwas nicht funktioniert, wo es absurde Situationen gibt. Das gibt es auch bei der Arbeitsmarktpolitik. Aber deshalb zu rasieren und die Betroffenen allein stehen zu lassen, ist der falsche Weg, vor allem wenn man sich ansieht, dass wir es mit besonderen Betroffenengruppen zu tun haben: mit Langzeitarbeitslosen, mit Jugendlichen, mit Behinderten sowie mit Migrantinnen und Migranten. – Darauf zielen auch unsere Haushaltsanträge ab. Für diese Personengruppen müssen wir in jedem Fall auch weiterhin da sein und dürfen uns nicht aus der Verantwortung verabschieden

Wenn wir uns daraus verabschieden, mündet dies direkt in einen Bereich, in dem wir dann verstärkt tätig werden müssten, nämlich in die Armutspolitik. Für viele geht die Spirale der sozialen Ausgrenzung weiter, wenn sie keine Unterstützung erfahren und wenn sie nicht in die Lage versetzt werden, sich in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft zu integrieren oder rezuintegrieren.

Dies bedingt das weitere Phänomen, dass Generationen von Kindern in armen Familien heranwachsen, von sozialer Ausgrenzung geprägt, die dann auch weiterhin zu einem Problem für die Gesellschaft werden, was nur schwer zu beheben ist. Das heißt, die Armutspolitik darf nicht gekürzt oder zurückgefahren werden, sondern sie muss intensiviert werden. Soziale Brennpunktarbeit muss intensiviert werden, damit wir rechtzeitig gegensteuern, um nicht kommende Generationen in Verhältnissen aufwachsen zu lassen, die ihnen nicht entsprechen.

Dies bedeutet aber auch, dass wir in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik nicht nachlassen dürfen. Die Kürzungen oder Nichterhöhungen im Bereich der Jugendhilfe können sich fatal auswirken. Es sind nicht einfach nur Zahlen. Es kann nicht sein, dass wir in Zeiten, in denen die Zahl der jungen Menschen weiterhin steigt, so tun, als wären wir schon zehn Jahre weiter in einer Zeit, in der sie mutmaßlich sinken wird. Sie steigt

momentan, und die Fallzahlen zeigen, dass auch die Zahl derjenigen steigt, die Probleme haben und Unterstützung unterschiedlichster Art brauchen, dass auch die Zahl der Eltern steigt, die Unterstützung in diesem Bereich benötigen. In diesem Bereich zu kürzen, sich zurückzuziehen und die Verantwortung abzugeben, ist der falsche Weg und wird die Gesellschaft zukünftig im Übrigen teurer kommen.

Wir müssen an dieser Stelle insbesondere die Landesregierung fragen: Was ist im Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen geschehen? – Ich will nicht behaupten, dass man innerhalb eines Jahres Wunder vollbringen kann; dennoch muss man diese Frage stellen und eine kurze Zwischenbilanz ziehen, zumal im vergangenen Jahr auch das rheinlandpfälzische Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen inkraft getreten ist.

Wir können feststellen, dass bislang durchschlagende Wirkungen auf die kommunale Ebene ausgeblieben sind und sich das Zurückziehen des Landesgesetzgebers mit dem Verweis auf die kommunale Selbstverwaltung nicht positiv ausgewirkt hat, um dies einmal vorsichtig auszudrücken.

Wir müssen feststellen, dass es im Bereich des Verkehrs und insbesondere des öffentlichen Personennahverkehrs, des Tourismus sowie auch im integrativen Bereich weiterhin große Defizite gibt. Wir haben deshalb beispielsweise einen Antrag gestellt, der die Gebärdensprache endlich auf eine bessere Förderungsgrundlage stellen soll. Wir werden auch weiterhin daranbleiben, dass der Ministerpräsident seine große Verantwortung im Bereich der Medien wahrnimmt, damit mehr Fernsensendungen auch für gehörlose Menschen nicht nur optisch, sondern auch durch Untertitel oder den Einsatz von Gebärdendolmetschern zugänglich gemacht werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann in dieser Zeit natürlich nicht auf alle Aspekte dieses Ministeriums eingehen, zumal wir nachher noch auf die gesundheitspolitischen Schwerpunkte eingehen. Aber wenn ich die Sozialpolitik dieser Landesregierung und der Koalition bewerte, kann ich feststellen, wir haben es mit einer Ministerin zu tun, die durchaus guten Willens ist. Wir haben es mit einer großen Koalitionsfraktion zu tun, bei der manchmal hörbar das soziale Herz noch schlägt, und wir haben es mit einer kleinen Koalitionsfraktion zu tun, der das Ganze wie Teufelszeug erscheinen mag, wenn man über Sozialpolitik spricht. Dabei heraus kommt etwas, das noch nicht einmal den Namen "Kompromiss" verdient: denn zwischen diesen beiden Polen ist im Grunde genommen ein Kompromiss nicht möglich. Es kommt vielmehr etwas heraus, dass eher an Herumlavieren erinnert, aber nicht das, was eine Sozialpolitik gerade in dieser Zeit bräuchte, nämlich eine klare Linie.

Ich danke Ihnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Creutzmann:

Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Abgeordneter Dr. Schmitz.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Marz, es ist bedauerlich, wie Sie immer wieder bemüht, alte Vorurteile zu instrumentalisieren versuchen. Das geht längst ins Leere, und ich glaube, die Mehrzahl in diesem Landtag weiß, dass es in allen Parteien – darin schließe ich sogar Ihre mit ein – ein gleiches oder ähnliches Gefühl für soziale Betroffenheit und für Sozialpolitik gibt. Dazu bedarf es keines hochdramatischen Augenaufschlags und auch keiner dramatisch überhöhten Sprache tief guttural, sondern das belegen wir mit dem, was wir an Haushalt vorlegen. Dazu haben Sie allerdings kein Wort gesagt.

Meine Damen und Herren, ich darf, ähnlich wie meine Vorredner, ebenfalls versuchen, neben den konkreten Haushaltsinhalten den Bogen zum Umfeld, in dem wir diskutieren, zu schlagen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hoffentlich gelingt Ihnen das, Herr Doktor!)

Das Umfeld sieht nun einmal so aus, dass wir ohne Schuldzuweisungen und ganz gelassen, aber in der Tat stark irritiert über die Dauer und Größenordnung der Probleme eine Situation vorfinden, in der wir, je nach Kategorie - offizielle Arbeitslosigkeit, Arbeitsbsigkeit einschließlich Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen arbeitsmarktpolitischer Projekte oder gar unter Einschluss der Frühverrenteten, an sich Erwerbsfähigen zu Größenordnungen zwischen 4 Millionen, 4.3 Millionen und 7 Millionen Menschen kommen, die an sich in der Lage wären zu arbeiten und auch etwas für das von uns allen erwünschte Sozialsvstem tun könnten, die aber dazu in dieser Gesellschaft, in diesem Staat nicht in die Lage versetzt sind, aus welchen Gründen auch immer. Das ist eine schwierige, brutale Situation, die für mich das größte Sozialproblem unserer Tage darstellt, sowohl quantitativ als auch qualitativ.

Meine Damen und Herren, in diesem Umfeld diskutieren wir über den Sozialhaushalt 2004, über eine in der Tat bemerkenswert hohe Summe von 1,239 Milliarden Euro.

Meine Damen und Herren, aber es ist auch ein bemerkenswert breites Spektrum von Feldern, die aus diesem Haushalt heraus zu bedienen sind: Arbeitsmarktpolitik, Sozialhilfeleistungen, Krankenhausfinanzierung, Kostenerstattungen für kommunale Gesundheitsämter, unentgeltliche Beförderung behinderter Menschen, hefektionsschutzgesetz, Förderung von Ehrenamt, Betreuungseinrichtungen usw., usw. Die Aufzählung ist bei weitem nicht komplett.

Wenn wir diese große Summe und das große Feld der politischen Tätigkeit sehen, ist es vielleicht sehr interessant, diese rund 1,25 Milliarden Euro einmal auf die vier Millionen Einwohner umzulegen, die es in Rheinland-Pfalz gibt. Somit hat jeder Einwohner in Rheinland-

Pfalz zu diesem Sozialhaushalt sozusagen einen Beitrag zu leisten. Dieser Beitrag liegt bei ca. 300 Euro pro Person und Jahr. Die vielfach in der familienpolitischen Debatte zitierte Standardfamilie zahlt somit schlappe 1.200 Euro pro Jahr für den Sozialhaushalt dieses Landes. Das ist verdammt viel Geld, insbesondere im Bereich derer, die sich in der Nähe der Notwendigkeit sozialpolitischer Maßnahmen befinden.

(Zuruf des Abg. Rösch, SPD)

 Das ist die Frage, Herr Kollege Rösch. Es stellt sich die Frage: Ist dies gerechtfertigt? Ist eine so hohe Ausgabe gerechtfertigt? – Ich sage ohne Wenn und Aber für mich und meine Fraktion: Ja, diese Ausgabe ist gerechtfertigt.

(Beifall der FDP und der SPD)

Sie ist gerechtfertigt in die beiden Richtungen, die auch Herr Kollege Marz beschrieben hat: in die Richtung der Hilfe für diejenigen, die - wie man standardmäßig formuliert - im Schatten stehen, also der Hilfe für diejenigen, die nie eine echte Chance hatten, wie ich es ergänzen darf, aber auch in Richtung der Schaffung von Chancen für all die, die sehr viel mehr Fähigkeiten haben, als die Gesellschaft ihnen zubilligt und von ihnen abfragt und die die Gesellschaft auch für sich verfügbar macht. Das sind Potenziale, die beim Menschen in Anerkennung seiner Würde erschlossen werden müssen. Dies ist für mich die eigentliche sozialpolitische Herausforderung jenseits der Barmherzigkeit oder, wie man früher sagte, Fürsorge, der Hilfe für die Ärmsten der Armen. Dieses Erschließen von Potenzialen ist auch unverzichtbar, wenn wir mit Blick auf Demographie und Lebensarbeitszeit größere Bevölkerungsanteile für das Gemeinwohl verfügbar machen wollen. Das sind eben nicht nur Frauen, die über begleitende flankierende Maßnahmen stärker herangezogen werden, die ihnen die Chance zur Berufstätigkeit geben, sondern es sind unendlich viele hunderttausend zählende Menschen mit Behinderung, die Kapazitäten auf einzelnen Gebieten besitzen, die sie aber jetzt nicht einbringen können.

Meine Damen und Herren, ich darf Beispiele nennen, in denen das Land genau in diesen Feldern tätig ist. Ich darf Beispiele nennen, wie weit das Sozialministerium seiner Verpflichtung gerecht wird, in einer Zeit enger finanzieller Mittel diese Leistungen zu erbringen. Dies ist zum einen die Tatsache, dass das Ministerium seine Verpflichtung zur Personalrückführung von 1,8 % erfüllt.

Kompliment, das ist nicht einfach da, wo viel Betreuung und Beratung notwendig ist, wo immer wieder neue Projekte angestoßen werden, die ich nicht so kritisch sehe, wie Sie, Frau Kollegin Thelen, zumindest in der Dimension nicht so kritisch sehen kann wie Sie. Ich darf vorausgreifend sagen, es ist gerade das geschehen, was die CDU immer angeregt hat. Die Mittel wurden unter dem Eindruck der Veränderungen, die jetzt unter der Hartz-Gesetzgebung auf uns zukommen werden, gesenkt.

Es wurde evaluiert. Es wurden Unterschiede gemacht zwischen Projekten, die gut sind, und Projekten, die weniger gut sind. Frau Thelen, die Projekte, die weniger gut sind, wird es in Zukunft nicht mehr geben. Das wissen wir. Wenn Sie in der Radikalität, wie sie Sie eben mutig ausgesprochen haben, was in der Opposition immer leichter fällt als in der Regierung, zuschlagen würden, dann würde im Bereich sozialpolitischer Träger in Rheinland-Pfalz kein Stein auf dem anderen bleiben. Das müssen Sie wissen. Ich will das nicht als jemand, der für die FDP durchaus die sozialpolitische Balance sucht.

Meine Damen und Herren, wir müssen auch bereit sein, ehrlich mit unseren Erfahrungen umzugehen. Wir müssen auch bereit sein, mit Erfahrungen umzugehen, die je nach Volksparteicouleur "Mainzer" oder "Saarbrücker Modell" hießen, Komplementärfinanzierungsmodelle. Diese Modelle haben die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Das Beste, was man daraus machen kann, ist die Lehre für die Zukunft ziehen. Ich weiß auch noch nicht, was uns die Hartz-Gesetze bringen. Niemand von uns weiß es. Wer jetzt sagt, Hartz ist erfolgreich, oder Hartz hat versagt, ist jemand, der sich selbst die politische Seriosität abspricht, meine Damen und Herren.

Es wäre ebenso vermessen, Hartz als chancenlos zu beschreiben, wie es naiv ist zu glauben, dass das jetzt der Stein der Weisen ist, der uns von diesem dramatischen und bedrückenden und brutalen Los der Massenarbeitslosigkeit erlöst. Es gibt Situationen, da ist der Staat im Hase-Igel-Spiel immer der Verlierer. Wir konnten in den letzten Wochen lesen – zumindest diejenigen, die es interessiert -, dass Personalserviceagenturen, die erst einmal pro Mitglied und pro vermitteltem Monat bezahlt werden, in der Tat überproportional – statistisch gesehen - Menschen einstellen zum Monatsende und Menschen ausstellen zum Monatsbeginn. Dennoch werden beide Monate bezahlt. Es ist kein Einzelfall, wo am letzten Monatstag eingestellt und am ersten Monatstag entlassen wird. Das sind zwei Monate, die bezahlt werden. Das sind Dinge, die wir nicht hinnehmen dürfen, aber das sind die Unwägbarkeiten, die in solchen großen Projekten liegen. Da muss nachgesteuert werden. Da muss man aufpassen, dass ein schon komplexes System, wie es Hartz ist, nicht nachher genauso komplex und unregierbar wird wie andere soziale Systeme, über die ich, weil sie in bundespolitischer Zuständigkeit liegen, heute nicht reden möchte.

Meine Damen und Herren, wir erhöhen die Zuschüsse für die Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer immerhin von 463.000 Euro auf 501.000 Euro. Das ist richtig. Das ist notwendig. Über Integration zu reden und zu schwadronieren, wie man es zum Teil schon sagen muss, ist das eine. Politisch aktiv zu sein, ist das andere.

Ehrenamtsförderungen und Erhöhung der Zuschüsse im Vergleich zum Nachtragshaushalt wurden schon angesprochen. Auch das ist erfreulich.

Persönliche Budgets: Ein System differenzierter Hilfen, ein sehr kluges und gutes System zum Status jetzt. Auch da müssen wir evaluieren und nachschauen. Das ist ein System, in dem eben nicht mehr nach reiner Formblattgerechtigkeit entschieden wird, sondern wo hingesehen wird, wo individuelle Hilfepläne erstellt werden, wo der eine mehr bekommt und der andere weniger. Es ist ein gutes System und ein ehrliches System

und ein gerechteres System als das Überweisen von Pauschalbeträgen, um sich eigene soziale Verantwortung vielleicht sogar abkaufen zu lassen.

Meine Damen und Herren, im beschützenden und betreuten Wohnen legen wir erheblich drauf. Es ist ein Plus von 20 %. Das lässt sich sehen. Das ist richtig. Auch das ist ein Weg, die Selbstständigkeit dieser Menschen zu fördern, sie von Betreuungsobjekten zu Subjekten ihres eigenen Handelns zu machen.

Meine Damen und Herren, in einem schwierigen Umfeld für Krankenhäuser macht das Landeskrankenhaus keine Defizite. Das ist eine tolle Sache. Auch das sollte erwähnt werden. Das ist ein Riesenkonglomerat von ursprünglich nicht zusammengehörigen Krankenhäusern. Das so hingebracht zu haben, ist ein Erfolg dieser Landesregierung. Danke sehr. Frau Thelen nickt.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn ich die Arbeit, die sich in diesem Haushaltsplan in Zahlen zusammenführen lässt, kommentiere, dann muss ich –ich kann nicht anders – der Regierung ein Lob für eine moderne, grundsolide und handwerklich gute Arbeit zollen.

Meine Damen und Herren, so weit, so gut. Auf die Änderungsanträge einzugehen, lohnt nicht unbedingt. Das ist an sich ein wunderbarer interner Ausgleich. Das, was die CDU hochfahren will, will das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN herunterhaben und umgekehrt. Wir liegen auch da, wenn man das als Maßstab nehmen wollte – wir tun das nicht – im soliden Mittelfeld. Das spricht Bände. Deshalb erspare ich mir, auf diese Details einzugehen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es wäre auch ein sehr gutes Argument!)

Frau Thelen, vielleicht möchte ich noch auf den einen Satz mit dem Hinweis eingehen, dass es in der Tat im Bereich von Kindergärten und Kinderbetreuung zu einem Split zwischen den Ministerien kommt. Das Problem zu beschreiben, ist das eine, eine Lösung zu finden, ist das andere. Ich habe keine Lösung, bei der ich sage: Das ist der Königsweg. – Denn ebenso, wie man formulieren kann, das gehört in den Bereich der Familienpolitik, sagte Ihr Kollege Keller, der sich wahrscheinlich sicherheitshalber in die Lobby begeben hat, gestern noch mit großem Aplomb, zu dem er fähig ist,

(Frau Morsblech, FDP: Heute! Eben!)

dass er Tests und Sprachfrühförderung und Bildungspläne für den Kindergarten verlangt.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das war heute!)

Nun ist das nicht unbedingt das, was ins Sozialministerium gehört. Aber da werden wir uns sicher einigen.

(Rösch, SPD: Maßgebend sind die Erfolge!)

Meine Damen und Herren, eine Sache –dazu bleibt noch Zeit – ist ein Gedanke, den ich vielleicht über diese aktuellen Dinge an Sie herantragen darf. Das ist die Frage, ob wir mit dieser Art, dem Staat die Sozialpolitik in ihrer Gänze zuzuschreiben, auf Dauer handlungsfähig bleiben. Ich weiß es nicht. Ich glaube, wenn die Wirtschaft brummt, geht das. Wir hatten uns an dieses System gewöhnt. Wenn die Wirtschaft brummt, ist es auch gut so.

Meine Damen und Herren, wenn es aber anders ist, wenn, wie seit Jahren, die Wirtschaft schwächelt, dann müssen wir aufpassen, dass wir nicht Teufelskreise konstruieren, die so aussehen, dass die Mittel, die als Abschöpfung verwandt werden, Binnenkonjunktur auf der einen Seite schwächen und die Wirtschaft auf der anderen Seite so sehr schwächen, dass Sozialpolitik, die sich nicht im Wirkungsoptimum befindet – nur diese spreche ich an –, Gefahr läuft, selbst soziale Probleme zu kreieren und selbst soziale Probleme zu schaffen. Da müssen wir höllisch aufpassen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Können Sie einmal ein bisschen deutlicher sein?)

 Frau Thomas, ich kann deutlicher werden. Ich erkläre Ihnen das auch gern.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jetzt!)

Ich ahne schon, dass Sie wissen, was ich meine, aber ich gehe gern deutlicher darauf ein.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jetzt, nicht heute Abend!)

Ein System, wie jetzt mit 7 Millionen Menschen, die nicht arbeiten und die den Sozialsystemen nichts zuführen können.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Weil sie keine Arbeitsstelle haben!)

stattdessen 7 Millionen Menschen, die über Sozialsysteme finanziert werden müssen, die über Sozialsysteme wieder an Arbeit herangeführt werden müssen, die müssen dringend in großen Bereichen in Arbeit gebracht werden. Das ist das, was ich Frau Thelen auch vorwerfe, dass Sie beispielsweise Modellversuche, wie sie die Landesregierung angestoßen hat, wo Arbeitsamtsmaßnahmen und Sozialamtsmaßnahmen zusammengefasst werden, so, dass man Menschen Arbeit anbietet und so. wie ich es als moderne Sozialpolitik verstehe, und nicht mehr allein verstehe - ich hoffe, Sie haben den Antrag der beiden christlichen Kirchen, der katholischen und der evangelischen, zu einer neuen Sozialpolitik so aufmerksam studiert wie ich -, dann werden Sie alles das wiederfinden. Wenn Sie noch Fragen haben, lesen Sie vielleicht da nach, Frau Thomas. Ihnen werden die Augen übergehen. Ich glaube nicht, dass man diesen Organisationen Neoliberalismus vorwerfen kann.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber die anderen machen das doch!)

Meine Damen und Herren, wenn wir das tun, dann müssen wir für die Variante "Der Staat kann es" keine neuen Antworten suchen, aber für die Variante "Der Staat schafft es nicht mehr" können wir nicht einfach sagen, der zieht sich zurück, der hat das Geld nicht mehr. Dann müssen wir neue Wege suchen. Dann müssen wir vielleicht jetzt oder irgendwann zurück und überlegen, ob es christlich-abendländischem Selbstverständnis entspricht, christliche Caritas oder Sozialverantwortlichkeit – je nach weltanschaulichem Status – an die großen Organisationen, an die Kirchen und an den Staat zu delegieren.

Ich glaube, wir brauchen ein Umdenken in einer Neuentwicklung des Charity-Gedankens, der in anderen Ländern sehr viel besser verfestigt ist als bei uns.

Ich finde, Sponsoring sollte nicht nur für Hochglanzprojekte stattfinden, sondern Sponsoring, Hilfe des Einzelnen, Hilfe von Gruppen, Hilfe der Wirtschaft, sollte auch da stattfinden, wo der Staat sagt, ich brauche das auch. Der Staat sollte in diesen Dingen Katalysator sein. Er sollte diese Dinge anstoßen. Das geschieht auch im Bereich der Ehrenamtsförderung.

Meine Damen und Herren, der Staat sollte sich auch immer als Bürge dieser Sozialverantwortlichkeit sehen. Der Staat kann nicht sagen, das sollen andere machen, so bitte ich, mich nicht zu verstehen. Aber ich bitte mich so zu verstehen, dass wir uns alle Gedanken machen sollten, wie wir mit den Menschen umgehen, die wir vielleicht aus unseren staatlichen Kassen heraus nicht mehr in der Art und Weise fördern können, wie ich das für uns als Liberale für die Zukunft mit erhoffe.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsident Creutzmann:

Frau Staatsministerin Dreyer wollte am Schluss sprechen. Sie wollte dem Parlament den Vortritt lassen. Gibt es noch Wortmeldungen? Wenn das erkennbar nicht der Fall ist, dann sind Sie, Frau Staatsministerin, dran.

(Zuruf aus dem Hause)

- Oh, Entschuldigung, Frau Ebli.

Ich erteile Frau Abgeordneter Ebli das Wort.

Abg. Frau Ebli, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin davon ausgegangen, dass Herr Dr. Rosenbauer noch etwas zur Gesundheitspolitik sagen wird. Das hat er anscheinend nicht vor. Deswegen will ich zu diesem Punkt, der ein wichtiger Bestandteil des Einzelplans 06 ist, noch einige Dinge sagen.

Das Gesundheitswesen und unsere Gesundheitspolitik in Rheinland-Pfalz sind ohne Zweifel ein landespolitischer Schwerpunkt im Einzelplan 06. Wir können nicht verhehlen, dass natürlich auch gesundheitspolitische Entscheidungen der Bundesregierung Auswirkungen haben, insbesondere auf den Landeskrankenhauszielplan, der jetzt gerade auf den Weg gebracht wurde, und zwar in einem sehr positiven Sinn.

Völlig unspektakulär vor dem Hintergrund des Fallpauschalengesetzes gehen wir davon aus, dass es zu weiteren Verkürzungen der Liegezeiten im Krankenhaus kommen wird, wobei wir auch in der Vergangenheit schon im Bundesvergleich hervorragende Zahlen uns erer Häuser vorzuweisen hatten. Es wird gelingen, eine Verkürzung bzw. eine Streichung der Betten um 1.700 auszuweisen.

Auf der Grundlage eines Gutachtens und unter Beteiligung aller wichtigen Verantwortlichen, seien es Träger der Anstalten, Krankenhausgesellschaft oder Krankenkassen, wurden damit Voraussetzungen geschaffen, die unsere Krankenhauslandschaft im Land in einen hervorragenden Zustand versetzen werden. Es wird zu weiteren Krankenhausverbindungen kommen. Es werden besondere Schwerpunkte gesetzt werden, wie beispielsweise bei der verstärkten Bekämpfung des Krebses, insbesondere des Brustkrebses. Ich erinnere an das große Engagement beim Thema "Brust-Life", wo über 300 Veranstaltungen in unserem Land durchgeführt wurden.

Es werden zusätzlich onkologische Tageskliniken ausgewiesen werden, und es werden weitere diabetische Zentren und zusätzliche gefäßchirurgische Schwerpunkte entstehen. Es wird weitere Schlaganfalleinheiten zweiter Ordnung geben, sodass wir auch bei diesem Thema sehr gut aufgestellt sind. Es wird zu weiteren Angeboten im akutstationären geriatrischen Bereich kommen, weil uns die Versorgung von geriatrischen Patienten und insbesondere von demenzkranken Patientinnen und Patienten ein wichtiges Anliegen ist.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Frau Morsblech, FDP)

Es wird aber auch einen Ausbau neuer Schwerpunkte in der Psychosomatik geben. In diesem Zusammenhang ist meines Erachtens auch die Pflegeoffensive der Ministerin noch einmal anzuführen. Frau Kollegin Grosse ist vorhin schon einmal darauf eingegangen und hat sie erwähnt. Wir meinen, gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung müssen wir alles tun, um eine menschenwürdige Pflege zu gewährleisten, und zwar auf Dauer.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Frau Morsblech, FDP)

Meine Damen und Herren, nun hat die CDU in diesem Bereich Gesundheit einige, wie ich meine, schon sehr erstaunliche Kürzungsanträge gestellt, ausgerechnet bei der LZG. Sie begründen diese Streichung damit, andere Institutionen würden diese Aufgaben in größerem Umfang erfüllen können. Glauben Sie denn, andere Institutionen würden diese Aufgaben zum Nulltarif erfüllen? Schauen Sie sich doch den Haushalt einmal im Einzelnen an. Aufklärung und Prävention sind mit die wichtigsten Aufgaben einer verantwortlichen Gesundheitspoli-

tik. Wo anders als in der LZG finden wir eine solche gebündelte Kompetenz vor?

(Beifall der SPD und der FDP)

Mit den Rehabilitationseinrichtungen, Selbsthilfegruppen, Frauenverbänden, Gesundheitszentren, Krankenkassen, Apothekern, Ärzteverbänden und Wohlfahrtsverbänden, um diese nicht zu vergessen, der Pharmazeutischen Industrie und vielen anderen – ich kann sie gar nicht alle aufzählen – verfügt die LZG über ein breites Wissens- und Unterstützungsforum, das den Menschen in unserem Land sehr zugute kommt und im Übrigen seinesgleichen sucht.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der CDU, zum Glück für die Menschen in unserem Land verfügen Sie nicht über die Mehrheit.

(Beifall der SPD und der FDP)

Sie beantragen, bei den Maßnahmen zur Verbesserung der psychiatrischen Versorgung 125.000 Euro zu streichen. Sie wissen doch, dass diese Mittel für die Umsetzung der gemeindenahen Psychiatrie gut angelegt sind. Wie stehen Sie denn zur Eingliederungshilfe für behinderte Menschen? Wie stehen Sie denn zu den Maßnahmen für demenzkranke Menschen? Wie stehen Sie denn zu den Projekten, die der Kostendämpfung im Maßregelvollzug dienen sollen?

Meine Damen und Herren, wir haben gestern und heute schon gehört, dass das mit dem Rechnen so eine Sache iet

Wenn wir Ihren Anträgen folgen würden, müssten die einmaligen Einsparungen in vielen Fachbereichen sehr teuer bezahlt werden.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, im Mittelpunkt unserer verantwortlichen Gesundheitspolitik muss die Aufgabe stehen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die Gesundheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger zu erhalten, sie gegebenenfalls auch wiederherzustellen, aber auch durch Aufklärung Ängste zu nehmen. Alles andere muss sich diesen Zielen unterordnen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Creutzmann:

Für die Landesregierung spricht Frau Staatsministern Malu Dreyer.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren und Damen! Es ist schon gut beschrieben worden: Die Haushaltsberatungen finden in einer Zeit statt, die einerseits

von einem verstärkten Konsolidierungszwang geprägt ist, aber andererseits auch in einer Zeit, die von grundlegenden Reformen in den sozialen Sicherungssystemen mit all ihren Auswirkungen auf die Landespolitik, aber auch auf die Kommunalpolitik geprägt ist.

Unsere strategischen Ziele waren und sind es daher, nachhaltige und innovative Sozialpolitik mit diesem Haushalt sicherzustellen und das mit einem ökonomisch verantwortlichen Handeln zu verbinden.

(Beifall bei SPD und FDP)

Mit einem Haushaltsvolumen von über 1,2 Milliarden Euro garantiert der Sozialetat 2004 aus meiner Sicht, dass wir die politischen Ziele und Schwerpunkte der rheinland-pfälzischen Sozialpolitik verwirklichen können

Gestatten Sie mir eine Anmerkung. Vom Sozialetat profitiert der typische Rheinland-Pfälzer oder die typische Rheinland-Pfälzerin in der Regel irgendwann einmal im Leben, wenn er bzw. sie einmal krank oder alt wird. Das ganz normale Leben ist ein Stück weit geprägt von der Struktur des Sozialhaushalts. Natürlich stehen die benachteiligten Menschen im Vordergrund unserer Politik. Das ist auch richtig so.

Unsere Hauptziele sind die Arbeitsmarktpolitik, auf die ich noch zu sprechen komme, mit 41,1 Millionen Euro, die Gesundheitspolitik mit 228 Millionen Euro, die Aktivitäten für ältere Menschen – mit der Qualitätsoffensive – mit 145,6 Millionen Euro, die Politik für Menschen mit Behinderungen mit 545 Millionen Euro, die Familienpolitik sowie die Bekämpfung von Armut und Wohnungslosigkeit.

Die Schwerpunkte und die Dotierung der Schwerpunkte belegen sehr nachdrücklich, dass die Landesregierung trotz schwieriger Zeiten Sozialpolitik gestaltet und Menschen Hilfe bekommen, die sie benötigen. Das ist nach wie vor eine hohe Motivation für die Landesregierung.

(Beifall der SPD und der FDP)

Zur Arbeitsmarktpolitik. Für die aktive Arbeitsmarktpolitik geben wir etwa 41 Millionen Euro aus. Darin enthalten sind die ESF-Mittel. Es ist wichtig, das immer wieder zu betonen. Damit wird deutlich, welche Wirkung der Antrag der CDU-Fraktion hätte, wenn er die Mehrheit bekäme. Wir geben diese Gelder aus, um Menschen zu integrieren, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, für schlecht qualifizierte Menschen, für behinderte Menschen, für allein erziehende Frauen, die den Einstieg schaffen wollen, sowie für Migrantinnen und Migranten und viele andere mehr.

Die Erfolge – ich werde an dieser Stelle nicht ausufernd – sind evaluiert. Natürlich kann ich bei der Vielzahl der Projekte aber nicht garantieren, dass es nicht auch das eine oder andere Projekt gibt, das vielleicht nicht optimal läuft. Ich bitte um Auskunft darüber, falls so etwas jemandem zu Ohren kommt. Ich halte es demgegenüber aber nicht für zulässig, dass die Tatsache, dass es Einzelfälle gibt, dafür herhalten muss, dass die Gänze der arbeitsmarktpolitischen Projekte in Verruf gerät.

(Beifall der SPD und der FDP)

Die CDU-Fraktion beantragt die Kürzung unserer Mittel um 12 Millionen Euro. Das heißt übersetzt, dass nahezu keine zusätzlichen Integrationsmaßnahmen für immerhin rund 153.000 arbeitslose Menschen mehr möglich wären. Diese Anträge werden in regelmäßigen Abständen immer wieder eingebracht. Ich bin zwar erst kurze Zeit Ministerin, aber dennoch kenne ich diese Anträge inzwischen zur Genüge. Außerdem entsprechen sie der bundespolitischen Ausrichtung der CDU; denn auch auf Bundesebene wird immer wieder artikuliert, dass es überhaupt keinen Bedarf an Arbeitsmarktpolitik gebe.

Antworten höre ich an diesem Punkt nie. Deshalb stelle ich einfach einmal die Fragen. Was sagen Sie den Betroffenen, die keine Arbeit finden, weil sie beispielsweise zu alt sind oder weil sie nicht den Produktivitätsanforderungen gewachsen sind, obwohl sie sich bemühen, oder weil sie behindert sind oder weil sie in der Schuldenfalle sitzen oder weil sie wohnungslos sind oder es waren? Wo bitte arbeiten nach Ihrem Antrag diese Menschen im Jahr 2004 in Rheinland-Pfalz, wenn wir kein Geld mehr für zusätzliche Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Übergangsmärkte haben. Ich kenne keine Antworten von Ihnen. Deshalb stelle ich die Fragen sehr direkt, weil ich diese Anträge immer wieder von Ihnen höre, aber nie von Ihnen eine Antwort auf diese Fragen erhalte. Ich meine, dass Sie sich der Frage stellen müssen, was mit den Betroffenen geschieht, wenn wir in Zukunft kein Geld mehr für Arbeitsmarktpolitik haben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Sie geben im Übrigen auch keine Antwort im Hinblick auf die Kommunen. Da die CDU die Kommunen immer ganz nach oben stellt, frage ich mich immer: Was sagen Sie eigentlich Ihren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, wenn in Zukunft keine Landesmittel mehr vorhanden sind, um ihre Beschäftigungsprojekte vor Ort gemeinsam zu fördern?

(Beifall der SPD und der FDP)

Die Landesregierung nimmt ihre soziale Verantwortung wahr. Wir sehen eine landespolitische Verantwortung in der Arbeitsmarktpolitik für benachteiligte Menschen im Land. Deshalb werden wir sie auch in Zukunft betreiben.

Es ist schon mehrfach auf die Integrationserfolge hingewiesen worden. Diese werden uns inzwischen sogar schon von Externen bestätigt. Sie haben natürlich ihre Ursache darin, dass wir seit vielen Jahren gemeinsam mit den Kommunen und den Trägern gute Integrationspolitik betreiben und damit ein Netz geschaffen haben, um Menschen so gut es geht aufzufangen.

Wir werden also auch in Zukunft Arbeitsmarktmittel investieren, um diese Maßnahmen – Qualifizierung, Beschäftigung, Umsetzung von Hartz, Integration der unterschiedlichen Zielgruppen – umsetzen zu können. Natürlich tut es weh – das sage ich an die Adresse von Herrn Marz –, dass wir im Bereich des Arbeitsmarkts

kürzen mussten. Ich bin aber der Auffassung, dass diese Kürzungen mit Augenmaß vorgenommen worden sind und wir im Rahmen dessen, was uns noch zur Verfügung steht, sehr wohl sehr gute Arbeitsmarktpolitik machen werden können.

Noch ein Wort zur Technologieberatungsstelle. Auch das ist ein beliebtes Thema der CDU-Fraktion. Für die Landesregierung ist die Technologieberatung eine unverzichtbare Zukunftsinvestition. Natürlich gebe ich zu, dass der Begriff inzwischen sehr weit interpretiert wird. Ich gebe in diesem Zusammenhang ein Beispiel, damit wir alle wissen, worüber wir sprechen. Als Beispiel nenne ich die Restrukturierung der Pfalz-Flugzeugwerke in Speyer, die diese Restrukturierung ohne die Unterstützung der Technologieberatungsstelle mit Sicherheit nicht gepackt hätte.

(Beifall der SPD und der FDP)

Dort gab es einen mutigen Betriebsrat sowie mutige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die, nachdem sich der Eigentümer zurückgezogen hat, bereit waren, diesen Betrieb selbst zu organisieren. Ich meine, dass es eine gute Investition ist, diese Menschen zu unterstützen.

Natürlich gibt es noch andere auf diesem Markt, die diese Leistung übernehmen können. Aber auch in diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wer diese Leute bezahlt. Dass wir es den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern schuldig sind, sie in einem solchen Prozess zu unterstützen, der zudem sehr erfolgreich gelaufen ist, liegt offensichtlich auf der Hand. Ich denke, wir können keine bessere Investition tätigen, um Arbeitsplätze zu sichern, als an solch einer Stelle.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich könnte noch viele andere Beispiele nennen. Vielleicht beschäftigen Sie sich noch einmal mit den großen Projekten, die im Rahmen der Technologieberatungsstelle gemacht werden. Vielleicht ändert das ein Stück weit den Eindruck bei Ihnen. Im Übrigen erhält auch der Deutsche Beamtenbund nach wie vor eine Förderung aus diesem Haushaltstitel.

Mein zweites Thema bezieht sich auf die Stärkung der Gesundheit, die Gesundheitsförderung und die Krankenhäuser. Gesundheitsförderung und Prävention stellen einen Schwerpunkt der Gesundheitspolitik der Landesregierung dar. Als Gesundheitsministerin fühle ich mich diesem Ziel ganz persönlich verpflichtet, nicht nur, weil ich mir wünsche, dass die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer gesund und fröhlich bleiben, sondern weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass unser Gesundheitssystem in Zukunft nur dann annähernd bestehen kann, wenn wir alle mehr dafür tun, dass wir gesund bleiben.

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, Prävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das wird auf allen Ebenen so verstanden. Natürlich gehören dazu auch die Landesregierungen, die diese Verantwortung übernehmen müssen. Viele Bundesländer beneiden uns um unsere Landeszentrale für Gesundheits-

förderung, weil es eine außerordentlich intelligente Lösung ist. Die Landeszentrale für Gesundheitsförderung kann mit ihren Aktivitäten eine Breitenwirkung schaffen, die wir als Landesregierung niemals erreichen würden. Über 70 Verbände und Organisationen sind bei der Landeszentrale für Gesundheitsförderung engagiert. Jede Aktion, die dort durchgeführt wird, geht breit ins ganze Land.

(Beifall der SPD und der FDP)

Deshalb halte ich es für absolut unmöglich, der Landeszentrale für Gesundheitsförderung die Zuschüsse zu streichen. Das Land könnte Prävention nicht besser betreiben als über die Landeszentrale für Gesundheitsförderung.

Der Antrag scheint mir ein bisschen so zu sein, wie es häufig bei der Prävention ist. Alle sagen, dass wir es unbedingt benötigen. Alle sagen, es müssten alle mitmachen. Am Ende fühlt sich aber keiner dafür zuständig. Die Landesregierung fühlt sich an dieser Stelle zuständig und unterstützt die Arbeit der Landeszentrale für Gesundheitsförderung mit voller Überzeugung.

(Beifall der SPD und der FDP)

Einige weitere Gesundheitsziele möchte ich noch gern nennen. Wir werden die Zuschüsse zur Intensivierung der Krebsbekämpfung auf 1,23 Millionen Euro leicht anheben. Ich möchte auch das gern noch begründen.

Die Bekämpfung von Krebs und die Verbesserung der Versorgung von an Krebs erkrankten Patientinnen und Patienten ist eines unserer wichtigen Gesundheitsziele. Mit den Mitteln werden zum Beispiel das Tumorzentrum, aber auch die Institutionen der Krebsgesellschaft Rheinland-Pfalz und zahlreiche Selbsthilfegruppen im Land Rheinland-Pfalz unterstützt. Die Kampagne "Brust-Life", die von Frau Ebli schon erwähnt wurde, wird selbstverständlich weitergeführt. Sie wissen, im Landeskrankenhausplan haben wir Brustzentren ausgewiesen, um die Behandlung von Krebs weiter zu qualifizieren. Das sind meiner Meinung nach gute Investitionen in diese Bereiche. Wir sind den betroffenen Menschen gegenüber verpflichtet, hier aktiv zu werden.

In diesem Zusammenhang habe ich schon die Förderung der betroffenen Selbsthilfegruppen genannt. Das ist auch ein wichtiger Punkt, der im Zusammenhang mit der Gesundheit zu erwähnen ist. Wir haben wirklich viele Selbsthilfegruppen und Organisationen im Land Rheinland-Pfalz, die sehr aktiv sind und die wir gern und überzeugt auch in Zukunft fördern wollen. Sie sind eine wichtige Unterstützung der Professionellen im Bereich der Gesundheit, die wir auch in der Zukunft brauchen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Die Krankenhäuser kann ich meiner Meinung nach am heutigen Tag ein Stück außen vor lassen, weil wir im Rahmen des Landeskrankenhausplans darüber sehr intensiv diskutiert haben. Daraus ergibt sich aber von selbst, dass wir insbesondere im Jahr 2004 damit befasst sind, den Landeskrankenhausplan entsprechend umzusetzen. Dementsprechend sind die Mittel wieder in

dem Umfang eingestellt, wie Sie dem Haushaltsplan entnehmen konnten.

Wichtig scheint mir noch, darauf hinzuweisen, dass wir auch die Regionalisierung der Psychiatrie mit weiteren Schritten in diesem Jahr vorantreiben werden und es im Jahr 2004 schwerpunktmäßig um die kinder- und jugendpsychiatrischen Tageskliniken mit den psychiatrischen Institutsambulanzen gehen wird, die wir im Landeskrankenhausplan bereits ausgewiesen haben.

In diesem Zusammenhang richte ich mich auch hier an die CDU-Fraktion: Wir sind immer noch verpflichtet, auch im Bereich der Psychiatrie innovative Wege zu gehen. Deshalb ist dieser Haushaltstitel für uns auch wichtig. Ich bin froh, dass mir dieses Geld zur Verfügung steht.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr geehrten Herren und Damen, die Hilfen für alte und pflegebedürftige Menschen sind ein langfristiger Schwerpunkt der Arbeit meines Ministeriums. Auch angesichts der schwierigen Haushaltslage und der sich abzeichnenden demographischen Veränderungen stehen wir dafür ein, für Menschen, die vorübergehend oder dauerhaft pflegebedürftig sind, eine ihnen angemessene pflegerische und soziale Versorgung zu sichern. Deshalb wird die Qualitätsoffensive "Menschen pflegen" selbstverständlich auch in diesem Jahr weitergeführt. Sie wird mit neuen Schwerpunkten versehen. Das werde ich gern noch im Sozialpolitischen Ausschuss vorstellen, da das den Rahmen einer Haushaltsdebatte sprengt. Wir werden uns in dem Zusammenhang auch darum bemühen, dass wir Bundesmodellprojekte in Rheinland-Pfalz realisieren können. Wir werden beispielsweise ein Thema wie das Persönliche Budget in der Altenhilfe aufareifen.

Wir werden natürlich auch in diesem Jahr die Sozialstationen weiter fördern. Das ist meiner Meinung nach wirklich eine Perle in Rheinland-Pfalz, die sich über die Jahre hinweg so positiv entwickelt hat, sodass viele Bundesländer neidvoll auf uns blicken, weil wir diese flächendeckende Organisation in Rheinland-Pfalz haben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir werden natürlich auch die Landesleitstelle "Älter werden" im gewohnten Sinn weiterführen, damit vor allem neue Wohnformen, aber auch Bildungsangebote und das bürgerschaftliche Engagement im Sinn eines generationenübergreifenden Miteinanders in der Zukunft weiter gefördert werden.

Zwei Worte noch zu unserer Politik mit und für Menschen mit Behinderungen – Teilhabe und Gleichstellung. Wir werden auch im neuen Haushaltsjahr in der Lage sein, die Sozialpädiatrischen Zentren, die auch ein Spezifikum in Rheinland-Pfalz sind, weiter zu fördern. Das gilt natürlich auch für all die Institutionen, die Sie kennen, angefangen von der Werkstatt, über die integrativen Kindergärten und die Berufsbildungswerke bis hin zu den Berufsförderwerken.

Ich nenne die Summe noch einmal, weil sie wirklich beeindruckend ist – die Finanzierung der laufenden Kosten soll sich allein im Jahr 2004 auf rund 480 Millionen Euro belaufen –, um auch einmal klarzumachen, wie eigentlich die Summen in einem Sozialetat zustande kommen. Selbstverständlich ist es, dass wir unser Projekt "Persönliches Budget" im Jahr 2004 weiterentwickeln werden und konsequenterweise dann auch den weiteren Ausbau alternativer Angebote vorantreiben werden, wie zum Beispiel das Betreute Wohnen, das von Herrn Dr. Schmitz schon angesprochen worden ist.

Einer unserer wichtigsten Schwerpunkte auch in diesem Bereich ist das Thema "Arbeit". Der Herr Ministerpräsident hat gestern schon auf die erfolgreichen Zahlen hingewiesen. Wir werden uns weiter bemühen – im Moment haben wir einen Trend, der eher abwärts zeigt –, mit all unseren Instrumentarien am Ball zu bleiben, um schwerbehinderte Menschen tatsächlich in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Dazu gehört auch, dass wir die Zahl von derzeit 20 Integrationsbetrieben im Jahr 2004 deutlich erhöhen werden.

(Beifall der SPD und der FDP)

Herr Marz, im Übrigen will ich gern noch darauf hinweisen, weil ich das Europäische Jahr für behinderte Menschen etwas anders bewerte, als Sie das tun, dass der Bericht über die Aktivitäten inzwischen in das Internet eingestellt worden ist. Wir können Ihnen aber auch gern den Bericht schriftlich zugänglich machen. Dann können Sie sich davon überzeugen, wie viele Aktivitäten gelaufen sind und dass sie nicht im Jahr 2003 aufhören, sondern in diesem Jahr etliche Dinge angelegt worden sind, die darüber hinaus wirken und hoffentlich auch im Jahr 2004 weitere Erfolge aufweisen werden.

Als letztes Thema will ich noch ganz kurz auf das Thema "Familienpolitik" zu sprechen kommen. Es ist ein zentrales Anliegen der Landesregierung, die Familienpolitik in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen. Das ist auch der Grund, weshalb sich alle Ressorts verstärkt dafür einsetzen, kinder- und familienfreundliche Rahmenbedingungen unter Einbeziehung aller Lebensbereiche zu gestalten.

Frau Thelen, das ist auch der Grund, weshalb meine Kollegin Frau Ahnen und ich überhaupt keine Probleme damit haben, dass es einen Beirat für Familienpolitik in meinem Haus gibt. Wir haben gesagt, dass die Frage der Kinderbetreuung nicht ausgeklammert werden soll, dass sie aber auch nicht im Mittelpunkt der Diskussion stehen soll, weil sich bei meiner Kollegin etliche Arbeitskreise mit der Kinderbetreuung befassen. Frau Kollegin Ahnen und ich kooperieren hervorragend. Ihre Mitarbeiterin sitzt im Familienbeirat. Es ist eigentliche eine Selbstverständlichkeit, dass eine gemeinsame Landesregierung in der Lage ist, die Aktivitäten miteinander zu vernetzen und eine Querschnittsaufgabe gemeinsam wahrzunehmen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr geehrten Herren und Damen, ich denke, es wurde deutlich, dass wir trotz enger finanzieller Kassen die Sozialpolitik zukunftsorientiert weiterentwickeln, und zwar unter Berücksichtigung sehr wichtiger – ich nenne das jetzt einmal so – Werte, und eine nachhaltige soziale Verantwortung übernehmen. Solidarität und Gerechtigkeit und natürlich auch die Zukunftssicherung stehen dabei zentral im Mittelpunkt unserer Handlungsweisen. Wir werden dadurch nicht nur sicherstellen, dass die notwendigen Hilfen gewährt werden können, sondern wir werden auch dafür sorgen, dass die Strukturen unseres Sozialsystems zukunftsorientiert weiterentwickelt werden.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Rosenbauer das Wort. Der CDU-Fraktion steht noch eine Redezeit von vier Minuten zur Verfügung.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Vorbemerkung: Wir als CDU gehen davon aus, dass jeder, der in diesem Hause sitzt, für die Menschen in Rheinland-Pfalz das Beste will.

(Beifall der CDU)

Das vorweg. Bei der einen oder anderen Rede hat man das Gefühl, als ob es Leute gibt, die das nicht wollen. Wir setzen einmal voraus, dass das für jeden hier gilt.

Das einzige, worüber wir streiten und worüber wir streiten müssen, ist der Weg. Dazu möchte ich schon noch ein paar Ausführungen machen.

Parlamentsdebatten sind in der Regel Augenblicksbetrachtungen. Wenn wir ehrlich sind, lesen wir selten Protokolle nach. Ich gebe zu, ich mache es auch nur im Ausnahmefall.

Meine Damen und Herren, bei Haushaltsdebatten ist das aber schon ein bisschen anders. Bei so wichtigen Politikfeldern wie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit lohnt es sich vielleicht, in den nächsten Monaten noch einmal in die Protokolle hineinzuschauen.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie werden es zwei Jahre nicht loswerden, dass Sie in diesem Schwerpunkt 12 Millionen DM streichen wollten, so Minister Gerster am 21. Januar 2000 in diesem Hause. Die CDU hatte damals eine Kürzung im Arbeitsmarktbereich in Höhe von 12 Millionen DM beantragt.

(Zurufe von der SPD und der FDP)

Ich will Sie nur darauf hinweisen. Wir müssen ehrlich sein.

Herr Schmitz, Sie haben immer von Ehrlichkeit gesprochen. Ehrlich ist, dass die Landesregierung von damals in diesem Bereich von 26 Millionen Euro auf 19 Millio-

nen Euro gekürzt hat. 7Millionen Euro ist genau die Summe, die wir damals beantragt hatten. Diese haben Sie mittlerweile selbst reduziert.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Jetzt stimmen alle Redner der Fraktionen, die die Landesregierung tragen, wieder das Lied an, wie unsozial die CDU ist, weil man Kürzungen in diesem Bereich vornimmt. Ihr früherer Minister Gerster hat vor zwei Wochen groß verkündet, dass er erhebliche Einsparungen vorgenommen und bei der BA ein nicht so hohes Defizit eingefahren hat, weil er die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen drastischer als ursprünglich geplant zusammengekürzt hat. Es ging eine Meldung durch die Presse

Ich finde es unredlich, uns immer diese unsoziale Œschichte vorzuwerfen. Sie machen genau die gleichen Schritte, nur ein paar Jahre später. Ich garantiere Ihnen, in den nächsten zwei Jahren werden Sie in diesem Bereich weitere Kürzungen vornehmen, weil es richtig ist, einen anderen Weg zu gehen als den, den wir über Jahre gegangen sind. Die Arbeitslosenzahlen sind nicht zurückgegangen. Sie sind gestiegen.

Ein Satz zur Landeszentrale für Gesundheit. Auch hier haben wir darauf gewartet, dass man uns einiges vorwirft. Niemand von uns hat gesagt, dass Prävention unwichtig ist. Prävention ist wichtig. Die Frage ist, wer die Prävention betreibt.

Herr Dr. Schmitz, die Zahnärzteschaft hat ein tolles Präventionsprojekt gestartet, und zwar ohne große Hilfe und ohne große Zuschüsse. Es funktioniert. 60 % Rückgang von Karies ist ein Erfolg.

(Mertes, SPD: Aber sie kriegen Geld!)

 Wenig Geld, weniger als das, worüber wir reden. Das wissen Sie.

Meine Damen und Herren, das ist genau der Vorwurf, den Ihnen gestern unser Fraktionsvorsitzender gemacht hat. Natürlich ist das eine gute Einrichtung. Wenn man irgendwann einmal anfangen will zu sparen und einsparen muss, muss man auch einmal konkrete Dinge nennen, auch wenn sie schwer fallen, ansonsten funktioniert es nicht. Das ist ein konkreter Punkt, an dem wir glauben, dass man so etwas machen kann, wenn man gute Zeiten hat. Wenn man sparen muss, muss man auf so etwas einmal eingehen und kürzen.

(Glocke des Präsidenten)

Die Kassen übernehmen die Funktion der Prävention. Mittlerweile gibt es sogar Prämien für Präventionsarbeit, wenn man sie selbst betreibt. Deshalb brauchen wir nicht parallel eine solche Einrichtung vorzuhalten.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Creutzmann:

Wir kommen zum

Einzelplan 05 – Ministerium der Justiz –

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Baldauf.

Abg. Baldauf, CDU:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Je später der Abend, desto schöner die Reden. Wir werden einmal abwarten, ob es so kommt. Es gibt zwei Möglichkeiten, die wir heute nutzen können. Die erste Möglichkeit wäre, ich mache es relativ kurz. Dann hätte ich nur einen Satz zu sagen.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Ob Ihnen aber der Satz gefällt, werden wir sehen. Das würde nämlich heißen, mir fällt zu dem Ganzen nichts mehr ein. Es scheint Ihnen zu gefallen. Das freut mich.

Ich habe doch noch ein paar Punkte, die ich gern ansprechen möchte. Es ist interessant, was heute über den Ticker gelaufen ist. Landgericht Koblenz, Pressemitteilung, Steigerung der Verfahren um 6,3 %.

Herr Minister, die Komplexität und die Schwierigkeit der Verfahren nimmt zu, und zwar all dies bei der gleichen Personalsituation wie seit Jahren, die im Übrigen seit zwei, drei Jahren auch noch ausgedünnt wird.

Wir haben heute die Situation – das haben Sie selbst in der Drucksache 14/2023 vorgetragen –, dass Amtsrichter – das können Sie nicht bestreiten – bis zu 700 Fälle im Jahr zu erledigen haben. Ich habe erfahren, in Sinzig müssen sie bis zu 1.000 Fälle bearbeiten, wobei dabei auch noch Strafsachen sind. Das macht die Sache nicht kürzer. Wiederbesetzungen werden nicht unmittelbar vorgenommen. Angestellte und Rechtspfleger fehlen hinten und vorn. Die Serviceeinheiten funktionieren leider nicht

Welche Situation haben wir? Wir haben 16 % Unterbesetzung im Richterdienst, 25 % Unterbesetzung im nachgeordneten Dienst. Die Gefängnisse sind um 5 % überbelegt.

Herr Minister, wir müssen Sie fragen: Haben Sie Ihren Laden noch im Griff? – Ich bin eher der Meinung, leider nein.

Das ist eigentlich löblich, könnte man bei der Situation, dass Sie nichts tun, denken. Hiervon halte ich aber wenig. Wer nichts tut, macht nichts falsch, heißt es immer. Ich denke, in diesem Fall können wir das leider nicht akzeptieren.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir haben es schließlich mit einer Pflichtaufgabe zu tun, die zu erledigen ist. Sie haben natürlich ein bisschen

Glück gehabt. Es gab vor kurzem eine Bewertung in der "AZ", und zwar eine Notenverteilung. Es gab eine 5 für den Finanzminister. Finanzminister haben es auch schwer.

Herr Minister, für Sie gab es eine 3-. Das ist für ein Ressort, das nicht gerade in der Öffentlichkeit ganz oben steht, nicht unbedingt sehr löblich. Woher kam die 3-? Jetzt wird es interessant. Die 3- kam nicht von Abgeordneten wie mir oder ähnlichen Personen, sondern vom Vorsitzenden des Richterbundes, Udo Werner, der Ihnen wohl bekannt ist.

(Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

Er ist ein Mann seines Faches. Dieser gibt seinem eigenen Justizminister eine 3-. Wenn er ganz ehrlich gewesen wäre, hätte er vielleicht noch ein bisschen nach unten korrigiert. Er wollte sich natürlich auch nicht zu weit aus dem Fenster lehnen. Ich bin einmal gespannt, was Sie nachher dazu sagen, warum er diese Bewertung abgegeben hat.

Im Haushalt selbst zeigt sich natürlich, dass dieser von Personalausgaben und Betreuungs- und Prozesskostenhilfekosten diktiert wird. Das ist das Problem der Justiz. Wir haben es mit Betreuungskosten und Prozesskostenhilfekosten zu tun. Das sind eigentlich Kosten des Sozialetats, weniger die der Justiz. Diese hängen hier drin, wachsen immer weiter an und lähmen das ganze restliche System. Darüber müsste man einmal bei Gelegenheit nachdenken. Es wird nämlich Folgendes passieren, wie es bisher die ganze Zeit läuft. Wir haben in der Justiz nur noch das Motto: Verwalten statt gestalten.

Herr Minister, ich habe es Ihnen schon ein paar Mal gesagt: Stellen Sie sich bitte vor Ihre Mitarbeiter! Sorgen Sie dafür, dass es keine Verfahrensdauern von vier Jahren an Sozialgerichten mehr gibt! Dies ist durchaus immer noch die Regel, auch wenn Sie es, Frau Lejeune, vielleicht nicht ganz glauben mögen. Es ist leider so. Ich bekomme es aus der Praxis mit. Gerade bei den Sozialgerichten ist interessant, dass dadurch weitere Verfahrenskosten entstehen. Diese haben doppelte Gutachten einzuholen und Ähnliches.

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

– Herr Hartloff, das hängt davon ab, wer die Gutachten erstellt. Sie wissen, in Sozialgerichtsverfahren können Sie sich die Gutachter selbst heraussuchen. Das ist auch klar. Von daher ist die Situation weniger an den Gutachten, sondern mehr an der Verfahrensdauer schuld. Es müssen Schweigepflichtentbindungserklärungen, Verfügungen und Ähnliches eingeholt werden. Das muss ich Ihnen nicht sagen. Das wissen Sie eh alles. Das vermute ich zumindest.

Wir werden sicherlich noch hören, wo Ihre Vorschläge sind. Gestern hat mich Herr Kollege Ramsauer sogar noch gelobt und gesagt: Herr Baldauf ist ein engagierter junger Mann. Wo sind die Anträge für die zusätzlichen Richterstellen?

Ich will Ihnen einmal etwas sagen: Wir haben in den letzten Jahren – das wissen Sie auch – viele Anträge unter anderem mit dem Inhalt gestellt, Sozialgerichtsgebühren einzuführen und Kosten-Nutzen-Analysen durchzuführen, wie es die FDP unter einer neuen Regierung in Niedersachsen macht. Wir rennen jedes Mal an eine Wand. Dies führt dazu, dass wir sagen: Wir werden sie heute nicht stellen. Diese sind gestellt. Sie sind nicht bearbeitet und beantwortet. Deshalb muss man sie nicht jedes Mal wieder neu stellen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Frau Thomas, das bewundere ich auch. Ich werde mich beim nächsten Mal wieder daran halten. Dann haben wir die Situation, dass es wieder jemand vergessen haben kann. Es gibt ein neues Zauberwort.

Stellen Sie sich vor, ich habe es sogar gefunden. Sie haben eine ganz tolle Idee gehabt. Rettung ist in Sicht. die heißt: über- und außerplanmäßige Ausgaben. - Ich könnte jetzt die gesamten Drucksachen vorlegen. Frau Reich, ich habe sogar noch viel mehr Drucksachen gefunden, als in der Pressemeldung enthalten sind. Ich könnte diese ganzen Drucksachen im Einzelnen aufzählen. Das ist viel zu lang. Sie kommen insgesamt - das will ich nur dazusagen - zu überplanmäßigen Ausgaben bei der Prozesskostenhilfe, Sachverständigenkosten, Insolvenzverfahren, Amtsgericht Mayen, Postgebühren. Das müsste man eigentlich einstellen können, spätestens mit den Postgebühren, seitdem ich 2002 schon einmal darauf hingewiesen habe. 8 Millionen Euro kommen unter dem Strich für zusätzliche überund außerplanmäßige Ausgaben zustande. Herr Minister: Haushaltsklarheit, Haushaltswahrheit sehe ich leider nicht mehr. – Sie ziehen sich immer darauf zurück, das sei alles nicht zu planen. Warum machen wir denn überhaupt einen Haushaltsplan, wenn das alles nicht zu planen ist? Dann lassen wir das bei der Justiz einfach sein und reden dann am Schluss nur über über- und außerplanmäßige Ausgaben.

(Beifall bei der CDU)

Presseecho im letzten Jahr. Ich habe nur einige Punkte herausgenomen: Die "Rheinpfalz" vom 11. Dezember 2003: "Droht Hemming-Prozess zu platzen? – Zweite Pressemeldung, bezogen auf den gesamten Justizhaushalt, des Fraktionsvorsitzenden der SPD - jetzt ist er leider nicht anwesend, aber er wird sie noch kennen -: "Die schwimmen doch im Geld, Ministerien jammern auf hohem Niveau." Auf der anderen Seite platzende Prozesse. Herr Minister, ich frage mich: Wie passt denn so etwas zusammen? Sind bei den Indianern die Zelte ausgegangen und sind das jetzt alles Häuptlinge im Ministerium, die sich darum zu kümmern haben, oder wie kommt das? Oder ist das Presseecho nur erfunden? Interessant bei der ganzen Geschichte, wenn man sich fragt: Wo kommt das eigentlich her? Unterbesetzungen! Warum werden von Pirmasens nach Zweibrücken Richter verschoben und wieder zurück? -,

(Hartloff, SPD: Das ist ein Weg von 20 Kilom etern!)

dann wird gesagt: "Meist plötzliche langwierige Krankheitsfälle." Herr Minister, ich bin sehr erstaunt. Gibt es diese Krankheitsfälle in Ihrem Ministerium eigentlich nicht? Wenn ich mir anschaue, welch eine wirklich gute PR-Arbeit Sie nach außen bringen, dauernd irgendwelche neuen Dinge herausstellen und unabhängig davon das mit großem Krankheitsstand im Ministerium erledigen, dann ist das toll. Gilt das nur für die nachfolgenden Behörden? Das wäre traurig. Interessant ist: Von den anderen Ministerien höre ich das eigentlich nicht; ich höre es auch von den nachgeordneten Behörden der anderen Bereiche nicht. Das gilt scheinbar nur für die Justiz, dass man besonders krankheitsanfällig ist. Sie könnten uns einmal erklären, wie Sie darauf kommen.

(Beck, SPD: Lesen Sie Ihre Kleinen Anfragen!)

- Herr Ministerpräsident, dann muss ich ein paar mehr schreiben, dann gibt es auch mehr zu lesen.

Weil der Ministerpräsident heute als Verstärkung bei der SPD sitzt, was mich übrigens sehr ehrt,

(Beck, SPD: Da gehöre ich hin! – Hartloff, SPD: Er ist unsere Stärke!)

es gibt auch noch ein paar Richteransichten zu dieser ganzen Sache. Ein nicht ganz unbedeutender Richter, OLG-Präsident Dury: Die Gerichte könnten nur schwer weitere Sparrunden ertragen. – Direktor des Amtsgerichts Mayen: Personaldecke angespannt. – Direktor des Arbeitsgerichts Sinzig: Aufgrund eines krankheitsbedingten Ausfalls 1.000 Verfahren. – Richter Udo Werner: Das Ende der Fahnenstange ist lange nicht erreicht.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was?)

- Entschuldigung: ist lange erreicht. - Vielen Dank.

(Zuruf des Abg. Dr. Schiffmann, SPD)

– Herr Schiffmann, ich habe den Vorteil, dazu wenigstens noch etwas sagen zu können. Vorher haben Sie gesagt bekommen, Sie hätten in der Bildungspolitik nicht so viel Wissen. Das ist richtig. Ich hoffe, Sie haben von der Justiz ein bisschen mehr. Das scheint mir aber auch nicht ganz so zu sein. Das spielt aber auch keine Rolle.

Ich komme zum Schluss. Herr Minister, wir verlangen von Ihnen, dass Sie weiterhin Ihre Arbeit machen, und zwar ab sofort im Interesse der Justiz und nicht gegen die Justiz. Dann dürften wir auch auf einem Nenner sein. Sie wissen, wir reichen Ihnen die Hand, wenn Sie uns unterstützen, aber bitte nicht umgekehrt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Creutzmann:

Für die SPD-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Beate Reich.

Abg. Frau Reich, SPD:

Herr Präsident, sehr geehrten Damen und Herren! Hinter der für Bürgerinnen und Bürger kaum etwas sagenden Bezeichnung "Einzelplan 05" verbirgt sich der Justizhaushalt und damit auch die Finanzierung der dritten Gewalt in unserem Staatswesen, nämlich der Justiz, die sich in allen Bereichen in Deutschland auf allen Ebenen, allen Gerichtszweigen ein sehr hohes Ansehen verschafft hat und sich auch in Rheinland-Pfalz durch ihre Rechtsprechung bewährt hat.

Im Gegensatz zur CDU, die das gerade in ihrem Beitrag nicht getan hat, möchte ich an den Anfang das Lob für die Bediensteten in der Justiz und im Strafvollzug für diese hervorragende Arbeit stellen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ein Beispiel dafür – das ist der erste Widerspruch zum Beitrag der CDU – ist nämlich die Verfahrensdauer, zum Beispiel von Gerichtsprozessen in Rheinland-Pfalz. Wenn Sie die Verwaltungsgerichtsbarkeit als herausragendes Beispiel nehmen, aber auch die anderen Gerichtszweige, so wird Ihnen auffallen, dass die Verfahrensdauer im Verhältnis zu den anderen Bundesländern eher unterdurchschnittlich ist. Hier wird gute Arbeit geleistet. Hier sind die Bediensteten motiviert.

Des Weiteren kann man diese Motivation – das haben Sie richtig gesagt, Herr Baldauf – an den leider immer noch zunehmenden Verfahrensfällen sehen. Das streiten wir nicht ab. Die Mahnverfahren, die Strafverfahren und die Gerichtsverfahren werden mehr. Das zeigt, dass unsere Beschäftigten gut sind und prima Arbeit geleistet wird

Ein besonderes Lob – das möchte ich an den Anfang setzen – gebührt den Beschäftigten, die bei der Umsetzung des elektronischen Grundbuchs mitgearbeitet haben. Das, was in diesem Bereich geleistet wurde, ist nicht hoch genug zu schätzen. Viele andere Bundesländer mussten diese ganz zentrale Aufgabe extern vergeben. Rheinland-Pfalz hat durch diese interne Maßnahme mehr als 7 Millionen Euro gespart. Auch dies ist ein Lob wert, und dafür klatschen wir gern Beifall.

(Beifall bei SPD und FDP – Heiterkeit bei der CDU)

Was sagt die Opposition zu allem? Wir haben es gerade schon von der CDU gehört – ich habe es nicht anders erwartet –: Sie lamentiert und wettert, wie sie es das ganze Jahr gemacht hat. – Bei jedem angeblichen Justizskandal, sei es nun ein unvorhergesehener Krankheitsfall oder auch einmal ein persönlicher Fehler, wird sofort der Notstand der rheinland-pfälzischen Justiz ausgerufen. Ich halte das für unverantwortlich;

(Beifall bei der SPD)

denn es untergräbt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in diese Justiz, und dies, ganz klar gesagt, ohne tatsächlichen Grund. Herr Baldauf, Sie lachen. Fakt ist – ich sage es noch einmal –, die Verfahrensdauer – es gibt eine Erhebung, die Ihnen zur Verfügung gestellt

worden ist – und die Belastungssituation der Richterinnen und Richter ist in Rheinland-Pfalz nicht überdurchschnittlich im Vergleich zu anderen Bundesländern.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Was tut die CDU nach einem Jahr des Lamentierens über angebliche Personalknappheit und Unterbesetzung? Klar, sie stellt keine Anträge zum Justizhaushalt, nicht im Ausschuss und nicht hier. Wir haben eine konsequente Politik gar nicht erwartet. Herr Baldauf, Sie brauchen nicht nur zu fordern. Sie können auch Anträge des kreativen Sparens stellen. Auch in diese Richtung haben wir leider von Ihnen nichts gehört.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Ein weiteres Beispiel für die Qualität Ihrer Rede ist, dass Sie dieses "AZ"-Ranking erwähnen. Ich will gar nicht weiter darauf eingehen. Wer sich aber mit solchen Beurteilungen die Redezeit füllt, zu dem braucht man nichts weiter zu sagen.

Sehr geehrte Damen und Herren, klar ist, auch ich könnte mir im Justizbereich mehr Personal vorstellen, wie dies übrigens auch für andere Landesbereiche gilt. Aber die finanzpolitischen Grundlagen sind leider nicht so. 67,6 % des Volumens des Justizhaushalts sind schon jetzt Personalkosten. Obwohl wir auch dort Personal reduziert haben, ist aber durch die Zuführungen zu dem Pensionsfonds und durch Tariferhöhungen dieser Prozentsatz trotzdem weiter gestiegen.

Ich sage auch ganz klar, wegen der Förderfähigkeit der dritten Gewalt und des Strafvollzugs können wir das Personal im Justizbereich ohne bundesgesetzliche Änderungen und/oder eine Organisationsreform der Gerichte kaum mehr weiter reduzieren.

Ich sage auch ganz deutlich: Wir müssen die Frage einer Strukturreform auch hier bei uns nach wie vor stellen. Es bleibt aber die große Aufgabe der Politik: Wir müssen dies auch unter schwierigen Bedingungen gewährleisten.

Ich möchte in den nächsten Punkten zu dem, was Sie gesagt haben, klar machen, dass wir auch in diesem Bereich nicht nur verwalten, sondern gestalten. Wichtige Schritte sind von Herrn Minister Mertin und der Landesregierung eingeleitet worden.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich erwähne zuerst den Bereich der EDV. Bis zum Jahresende 2003 waren bereits alle Fachgerichtsbarkeiten flächendeckend mit neuer Informationstechnologie ausgestattet.

Im Jahr 2004 wird die Neuausstattung der ordentlichen Gerichtsbarkeiten und der Staatsanwaltschaften angegangen. Immerhin sind das insgesamt 4.000 Arbeitsplätze. Dafür finden wir die Einleitung im Haushalt 2004.

Dann gibt es noch aktuell das Pilotprojekt "elektronischer Rechtsverkehr", das beim Oberverwaltungsgericht Ko-

blenz nächstes Jahr startet. Es wird dabei erstmals möglich sein, Schriftsätze über Internet bei Gericht einzureichen, eine riesige Neuerung, ein toller Fortschritt, und wir sind an vorderster Front dabei.

(Beifall der SPD und der FDP)

An vorderster Front dabei waren wir auch bei der bundesgesetzlichen Möglichkeit, Insolvenzverfahren ins Internet zu setzen, die wir wahrgenommen haben. Dann – ich habe es schon erwähnt – das Großprojekt "elektronisches Grundbuch", das dem Land 7 Millionen Euro durch eine Fremdvergabe erspart hat.

Nächster Punkt, Investitionen in Gebäude, über 40 Millionen Euro in den letzten Jahren. Wir haben durchaus in den vergangenen Monaten Amtsgerichte vor Ort besucht, haben uns die Räumlichkeiten der Richter und Richterinnen und die Geschäftsstellen angeschaut. Wir können sagen, die Arbeitsbedingungen für die Bediensteten vor Ort sind gut, selbst wenn man in das kleinste Amtsgericht geht.

Die Projekte, die noch anstehen, werden auch weiter im Haushalt 2004 eingeleitet und von der Landesregierung und den Regierungsfraktionen weiterverfolgt.

Auch im Bereich des Strafvollzugs wurde Wichtiges erreicht. Ich will nicht weiter darauf eingehen, weil Herr Kollege Dröscher im zweiten Teil dazu noch Defizite, nein, nicht Defizite, sondern Stellung nehmen wird.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das war richtig. Darauf wollen wir einmal eingehen!)

Fakt ist, der Justizhaushalt ist in wichtigen Teilen durch Bundesthemen fremdbestimmt: Kosten für Sachverständige, Gutachter, Prozesskostenhilfe, Kosten für Betreuungsrecht. All das können wir vor Ort durch unsere Landesgesetzgebung nicht beeinflussen.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

 Ja, wir sind im Bund auch an der Regierung, genau, Herr Baldauf. Deshalb wollte ich diesen Punkt mit dem Ausblick abschließen, dass die Bundesgesetze dort in der Arbeit sind.

Wir hoffen insbesondere auch im Betreuungsrecht, dort massive Sparbemühungen letztendlich auch bei uns im Landeshaushalt zu sehen. Die Auswirkungen werden wir sehen.

(Beifall der SPD und der FDP – Präsident Grimm übernimmt den Vorsitz)

Eine kurze Bemerkung zum Stichwort "Öffentlichkeitsarbeit der Regierungs-Broschüren". Diesbezüglich hat die Opposition auch in vielen Bereichen auf die Landesægierung eingehauen: Das diene nur der Selbstdarstellung, sei überflüssig und viel zu teuer.

Ich möchte genau die Broschüren des Justizministeriums ganz aktuell zum Nachbar- oder zum Lebenspartnerrecht ansprechen. Ich kann nur aus meinem eigenen Erfahrungskreis Bürgerbüro sagen, das sind Schriften, die nachgefragt und von Interesse sind. Deshalb ist das keine Selbstdarstellung der Landesregierung, sondern es ist notwendiges Informationsmaterial und kein rausgeschmissenes Geld.

(Beifall der SPD und der FDP)

Gestalten statt nur verwalten, das macht die Landesregierung auch im Justizhaushalt, trotz der dargelegten Schwierigkeiten. Vonseiten der Opposition kam – ich sage es noch einmal – und kommen keine Vorschläge, was besser zu machen sei. Es ist das ständige Schimpfen – das kennen wir schon – die letzten drei Jahre. Es kommt nichts Konkretes.

Ich meine, wir sind in Rheinland-Pfalz auch im Justizbereich auf einem guten Weg. Ich möchte Herrn Justizminister Mertin stellvertretend für die Landesregierung, für seine Arbeit und für diesen vorgelegten Haushalt danken

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Es spricht Frau Abgeordnete Grützmacher.

Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Frau Reich, ob man für diesen Haushalt wirklich danken soll, da bin ich gar nicht überzeugt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Schwarz, SPD: Das habe ich mir gedacht!)

Herr Baldauf hat schon von der Überlastung der Richter gesprochen, von der Überbelegung der Justizvollzugsanstalten (JVA), und vor allem – darauf will ich näher eingehen – gibt es ständig, gerade im Justizhaushalt, diese überplanmäßigen Ausgaben auch im Jahr 2003. Im Ganzen kamen über 8 Millionen Euro zusammen.

Man kann sagen, das sind Dinge, die in einem Jahr unvorhergesehen passieren. Aber nichts davon ist im nächsten Jahr eingestellt. Glauben Sie denn, dass Sie die im nächsten Jahr nicht brauchen, wenn Sie in diesem Jahr 8 Millionen überplanmäßig gebrauchen?

(Beck, SPD: Nächstes Jahr ist dieses Jahr!)

Vielen Dank. Es ist immer nett, wenn Sie mich auf solche Kleinigkeiten hinweisen. Das machen eigentlich immer nur die Lehrerinnen und Lehrer, aber es ist nett, wenn auch ein Ministerpräsident so etwas einmal macht.

> (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heiterkeit bei der CDU – Zuruf des Abg. Beck, SPD)

 Eben, ich kann es auch gut vertragen. Ich habe auch nichts dagegen. Für den Haushalt dieses Jahres wird so getan, als hätte es diese überplanmäßigen Ausgaben im letzten Jahr überhaupt nicht gegeben. Es wird einfach nicht darauf eingegangen. Das zeigt, es fehlt an allen Ecken und Kanten in diesem Justizhaushalt 2004.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Meine Damen und Herren, das ist gesellschaftspolitisch nicht ohne Schaden. Ein Rechtsstaat ist nicht nur daran zu messen, dass die Rechtswegsgarantie eingehalten wird, sondern es muss auch in überschaubarer Zeit zu Entscheidungen kommen. Oft ist für die Menschen die lange Dauer eines Gerichtsverfahrens beinahe noch schwerer zu ertragen, als wenn es dann letztendlich zu einer Ablehnung kommt.

(Beifall des Abg. Weiner, CDU)

Zum Beispiel Strafverfahren im Bereich der Wirtschaftskriminalität. Die Verfahrensdauer von der Aufnahme des Ermittlungsverfahrens bis zum erstinstanzlichen Urteil, ganz zu schweigen bis zum rechtskräftigen Urteil, ist in den meisten Fällen viel zu lang. Ich erinnere nur an das Beispiel in Kaiserslautern.

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Es mangelt an genügend qualifizierten Ermittlerinnen und Ermittlern und an Richterinnen und Richtern im Bereich der Wirtschaftskriminalität. Wir haben diesen Mangel schon des Öfteren festgestellt und kritisieren auch an diesem Punkt die falsche Prioritätensetzung der Landesregierung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Konsequenz ist wichtig. Der landläufige Spruch, der immer gesagt wird, die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen, gewinnt gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts eine sehr unangenehme Aktualität, die wir nicht akzeptieren sollten.

Bei Überschreitung von Gerichts- und Verfahrenslaufzeiten von vier bis sechs Jahren winkt, so hat es das Verfassungsgericht entschieden, ein Strafrabatt für Wirtschaftskriminelle. Nicht nur die Einzelfallgerechtigkeit bleibt dabei auf der Strecke, sondern auch die Gleichheit vor dem Gesetz wird strukturell infrage gestellt. Meine Damen und Herren, diesbezüglich müssen Sie handeln, Herr Justizminister.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal feststellen, dass es in Rheinland-Pfalz auch eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Korruptionsbekämpfung nicht gibt. Das fehlt. In anderen Bundesländern hat man damit gute Erfahrungen gemacht.

Das heißt, dass dort gut ausgestattete und mit allen Schlichen der Korruption vertraute Staatsanwaltschaften große Erfolge aufweisen. Das Beispiel Frankfurt sei nur angeführt. Das geht immer noch weiter. Dort hat sich in diesem Bereich sehr viel getan. In Rheinland-Pfalz gibt es dort nur Fehlanzeige.

Ich bin dabei nicht so blauäugig und glaube, dass wir keine Korruption in Rheinland-Pfalz haben, aber sie wird nicht entdeckt, weil es eine solche Schwerpunktstaatsanwaltschaft im Bereich Korruptionsbekämpfung nicht gibt.

Meine Damen und Herren, dafür beschäftigt sich dann der Justizminister lieber mit Sprayern, setzt eine Denunziationsprämie aus und kann noch nicht einmal den Schaden beziffern, der in Rheinland-Pfalz dadurch verursacht wird.

Herr Mertin, wir fordern Sie auf, dass Sie Ihre Prioritätensetzung ändern und damit auch Korruption in Rheinland-Pfalz wirksam bekämpfen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiteres Beispiel ist die Bekämpfung der Kleinkriminalität im Drogenbereich bzw. die Kriminalisierung von Marihuana- und Haschischkonsum. Wir treten – das wissen Sie – schon seit langem für eine Entkriminalisierung in diesem Bereich ein; denn in einer liberalen Gesellschaft sollte der Konsum von Haschisch genauso straffrei wie der der legalen Drogen, Tabak, Alkohol und Tabletten sein, die in ihrer Wirkung auf die Gesellschaft – das wissen wir – und auf den Einzelnen oft viel gefährlicher und einschneidender sind.

Meine Damen und Herren, mit einer Entkriminalisierung von Kleinstkriminalität könnten auch Massenverfahren mit geringem volkswirtschaftlichen Schaden reduziert und die Justiz und im Übrigen natürlich auch die Polizei entlastet werden. Leider treffen wir bei der FDP nicht auf viel Verständnis. Sie sind mehr für Strafverschärfung und Kriminalisierung dieser Kleinkriminellen.

(Creutzmann, FDP: Das stimmt doch gar nicht! Erzählen Sie doch nicht so einen Quatsch, Frau Grützmacher!)

Meine Damen und Herren, in die Verantwortung des Justizministers fällt auch noch ein zweiter Bereich, auf den ich zu sprechen komme. In die Verantwortung des Justizministers fällt auch der Strafvollzug. Auch hier – das haben wir schon gehört – gibt es leider keine Entspannung. Die Überbelegung der einzelnen Justizvollzugsanstalten ist noch immer vorhanden, obwohl gerade die neue JVA Rohrbach fertiggestellt und belegt wurde.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

- Immer langsam, Herr Schweitzer.

Nur ein paar Zahlen von unseren letzten Besuchen, den Besuchen der Strafvollzugskommission zum Beispiel in Trier. Die JVA in Trier hat 185 Haftplätze. Sie sind dauerhaft mit steigender Tendenz überbelegt: 2001 194 Gefangene durchschnittlich, 2002 207 Gefangene durchschnittlich und 2003 223 Gefangene durchschnittlich

Ebenso waren bei unserem Besuch in der Jugendstrafanstalt in Wittlich die 169 Haftplätze mit 219 Gefangenen belegt.

Meine Damen und Herren, bei dieser Überbelegung gerade bei Jugendlichen hat eine wirkungsvolle Umsetzung des Strafvollzugsgesetzes sowie auch das im Strafvollzugsgesetz vorgeschriebene Behandlungskonzept kaum eine Chance. Gerade bei Jugendlichen ist aber so etwas sehr entscheidend, weil wir in diesem Alter noch sehr viele Einwirkungsmöglichkeiten haben und Jugendliche vielleicht davon abhalten können, eine kriminelle Karriere einzuschlagen.

Meine Damen und Herren, um zu einer gewissen Entspannung der Lage beizutragen, hat die Strafvollzugskommission bei ihrem Besuch einen sehr pragmatischen Vorschlag gemacht. Uns fiel auf, dass sowohl in Trier als auch in der Jugendstrafanstalt in Wittlich die Plätze im offenen Vollzug nicht belegt sind. Deshalb haben wir vorgeschlagen - dies ist wohl inzwischen auch vom Justizministerium weitergeleitet worden -, dass alle Verurteilten, die zu einer so genannten Ersatzstrafe verurteilt werden – das heißt, sie müssen ins Gefängnis, weil sie ihre Geldstrafe nicht bezahlen können -, jetzt doch gleich in den offenen Vollzug eingewiesen werden sollen; denn wenn sie ihre Geldstrafe hätten bezahlen können, wären sie auch gleich freigelassen worden. Also muss von diesen Menschen keine Gefährdung ausgehen, sodass sie auch sofort in den offenen Vollzug eingewiesen werden können, meine Damen und Herren.

Dies war ein kleiner Anstoß, aber ich bin der Meinung, dass Rheinland-Pfalz noch weit darüber hinaus eine viel konsequentere Politik der verantwortbaren Haftvermeidung und -verkürzung betreiben könnte. Das zeigen zum Beispiel Vergleichszahlen mit anderen Bundesländern. Im Bundesdurchschnitt kommen auf 100.000 Einwohner ungefähr 100 Gefangene, in anderen Bundesländern gibt es andere Zahlen. Schleswig-Holstein zum Beispiel hat nur 60 Gefangene pro 100.000 Einwohner unterzubringen, in Rheinland-Pfalz sind es im Durchschnitt nahezu 100.

(Hartloff, SPD: Sie gehen in Hamburg in den Knast!)

Wenn wir auf das Verhältnis von Schleswig-Holstein kämen – ich glaube nicht, dass der Unterschied darin besteht, dass die Menschen in Schleswig-Holstein weniger kriminell oder in Rheinland-Pfalz stärker kriminell sind –, so wäre unsere Überbelegung schlagartig verschwunden. Wir bräuchten 40 % weniger Personal- und Sachkosten, und die Chance, effektive Resozialiserungsarbeit zu leisten, wäre viel größer.

Wir kennen die Nachteile der Überbelegung: Arbeitsund Ausbildungskapazitäten reichen nicht, Therapie-, Sport- und Freizeitangebote fehlen. Die Arbeitslosigkeit nimmt überhand, und nicht sinnvoll ausgefüllte Freizeit bestimmt den Alltag. Wir wissen von unseren Besuchen mit der Strafvollzugskommission in den Justizvollzugsanstalten, dass vor allem die subkulturellen Beziehungen verstärkt werden. Meine Damen und Herren, wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchten Staatsminister Mertin ganz dringend auffordern, sich auch in Rheinland-Pfalz dafür einzusetzen, dass durchgehend und konsequent eine Justizpolitik der verantwortbaren Haftvermeidung und -verkürzung betrieben wird. Damit Sie mich nicht falsch verstehen und hinterher nicht wieder der Vorwurf der richterlichen Unabhängigkeit aufkommt, ich möchte mich natürlich nicht dafür einsetzen, dass ein Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit vorgenommen wird.

(Pörksen, SPD: Aber?)

Aber ein Justizminister oder eine Justizministerin, die die Ziele der verantwortbaren Haftvermeidung und -verkürzung in ihren kriminalpolitischen Äußerungen und Festlegungen deutlich machen würde, würde auch die Bereitschaft von Richterinnen und Richtern und Staatsanwältinnen stärken, Verurteilungen und Vollstreckungen der Freiheitsstrafe wirklich nur als Ultima Ratio anzuwenden.

Schleswig-Holstein zum Beispiel entwickelt sich schon seit 1988, also unter Justizministerinnen und -ministern ganz unterschiedlicher Couleur, in diese Richtung, ohne dass dies negative Auswirkungen auf die Kriminalitätbelastung im Land hat.

Meine Damen und Herren, ein wichtiger Punkt zur Entlastung der Gefängnisse und zur Verstärkung der Scherheit vor Rückfalltätern ist die Verzahnung von interner und externer Integrations- und Behandlungsleistung. Aber dafür muss die Gerichtshilfe, die Bewährungshilfe und die freiwillige Straffälligenhilfe verstärkt werden. Dies war und ist immer wieder meine wichtigste Forderung im Strafvollzugsbereich gewesen, seit ich 1996 als frischgebackene rechtspolitische Sprecherin von einem zu lebenslänglicher Haft Verurteilten angesprochen worden bin, der damals in zwei Jahren, also insgesamt nach 15 Jahren entlassen werden sollte und der mich dringend darum gebeten hat, mich dafür einzusetzen, dass er wenigstens in den letzten beiden Jahren, die er im Gefängnis verbringen musste, an einer Therapie teilnehmen dürfte. Da er aber als nicht resozialisierbar galt, bekam er keine und wurde -so nehme ich anentlassen, aber hat auch draußen keinen Anspruch auf Therapie und Unterstützung.

Justizminister Caesar sagte damals, dies sei rechtlich richtig, aber das Land habe dafür keine Verantwortung mehr. Seine Verantwortung gehe bloß bis zu den Mauern. Das ist natürlich rechtlich richtig, aber gesellschaftspolitisch nicht zu akzeptieren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir brauchen bei den Straffälligen das Gleiche, was für uns auch woanders, beispielsweise im Gesundheitssystem, bei der Jugendhilfe oder bei der Arbeit mit Behinderten, schon selbstverständlich ist: Wir brauchen ein durchgehendes Handlungskonzept, eine Vernetzung von stationären Maßnahmen im Gefängnis mit ambulanten Maßnahmen in der Freiheit, sobald der Strafgefangene entlassen ist. Darin liegt noch ein enormes Potenzial, das nicht nur mehr Sicherheit gewährt und geringere Rückfallquoten

gewährleistet, sondern das, ganz nebenbei, in einer angespannten Finanzlage kräftig Geld spart, meine Damen und Herren.

Ein aktiver Justizminister, der sein Geschäft im Gestalten und nicht im reinen Verwalten sieht, hätte sich dieser Idee schon lange angenommen. Schade für Rheinland-Pfalz, dass inhaltliche Innovation – von der technischen Innovation möchte ich jetzt nicht reden – für den Justizminister dieses Landes ein Fremdwort ist.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Es spricht nun Herr Abgeordneter Creutzmann.

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich mir anhöre, was wiederholt von Herrn Kollegen Baldauf sowie von Frau Grützmacher verkündet wird, und gleichzeitig daran denke, dass ich in der letzten Woche unter anderem mit Frau Ebli und Frau Staatssekretärin Lejeune die Veranstaltung "50 Jahre Sozialgericht in Speyer" besucht habe, wo sich der Präsident des Landessozialgerichts, Herr Barz, beim rheinland-pfälzischen Parlament und bei der Landesregierung für die Mittel bedankt, die bereitgestellt werden, und für das, was im Justizhaushalt getan wird, dann weiß ich nicht mehr, in welcher Welt ich lebe, meine Damen und Herren. Einerseits höre ich die Horrorszenarien der Oppositionsfraktionen, und andererseits bedankt sich der Präsident des Landessozialgerichts. Sie müssen auch einmal zu diesen Veranstaltungen gehen; das wäre nicht schlecht.

(Beifall der FDP und der SPD – Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir reden auch mit den Leuten!)

Dann würden Sie vielleicht auch hören, was Betroffene zu all Ihren Horrorszenarien erklären.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Wir reden mit den Leuten und hören, wo es klemmt! Und was hätte der Präsident des Obersozialgerichts sonst sagen sollen?)

– Der Präsident des Obersozialgerichts hat ein Grußwort gesprochen. Er hätte doch nichts sagen müssen. Vielleicht hätte er auch etwas kritisieren können, dann hätten wir es gewusst, aber wenn er sich ausdrücklich bei den anwesenden Abgeordneten sowie bei der Staatssekretärin bedankt, muss es doch irgendeinen Grund dafür geben, Frau Kollegin Kohnle-Gros. Manchmal weiß ich nicht, auf welchen Veranstaltungen Sie sind.

(Beifall der FDP und der SPD)

Der Justizminister, das Ministerium und wir Abgeordnete können nur den Betrag für Gutachten einstellen, der in den letzten Jahren im Mittel ausgegeben wurde. Herr Kollege Baldauf hat dies auch kritisiert. Die Richter sind in ihrer Unabhängigkeit frei. Noch ein Gutachten, noch einen Beweis zu veranlassen, führt natürlich zu den außerplanmäßigen Ausgaben. Herr Kollege Baldauf, man meint, Sie wüssten das nicht, wenn Sie es beklagen.

Wenn Sie sagen, die Richter würden verschoben, so liegt dieses Ermessen auch in der Unabhängigkeit der Justiz begründet. Wenn es einen Mangel gibt, hilft man aus. Das ist im Schuldienst und überall sonst der Fall. Aber wenn Sie gleich von "verschoben" reden, nur weil ein Richter einmal 20 Kilometer fahren soll, um woanders auszuhelfen, wo ein Kollege längere Zeit erkrankt ist, dann weiß ich nicht, mit welchem Verständnis Sie an diese Probleme in unserem Land herangehen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Frau Kollegin Grützmacher, haben Sie noch nicht gewusst, dass es in Rheinland-Pfalz einen Korruptionsbeauftragten gibt? Wissen Sie nicht, dass uns andere Bundesländer dies nachgemacht haben? – Wenn es Korruptionsfälle gibt, die bekannt werden, so werden sie in allerschnellster Zeit abgeurteilt.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, das ist mir bekannt!)

 Ja gut, und für dieses gibt es diesen Korruptionsbeauftragten, was für das ganze Bundesgebiet vorbildlich ist. Andere Bundesländer haben es uns nachgemacht.

Meine Damen und Herren, mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf für das Justizressort werden die Rahmenbedingungen dafür geschaffen, dass im Interesse von Rheinland-Pfalz und unseren Bürgerinnen und Bürgern auch über das laufende Haushaltsjahr 2004 hinaus insbesondere die Modernisierung der Justiz weiter vorangetrieben und die Sicherheit im Strafvollzug weiter verbessert werden kann.

Dass uns dies trotz der äußerst angespannten Lage der öffentlichen Haushalte und Finanzen gelungen ist, zeigt einmal mehr die Innovationsfähigkeit dieser Landesægierung, auch in Zeiten knapper Kassen politische Schwerpunkte setzen zu können. Die Handlungsfähigkeit und Effizienz der rheinland-pfälzischen Justiz wird auch vor dem Hintergrund des vorliegenden Haushaltsentwurfs weiterhin gewährleistet.

Herr Kollege Baldauf, Ihre kritischen Anmerkungen

(Schweitzer, SPD: Kann er sich sparen!)

entbehren doch jeder Grundlage.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Herr Kollege Baldauf, natürlich würden die Kollegin Reich und wir – alle beiden Koalitionsfraktionen – noch mehr Richter, die Sie gefordert haben, einstellen, wenn

die Mittel vorhanden wären, damit es in dem einen oder anderen Fall Verbesserungen gäbe.

(Baldauf, CDU: Das schreibe ich mir jetzt auf!)

- Natürlich.

Aber auch das Justizministerium muss seinen Beitrag in der Finanzsituation bringen, in der wir uns befinden. Dazu stehen wir.

Herr Kollege Baldauf, gerade die Belastungssituation der Richterinnen und Richter stellt sich nicht so dar, wie Sie dies und auch die GRÜNEN immer wieder versuchen, der Bevölkerung von Rheinland-Pfalz einzureden. Bundesweit ist die durchschnittliche Belastung der Richterinnen und Richter häufig höher als bei uns in Rheinland-Pfalz.

(Frau Reich, SPD: Sehr richtig!)

Das muss man immer wieder auch zur Kenntnis nehmen. Zudem müsste auch der CDU-Fraktion und den GRÜNEN bekannt sein, dass mehr Personal in der Justiz nicht automatisch zu schnelleren Erledigungen und somit kürzeren Verfahren führt.

Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Reich –deswegen will ich mir das versagen – hat in eindrucksvoller Weise hier aufgeführt, was in den letzten Jahren in die Justiz, in die Sicherheit unseres Landes, in die Ausbauten der Justizvollzugsanstalten, in die EDV-Ausstattung investiert wurde. Ich versage es mir, das alles aufzuzählen. Das kann man alles im Protokoll nachlesen. Deswegen ist es richtig, in die Technik und die Informationstechnologie weiterhin zu investieren.

Herr Kollege Baldauf, Sie müssen zur Kenntnis nehmen, bereits heute sind die Fachgerichte mit einem Kostenaufwand in Höhe von 3Millionen Euro flächendeckend mit neuer Informationstechnologie ausgerüstet, die eine sachgerechte, effektive und vor allem beschleunigte Verfahrensbearbeitung umfassend unterstützt. Vieles wird schneller als früher, was sich deutlich darin zeigt, dass die Verfahrensdauern – ich habe es schon gesagt – in vielen Bereichen unterdurchschnittlich sind.

Beispielsweise – Herr Kollege Baldauf, das wissen Sie auch, Frau Kollegin Reich hat es schon gesagt – weist die rheinland-pfälzische Verwaltungsgerichtsbarkeit im bundesweiten Vergleich die mit Abstand kürzesten Verfahrensdauern auf.

(Baldauf, CDU: Wenn wir überall dahin kommen, ist es okay!)

Selbstverständlich trägt die engagierte und sehr gute Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der rheinland-pfälzischen Justiz hierzu wesentlich mit bei. Dies möchte ich an dieser Stelle erwähnen, und ich möchte mich ausdrücklich – auch das hat Frau Kollegin Reich für ihre Fraktion und für die Koalitionsfraktionen bereits getan; ich wiederhole es – im Namen der FDP-Landtagsfraktion bei der Justiz sehr herzlich bedanken und ihr die Anerkennung aussprechen für die engagierte

Arbeit, die sie leistet im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

(Beifall der FDP und der SPD)

Der Haushalt 2004 stellt sicher, dass die Modernisierungsmaßnahmen – wie schon angesprochen – weiter fortgeführt werden. Nachdem die Einführung des elektronischen Grundbuchs bis im März abgeschlossen sein dürfte, erwartet die FDP-Fraktion, dass in diesem Jahr mit der Neuausstattung der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Staatsanwaltschaften mit moderner Informationstechnologie begonnen wird, wenngleich selbst in den kleinsten Amtsgerichten sehr gute Arbeit geleistet wird. Frau Kollegin Reich, es war interessant, als Sie vorhin gesagt haben, unsere Gerichte seien gut ausgestattet, habe ich von oben gesehen, wie der Kollege Baldauf zustimmend genickt hat. Das haben Sie wahrscheinlich übersehen. Also reden wir nicht alles schlecht. Arbeiten wir daran, was noch verbesserungsfähig ist.

Herr Kollege Baldauf, da gibt es gar keinen Dissens. Aber wir müssen immer wieder zur Kenntnis nehmen, dass die Justiz auch einen Beitrag erbringen soll, um mit den knapper werdenden Finanzmitteln auszukommen. Da haben wir das Problem mit der Unabhängigkeit der Juristen. Da werfen Sie dem Justizminister vor –auch die Frau Kollegin Grützmacher –, er sollte mehr gestalten. Wo kann er denn mehr gestalten? Die Gesetzgebung wird im Bund gemacht. Denken Sie nur einmal an die Diskussion um die Zusammenlegung von Gerichten. Wenn das kommt, gibt es Gestaltungsmöglichkeiten, meine Damen und Herren. Dazu brauchen wir die Bundesgesetzgebung.

Zum Zweiten ist er natürlich auch an die Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter und an deren Organisationsgewalt gebunden. Hier kann er nicht eingreifen, meine Damen und Herren.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Brauchen wir den Justizminister dann überhaupt noch?)

 Sehen Sie, einmal wollen Sie die Unabhängigkeit der Richter und Richterinnen, und dann beklagen Sie es im nächsten Atemzug, wenn der Minister nicht mehr gestaltet.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann brauchen wir ihn gar nicht mehr!)

Sie wären doch die Ersten, die über Anfragen und über Presseerklärungen schimpfen würden, wenn der Minister in die Gerichtsbarkeit eingreifen würde.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD – Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

 Natürlich wären Sie die Ersten. Diesen Zwiespalt müssen Sie draußen den Menschen einmal erklären. Das werden Sie nicht können, meine Damen und Herren.

Sichere Haftanstalten haben für uns überall in Rheinland-Pfalz oberste Priorität, weil dadurch das Vertrauen

in unseren Rechtsstaat gestärkt wird. Deshalb wird sich die FDP-Fraktion dafür stark machen, dass als Reaktion auf die hohen Gefangenenzahlen und zur Verbesserung der Sicherheit die Modernisierung der baulichen und technischen Einrichtungen der Justizvollzugsanstalten auch über das laufende Haushaltsjahr hinaus kontinuierlich fortgesetzt wird.

Frau Kollegin Grützmacher, wenn Sie schon Besuche der Strafvollzugskommission erwähnen und auch Trier erwähnen, dann wäre es der Fairness halber richtig gewesen, auch einmal zu sagen, dass die Bediensteten dort - das war für mich das Beeindruckendste, Herr Kollege Dröscher – eingesehen haben, wie eng sie mit den knappen Ressourcen umgehen müssen. Eine der Damen - das war für mich beeindruckend; ich hoffe, dass das Ministerium das umsetzt – hat damals gesagt: Wir würden gern auch einmal für das gelobt werden, was wir bei angespannter Haushaltslage tun. - Das ist eine Anregung, die das Justizministerium aufgreifen sollte, wie man den Menschen auch einmal Dank sagen kann, und nicht immer nur mit Geld – darauf kommt es nicht an -, sondern einfach auch einmal das Engagement, das dort in der Gerichtsbarkeit für unser Land vorhanden ist, anerkennen kann.

Meine Damen und Herren, ich will es in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit dabei bewenden lassen. Ich darf mich recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

(Beifall der FDP und der SPD)

Präsident Grimm:

Zu einer Kurzintervention hat Herr Kollege Baldauf das Wort

Abg. Baldauf, CDU:

Herr Creutzmann, ich will nur wenige Sätze sagen. Ich würde keine Termine wahrnehmen. Herr Creutzmann, fragen Sie einmal Herrn Bartz, übrigens nicht OLG-Präsident, sondern LSG-Präsident. Das ist ein Unterschied

(Creutzmann, FDP: Ich habe mich versprochen!)

Fragen Sie einmal Herrn Bartz, ob ich schon einmal dagewesen bin, und fragen Sie einmal, wann ich da war und wie oft ich da war. Dann fragen Sie bitte auch einmal, wie viel Richter ich sonst noch in seinem Gericht besucht habe.

Herr Creutzmann, nur als Letztes. Es ist immer schön, wenn jemand etwas sagt oder wenn etwas über jemanden gesagt wird. Wenn jemand dann stirbt, sagt man es immer ein bisschen anders. Oder? Dann ist immer die Frage, wo man was wie sagt. Gehen Sie einmal hin. Das empfehle ich Ihnen. Das ist gerade gegenüber. Sie haben morgen früh vielleicht Zeit. Da werden Sie vielleicht etwas anderes hören.

Vielen Dank.

Präsident Grimm:

Morgen früh tagt der Landtag.

(Baldauf, CDU: Entschuldigung, morgen Mittag!)

Zu einer Erwiderung hat Herr Abgeordneter Creutzmann das Wort.

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Baldauf, Herr Bartz, Landessozialgerichtspräsident, hätte doch normalerweise in einem Grußwort, in dem es um 50 Jahre Sozialgericht in Speyer ging, keine Veranlassung gehabt, das zu tun.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Der wird das nie wieder machen! Das
sage ich Ihnen! –
Heiterkeit bei der CDU –
Schreiner, CDU: Jetzt ist Herr Creutzmann
sprachlos! Das habe ich noch nie erlebt!)

Ich bin nicht sprachlos, ich wollte Ihnen nur den Versuch erläutern, dass das, was wir hier im Parlament bereden, draußen anders gesehen wird. Das war mein Beitrag. Herr Kollege Baldauf, das widerspricht nicht dem, was Sie gesagt haben. Das wollte ich nur noch einmal klarstellen.

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Justizminister Mertin.

Es gibt keine Wortmeldungen mehr? – Doch?

(Dröscher, SPD: Erst Frau Meurer!)

Ich erteile Frau Abgeordneter Meurer das Wort.

Abg. Frau Meurer, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Fast alles, was Frau Grützmacher gesagt hat, kann ich unterstreichen. Die Zahl der Gefangenen sowohl im Jugendstrafvollzug als auch im Erwachsenenvollzug wächst kontinuierlich. Würden Wirtschaftsunternehmen die gleichen steigenden Zahlen schreiben, die Finanzsituation bei uns wäre sicherlich wesentlich besser. Sie wäre vielleicht sogar hervorragend. Doch leider ist dem nicht so.

(Beifall bei der CDU – Pörksen, SPD: Ein toller Vergleich!)

Was bedeutet die ständige Zunahme der Gefangenen? Es bedeutet, die vorhandenen Haftplätze reichen nicht aus. Die Vollzugsanstalten platzen aus allen Nähten, was Gott sei Dank nicht möglich ist, weil die Mauern so dick sind. Das muss man dazusagen.

Was bedeutet es weiterhin? Zu dem Problem der Überbelegung kommen dann natürlich weitere Probleme hinzu: die damit verbundene Nichtbeschäftigung der Gefangenen, die Gewaltbereitschaft der Gefangenen, der hohe Ausländeranteil, die Zunahme der Suchtprobleme und auch nicht zu vergessen, die Gefangenengruppe der Russlanddeutschen, die mit den üblichen Behandlungskonzepten kaum zu erreichen sind.

(Vizepräsident Creutzmann übernimmt den Vorsitz)

Konnten wir im vergangenen Jahr noch darauf hoffen, dass die Justizvollzugsanstalt Rohrbach eine gewisse Entspannung bringen würde, so können wir heute feststellen, diese Entspannung ist heute komplett verpufft. Auch die Tatsache, dass jetzt Ersatzfreiheitsstrafen direkt im offenen Vollzug, wo wir noch etwas Platz haben, verbüßt werden können, löst letztlich auch nicht das Problem der Überbelegung.

(Beifall der CDU)

Wir begrüßen, dass die Planung für den Neubau in Wittlich begonnen hat, wobei mir wahrscheinlich niemand erklären kann, wie ein Umbau letztendlich während der hohen Überlegung hätte funktionieren können. Dennoch bin ich heute nicht mehr davon überzeugt, dass die vorgesehenen Haftplätze ausreichen werden. Im Gegenteil, ich bin davon überzeugt, bis die neue Haftanstalt fertig ist, wird auch diese nicht mehr ausreichen. Auch die damit erforderliche Ausbildung von Vollzugsbeamten sollte in ihrer Planung frühzeitig mit berücksichtigt werden, damit sie uns nicht wieder die lapidare Antwort geben müssen: Vollzugsbeamte wachsen nicht auf Bäumen.

(Zuruf von der SPD)

– Nicht, dass ich das infrage stellen würde. Genau wie Sie weiß ich natürlich auch, wie lange diese Ausbildungszeit dauert. Wir müssen frühzeitig wissen, wie viel Anwärter wir genau einstellen müssen, damit keine Engpässe entstehen.

Auch die Einstellung von Frauen bedarf der Erkenntnis, dass Frauen eventuell durch Mutterschutz dem Dienstherrn vorübergehend nicht zur Verfügung stehen. Daher muss man natürlich entsprechend mehr Anwärter einstellen.

Herr Minister, ich darf Sie zitieren. Ich meine, man darf sich nicht einfach auf die sichere Verwahrung der Gefangenen beschränken, sondern muss versuchen, die Ursachen für das kriminelle Verhalten des Verurteilten zu behandeln und zu beseitigen. Nur auf diesem Weg – da sind sich alle Experten einig – erreicht man den beständigen Schutz der Bevölkerung vor weiteren Straftaten, dem sich das Strafvollzugsgesetz gleichfalls verschrieben hat. So erklärt sich, dass die Bereitstellung finanzieller Mittel für diesen Wiedereingliederungsprozess gerade in Zeiten knapper Haushaltskassen so elementar wichtig ist.

So weit Ihre Aussage vor zwei Jahren anlässlich des Symposiums 25 Jahre Strafvollzugsgesetz. Ich kann Ihre Aussage voll unterstreichen.

(Beifall der CDU)

Die Realität sieht jedoch anders aus. Derzeit ist eine sichere Verwahrung nicht, wie im Strafvollzugsgesetz vorgeschrieben, nämlich ein Behandlungsvollzug, möglich. Sozialarbeiter und Psychologen arbeiten als Krisenund Interventionsmanager. Die eigentlichen Aufgaben, nämlich Erziehen und Betreuen, können nicht im notwendigen Maß geleistet werden, richtet sich doch die Zahl der Stellen nach der Belegungsfähigkeit und nicht, wie es eigentlich richtiger wäre, nach den tatsächlichen Belegungszahlen. Würde man die Stellenzahl der tatsächlichen Belegungszahl anrechnen, würde das zwar das Problem nicht komplett lösen, denn die räumliche Enge wäre dadurch nicht gelöst, es würde aber dem Strafvollzugsgesetz - sprich: dem Behandlungsvollzug erheblich näher kommen. Dennoch wissen wir alle um die angespannte Finanzsituation des Landes. Mehr Bedienstete analog der Belegung sind finanziell nicht machbar. Das wissen wir auch. Es ist absolut unrealistisch vor der derzeitigen finanziellen Situation. Dass trotzdem in Rheinland-Pfalz der Verhandlungsvollzug praktiziert wird, ist einzig dem hohen Engagement der Mitarbeiter zu verdanken.

(Beifall der CDU)

Ihre hohe Einsatzbereitschaft verdient umso mehr Anerkennung, als sich die Rahmenbedingungen ebenso wie im vergangenen Jahr auch in dem vor uns liegenden Jahr sicherlich nicht ändern werden und auch in den nächsten paar Jahren nicht ändern werden. Ich jedenfalls sehe nicht, wie sich die Situation kurzfristig entspannen könnte.

Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, die Mehrarbeit, die tagtäglich wie selbstverständlich geleistet wird, auch anzuerkennen.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der CDU)

Vizepräsident Creutzmann:

Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege Dröscher das Wort.

Abg. Dröscher, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte auf einige Aspekte des Einzelplans 05, und zwar Kapitel 05 04 – Justizvollzugsanstalten – hinweisen. Immerhin beträgt der Ansatz im Entwurf des Haushalts 2004 knapp 108 Millionen Euro. Das sind etwa 15 % des Gesamtansatzes des Haushalts. Wenn man anteilig die so genannten Overheadkosten und anteilig auch die Versorgungslasten dazunimmt, dann kostet uns – es war einmal interessant, das auszurechnen – ein Haftplatz im Jahr etwa 30.000 Euro, Herr Mi-

nister. Das ist überschlägig gerechnet. Die Steigerungen, die neben den allgemeinen Personalkostensteigerungen in diesem Haushaltsentwurf enthalten sind, beziehen sich zum einen auf Nutzungsentgelte und Pachten.

Nun könnte man denken, dass hier die neue Justizvollzugsanstalt in Rohrbach eine Hauptrolle spielt, aber es ist eher umgekehrt; denn die war im vergangenen Jahr schon mit veranschlagt, und es sind die Steigerungen durch eine Umorientierung, eine Neuveranschlagung der Kosten für die anderen Justizvollzugsanstalten in diesen Haushalt unter der Überschrift "Nutzungsentgelte und Pachten" - diese sind nach der Sachwertmethode bewertet - gelangt. Der Besuch in dieser Justizvollzugsanstalt Rohrbach hat uns gezeigt, dass die Investitionen, die dieses Land hier vorgenommen hat, sehr gute Investitionen waren und sich diese Investitionen lohnen; denn auch der Personalaufwand in dieser neuen Einrichtung ist aufgrund der auch sehr von der Technik her bestimmten Sicherheitsmöglichkeiten sehr günstig beeinflussbar. Das ist auch ein besonderes Beispiel für die Bemühungen um Verbesserung und Modernisierung, die das Ministerium im laufenden Jahr vorgenommen hat und für 2004 weiter plant.

Weiter wirkt sich natürlich auf den Haushalt 2004 der im Doppelhaushalt 2002/2003 beschlossene Zuwachs an Stellen im Vollzugsdienst aus; denn hier werden bis zum Ende des Jahres insgesamt dann 90 der zusätzlichen Stellen auch von ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im mittleren Dienst besetzt sein. Das ist ein richtiger Weg gewesen, das damals zu beschließen, der sich jetzt natürlich im Haushalt auch auswirkt.

Herr Kollege Baldauf hat vorhin von "Häuptlingen" und "Indianern" gesprochen. Nur hat er bei den Indianern meines Erachtens die Richter gemeint.

(Staatsminister Zuber: Häuptlinge sind auch Indianer!)

Wenn wir im Strafvollzug von "Häuptlingen" und "Indianern" sprechen, dann geht es eher darum, dass der gehobene und höhere Dienst im Strafvollzug etwas weniger als 10 % aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umfassen, also ein Verhältnis, das wir in kaum einem anderen Bereich unseres Haushalts finden. Es weist darauf hin, dass hier in einer relativ stillen, nicht so sehr in die Öffentlichkeit dringenden Situation Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Dienst in einer hervorragenden Weise versehen und in ihrer Besoldung nicht zu denen gehören, die ganz oben in der Reihe sind.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Dieser Dienst kennt auch einige besondere Situationen. Ich weise darauf hin, dass das Problem der Russlanddeutschen im Strafvollzug sowohl das Ministerium als auch das Parlament, vor allem die Ausschüsse in diesem Parlament, beschäftigt hat. Hier treffen völlig andere Werte und Normvorstellungen, unterschiedliche Verhaltensmuster aufgrund kultureller Herkunft, dann geschlossene Gruppenstrukturen und Abschottung nach außen, gepaart mit Misstrauen gegen alles, was Behandlungsangebote und Bedienstete betrifft, auf dieses

System, das wir versuchen, in Gang zu halten. 10 % ist der Anteil der Russlanddeutschen im Jahr 2002, so weit ich das sehe, gewesen. Es gibt eine wachsende Tendenz. Mittlerweile liegt der Anteil bei etwa 12 %, in Spitzenbereichen in bestimmten Anstalten wahrscheinlich gegen 20 %. Wir haben hier ein fest installiertes Unterdrückungs- und Erpressungssystem mit einem hohen Anteil an Drogenproblematik, vor allem Heroin, feststellen müssen.

Ich verweise, weil ich das nicht näher ausführen will, auf die Anhörung, die wir durchgeführt haben, und auf die Broschüre, die die Landtagsverwaltung daraufhin herausgegeben hat.

Was mich sehr gefreut hat, ist, dass in einer Arbeitsgruppe Handlungsstrategien entwickelt werden, die gemeinsam mit dem Saarland gefahren werden. Es geht dabei um die Abläufe in den Justizvollzugsanstalten und Personaldinge, zum Beispiel, was Außenkontakte, die Binnendifferenzierung in den Anstalten, die Zugangsverfahren, den Opferschutz im Besonderen, betrifft, weil dies innerhalb und außerhalb der Anstalten geschieht. In Rohrbach haben wir gesehen, was Bau und Technik anbelangt. Da geht einiges an investiven Mitteln hinein.

Was das Personal angeht, so ist heute schon mehrfach angesprochen worden, dass wir die Mitarbeiter, die in dieser schwierigen Situation eine hohe Leistung unter hoher Belastung erbringen, pflegen müssen.

Herr Creutzmann hat das Beispiel gebracht, dass das nicht immer nur mit Geld zu tun hat, sondern auch mit der Anerkennung ihrer Arbeit. Deshalb finde ich es wichtig, dass wir heute an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen.

Aber was konkret die Situation mit diesen schwierigen ethnischen Gruppen angeht, geht es auch um die Personalauswahl, Sprachkurse, und Unterstützung. Ich will hier noch den Begriff "Supervision" einbringen. Es liegt kein ausgesprochener Wunschzettel des Ministeriums vor. Aber ich könnte mir vorstellen, dass wir diese Sache begleiten und in den nächsten Jahren versuchen, noch etwas mehr zu tun; denn die Ansätze der Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen außerhalb der Anstalten zeigen zwar erste Früchte, offenbar ist hier aber noch ein Feld, das wir aufmerksam betrachten müssen.

Das Fazit, das ich zum Ende ziehen möchte: Wir haben von der Überbelegung gehört. Die Justizvollzugsanstalten sind mit ihren Mitarbeitern häufig bis an die Grenzen der Kapazitäten belastet. Wir wissen, dass dieser Haushalt ein Haushalt ist, der sich auf das bezieht, was getan werden muss, aber kein Riesenpolster für weitere Dinge enthält. Wir freuen uns, dass solche Dinge wie das Gespräch über die Ersatzfreiheitsstrafen doch vorangekommen sind und eine gewisse Entlastung bringen.

Es ist ein solide geplanter Haushalt – das zeigt sich auch daran, dass keine Änderungsanträge der Oppositionsparteien zu diesem Bereich 05 04 vorliegen – mit der Notwendigkeit einer Begleitung in dem Sinn, dass die Menschen, die dort arbeiten, auch wissen, dass wir uns

darum kümmern. Dies ist verbunden mit Dank und Anerkennung für alle Bediensteten des Landes im Strafvollzug für diese Arbeit, auch an das Ministerium, den Minister und die Staatssekretärin, dass dieser Haushalt so solide vorgelegt worden ist.

Wir als SPD-Fraktion sind guter Dinge, dass wir auch in Zukunft eine vernünftige Linie finden.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Creutzmann:

Für die Landesregierung spricht Herr Minister Herbert Mertin.

Mertin, Minister der Justiz:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Baldauf, Sie haben es wie immer gemacht, wenn Sie etwas zitiert haben. Sie haben natürlich immer nur teilweise zitiert. Wenn Sie die Veröffentlichung in der "Rheinpfalz" betreffend dieses Landauer Prozesses zitieren – "Droht er zu platzen?" –, haben Sie selbstverständlich vergessen, den Artikel vom nächsten Tag zu zitieren, in dem Herr Präsident Dr. Asmus ausführlich und genau dargelegt hat, weshalb der Prozess gar nicht platzen kann und es auch nicht so ist, dass dort zu wenig Richter hingekommen sind und Ähnliches. Das haben Sie wahrscheinlich in der Eile und in der Hektik des Tages vollkommen vergessen darzulegen.

Das Gleiche gilt, als Sie aus der Presseerklärung des Präsidenten des Landgerichts Koblenz zitiert haben. Auch da haben Sie zutreffend dargelegt, dass der Präsident mitgeteilt hat, dass es weniger Richter gibt. Das ist zutreffend. Dass es auch mehr Verfahren gab, ist auch zutreffend. Nur, es hätte vielleicht den Bediensteten gut gefallen, wenn Sie auch zitiert hätten, dass der deutliche Anstieg der Erledigung bei einem reduzierten Personalbestand zeige, dass alle Beteiligten um eine effiziente und zügige Arbeitserledigung bemüht seien. Das hat der Landgerichtspräsident auch gesagt. Das möchte ich ausdrücklich ebenfalls aufnehmen und betonen.

(Beifall der FDP und bei der SPD – Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Herr Kollege Baldauf, selbstverständlich ist es nicht so, wie Sie es immer wieder versuchen darzustellen, als ob draußen im Land die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz nicht in der Lage wären, die Verfahren zu erledigen und bei uns so eine Art Rechtsnotstand ausgebrochen sei. So ist es eben nicht.

Wenn Sie einen Einzelfall zitieren, wie von dem einen Richter in Sinzig, von dem Sie sagen, er sollte 1.000 Verfahren bearbeiten, so müssen Sie selbstverständlich an der Stelle bitte auch hinzusagen, dass das Präsidium diesen Richter aufgrund einer plötzlichen Erkrankung gebeten hatte, ein anderes Dezernat mit zu betreuen und dort Eilfälle mit zu bearbeiten, nicht alle, nur die

Eilfälle, bis der entsprechende Richter ersetzt werden konnte.

Es ist überall, auch in der Wirtschaft so, dass dann, wenn Krankheiten eintreten, ausgeholfen werden muss. Das ist bei der Justiz nicht anders. Das ist wie in Ihrer Kanzlei auch. Ich glaube nicht, dass Sie zusätzliches Personal für Krankheitsfälle vorhalten.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

 Herr Kollege Baldauf, ich gehe davon aus, wenn Sie krank werden, dass Ihre Kollegen das mitmachen. Von daher ist das in der Justiz ähnlich.

Wenn Sie angedeutet haben, dies sei im Ministerium anders, so ist es auch im Ministerium selbstverständlich so, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich gegenseitig vertreten. Das heißt, wenn Sie aus Presseerklärungen zitieren bzw. entsprechende Zeitungs- und Medienberichterstattung zitieren, so zitieren Sie doch bitte den Komplex vollständig und versuchen nicht, hier einen Eindruck zu erwecken, der mit der Wirklichkeit in keiner Weise übereinstimmt.

(Dr. Schiffmann, SPD: Keine Halbwahrheiten!)

Herr Kollege Baldauf, wenn Sie die Verfahrensdauer an vielen Stellen ansprechen, so wissen Sie doch auch, dass die Verfahrensdauer nicht nur vom Richter und dem richterlichen Personal bzw. von den Mitarbeitern in der Justiz abhängt. Die Verfahrensdauer hängt zum Beispiel auch davon ab, dass Rechtsanwälte Fristverlängerung erbitten, um Terminverlegung bitten, weil sie in Urlaub sind, Zeugen um Terminverlegung bitten, weil sie in Urlaub sind, man auf Sachverständigengutachten warten muss. Die Ursachen, die zu einer Verlängerung einer Verfahrensdauer führen können, sind vielfältig, und Sie können eventuell auftretende lange Verfahrensdauern nicht immer nur auf die richterliche Wahrnehmung der Arbeit bzw. auf die Erledigung durch das Gericht zurückführen.

Frau Kollegin Grützmacher, in dem Zusammenhang hatten Sie kritisiert, dass Wirtschaftsstrafverfahren so lang dauern. Wir haben im Norden und im Süden des Landes jeweils Fachkräfte an der Staatsanwaltschaft in Kaiserslautern und Koblenz konzentriert. Aber Wirtschaftsstrafverfahren sind nun einmal sehr komplexe Verfahren und dauern.

(Frau Reich, SPD: Richtig!)

Wenn Sie, wie jetzt kürzlich wieder in einem Wirtschaftsstrafverfahren, welches sich im Norden des Landes abspielt, eine Vielzahl von Akten beschlagnahmen, so müssen diese durchgearbeitet werden. Auch das gebietet ein faires Verfahren, sodass auch die Ermittlungszeit etwas länger dauern kann und muss. Das kann man nicht verallgemeinern, und insbesondere Wirtschaftsstrafsachen sind aufgrund der Unterlagen, die häufig gesichtet werden müssen, geradezu dafür prädestiniert, in der Ermittlungsarbeit etwas länger zu dauern als andere. Insofern kann ich aus dieser Tatsache nicht able-

sen, dass die Staatsanwaltschaften nicht in der Lage seien, diese Verfahren ordnungsgemäß durchzuführen.

Soweit Sie auf meine Leidenschaft für Graffiti zu sprechen kamen, kann ich Ihnen nur sagen, hätten Ihre Parteifreunde in Berlin den vielfältigen Gesetzesänderungen zugestimmt, hätte die Staatsanwaltschaft weit weniger Arbeit damit. Ich frage mich eigentlich, weshalb Herr Ströbele in Berlin nicht zustimmt. Findet er es eigentlich schön, in einem Land zu leben, wo alles zugeschmiert ist? Wissen Sie, das ist kein großes kriminelles Unrecht. Aber wenn derjenige, der da schmiert, seine eigene Wand zuschmiert, ist das in Ordnung. Aber fremde Wände zuzuschmieren, halte ich nicht für richtig. Verstehen Sie, das halte ich einfach nicht für richtig.

(Beifall der FDP, der SPD und bei der CDU)

Es ist fremdes Eigentum, das beschädigt wird. Selbstverständlich ist das irgendwo auch strafwürdig.

Frau Kollegin Grützmacher, ich will gar nicht erreichen, dass ein jugendlicher Täter nun deswegen zu einer wer weiß wie auch immer "wild gewordenen" Haftstrafe verurteilt wird.

Ich will nur erreichen, dass die Täter ermittelt und diese Jugendlichen im Rahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs einmal mit den Folgen ihrer Tat konfrontiert werden. Fragen Sie doch einmal die Bahn AG, wie viel Geld sie ausgibt, um Graffitis von den Waggons zu entfernen. Das bezahlen Sie mit Ihrer Fahrkarte alles mit. Das kann in unserer Gesellschaft doch nicht in Ordnung sein.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und des Abg. Schnabel, CDU)

Insofern meine ich, dass man sich im Hinblick auf Graffitis in Rheinland-Pfalz so bewegen sollte.

Im Übrigen tragen Graffitis in erheblicher Weise zur Verunsicherung der Bevölkerung bei. Eine verwahrloste öffentliche Umgebung, ein verwahrloster öffentlicher Raum ist mit ein Grund dafür, weshalb Menschen Unsicherheit verspüren, obwohl es tatsächlich mit der objektiven Lage überhaupt nichts zu tun hat.

Herr Kollege Baldauf, Sie baten mich zu kommentieren, was Herr Werner gesagt hat. Ich werde mich immer dafür einsetzen, dass der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes und alle anderen Personen in dieser Gesellschaft ihre Meinung frei äußern dürfen. Es hätte mich völlig überrascht, wenn der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes mich in dieser Situation gelobt hätte. Wir haben nämlich das gemacht, was Ihre Parteifreunde gestern Morgen gefordert haben. Wir haben gespart. Das gefällt den Leuten aber nicht. Das ist halt so, aber wir machen es. Wir machen es aber nicht so wie Sie, die das fordern und draußen laut beklagen, wenn es gemacht wird. Das ist der Unterschied.

(Beifall der FDP und der SPD)

Erlauben sie mir, dass ich an dieser Stelle auf gewisse Gefahrenpotenziale zu sprechen komme, die selbstverständlich meinen Haushalt betreffen. Sie liegen darin begründet, dass auf Bundesebene einige Gesetzesvorhaben auf dem Weg sind, die das Land in einem noch nicht feststehenden finanziellen Umfang treffen werden. Zunächst einmal handelt es sich um die Kostenrechtsnovelle, die auf den Weg gebracht werden soll. An dieser Stelle betone ich, dass das Ziel, beispielsweise die Rechtsanwaltsvergütung nach vielen Jahren wieder anzupassen, von mir geteilt wird. Dennoch teile ich mit allen Kolleginnen und Kollegen, die die Verantwortung für die Justiz in den Ländern tragen, die Kritik, dass bei der Gegenfinanzierung, die die Justiz in diesem Zusammenhang natürlich auch benötigt - die Gebühren sind seit zehn Jahren nicht erhöht worden -, immer noch ein Malus von etwa 25 Millionen Euro zu unseren Lasten festzustellen ist, geschweige denn von einem Zusatz die Rede ist, um die Kosten, die bei uns ebenfalls in den vergangenen Jahren gestiegen sind, dadurch halbwegs kompensieren zu können.

Hinzu kommen weitere 100 Millionen Euro – ich spreche Zahlen an, die bundesweit gelten –, die andere Ressorts durch erhöhte Sachverständigenkosten und Ähnliches treffen werden. Daher müssen sich alle – ich betone: alle – Fraktionen des Bundestags bewegen; denn sowohl meine als auch Ihre Fraktion hat diesen Gesetzesvorschlägen im Bundestag zugestimmt. Insofern gebietet es die Fairness, dass wir uns auch bemühen müssen, dass unsere Parteifreunde in Berlin unsere Landeshaushalte etwas im Blick halten.

Ähnliches gilt für das Betreuungsrecht, bei dem selbstverständlich alle Länder gemeinsam durch eine Gesetzesinitiative gestaltend erreichen wollen, dass die Kosten im Griff bleiben. Auch in diesem Zusammenhang wünschen wir uns, dass auf Bundesebene ein gewisses Entgegenkommen gezeigt wird.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist doch schon so!)

- Frau Kollegin Grützmacher, dann sind Sie anders informiert als ich. Soweit mir bekannt ist, ist die Bereitschaft, auf alle Forderungen der Bundesländer einzugehen, bisher sehr unterentwickelt. Auf die wichtigste Bereitschaft bezieht sich das nämlich nicht. Deshalb muss das Gesetzgebungsverfahren abgewartet werden. Ædenfalls ist essenziell für alle Justizhaushalte der Länder, dass auf Bundesebene in diesem Bereich letztlich eine gesetzliche Veränderung verabschiedet wird.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Frau Kollegin Grützmacher, der Koalitionspartner in diesem Land hat mit mir zusammen im Bundesrat diese Gesetzesinitiative unterstützt. Ich muss meinen Koalitionspartner im Land gar nicht davon überzeugen, dass dies für den Justizhaushalt des Landes notwendig ist. Gestatten Sie mir aber vielleicht die Bitte, dass Sie versuchen, Ihre Freunde in Berlin davon zu überzeugen, damit auch sie dem Gesetzentwurf zustimmen; denn ein gewisser Widerstand ist auch von dieser Seite aus feststellbar.

(Beifall bei der FDP)

Gestatten Sie mir noch einige Anmerkungen zu den Justizvollzugsanstalten im Land. Den Bediensteten ist ein Lob auszusprechen, die mit hohem Einsatz gewährleisten, dass ein vernünftiger Strafvollzug in Rheinland-Pfalz stattfinden kann, und die mit hohem Einsatz die steigenden Gefangenenzahlen bewältigen.

An dieser Stelle betone ich, dass auch die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen in der Vergangenheit Bemühungen unternommen haben, so durch das Bereitstellen von Finanzmitteln für zusätzliches Personal sowie von Finanzmitteln, um neue Haftplätze zu bauen, wie es in Rohrbach, in Diez und in Schifferstadt geschehen ist, sodass nicht der Eindruck erweckt werden darf, als ob in diesem Zusammenhang keine Maßnahmen unternommen worden wären, Frau Kollegin Grützmacher.

Sie erwähnten Bezug nehmend auf einen Artikel in der "Frankfurter Rundschau" Ausführungen zu Schleswig-Holstein. Diesem Artikel war aber auch zu entnehmen, dass in Schleswig-Holstein derzeit genau das passiert, was in allen anderen Bundesländern auch passiert, dass nämlich die Gefangenenzahlen steigen.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Von einem niedrigeren Niveau!)

– Aber auch dort steigen sie. Das heißt, das Phänomen tritt auch dort auf. Frau Kollegin Grützmacher, ich bin gern bereit, in den nächsten Monaten mit Ihnen in Diskussionen einzutreten, wie man Haft vermeiden kann. Entsprechende Versuche bzw. andere Konzepte gibt es in Österreich, die wir uns gern anschauen und die wir gern mit Ihnen diskutieren wollen. Damit habe ich kein Problem. Die Umsetzung wird aber nicht von heute auf morgen zu machen sein.

An dieser Stelle weise ich darauf hin, dass es bereits jetzt viele ehrenamtliche Initiativen gibt, die versuchen, straffällig gewordene Menschen in die Gesellschaft wieder einzugliedern. Letztlich ist aber die Vermeidung von Strafbarkeit und die Wiedereingliederung von Straffälligen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht allein der Justiz überantwortet werden kann.

(Beifall bei FDP und SPD)

Für die originären Aufgaben, die die Justiz im Land zu erfüllen hat, werden mit diesem Haushalt meines Eachtens die notwendigen Mittel bereitgestellt.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsident Creutzmann:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich rufe nun den

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern und für Sport –

auf.

Das Wort hat Herr Kollege Hörter.

Abg. Hörter, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Lassen Sie mich ein Zitat aus dem "Focus" dieser Woche voranstellen: "Die Terrorismusgefahr in Deutschland war seit 1945 noch nie so konkret wie heute und die Innere Sicherheit noch nie so gefährdet."

Vor dem Hintergrund dieser Aussage des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg, die meines Erachtens präzise die derzeitige Situation beschreibt, sind die Bemühungen der Landesregierung zu bewerten, ob und wie sie der Gefährdung begegnet und ob die ergriffenen Maßnahmen ausreichen.

Gestern hat der Herr Ministerpräsident zwei Zahlen genannt. Er hat die Ausgaben für die Innere Sicherheit im Jahr 1990 mit denen des Jahres 2004 so gegenübergestellt, als sei damit die Frage, ob damit die Innere Sicherheit gewährleistet wird, beantwortet. Ich denke, man muss genau hinsehen. Bitte gestatten Sie, dass ich das tue.

Von 1990 bis 2004 sind die Pro-Kopf-Ausgaben, also jene Ausgaben für die Innere Sicherheit je Einwohner, um rund 46 % gestiegen. Man muss noch ein Stück genauer hinsehen. Ich habe einmal die Bezüge eines Polizeibeamten – 30 Jahre alt, Besoldungsgruppe A9 – des Jahres 1990 denen eines Polizeibeamten – 30 Jahre alt, Besoldungsgruppe A9 – im Jahr 2004 gegenübergestellt.

Diese liegen um 44 % über denen des Jahres 1990.

(Staatsminister Zuber: Dank unserer Politik! – Pörksen, SPD: Warum ist das so?)

Das ist nur bedingt richtig, aber wer argumentiert - - -

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Können Sie das erklären? Ich habe das nicht richtig verstanden!)

– Ich will das gern erklären. Wenn sich jemand an dieses Pult stellt und darstellt, wie sehr und wie viel man mehr für die Innere Sicherheit dieses Landes getan hat und dabei eine Zahl aus dem Jahr 1990 und dann eine Zahl aus dem Jahr 2004 präsentiert, so als sei in diesem Zeitraum in Bezug auf die Innere Sicherheit ein gewaltiger Quantensprung erreicht worden, in Wirklichkeit sich aber herausstellt, es geht nur um die prozentuale Steigerung der Personalkosten in dieser Zeit, ist eben nicht ein Mehr an Innerer Sicherheit erreicht worden.

(Beifall der CDU – Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

 Herr Ministerpräsident, ich schlage vor, dass Sie sich dann die Zahlen besorgen. Das monatliche Gehalt eines Polizeibeamten einschließlich Ortszulage – –

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Herr Ministerpräsident, darf ich Ihnen das dann vielleicht kurz erläutern? Sie haben dann die Gelegenheit, das nachzuprüfen.

1990 hat ein Polizeibeamter inklusive der Ortszulage, der allgemeinen Zulage und der Polizeizulage 3.100 DM verdient. Das sind rund 1.550 Euro. Heute sind es 2.230 Euro. Das ergibt eine Differenz von 680 Euro. Wenn Sie das in Prozente umrechnen, sind Sie exakt bei 44 %. Daneben macht es meiner Meinung nach Sinn, wenn man den Zahlen, von denen der Eindruck erweckt wird, als wäre das der Beleg dafür, dass mehr für die Innere Sicherheit getan wurde, auch einmal den Preisindex gegenüberstellt. Dann wird man feststellen, was in diesem Zeitraum noch für Investitionen möglich sind

Noch viel interessanter als dies ist aber die Frage, ob angesichts der allgemeinen Sicherheitslage die Landesregierung das Notwendige veranlasst hat. Wenn Sie diese Gegenüberstellung von 1990 zu 2004 herausgefordert haben, empfiehlt es sich, den Blick auf die polizeiliche Kriminalstatistik zu lenken. Diese erfasste für das Jahr 1990 202.766 Fälle und für das Jahr 2002 – das sind die neuesten Zahlen, die wir haben – 280.795. Das entspricht einer Steigerung in diesem Zeitraum um 38,5 % bei den erfassten Fällen der polizeilichen Kriminalstatistik.

(Beifall bei der CDU)

Diesem Anstieg steht eine Polizeidichte im Jahr 2004 von 454 gegenüber. Auf einen Polizeibeamten kommen also 454 Einwohner. 1990 lag die Polizeidichte noch bei 415 Einwohnern. Das ist die dramatische Veränderung bei der Sicherheitslage in unserem Land.

(Beifall der CDU)

Die Mehrausgaben für die Innere Sicherheit wurden praktisch durch die prozentuale Steigerung aufgebraucht. Im Zeitraum von 1990 bis 2002 ist die Zahl der erfassten Fälle um 38,5 % gestiegen, während im gleichen Zeitraum die Polizeidichte um fast 10 % abgenommen hat. Das ist die Situation, so wie wir sie heute in diesem Land haben.

Dass das nicht alles neu ist und dass wir immer wieder darauf hingewiesen haben, dass wir zu wenige Beamte haben, die immer mehr Arbeit zu leisten haben, ist das Dramatische an dieser Situation, weil kein Einlenken erkennbar ist.

Sie haben das eigentlich einmal im Jahr 2001 erkannt. Da haben Sie nämlich in Ihre Koalitionsvereinbarung hineingeschrieben, dass es ab dem Jahr 2003 und in den Folgejahren bis 2007 notwendig sei, jährlich 300 neue Anwärterinnen und Anwärter einzustellen. Anstatt dass Sie das richtig Erkannte umsetzen, sehen Sie für dieses Jahr erneut nur 200 Neueinstellungen vor.

Selbst die noch druckfrische Unterrichtung der Landesregierung vom 8. Januar dieses Jahres über die Zukunft der Polizei in Rheinland-Pfalz empfiehlt zumindest eine Einstellungsquote zur Sicherstellung des Personalbedarfs von 250 Anwärterinnen und Anwärtern für die Jahre 2004 bis 2011.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion beantragt, statt der 200 eben die in Ihrer Koalitionsvereinbarung

festgelegten und vorgeschlagenen 300 neuen Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter einzustellen.

(Beifall der CDU)

Dies nicht aus Begeisterung über Ihre Koalitionsvereinbarung, sondern weil das zwingend geboten ist. Ich bin der festen Überzeugung, dass das der einzige Ansatz ist, um den Beamtinnen und Beamten noch eine Perspektive aufzuzeigen. Mit immer weniger, mit immer älteren und mit immer stärker belasteten Beamten den Kampf gegen Terrorismus und Organisierte Kriminalität aufnehmen zu wollen, heißt, die Fürsorgepflicht sträflich zu vernachlässigen.

(Beifall der CDU)

Ich will an dieser Stelle aber herzlich den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten für ihren Dienst danken. Nur durch ihr hohes Engagement ist es möglich gewesen, gute Ergebnisse und eine hohe Aufklärungsquote in einer Reihe von Bereichen zu erzielen. Dies wäre auch in Bereichen, die den Bürger häufig sehr persönlich betreffen – ich nenne das Stichwort Tageseinbrüche –, möglich, wenn mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zur Verfügung stünden.

(Beifall der CDU)

Lassen Sie mich eine Bemerkung zum geplanten Umzug des BKA nach Berlin machen. Im Moment scheint Rheinland-Pfalz nur mittelbar davon betroffen zu sein, auch wenn Bürgerinnen und Bürger unseres Landes in Wiesbaden und Meckenheim arbeiten. Auch in diesem Fall lohnt es sich meiner Meinung nach aber genauer hinzusehen.

Die Verlagerung operativer und ermittlungsunterstützender Einheiten ist – das müssen wir befürchten – nur der erste Schritt. Machen wir uns nichts vor. Auch wenn das heute in der Zeitung dementiert wurde, der Bundesinenminister hat mehrfach in dieser Diskussion, wenn auch nur in Nebenbemerkungen, vom FBI gesprochen. Meine große Sorge ist, dass es ihm letztlich um etwas ganz anderes geht als das, was im Moment in der Diskussion steht.

Zumindest nicht auszuschließen ist, dass es am Ende ein Bundespolizeipräsidium mit der Abteilung Kriminalpolizei in Berlin geben könnte. Das ist dann das ehem alige BKA. Man muss sich nur die Zeitachse ansehen. Die jetzige Behördenleitung bleibt am Standort Wiesbaden bis 2006. 2006 findet die Fußballweltmeisterschaft statt.

Es könnte gut sein, dass der Bundesinnenminister dann eine ganz neue Organisation präsentieren kann und will. Deshalb warne ich davor. Dann geht es nämlich um die Abteilung Kriminalpolizei, ehemaliges BKA, und dann geht es um die Abteilung Schutzpolizei. Das ist der Bundesgrenzschutz. Dann sind wir in Rheinland-Pfalz mittendrin. Dann geht es nämlich um die Grenzschutzdirektion in Koblenz mit mehreren 100 Beamten.

Wir sind meiner Meinung nach alle klug beraten, gemeinsam zu versuchen, dass es zu diesem Dammbruch nicht kommt. Wir sollten alles tun, damit das BKA an seinen Standorten in Wiesbaden und Meckenheim bleibt. Ich begrüße es, dass ein zunächst auf unsere Initiative hin als erster Antrag formulierter Begleitantrag jetzt von allen Fraktionen mitgetragen wird.

Erlauben Sie mir noch einige Bemerkungen zur Situation der Kommunen und zu der von der Verfassung garantierten kommunalen Selbstverwaltung.

Meine Damen und Herren, nachdem wir dreidimensionale Farbaufnahmen vom Mars betrachten können, scheint mir der Abstand zwischen Mars und Erde weitaus geringer zu sein als die Kluft zwischen der verfassungskonformen Finanzausstattung und der tatsächlichen Finanzsituation in den Kommunen in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU)

(Pörksen, SPD: Wir kennen die Entfernung!)

 Wenn wir diese in Euro umrechnen, sind wir schnell bei Milliarden.

Lassen Sie mich dies anhand einiger weniger Zahlen und Aussagen nur des vom Innenministerium vorgelegten Gemeindefinanzberichts belegen. Seit mehr als zehn Jahren weisen die Haushalte der Gemeinde und Gemeindeverbände in Rheinland-Pfalz einen ständig negativen Finanzierungssaldo aus. Das Finanzierungsdefizit in 2001 und 2002 umfasst insgesamt knapp 1 Milliarde Euro und ist damit im Zehn-Jahres-Vergleich mit Abstand das höchste Defizit gewesen. Man hatte nicht gedacht, dass man das noch einmal toppen kann. Das war in 2003 wiederum der Fall.

In 2003 hat sich die Situation nochmals dramatisch verschlechtert. Dort hatten allein 143 Kommunen in diesem Land einen Fehlbedarf von über 1 Milliarde Euro. Wir können Wetten abschließen, wie es im Jahr 2004 aussieht, wenn die Haushalte überall verabschiedet sind. Die Kurve von 2001, 2002, 2003 auf 2004 kann Ihnen sogar ein PISA-geschwächter Fünftklässer prognostizieren.

Man könnte in dem Zusammenhang auch noch darauf hinweisen – die Zahlen, Daten und Aussagen sind Ihnen allen bekannt –, dass auf die rheinland-pfälzischen Kommunen mehr als ein Viertel des Gesamtdefizits entfällt, obwohl der Bevölkerungsanteil nur bei knapp 5 % liegt. Diese Reihe ließe sich beliebig fortsetzen.

Ich denke, es wäre für eine sachgerechte Diskussion schon viel gewonnen, wenn Sie nicht ständig die Situation der Kommunen schönreden würden, sondern gemeinsam an die Lösung der Probleme herangingen.

In diesem Zusammenhang will ich gleich mit noch einer Mär aufräumen, nämlich die Einnahmenentwicklung des Landes verlaufe etwa gleichmäßig wie die der Kommunen.

Ich will Ihnen auch diese Zahlen nicht vorenthalten. Von 1975 bis 2000 sind die bereinigten Einnahmen des Landes um über 184 % gestiegen, nämlich von 3,07 Milliar-

den Euro auf 8,73 Milliarden Euro, im gleichen Zeitraum die der Kommunen nur um 138 % von 2,48 Milliarden Euro auf 5,91 Milliarden Euro. Unterstellt man eine gleichmäßige Einnahmenentwicklung – für die Kommunen in gleicher Weise wie für das Land – von 184 % stünde den Kommunen heute 1 Milliarde Euro mehr zur Verfügung.

Wenn man sieht, dass es in einer Reihe anderer Bundesländer den Städten möglich ist, auch in 2003 noch ausgeglichene Haushalte zu verabschieden, lässt sich feststellen, dass die Landesregierung ihre Verantwortung, für die kommunale Finanzausstattung zu sorgen, längst aufgegeben hat.

(Beifall bei der CDU – Schweitzer, SPD: Sagt doch einmal, was Ihr wollt!)

Die SPD hatte Recht, als sie auf den Vorschlag von Minister Bauckhage hin, die Verbandsgemeinden abzuschaffen, davon sprach, hier werde der zweite Schritt – ich meine sogar der dritte Schritt – vor dem ersten getan.

Meine Damen und Herren Kollegen, wenn man die Ergebnisse der Enquete-Kommission abwarten will, muss man die Kommission auch arbeiten lassen.

(Schnabel, CDU: Sehr richtig!)

Es ist zu bedauern, dass die sachliche Atmosphäre in der Kommission nicht auch im Plenum möglich ist und in dieser Sitzung alle Fraktionen einstimmig einen Weg beschließen – ich kann mir nach dem, was der parlamentarische Geschäftsführer der SPD zum Haushalt des Landtags gesagt hat, den Appell sparen –, um die Frage des vertikalen Finanzausgleichs und der sachgerechten und aufgabengerechten Finanzausstattung zu ermitteln. Das ist der Einstieg für die Frage, wie es mit den Kommunen weitergehen kann.

Es muss uns gelingen, die kommunale Selbstverwaltung zu retten. Dies ist für unser Land wichtig.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Creutzmann:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Pörksen das Wort.

Abg. Pörksen, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Normalerweise könnte man sagen: Gut gebrüllt Löwe. – Es hört nur niemand mehr zu. Da Ihr Fraktionsvorsitzender rechtzeitig zu Ihrer Rede aufgetaucht ist, war mir klar, welche Rede gehalten wird. Wenn Sie Ihre Rede mit Herrn Freiberg anfangen – Sie hätten auch Herrn Märkert nehmen können –, erschreckt mich deren Zitate nach deren Verhalten in den letzten Monaten nicht so sehr.

Das heißt nicht, dass die Innere Sicherheit nicht ein besonderes Problem darstellt. Die Äußerung und die Verhaltensweisen dieser Herren sind nicht dazu angetan, ihre Glaubwürdigkeit zu erhöhen. Das gilt in besonderer Weise für Herrn Märkert.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wenn Sie sich mit Zahlen auseinander setzen und über die Entwicklung der Einkommensverhältnisse der Polizei reden, reden Sie über eine sehr positive Entwicklung. Sie müssen wissen, dass die Zahl derjenigen, die damals im Jahr 1991 3.500 DM verdient haben –das waren damals ca. 60 % bis 68 % – heute bei 2,4 % liegt.

(Mertes, SPD: So ist das!)

Warum ist das so? Das ist so, weil sie eine Ausbildung erfahren haben, die in der ganzen Bundesrepublik ihresgleichen sucht. Das ist der Hintergrund. Das hat doch wohl auch etwas mit Innerer Sicherheit zu tun. Es ist völlig klar, dass Sie die Aufklärungszahlen nicht nennen. Herr Böhr hat sie etwas – ich will nicht sagen lächerlich gemacht – relativiert.

(Zuruf des Abg. Hörter, CDU)

Setzen Sie sich mit diesen Zahlen auseinander! Es ist nachzuvollziehen, wie viele Polizisten es tatsächlich gibt. Natürlich haben wir jetzt etwas weniger als vor drei oder vier Jahren. Die Zahlen werden steigen. Das wissen Sie auch. Sie haben den Bericht zitiert. Dieser liegt Ihnen vor.

(Hörter, CDU: Das muss man doch umsetzen!)

 Lassen Sie mich doch einmal ausreden. Sie reduzieren die Frage der Inneren Sicherheit auf die Einstellung von 200 oder 300 Anwärtern. Das ist doch wohl keine ernsthafte Auseinandersetzung mit dieser Frage.

(Beifall der SPD)

Natürlich wollen wir uns alle bemühen, die Zahl der Polizisten, die in den Polizeidienst kommen, zu erhöhen. Das haben wir in den letzten Jahren bis auf eine einzige Ausnahme – ich glaube, es war 1996 – auch getan.

Vizepräsident Creutzmann:

Herr Kollege Pörksen, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Pörksen, SPD:

Nein, ich habe keine Zeit. Ich will die Redezeit bis zum Ende ausnutzen. Der Kollege Schweitzer muss auch noch ein paar Minuten haben.

Wenn Sie nur die Polizeidichte nehmen, nämlich die Einwohnerzahl pro Polizist, die wird von den Innenministern gar nicht mehr als wirkliche Größe angenommen.

(Schnabel, CDU: Er wollte selbst mehr!)

 Er kann doch gleich dazu reden. Ich rede doch nicht für den Minister, sondern neben dem Minister. Ich denke, wir kommen zum gleichen Ergebnis.

Wir werden uns – das werden Sie erleben – mit dem zitierten Bericht über die Situation der Polizei, der bei mir heute Morgen oder gestern Abend eingegangen ist, auseinander setzen. Wir werden eine Vielzahl von Dingen zu bereden haben. Darüber müssen wir uns unterhalten und nicht über die Frage der Dichte 1 zu 465 oder 1 zu 413. Wir müssen über die Frage reden, welche Auswirkungen bestimmte Entwicklungen in unserem Land auf die Polizei und die Kriminalität haben. Das ist die Frage der Demographie. Diese wird Auswirkungen haben. Ob sie die hat, die wir erwarten, bleibt einmal dahingestellt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Es sind Fragen wie die Zuwanderung. Lassen Sie mich eine Bemerkung machen. Ich finde es erstaunlich, dass man auf der einen Seite nach mehr Polizei ruft, aber gleichzeitig in den Bereichen Gelder streichen will, in denen man etwas für junge Leute tut, damit sie nicht kriminell werden.

(Beifall der SPD)

Schauen Sie sich doch einmal den Bereich der Aussiedler an, die nach 1993 gekommen sind, was sich dort entwickelt! Wenn wir dort nicht mit solchen Maßnahmen aus dem Bereich des Ministeriums arbeiten, sind diese Menschen völlig verloren. Ich finde es erstaunlich, dass Sie die Wurzellosigkeit dieser Menschen beklagen. Das hätten Sie sich vor 10 Jahren und nicht heute überlegen müssen, wo wir die Probleme haben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir werden natürlich über die Fragen der Veränderung des Deliktverhaltens reden. Wir werden über die Frage der älter werdenden Bevölkerung reden müssen. Wir werden auch über die Entwicklung der zunehmenden Zahl von Frauen in der Polizei reden müssen, die wir alle sehr begrüßen. Heute Morgen wurde beklagt, dass im Bereich Gender Mainstreaming nichts passiert. Innerhalb weniger Jahre – Frau Grützmacher, das wissen Sie auch – ist die Zahl der Polizistinnen von 0 auf 900 angestiegen.

Das ist ein erfreuliches Ergebnis, das natürlich auch Auswirkungen hat.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

 Sie haben zwar eine penetrante Stimme, aber ich höre Sie hier schlecht.

> (Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Das hat doch Ursachen. Ich sage doch: Je mehr Polizistinnen wir haben, umso mehr Probleme haben wir

natürlich bei der Arbeitszeit. Das ist doch klar; das ist doch auch in Ordnung, wir begrüßen das doch ausdrücklich.

(Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

Wir müssen uns mit der Frage der Ruhestandsversetzung auseinander setzen. Natürlich wird man dann, wenn man das alles durchdiskutiert hat, über die Frage einer längerfristigen Entwicklung der Polizei reden müssen. Es sind auch Tabellen erstellt; das kennen Sie alles. Ich brauche Ihnen das nicht alles vorzutragen. Dann wird man über einen Zeitraum von fünf oder zehn Jahren sagen: Welche Entwicklung müssen wir hinsichtlich der Einzustellenden haben, damit die Zahl der Polizei nicht unter die von uns gesetzte Marke von ungefähr 9.000 fällt? Es mag sogar sein, dass wir in 20 Jahren oder 30 Jahren keine 9.000 Polizisten mehr brauchen wer will das heute wissen? -, wenn es tatsächlich in 30 Jahren ungefähr 25 % bis 30 % weniger an Bevölkerung geben wird. Der Bericht kommt nicht zu dem Ergebnis. Ich bin nicht so sicher, dass es so ist.

Lassen wir doch den etwas kleinkarierten Streit über die 200 oder 300 Polizisten, die einzustellen sind, beiseite und diskutieren über die Fragen. Wir hätten heute die beste Zeit dazu.

Unsere Polizei ist – ich habe es gesagt – aufgrund ihrer hervorragenden Ausbildung in der Lage, eine hohe Aufklärung zu erzielen, auch wenn es Probleme gibt. Wer will sie bestreiten? Es ist genauso, wie es Frau Dreyer vorhin schon gesagt hat: Aus Problemen, die man in bestimmten Bereichen hat, dann immer eine Katastrophe hochzuspielen, dient weder der Sache noch den Menschen, die dort arbeiten. – Es dient nur einem: der Angstmache.

(Beifall bei der SPD)

Die Geschichte "Prüm" muss ich gar nicht wiederholen. Was steckt denn dahinter? – Dazu bin ich viel zu lang im Geschäft.

Wir müssen doch bei der Diskussion die Entwicklung in der Gesellschaft berücksichtigen. Schauen Sie sich an, in welchem Bereich insbesondere die Kriminalität arsteigt, bei den Rohheitsdelikten, im Bereich der Gewaltkriminalität, im Bereich der Rauschgiftkriminalität. Das sind doch Bereiche, die man nicht allein mit polizeilichen Mitteln bekämpfen kann, sondern wir müssen uns über die Fragen unterhalten, auch im Rahmen solcher Diskussionen: Was können wir als Gesellschaft, was können wir als Politiker dort machen, um dies zu verändern?

Dann sind wir auch sehr schnell bei der Frage "Ferns ehen", bei der Entwicklung des privaten Fernsehens. Zu was hat das geführt? Schauen Sie sich doch einmal – ich habe das nicht gesehen, aber ich lese das in der Zeitung – diese idiotische Sendung in RTL an. Zu was führt sie denn? Sie führt zu einer totalen Verrohung und zu einer Einstellung, die dann auch leichter dazu führt, dass man Rohheitsdelikte begeht.

(Beifall bei der SPD)

Scheinbar ist das der Renner in der Bevölkerung. Ich habe gelesen, dass 7 Millionen Menschen die Sendung gesehen haben. Das ist für mich absolut unverständlich. Scheinbar ist das inzwischen in.

(Zurufe im Hause)

– Wer war denn der große Verfechter des Privatferns ehens? Waren wir das etwa? Wer ist im Grunde dafür, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk immer weiter zurückgeschnitten wird? Das sind doch nicht wir. Das sind Fragen, mit denen wir uns auch auseinandersetzen müssen und nicht nur auf diese nackten Zahlen stieren.

(Zuruf von der CDU)

Ich habe Sie nicht verstanden. Das liegt wahrscheinlich an mir.

(Hörter, CDU: Das beruht auf Gegenseitigkeit!)

Ich denke, es gibt eine Reihe weiterer Bereiche in der Innenpolitik, die es verdient haben, wenigstens kurz angesprochen zu werden und nicht nur die Reduzierung auf das Thema "Polizei".

Ich kann übrigens gar nicht erkennen, wie viel Redezeit ich noch habe.

Vizepräsident Creutzmann:

Noch elf Minuten.

Abg. Pörksen, SPD:

Herr Kollege Schweitzer, dann habe ich noch viel für Sie übrig.

(Heiterkeit im Hause)

Wenn man über die Frage der Inneren Sicherheit spricht und kein einziges Wort über Prävention verliert, dann ist das für mich schon sehr verdächtig.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich wäre es schöner, wenn wir noch mehr Geld hineinstecken könnten. Aber ich denke, ein wesentlicher Einstieg ist hier geschaffen und auch im Bereich des POG, das wir demnächst diskutieren werden – die Veränderung in § 13 –. Ich denke, das sind Bereiche, die man ansprechen muss. Auf das POG werden wir in einer der nächsten Sitzungen hinreichend zu sprechen kommen, sodass ich es mir jetzt ersparen kann, weitere Ausführungen dazu zu machen.

Ein wichtiger Bereich der Innenpolitik ist der Brand- und Katastrophenschutz und der Rettungsdienst. Auch dazu kein Wort. Dort arbeiten tausende von Menschen, die es auch einmal verdient haben, erwähnt zu werden, bei denen wir vor wichtigen Entscheidungen stehen werden.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden am 30. die Möglichkeit haben, an der Anhörung teilzunehmen. Es stehen wichtige Änderungen im Raum. Ich meine, dass wir gut daran tun, soweit es möglich ist, uns das genau anzusehen, weil die Organisationen, die betroffen sind, auf unser aktives Mittun schauen. Ihnen möchte ich für ihre Arbeit recht herzlich danken.

(Beifall bei SPD und FDP)

Dass man auch kleine Dinge macht, das ist die Geschichte mit den Rauchwarnmeldern. Bei Ihnen war das nicht so. Wir hören, dass eine Entwicklung in Gang ist, die es möglicherweise schaffen wird, dass vielen Menschen das Leben gerettet werden kann, dass Feuerwehrleute viel weniger gefährdet werden, weil sie früher an die Brandherde kommen.

(Beifall bei SPD und FDP – Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD – Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das haben wir doch schon alles diskutiert!)

Gehen Sie doch einmal zu den Diskussionen mit den Feuerwehrleuten. Genau dies wird dort gesagt. Bei Ihnen vielleicht nicht; Sie gehen vielleicht auch nicht hin.

In diesem Bereich wird genauso das Ehrenamt angesprochen. Das Ehrenamt ist eines der wichtigsten Dinge, die wir in unserer Gesellschaft haben. Wenn Sie an die Diskussionen denken, die wir in den letzten Tagen und Wochen über die Frage "Wehrdienstverweigerung" und "Wehrpflicht" hatten, dann kommt doch diese Frage des Ehrenamts noch viel stärker ins Licht. Ich denke, man führt diese Diskussion zurzeit zur Unzeit. Sie nicht, aber ich weiß, dass die GRÜNEN bestimmte Vorstellungen haben, was die Wehrpflicht betrifft. Diese Diskussion zeigt doch, wie wichtig es ist, dass wir diesen Bereich sehr stark im Auge behalten, sowohl den Bereich der sozialen Dienste als auch viele andere Bereiche.

In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass vor wenigen Wochen die Versicherungspflicht für alle Ehrenamtlichen, so weit sie nicht über ihre Organisationen versichert sind, eingeführt wurde, etwas, was beispielhaft ist und den Menschen die Angst nehmen soll, ein Amt zu übernehmen.

(Beifall bei der SPD)

Dabei ist natürlich auch der Sport kurz anzusprechen. Immerhin gehen vom Landeshaushalt mit Kaiserslautern und Mainz, die allein ca. 6 Millionen Euro in diesem Jahr bekommen, 40 Millionen Euro in den Sport. Das ist etwas, was es in kaum einem anderen Bundesland gibt. Das darf herausgestellt werden, auch wenn wir wissen, dass die Mittel in diesem Jahr geringer ausfallen werden, womit der Sport aber weitgehend einverstanden ist.

(Staatsminister Zuber: Man soll in dem Zusammenhang einmal auf die andere Rheinseite schauen!)

 Die schauen nur in bestimmten Fällen auf die andere Rheinseite. Was die Innenpolitik betrifft, ist, glaube ich, der Blick auf die andere Rheinseite nicht so günstig. Das Geld ist wichtig für Breitensport, für Spitzensport, für den Schulsport, für alle diese Bereiche. Wir sind natürlich alle dafür, dass das Geld im Wesentlichen dem Sport zugute kommt und nicht in irgendwelchen Organisationsstrukturen versickert. Das ist keine Anmaßung, sondern die Sorge dafür, dass Geld des Staates für den Zweck verwendet wird, für den es bereitgestellt wird. Dabei will ich überhaupt nichts über Organisationen sagen. Ich weiß sehr wohl, wie Menschen im Sport ehrenamtlich tätig sind und aus vielen Gründen an ihrer Funktion hängen, die es zum Beispiel nicht im Tennis machen würden, weil sie es im Fußball machen. Aber auch dort muss man meiner Ansicht nach mehr Beweglichkeit hinein bekommen, damit das, was wir an Geld zur Verfügung stellen können, auch wirklich beim Sport direkt eingezahlt werden kann.

Weitere Bereiche möchte ich aufgrund der Zeit –Herr Kollege Schweitzer möchte noch ein paar Sätze zu dem sagen, was Herr Kollege Hörter zu den Kommunen gesagt hat – nur kurz anführen. Die Reform des Vermessungs- und Katasterwesens wird durchgeführt und kommt sehr gut an. Es wird trotzdem die Möglichkeit geschaffen, den Nachwuchs sicherzustellen.

Es wäre sicherlich auch interessant, einiges zum Asylverfahren zu sagen. Ich habe eine Bitte an die GRÜ-NEN, insbesondere auch an Herrn Marz, etwas zurückhaltender bei der Kritik im Bereich der Landeseinrichtung zu sein. Ich glaube, das stünde Ihnen vor allem vor dem Hintergrund dessen, was wir erlebt haben, gut an.

Eine Bitte an die Kolleginnen und Kollegen von der CDU, --

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Das können wir im Ausschuss machen.
- -- endlich dafür zu sorgen, dass wir ein zukunftsgerichtetes Zuwanderungsgesetz bekommen. Das haben wir im Land bitter nötig.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich denke, dass der Minister zu Ruanda einiges sagen wird, sodass ich meine Rede beende, mich recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit bedanke und natürlich erkläre, dass wir dem Haushalt in der vorgelegten Form zustimmen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Creutzmann:

Wir hatten eine Kurzintervention des Herrn Dr. Rosenbauer, der sich vorhin zu einer Zwischenfrage meldete und das wahrscheinlich ausführen wird, was er in der Zwischenfrage fragen wollte.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, genau das habe ich vor.

Herr Pörksen, Sie haben mich mit Ihrer Ausführung, es wäre nicht ganz so wichtig, ob es 200, 250 oder 300 wären, das würde die Sicherheit nicht wesentlich beeinträchtigen, schon ein wenig irritiert.

(Pörksen, SPD: Sie müssen zuhören!)

Ich frage mich, wenn das so unwichtig ist, warum es dann in der Koalitionsvereinbarung steht, dass es 300 sein sollen? Sie haben bis jetzt immer gesagt, Ihre Koalitionsvereinbarung wäre so wichtig. Das Wichtigste, was getan werden müsste, stünde auch darin und wäre Grundlage Ihres Handelns.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Quasi das Gebetbuch!)

Das irritiert mich schon, weil wir auf der anderen Seite heute gehört haben, dass Sie unbedingt Koalitionsvereinbarungen einhalten wollen.

(Schweitzer, SPD: Machen Sie sich nur Gedanken!)

Wie war das denn heute Morgen mit dem Abitur nach zwölf Jahren und zwölfeinhalb Jahren, wobei die FDP bei den zwölf gern mitmachen würde, aber nicht kann, weil es in der Koalitionsvereinbarung steht.

Es ist doch wohl eindeutig für den, der diese Debatte mitverfolgt: Es wird immer gerade so ausgelegt, wie man es will. Sie veranstalten einen Eiertanz sondergleichen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Creutzmann:

Zur Erwiderung hat Herr Abgeordneter Pörksen das Wort.

Abg. Pörksen, SPD:

Ich will gar nicht viel erwidern, nur der eine Hinweis: Sie sollten schon ein bisschen besser zuhören. Ich habe gesagt, die Reduzierung der Frage der Inneren Sicherheit auf die Frage, ob 200 oder 300 Anwärter eingestellt werden, das ist mir zu schmalbrüstig, und habe dazu Ausführungen gemacht.

Dass Sie wieder etwas ganz anderes erzählen, ist Ihre Sache.

(Beifall der SPD – Dr. Rosenbauer, CDU: Warum haben Sie denn keine eingestellt?)

Vizepräsident Creutzmann:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Grützmacher.

Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Trotz dieses kleinen Schlagabtausches, muss man schon sagen, dass der Innenhaushalt bei diesen Haushaltsberatungen längst nicht mehr von so viel Entrüstung begleitet wird wie damals der Nachtragshaushalt. Das ist klar, weil damals bei der Polizei die ganzen Kürzungen und die Heraufsetzung des Pensionsalters nur für die Polizei gemacht wurde. Diesmal geht es dafür im Prinzip sehr ruhig zu.

(Dr. Schmitz, FDP: Bedauern Sie das?)

 Nein, ich finde, das muss man sich einmal klar machen, dass die Schmerzhaftigkeit oder das, was die Polizei schmerzt, im letzten Jahr gemacht wurde.

(Zuruf des Staatsministers Zuber)

Wir haben damals den einzelnen Dingen nicht zugestimmt, weil wir gesagt haben, wir brauchen erst einmal eine Grundlage, von der aus man solche Sachen betrachten kann.

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Das ist dieses Konzept, das wir damals auch gefordert hatten – das auch vom Parlament gefordert wurde –, dass das Innenministerium eine Einstellungskonzeption unter dem Aspekt der demographischen Veränderungen, der Entwicklung in der Kommunikationstechnologie usw. für die Polizei erarbeitet.

Dieses Konzept sollte eigentlich am 15. Oktober vorliegen. Der Termin wurde dann auf Bitten der Landesregierung auf Ende des Jahres verlegt. Nach einigem Nachhaken und Nachfragen, als ich Anfang des Jahres wieder in die Fraktion kam, kam es dann zum 8. Januar schließlich in unsere Hände, allerdings zu spät, um das wirklich noch konstruktiv für die Haushaltsberatungen zu nutzen. Das bedauern wir.

Meine Damen und Herren, die Personallage der Polizei – das wurde schon gesagt – wird auch in den nächsten Jahren angespannt bleiben. Das zeigt der Bericht, und dafür spricht natürlich für jeden, der mit Polizisten vor Ort redet, der Überstundenberg, den alle Polizisten in unterschiedlicher Form, nicht unbedingt bei der Kriminalpolizei, – – –

(Staatsminister Zuber: Das lässt sich überhaupt nicht vermeiden!)

 Ja, das ist richtig, aber ich denke, da muss man mit umgehen.

Ich meine, das sind Dinge, die in diesem Bericht nicht drin stehen. Wir hätten dies gern drin gehabt, aber das war damals nicht so gewünscht.

Aber auch unter dieser schwierigen Personallage halten wir vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Prioritätensetzung der Polizei an manchen Stellen für unangemessen oder auch für falsch; denn der Bericht zeigt ganz deutlich, dass immer mehr das Konzept der Bürgernähe der Polizei aufgegeben wird. Das kann man sehr schön an

einer Graphik in diesem Bericht sehen. Das halten wir für falsch.

Herr Zuber, wenn Sie sich darüber beklagen, dass das den Ereignissen des 11. Septembers 2001 geschuldet sei, ist das nicht glaubwürdig; denn mit der Novellierung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes, die Sie gerade gegen viel Kritik von Bürgerrechtlern, des Datenschutzbeauftragten und von uns durchsetzen werden, werden ausgerechnet die personalintensiven wie bürgerfernen Kriminalitätsbekämpfungsmethoden wie Rasterfahndung, Videoüberwachung und Lausch- und Spähangriffe verstärkt und festgeschrieben.

Hierbei verschiebt sich eindeutig der Einsatzort der Polizei immer weiter weg von den Bürgerinnen und Bürgern. Das ist nicht unsere Vorstellung von einer bürgernahen Polizei.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Staatsminister Zuber: Abwarten!)

 Wenn Sie sagen "abwarten", dann kann ich nur auf das im Moment eingehen, was uns vorliegt, Herr Zuber. Ich hoffe, Sie haben dafür Verständnis.

> (Pörksen, SPD: Natürlich! – Staatsminister Zuber: Ich habe für alles Verständnis!)

Meine Damen und Herren, ich will zu einem weiteren Punkt kommen. Wenn in dieser Haushaltsdebatte das Wort "Sparen" das Hauptwort ist, so soll man darüber nicht immer nur jammern, sondern das kann man manchmal auch als Chance begreifen.

Jede Krise, wie man so sagt, hat auch ihre Chancen. Es war so, dass man, als die Steuereinnahmen vor langer Zeit in diesem Land noch kräftig sprudelten, keine Veranlassung sah, an Bestehendem etwas zu ändern. Jedes auftauchende Problem wurde mit etwas mehr Zuwendung oder zusätzlichen Personalstellen geregelt. Das ist schon lange vorbei.

Nun stärkt der Druck zu sparen auch die Bereitschaft zur Reform. Darum besteht unserer Meinung nach eine gute Chance, die Reform des öffentlichen Dienstes voranzubringen, die von allen Seiten schon lange angemahnt und gefordert wird.

Meine Damen und Herren, um es gleich zu Beginn zu sagen, die Reform des öffentlichen Dienstes ist unserer Meinung nach nicht deswegen wichtig, weil dadurch dem Land nennenswert Geld gespart werden kann, wenigstens nicht auf kurze Sicht. Das muss man ganz deutlich sagen, denke ich.

Es geht uns darum, dass durch diese Reform die Kreativität, der Arbeitseinsatz und die Flexibilität im öffentlichen Dienst stärker und direkter als bisher gefördert und belohnt werden können.

Der Kernpunkt der Modernisierung des öffentlichen Dienstes ist, wie wir schon sagten, die Schaffung eines einheitlichen Beschäftigungsrechts für alle, die im öffentlichen Dienst arbeiten. Die bisherige Zweiteilung in Be-

amtenrecht und Tarifrecht für Angestellte und Arbeiterinnen und Arbeiter verursacht immer wieder Reibungsverluste und vor allem auch Unzufriedenheit bei vielen Beschäftigten, die sich im Vergleich zu anderen ungerecht behandelt fühlen.

Meine Damen und Herren, ein einheitliches Beschäftigungsrecht führt dagegen nicht nur zu mehr Transparenz, sondern auch zu einer wirklichen Gleichbehandlung aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Lediglich für bestimmte Beschäftigungsgruppen mit hoheitlichen Aufgaben soll es Sonderregelungen geben, und zwar dort, wo die Aspekte der Unabhängigkeit, der Pflichtenbindung und der Loyalität besonders wichtig und notwendig sind, bei der Polizei, bei der Justiz und bei der Finanzverwaltung.

Meine Damen und Herren, ein weiterer wichtiger Reformblock muss dabei die Einbindung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in die Sozialversicherungssysteme, also in die Bürgerversicherung sein. Darüber werde ich nicht noch etwas sagen, dazu hat Herr Marz sich schon geäußert.

Meine Damen und Herren, natürlich ist dies eine Herkulesaufgabe, aber wir fordern die Landesregierung auf, dass sie sich zu diesen Zielen bekennt. Wenn die Landesregierung dieses Ziel im Auge hat, dann darf sie sich nicht für die jüngsten Vorschläge stark machen, die Arbeitszeitverlängerung der Beamten von 40 Stunden auch auf die Angestellten des öffentlichen Dienstes zu übertragen; denn damit öffnet sich die Nettogehaltsschere vor allem im gehobenen und höheren Dienst zwischen Beamtinnen und Beamten und Angestellten noch weiter. Das ist natürlich kontraproduktiv für eine Reform, so wie wir uns das vorstellen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Abg. Lewentz, SPD, nimmt in den leeren Reihen der FDP Platz)

- Meine Damen und Herren, auch von der FDP - - -

(Heiterkeit im Hause – Pörksen, SPD: Statthalter!)

Ich kann das als kleine Fraktion sehr gut nachempfinden. Ich hoffe, dass unter bestimmten Umständen auch uns diese Freundlichkeit zukommen wird. Okay, vielen Dank

Meine Damen und Herren, die Reform des öffentlichen Dienstes ist das Zukunftsthema für die nächsten Jahre. Wo positioniert sich die Landesregierung in Rheinland-Pfalz? Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und andere Bundesländer haben diese Diskussion schon viel weiter geführt.

Auch die Landesregierung sollte den Mut aufbringen, die Reform des öffentlichen Dienstes auf allen Ebenen mit voranzutreiben.

Meine Damen und Herren, aber neben diesen langwierigen und schwierigen strukturellen Reformen des öffentlichen Dienstes stehen immer wieder auch inhaltliche

Reformen auf der Tagesordnung, beispielsweise die schon von uns des Öfteren angemahnte Öffnung des öffentlichen Dienstes für Migrantinnen und Migranten. In diesem Bereich ist bisher leider immer noch Fehlanzeige zu vermerken. Arbeitsplätze nicht nur bei der Polizei, sondern auch im Ausländeramt, im Sozialamt und im Gesundheitsamt müssen für Migrantinnen attraktiv werden, und in dieser Gruppe muss dafür auch besonders geworben werden;

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn interkulturelle Kompetenz ist gefragt, auch und insbesondere in den Verwaltungen mit Blick auf Europa und mit Blick auf die Globalisierung. Dies darf aber ratürlich nicht nur die Pflicht der Menschen mit Migrationshintergrund sein, sondern muss für alle Menschen in der Verwaltung gelten. Darum ist es wichtig, dass Fortbildungslehrgänge für ganze Verwaltungen mit interkultureller Kompetenz gemacht werden. Der Kreis Germersheim macht dies gerade, aber dies muss auf das ganze Land verteilt werden.

Meine Damen und Herren, eine weitere wichtige Zukunftsaufgabe wird von der Landesregierung und vor allem den sie tragenden Fraktionen auch weiterhin als Stiefkind betrachtet, nämlich die Aufgabe der Integration. Diesbezüglich wird immer wieder auf das Einwanderungsgesetz hingewiesen. Auch Sie haben es gerade getan. Aber ich glaube, dass wir nicht so lange warten können und nicht so lange warten dürfen.

Besonders die Debatte um die Kommunalverfassung und die Ausländerbeiratswahlen hat dies noch einmal deutlich gezeigt. Sie haben sehr platt und unsensibel auf das Problem der mangelnden Beteiligung der Ausländerinnen bei den Beiratswahlen reagiert. Dies ist wirklich ein Affront gegen die Ausländerinnen, die sich ehrenamtlich engagieren. Es konterkariert auch die Bemühungen der Ausländerbeauftragten und die Ergebnisse der von ihr in Auftrag gegebenen Studie zu dieser Frage. Das Ergebnis der Untersuchung zeigt sehr deutlich, die Menschen, die vielleicht noch niemals in ihrem Leben überhaupt die Chance zum Wählen hatten oder die die letzten Jahrzehnte nicht gewählt haben, benötigen doch zunächst einmal Informationen und Aufklärung über dieses demokratische Instrument. Dies wäre der richtige Weg, um zu mehr Beteiligung von Ausländerinnen und Ausländern bei den Beiratswahlen zu kommen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben darum auch eine kleine Aufstockung bei den Institutionen gefordert, die sich unermüdlich und auch mit viel ehrenamtlichem Engagement um die Integration kümmern, damit die AGARP für die nächsten Ausländerbeiratswahlen, die im November stattfinden sollen, besser gerüstet ist. Ich denke, dies ist eine wichtige Sache, und wir bitten die Koalitionsfraktionen, noch einmal darüber nachzudenken, ob sie dies nicht unterstützen können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zum Schluss komme ich noch zu dem dunklen Kapitel im Haushalt des Innenmi-

nisters, nämlich zu den Abschiebegefängnissen und der Landesunterkunft.

(Staatsminister Zuber: Abschiebegefängnisse!)

 Herr Zuber, ich sage Gefängnis. Ich möchte vielleicht Zweibrücken ausnehmen, aber Ingelheim ist eindeutig ein Gefängnis. Das kann man nicht anders bezeichnen. Es ist schon fast ein Hochsicherheitstrakt.

Meine Damen und Herren, wir fordern in unseren Änderungsanträgen, die Abschiebegefängnisse Ingelheim und Zweibrücken zu schließen, und zwar nicht, weil wir die Abschiebung nicht auch als letztes Mittel als notwendig anerkennen,

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

aber die Abschiebehaft ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre als inhuman abzulehnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die Landesregierung die vielen Millionen, die sie jedes Jahr für die Gefängnisse in Ingelheim und Berghausen ausgibt, in Form von Know-how und von Fachdaten an die Kommunen gäbe, um ihnen zu helfen, mit diesem manchmal wirklich sehr schwierigen Klientel der Abzuschiebenden umzugehen, würden sich die Kommunen bestimmt dafür bedanken; denn es gibt genügend Kreisverwaltungen, die keine Abzuschiebenden nach Ingelheim schicken. Sie werden auch damit fertig und bräuchten vielleicht auch etwas mehr Unterstützung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, noch deutlicher wird dies bei der Landesunterkunft für Ausreisepflichtige in Trier, der LUFA. Diese Einrichtung – dies kann man sehr deutlich an den Belegungszahlen der letzten Jahre ersehen – hat ihr Ziel, die Förderung der freiwilligen Rückkehr, vollkommen verfehlt. Darüber hinaus haben aber auch die Verwaltungsgerichte im letzten Jahr entschieden, dass der Aufenthalt von Flüchtlingen in einem derartigen Zentrum ein unzulässiger Beugevorgang ist, wenn deren Mitwirkung an einer Ausreise nicht erreicht werden kann. Darum fordern wir noch einmal die Landesregierung sehr eindringlich auf, diese Landesunterkunft zu schließen und das Geld lieber den Kommunen für ihre wichtige Arbeit mit den Flüchtlingen vor Ort zukommen zu lassen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Vizepräsidentin Frau Grützmacher übernimmt den Vorsitz)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Creutzmann von der FDP.

Abg. Creutzmann, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Lewentz, ich habe schon einmal gesagt, es wird mir noch gelingen, eine Rede zu halten. Von der FDP-Fraktion ist niemand da. Ich gehe an menen Platz und klatsche, und das Protokoll vermerkt: "Beifall des Abgeordneten Creutzmann".

(Schweitzer, SPD: Und noch gleichzeitig zu telefonieren! Das wärs doch!)

Herr Kollege Kuhn hat mich im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit gebeten, die Rede dramatisch zu verkürzen. Ich will dem gern folgen.

(Jullien, CDU: Das ist aber nicht notwendig!)

– Sie möchten jetzt noch eine 20seitige Rede von mir hören, Herr Kollege Jullien?

(Zurufe der Abg. Jullien und Böhr, CDU: Ja!)

- Kann ich machen.

Gestatten Sie mir einige Anmerkungen für die FDP-Fraktion zu dem vorliegenden Haushalt. Der Haushalt des Innenministeriums spiegelt einerseits die derzeitige teils schwierige Lage der öffentlichen Haushalte und Finanzen wider, gleichzeitig setzt er aber auch in politischen Bereichen Schwerpunkte, die aus Sicht der FDP-Fraktion für die Zukunft unseres Landes von zentraler Bedeutung sind. Mit dem Haushalt des Innenministeriums werden die Rahmenbedingungen dafür geschaffen, dass im Interesse von Rheinland-Pfalz und unserer Bürgerinnen und Bürger auch über das Jahr 2004 hinaus:

- 1. die Innere Sicherheit weiter gestärkt,
- 2. ehrenamtliche Arbeit weiter unterstützt und
- Verwaltungsstrukturen zukunftsfähig gestaltet werden können.

(Beifall der FDP und der SPD)

Dafür möchte ich der Landesregierung meinen herzlichen Dank aussprechen und gleichzeitig versichern, dass sie auf ihrem eingeschlagenen Weg, die Neuverschuldung kontinuierlich zurückzuführen, auch weiterhin die volle Unterstützung der FDP-Fraktion erfahren wird.

Erlauben Sie mir, auf die jeweiligen Schwerpunkte detaillierter einzugehen. Für die FDP-Fraktion hat die Innere Sicherheit nicht erst seit dem 11. September 2001 oberste Priorität. In Sicherheit zu leben, ist ein Grundbedürfnis unserer Bürgerinnen und Bürger. Rheinland-Pfalz ist ein überdurchschnittlich sicheres Land, meine Damen und Herren.

(Beifall der FDP und der SPD)

Das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, ist bei uns deutlich geringer als in anderen Bundesländern.

(Beifall der FDP)

Mit einer Aufklärungsquote von nahezu 57 % im Jahr 2002 nimmt das Land Rheinland-Pfalz einen Spitzenplatz im bundesweiten Vergleich ein und liegt damit weit über dem Bundesdurchschnitt mit 52,6 %. Hierfür gebührt unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten trotz neuer Formen der Wirtschaftskriminalität, der Oganisierten Kriminalität, der Computer- und Internetkriminalität und einer neuen Dimension des weltweiten Terrorismus, die mit großem Engagement und hoch motiviert ihre anvertrauten Aufgaben wahrnehmen, unser herzlicher Dank. Dies wäre sicherlich auch ein Beifall der Opposition in diesem hohen Hause wert, weil ich meine, dies muss auch einmal von dieser Stelle aus gesagt werden.

(Beifall im Hause)

Vor einigen Tagen hat die Landesregierung die Ausarbeitung eines langfristig angelegten Personalkonzepts vorgelegt. Nach einer entsprechenden Analyse beinhaltet dieses insbesondere Vorschläge zur Verbesserung der Polizeipräsenz vor Ort und eine effektive Kriminalitätsbekämpfung,

(Zurufe der Abg. Hörter und Frau Kohnle-Gros, CDU)

und dies – dies betone ich, Herr Hörter und Frau Kohnle-Gros – trotz eines Haushalts, der sehr angespannt ist und den wir den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zumuten müssen. Wir konnten nicht das machen, was wir gewollt haben. Ich bekenne mich dazu. Die Koalition hatte die Absicht, 300 Beamtinnen und Beamte jährlich einzustellen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Nein, 10.000! – Zuruf des Abg. Hörter, CDU)

Wir müssten dies aufgrund der jetzigen Situation verzögern. Frau Kollegin Kohnle-Gros und Herr Hörter, aber nicht nur die Anzahl der Köpfe ist das Entscheidende. Sie wissen genauso gut wie ich, was dieses Land im IT-Bereich und in die Technik investiert hat. Auch diese Effizienzpotenziale müssen berücksichtigt werden.

(Beifall der FDP und der SPD)

Wenn das stimmen würde, was Sie sagen, dass nur die Köpfe zählen und nur dies entscheidend für die Aufklärung bei der Verbrechensbekämpfung sei, würden die statistischen Zahlen widersprechen.

Ich glaube, Herr Kollege Böhr hat gestern gesagt, wir wissen, dass in der Einbruchskriminalität niedrigere Aufklärungsquoten vorhanden sind. Das ist ein Phänomen. Dann müssen Sie in Zukunft an jedes Haus Polizeibeamte stellen.

(Zuruf des Abg. Hörter, CDU)

 Herr Hörter, natürlich. Wann passiert die Einbruchskriminalität?

Meine Damen und Herren, organisierte Banden brechen sehr oft tagsüber ein und verschwinden wieder. Das macht natürlich die Arbeit der Polizei sehr schwer.

Eine quantitative Verbesserung der Polizeidichte, wie sie gerade die CDU immer wieder fordert, garantiert nicht per se eine qualitative Verbesserung der Inneren Scherheit.

Meine Damen und Herren, wir nehmen eine Spitzenposition in der Verbrechensbekämpfung ein. Dank möchte ich Herrn Innenminister Walter Zuber und Herrn Staatsekretär Karl Peter Bruch sagen, die in den letzten Jahren erheblich in die Ausstattung der Polizei und die hformations- und Kommunikationstechnologie investieren ließen.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Herr Abgeordneter Creutzmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Creutzmann, FDP:

Frau Kohnle-Gros, wir wollen doch nach Hause. Soll ich 20 Seiten vorlesen oder in den Dialog eintreten? Ich bleibe dabei. Ich mache es kurz. Dann kann der Innenminister reden. Wir haben noch genügend Zeit, die Fragen im Ausschuss zu diskutieren.

Lassen Sie mich wegen des aktuellen Bezugs noch ein paar Ausführungen zum Kooperationsmodell zur Verbesserung des Schutzes gefährdeter Zeuginnen und Zeugen unter Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel machen. Als erstes Bundesland wird Rheinland-Pfalz mit diesem Konzept den Schutz von Zeuginnen und Zeugen, die selbst Opfer geworden sind, erweitern und ergänzen und damit gleichzeitig die Organisierte Kriminalität im Bereich des Menschenhandels verstärkt bekämpfen. Sie sehen, wir gehen auch Wege, die erfolgreich sind.

Herr Kollege Hörter, man darf nicht nur die Köpfe zählen. Die zur Finanzierung notwendigen Mittel werden in einem speziell geschaffenen Hilfsfonds bereitgestellt, in den das Land 100.000 Euro einzahlt. Das beweist einmal mehr als deutlich, dass das Land Rheinland-Pfalz trotz leerer Kassen bereit ist, dort, wo es notwendig ist, durch die Beschreitung neuer Wege zu helfen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Ich möchte zum Zweiten den eingangs aufgezeigten Schwerpunkt des laufenden Haushalts noch einmal erwähnen, nämlich die Förderung der ehrenamtlichen Arbeit unserer Bürgerinnen. Unsere Gesellschaft ist auf das freiwillige Engagement und das solidarische Verhalten seiner Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Ohne ehrenamtliche Aktive wäre unser demokratisches

Gemeinwesen auf Dauer nicht lebensfähig. Deswegen begrüßt es die FDP-Fraktion, dass die Stärkung des Ehrenamts weiter ein Schwerpunktbereich der rheinlandpfälzischen Innenpolitik ist.

(Beifall der FDP und der SPD – Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

– Nein, nicht im Ausschuss. Das sollen Sie hören. Ab Januar dieses Jahres sind alle in oder von Rheinland-Pfalz aus ehrenamtlich Tätigen über das Land nachrangig haft- und unfallversichert. Die Versicherungsprämien in Höhe von 90.500 Euro – meine Damen und Herren, das ist in Zeiten, in denen wir über jeden Cent und jeden Euro im Haushalt kämpfen, kein Pappenstiel – konnten durch Umschichtungen im bisherigen Haushalt bereitgestellt werden.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Sportliche Freizeitaktivitäten würden ohne ehrenamtliche Aktive für viele Bürgerinnen und Bürger unerschwinglich. Mit seiner Sportförderung trägt das Land dafür Sorge, dass sich auch künftig jeder Rheinland-Pfälzer nach Herzenslust sportlich betätigen kann.

Herr Kollege Schnabel, ich verzichte auf die zukunftsfähigen Verwaltungsstrukturen, um Ihnen nicht noch die Chance zu geben, darauf zu replizieren.

Herr Kollege Schnabel, wir sind uns aber einig, dass wir das Thema bearbeiten müssen. Es gibt auch keinen Dissens, dass wir erst an die Aufgabenkritik gehen und dann an die Strukturen denken müssen. Es gibt auch keinen Dissens – daran sollten wir gemeinsam arbeiten –, dass wir die interkommunale Zusammenarbeit in dem Bereich verstärken müssen.

(Beifall des Abg. Schweitzer, SPD)

Ich bin überzeugt, dass sich manches Thema, über das wir diskutieren, erledigen würde, wenn die Kommunen mehr zusammenarbeiten würden.

(Schnabel, CDU: Sagen Sie das einmal Ihrem Kollegen Bauckhage! Dann bin ich zufrieden!)

- Herr Kollege Bauckhage weiß das. Das wissen wir alle.

Eine letzte Anmerkung. Wir müssen natürlich die Finanzautonomie der Kommunen verbessern. Wir haben aufgrund des Kompromisses im Vermittlungsausschuss eine Verstärkung gehabt. Wir haben eine Verringerung der Gewerbesteuerumlage. Auch das kommt den Kommunen zugute. Wir wissen allerdings, dass wir dieses Thema bearbeiten müssen.

Die FDP hat meines Erachtens dazu einen sehr guten konzeptionellen Entwurf vorgelegt. Wir sollten auch darüber einmal diskutieren. Wir sind überzeugt, das würde einen großen Teil der Probleme der Kommunen lösen. Soll ich dem Werner Kuhn noch unser Gewerbe-

steuermodell erklären? Das brauchen wir nicht. Das steht im Wahlprogramm drin. Das kann jeder nachlesen.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Herr Minister Zuber.

Zuber, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit Blick auf die Uhr will ich zunächst einmal auf Folgendes hinweisen: Als ich vor 33 Jahren zum ersten Mal in den rheinland-pfälzischen Landtag gewählt worden bin, waren solche Uhrzeiten nichts Außergewöhnliches. Wir haben oftmals sogar bis um Mitternacht getagt. Insoweit habe ich nicht die Absicht, meine Rede zu verkürzen, zumal der Bereich der Innenpolitik sicherlich nicht zu den unwichtigen Bereichen der Landespolitik zählt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, in Sicherheit zu leben, ist eines der größten Bedürfnisse in unserer heutigen Gesellschaft. Die Politik ist verpflichtet, diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen. Die Landesregierung war und ist bemüht, trotz eines immer enger werdenden finanziellen Budgets diesem ehrgeizigen Ziel im Interesse der Bürgerinnen und Bürger möglichst nahe zu kommen.

Meine Damen und Herren, eines gehört auch zur Redlichkeit der inneren Diskussion um die Innere Sicherheit in unserem Land. Die absolute Sicherheit kann niemand gewährleisten.

Wenn ich beim Stichwort "Redlichkeit" bin, möchte ich erwähnen, dass Herr Kollege Dr. Böhr gestern davon gesprochen hat, die Sicherheitslage in Rheinland-Pfalz – das soll man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen – sei beschämend. Er hat dies exemplarisch an der Aufklärungsquote von Tageswohnungseinbrüchen festgemacht.

Damit hat er eine Politik des Schürens von Ängsten in unserer Bevölkerung fortgesetzt. Dabei werden Einzelfälle und Phänomene, die es immer geben wird, generalisiert, auch wenn wir die Zahl unserer Polizeibeamtinnen und -beamten verdoppeln würden. Nach Ihrer Rechnung dürfte es danach beispielsweise in unserer Hauptstadt Berlin bei gleicher Einwohnerzahl ungefähr wie in Rheinland-Pfalz und doppelt so viel Beamtinnen und Beamten überhaupt keine oder kaum Kriminalität geben.

Meine Damen und Herren, wer so argumentiert, blendet die Tatsachen bewusst aus.

(Beifall der SPD und der FDP)

Lieber Herr Kollege Hörter, Ihre Rechnung, die Sie vorhin aufgemacht haben, stimmt natürlich auch nicht. Ich habe gestern und heute den Eindruck gehabt, dass es ganz gut wäre, wenn man vor den Haushaltsplanberatungen noch einmal einen Mathematikgrundkurs machen würde; denn die Steigerungsrate bei den Ausgaben für die Innere Sicherheit betrug in dem genannten Zeitraum 64 %. Wenn jemand sagt, das sei ausschließlich auf die Steigerungsrate bei der Besoldung zurückzuführen, zieht er die Hosen mit der Beißzange aus.

(Glocke der Präsidentin)

- Ich gestatte keine Zwischenfragen, weil ich im Zusammenhang einiges ausführen möchte.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

– Wir können uns nachher gern noch einmal unterhalten. Fakt ist, die Aufklärungsquote in Rheinland-Pfalz –davon hat kein Mensch gesprochen; was heißt kein Mensch, Herr Abgeordneter Pörksen hat darauf hingewiesen – ist nach wie vor eine der höchsten in Deutschland. Die Gefahr, in unserem Land Opfer einer Straftat zu werden, liegt weiterhin deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Meine Damen und Herren, ich bin als Christ eigentlich davon ausgegangen, dass eine Partei, die das "C" in Ihrem Parteinamen führt, Hoffnung verbreiten und keine Angst schüren sollte.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich kann nur einmal mehr empfehlen, sich vom "C" im Parteinamen zu verabschieden.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Meine Damen und Herren von der CDU, es passt deshalb genau in das Bild auch Ihrer Politik, dass Sie sich gerade eine Deliktgruppe ausgesucht haben, nämlich die der Tageseinbrüche – das hat Herr Böhr gestern getan –, bei der aufgrund der schwierigen Ermittlungen die Aufklärungsquote bundesweit sehr niedrig ist. Sie beträgt bundesweit rund 20 %. Bei uns waren es beim letzten Mal sogar noch 25 % und nicht, wie gestern behauptet worden ist, 10 % oder 15 %.

(Beifall bei der SPD)

Darüber hinaus will ich deutlich darauf hinweisen, dass die Zahlen bei den schweren Diebstählen in Rheinland-Pfalz mit rund 20 % im letzten Jahr stark zurückgegangen sind. Ich wäre froh gewesen, wenn Sie auch die Aufklärungsquoten bei Kapitaldelikten mit über 90 %, bei Vermögens- und Fälschungsdelikten mit über 70 % und bei Rauschgiftdelikten mit über 80 % erwähnt hätten; denn dies belegt ganz eindeutig die gute und engagierte Arbeit unserer Polizei, der ich einmal mehr bei dieser Gelegenheit danken möchte.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir werden im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten weiterhin die notwendigen

Polizeianwärterinnen und -anwärter einstellen und dabei in den nächsten beiden Jahren mit Blick auf die Fußballweltmeisterschaft 2006 in Kaiserslautern einen Schwerpunkt setzen.

Darüber hinaus wird die Landesregierung die zweigeteilte Laufbahn bei der Polizei auch für die Schutzpolizei kontinuierlich fortsetzen, nachdem bei der Kriminalpolizei alle Stellen und bei der Schutzpolizei bereits 70 % dem gehobenen Dienst und dem höheren Dienst zuzuordnen sind.

Der hohe Standard der technischen Ausstattung der rheinland-pfälzischen Polizei, der in vielen Bereichen Beispiel gebend ist im Ländervergleich, wird auch im Jahr 2004 gehalten und ausgebaut werden können. Stichworte: Polizeisystem RIVAR, Schutzwesten, neue Hubschraubergeneration, Umstellung auf neue Funkstreifenwagen mit Videoanlagen etc.

Meine Damen und Herren, kein Wort über die Technik, kein Wort über die gelungene Neuorganisation, kein Wort über den so wichtigen Bereich der Kriminalprävention. Hier wünschte ich mir verstärkt Ihr Engagement, meine Damen und Herren der Union.

(Beifall der SPD und der FDP – Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

Die bei der rheinland-pfälzischen Polizei erworbene Medienkompetenz ist auch bundesweit anerkannt. Unter der Federführung der Polizei des Landes Rheinland-Pfalz wurde ein bundesweiter Informationsverbund – das Extranet der deutschen Polizei – aufgebaut.

Darüber hinaus werden wir in Vorbereitung auf die Weltmeisterschaft 2006 in Kaiserslautern dort Schwerpunkte bei der Erneuerung der Funknetze setzen.

(Schnabel, CDU: Ein Glück, dass wir die WM haben!)

Wir haben Konzepte zur Bekämpfung der Internet-Kriminalität und zur Gewalt in engen sozialen Beziehungen entwickelt sowie den Zeugen- und Opferschutz verbessert.

Darüber hinaus hat die rheinland-pfälzische Polizei von Beginn an die Möglichkeiten der DNA-Analyse zur Aufklärung von Straftaten intensiv genutzt. Zum einen sind die Laborkapazitäten des Landeskriminalamts stets weiter ausgebaut worden. Zum anderen haben wir noch vor Einführung der bundesweiten DNA-Datei eine entsprechende Datei auf Landesebene betrieben. Seit dem vergangenen Jahr verfügt die Polizei als einzige Länderpolizei über die Möglichkeit, Haare auch ohne Haarwurzeln zu analysieren. Dies war bislang nur beim Bundeskriminalamt möglich.

Herr Abgeordneter Hörter, im Übrigen denke ich, die rheinland-pfälzische Landesregierung hat das ihr Mögliche und Notwendige in Bezug auf das Bundeskriminalamt getan. Wir haben da gemeinsam natürlich die Auffassung, dass alles zu tun ist, um den Umzug nach Berlin zu verhindern.

(Hörter, CDU: Das war auch keine Kritik an Sie!)

Ich will nur feststellen, dass das Kabinett in der vorvergangenen Woche einen entsprechenden Beschluss gefasst hat und dieser an den Bundeskanzler und den Bundesinnenminister mitgeteilt worden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um zu einem anderen Bereich zu kommen, der überwiegend ehrenamtliche Brand- und Katastrophenschutz in unserem Land sowie der Rettungsdienst sind wesentliche Säulen der Inneren Sicherheit in Rheinland-Pfalz. Ein Ausgabenschwerpunkt im Haushalt 2004 liegt nach wie vor bei der Umsetzung der Neukonzeption der integrierten Leitstellen. Mit diesen Investitionen erzielt das Land Synergieeffekte, die langfristig zu einer Reduzierung der Personal- und Sachkosten führen werden. Auf die Entwicklung der Feuerschutzsteuereinnahmen hat die Landesregierung keinen Einfluss. Wir werden jedoch mit den 14,2 Millionen Euro unsere Förderpraxis auch künftig daran ausrichten, dass die Investitionsfähigkeit der kommunalen Aufgabenträger gewährleistet bleibt.

Der Ausgabenansatz für den Verfassungsschutz liegt im Haushaltsjahr 2004 mit rund 1 Million Euro um 700.000 Euro über dem Ansatz des vergangenen Jahres. Mit diesem Mehrbetrag wird unter anderem die G-10-Technik modernisiert.

Darüber hinaus werden wir wie bei der Polizei auch personelle Verbesserungen in Kaiserslautern mit Blick auf die Fußballweltmeisterschaft 2006 schaffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung wird – wie in der Vergangenheit auch – ihre Kommunen nicht im Stich lassen. Deshalb ist es der Landesregierung ein großes Anliegen, die notwendigen Projekte der kommunalen Gebietskörperschaften durch Zuwendungen zu unterstützen. Die Basis für die Zuwendungen ist dabei der bundesweit einzigartige so genannte Beistandspakt, ein Verstetigungsdarlehen des Landes in Höhe von rund 149 Millionen Euro. Durch den Beistandspakt ist es möglich, dass die Zweckzuweisungsansätze für die bestehenden Förderprogramme insgesamt auf nahezu dem Niveau des Vorjahres gehalten werden können.

Zu der Feststellung von Herr Dr. Böhr, die allgemeinen Zuweisungen seien um ein Drittel geringer als in den anderen Bundesländern, möchte ich feststellen, ich hätte dann auch erwartet, wenn von diesem Platz aus gesagt wird, welche konkreten Zweckzuweisungen zugunsten der allgemeinen Zuweisungen gestrichen werden sollten

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Alle, die in der Kommunalpolitik Verantwortung tragen, wissen, dass eine Vielzahl von Projekten gerade in kleineren Gemeinden überhaupt nicht zu realisieren wäre, wenn wir uns nicht dafür entschieden hätten, den

Zweckzuweisungsansatz so hoch zu halten, wie er im Moment veranschlagt worden ist.

Im Hinblick auf die prognostizierte demographische Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten wird sich der Schwerpunkt der Förderung aus dem Investitionsstock zunehmend auf den Erhalt, die Sicherung und Sanierung der bestehenden Infrastruktur konzentrieren.

Darüber hinaus wird auch die Zusammenlegung von Infrastruktureinrichtungen im Rahmen der kommunalen Zusammenarbeit besonders in den Vordergrund rücken. Mit den veranschlagten Mitteln in Höhe von 45 Millionen Euro für die städtebaulichen Erneuerungen soll die infrastrukturelle Ausstattung der Gemeinden auf breiter Basis weiter ausgebaut und zentral örtlich strukturpolitisch wichtige Einrichtungen geschaffen werden. Bei schrumpfender Bevölkerungszahl und begrenzt zur Verfügung stehender öffentlicher Ressourcen kommt es auch darauf an, im Rahmen der siedlungsstrukturellen Entwicklung die so genannte Innenstadtentwicklung in den Vordergrund zu rücken.

Im Übrigen wird es in diesem Jahr zum ersten Mal einen Innenstadtwettbewerb geben. Was ich für den Bereich der Städte gesagt habe, der Stadtsanierung, gilt natürlich in gleicher Weise auch für den Bereich der Dorferneuerung, wobei wir den Schwerpunkt insbesondere auch auf die jugend- und kinderfreundliche Dorferneuerung legen; denn sie sollen es sein, die in ihren Dörfern bleiben und weiterhin dort leben und sich wohl fühlen sollen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Die erfolgreiche Konversionspolitik der letzten zwölf Jahre wird fortgeführt. Dabei werden die bisher erzielten guten Projektergebnisse der militärischen und zivilen Konversion nachhaltig gesichert und weiterentwickelt, wobei sich neue Schwerpunkte ergeben, bei Bewältigung der Folgen der Bundeswehrstrukturreform und die Nachnutzung der Bahn- und Industriebrachen, insbesondere in den Stadt- und Ortskernen.

Noch ein Wort zur Gemeindefinanzreform. Ich bin der Auffassung, dass damit ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung gegangen worden ist.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Aus meiner Sicht stellt die vorgelegte Reform allerdings noch keine voll zufrieden stellende Lösung dar, zeigt aber, dass sich im Interesse der Kommunen etwas bewegt.

Aus diesem Grund begrüße ich die Absenkung der Gewerbesteuerumlage, weil sie kurzfristig den Kommunen Mittel zur Verfügung stellt.

Darüber hinaus wird sich das Land bemühen, dass die ab dem 1. Januar 2005 möglichen Entlastungen durch das vorgesehene Optionsmodell bei der Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe in vollem Umfang auch den Kommunen zugute kommen.

Lassen Sie mich kurz noch einmal auf die kommunale Zusammenarbeit eingehen. Ich war über die Aussage des Herrn Kollegen Heinz-Hermann Schnabel in der letzten Woche schon ein Stück verwundert. Offensichtlich weiß er nicht, dass es jetzt bereits zulässig ist, sowohl im Bereich der Selbstverwaltungsaufgaben als auch bei den staatlichen Auftragsangelegenheit eng zusammenarbeiten.

(Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

Eine Verbandsgemeindeverwaltung kann bereits heute auf der Basis des Zweckverbandsgesetzes die Aufgaben des Meldewesens einer benachbarten Stadtverwaltung für diese mit erledigen. Das gilt im Übrigen auch für den Bereich des Gebührenwesens, des Pass- und Personalausweiswesens, des Personenstandswesens und bei Aufgaben nach dem Ordnungsbehörden- und Ordnungswidrigkeitengesetz. Auch Sammelbeschaffungen, beispielsweise für Feuerwehrfahrzeuge, sind vorbehaltlich der kartellrechtlichen Machbarkeit grundsätzlich zulässig und förderfähig, wobei es natürlich sinnvoller wäre, wenn die Kommunen gemeinsam ein einziges Fahrzeug beschaffen würden. Kooperationen gibt es auch im Bereich der Überwachung des innerörtlich fließenden Verkehrs.

Im Übrigen lag Herr Kollege Schnabel auch mit seinen Vorwürfen im Zusammenhang mit der beabsichtigen Eingliederung der Stadt Cochem in die Verbandsgemeinde Cochem-Land falsch. Dies ist auch in meiner Antwort auf die Kleine Anfrage seines Fraktionskollegen Jullien vom 22. September 2003 deutlich geworden. Ich will sie nicht vortragen. Lesen Sie sie nach, und dann sind die Fragen sicherlich geklärt.

Überrascht war ich auch über den Beitrag von Frau Thomas am gestrigen Tag. Wir haben in einem umfangreichen Papier, das dem Innenausschuss zur Verfügung gestellt wurde, dargelegt, wie die Stelleneinsparungen nach der Reform der Mittelinstanz aussehen. Auch zu den vorgesehenen Kooperationen zwischen den Statistischen Landesämtern der Länder Hessen, Saarland und Rheinland-Pfalz wurde in der letzten Innenausschusssitzung ausführlich Stellung genommen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

 Ich habe gestern nicht geschlafen. Wie Sie bemerkt haben, habe ich aufmerksam zugehört.

Meine Damen und Herren, 37,2 % der rheinlandpfälzischen Bevölkerung sind sportlich organisiert. Die Landesregierung steht auch in finanziell schwierigen Zeiten zu ihrer Verpflichtung einer Sportförderung auf hohem Niveau. Trotz der notwendigen Kürzungen im vergangenen Jahr können die Sportverbände und -vereine ihre Aufgaben auch in der Zukunft erfüllen. Für Neubau, Sanierung und Renovierung von Sportstätten konnten in diesem Haushalt die Mittel sogar noch leicht erhöht werden. Ziel der Landesregierung ist es allerdings weiterhin – ich unterstreiche das, was Herr Abgeordneter Pörksen vorhin gesagt hat –,

(Schweitzer, SPD: Guter Mann!)

dass die Mittel den unmittelbar Sporttreibenden zur Verfügung stehen müssen und nicht in Mehrfachstrukturen der Sportbünde versickern sollten.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, für die Landesregierung ist es eine Aufgabe von hoher politischer Priorität, für gute Rahmenbedingungen der Ehrenamtlichen Sorge zu tragen. Aktuell haben wir dies mit der Einführung einer Versicherung für Ehrenamtliche getan.

Darüber hinaus sollen ein Wettbewerb und ein jährlich stattfindender Ehrenamtstag dazu beitragen, Anreize zu setzen und das Bewusstsein für Wege der Engagementförderung und Demokratieentwicklung auszubauen und besser nutzbar zu machen. Weiterhin sollen der flächendeckende Ausbau der Beratungsstellen sowie die Förderung von Einzelprojekten wichtige Ziele bleiben.

Meine Damen und Herren, im Jahr 2004 besteht unsere Partnerschaft mit Ruanda 22 Jahre. In den vergangenen mehr als zwei Jahrzehnten haben die rheinlandpfälzischen und ruandischen Partner gemeinsam insgesamt 1.153 Projekte mit einem Finanzvolumen von über 45 Millionen Euro durchgeführt.

Mit den vorgesehenen Haushaltsmitteln im Jahr 2004 sollen Bildung und Infrastruktur verbessert, Straßenkinder, Waisen und Witwen unterstützt sowie die Vorsorgemaßnahmen insbesondere im Kampf gegen Aids getroffen werden. Ferner soll ein Schwergewicht auf die Förderung des Handwerks und die berufliche Ausbildung von Jugendlichen gelegt werden. Das ist unser rheinland-pfälzischer Beitrag für die eine Welt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend feststellen: Die schwierige Haushaltslage führte zwar zu Einschränkungen in allen Bereichen, und einiges Wünschenswerte konnte und kann deshalb nicht realisiert werden, aber davon geht die Welt nicht unter.

Meine Damen und Herren, der Haushalt für das Jahr 2004 gibt den notwendigen Finanzrahmen, um in zentralen politischen Bereichen, wie im Bereich der Inneren Sicherheit, Akzente zu setzen und den Erwartungen und Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden

Ich bedanke mich für die Geduld.

(Anhaltend Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hörter zu einer Kurzintervention das Wort.

Abg. Hörter, CDU:

Herr Minister, ich wollte mich für den Versuch des Mathematiknachhilfeunterrichts bei Ihnen bedanken.

Nun weiß man aber, die meisten Fehler bei Textaufgaben entstehen dann, wenn der Text nicht richtig gelesen wird. Ich habe von den Pro-Kopf-Ausgaben für die Innere Sicherheit gesprochen. Wir hatten 1990 rund 3,6 Millionen Einwohner und haben im Jahr 2000 rund vier Millionen Einwohner.

Insofern liege ich mit meiner Berechnung richtig. Sie haben nur dann Recht, wenn Sie die absoluten Zahlen gegenüberstellen. Davon habe ich nicht gesprochen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Wenn ich es richtig sehe, liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Debatte über den Haushalt des Innenministers beendet.

Ich lade Sie zur Fortsetzung der Debatte morgen, Freitag, um 9:30 Uhr ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 20:17 Uhr.